

...die Bürger demokratischer Gesellschaften
sollten Kurse für geistige Selbstverteidigung
besuchen, um sich gegen Manipulation und
Kontrolle wehren zu können... NOAM CHOMSKY

CHOMSKY

MEDIA CONTROL



EUROPA
VERLAG

Aus dem Amerikanischen von Michael Haupt

NOAM CHOMSKY

MEDIA CONTROL

WIE DIE MEDIEN UNS MANIPULIEREN

Europa Verlag
Hamburg • Wien

Die Einleitung erschien unter dem Titel »Media Control«
bei Seven Stories Press, New York, 2002.

© 2002 by Noam Chomsky

Die übrigen Texte entstammen der vierten Auflage des Bandes
»Necessary Illusions. Thought Control in Democratic Societies«,
erschienen bei Anansi, Toronto, 1991.

© 1989 by Noam Chomsky

Deutsche Erstausgabe

© Europa Verlag GmbH Hamburg, März 2003

Lektorat: Aenne Glienke

Umschlaggestaltung: Kathrin Steigerwald, Hamburg

Satz: KompetenzCenter, Mönchengladbach

Herstellung: Wiener Verlag, Himberg bei Wien

ISBN 3-201-76015-0

Informationen über unser Programm erhalten Sie beim
Europa Verlag, Neuer Wall 10, 20354 Hamburg
oder unter

digitalisiert von *DUB SCHMITZ*

ReScan und Nachbearbeitung: Cats&Paws Productions 2005

Inhalt

Vorwort	6
Einleitung	
I. Über den »Krieg gegen den Terrorismus« Bericht eines Journalisten vom Mars	8
II. Über die spektakulären Erfolge der Propaganda	17
Media Control	
I. Über Demokratie und Medien	30
II. Über die Eindämmung des Feindes	41
III. Über die Grenzen der freien Meinungsäußerung	53
IV. Über Medien als Regierungsassistenten	65
V. Über die Nützlichkeit von Interpretationen	77
Anhang	
I. Über das Propaganda-Modell: Einige methodologische Erwägungen	102
II. Über kritische Ausgewogenheit	111
III. Über die »Containment-Doktrin«	120
IV. Über die Kommunistenhatz	123
V. Über den fortdauernden Kampf um die Meinungsfreiheit	126
Editorische Nachbemerkung	136

Vorwort

Die im folgenden behandelten Probleme haben ihre Wurzeln in der Eigenart westlicher Industriegesellschaften und sind von Anfang an Gegenstand von Auseinandersetzungen gewesen. In kapitalistischen Demokratien ist die politische Macht in einem Spannungsfeld angesiedelt. Demokratie heißt im Prinzip Herrschaft des Volks. Aber die Entscheidungsbefugnis über zentrale Bereiche des Lebens liegt in privaten Händen, was weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaftsordnung hat. Eine Möglichkeit, die Spannung zu vermindern, läge in der Ausdehnung des demokratischen Systems auf wirtschaftliche Investitionsentscheidungen, die Organisation von Arbeit usw. Das würde zu einer umfassenden sozialen Revolution führen, in der, zumindest meiner Ansicht nach, die politischen Revolutionen vergangener Zeiten ihre Vollendung fänden und einige der libertären Grundsätze, auf denen sie z.T. beruhten, verwirklicht werden könnten. Oder man vermindert die Spannung, indem man, wie es bisweilen geschieht, den Einfluß der Öffentlichkeit auf die staatliche und privatwirtschaftliche Macht beseitigt. In den fortgeschrittenen Industriegesellschaften bedient man sich im allgemeinen einer Vielzahl von Maßnahmen, um die demokratisch verfaßten Strukturen ihres wesentlichen Gehalts zu berauben, ohne ihre formale Funktionsweise anzutasten. Ein großer Teil dieser Aufgabe wird von ideologischen Institutionen übernommen, die Gedanken und Einstellungen so kanalisieren, daß einer potentiellen Opposition gegen die etablierten Mächte von vornherein der Stachel genommen wird.

Mich interessiert dabei vor allem eine Frage: Auf welche Weise sorgen die nationalen Medien in den USA und mit ihnen zusammenhängende Elemente der elitären intellektuellen Kultur für die Kontrolle der Gedanken? Meines Erachtens wird diesen Dingen zuwenig Aufmerksamkeit gewidmet, und ich habe das lebhaft empfinden, daß die Bürger demokratischer Gesellschaften Unterricht in intellektueller Selbstverteidigung nehmen sollten, um sich vor Manipulation und Kontrolle schützen und substantiellere Formen von Demokratie anstreben zu können. Diesem Zweck sollen die Materialien und Analysen des vorliegenden Bandes dienen.

Einleitung

I. Über den »Krieg gegen den Terrorismus« Bericht eines Journalisten vom Mars¹

Ein für die Feier des fünfzehnten Jahrestags von FAIR (Fairness and Accuracy in Reporting) geeignetes Thema liegt, wie ich meine, auf der Hand: Es ist die Frage, wie die Medien das große Ereignis der letzten Monate, den so genannten »Krieg gegen den Terrorismus«, behandelt haben, in den islamischen Ländern und hier bei uns, wobei ich das Spektrum der US-amerikanischen Medien möglichst breit fassen möchte und dazu auch meinungsbildende und kritische Zeitschriften, d. h. im Grunde die intellektuelle Kultur allgemein rechne.

Der »Krieg gegen den Terrorismus« ist ein wichtiges Thema, das, u. a. von FAIR, regelmäßig aufgegriffen wurde. Es eignet sich indes nicht für einen Vortrag dieser Art, weil eine detaillierte Analyse den Rahmen meiner Ausführungen sprengen würde. Insofern möchte ich einen etwas anderen Zugang wählen und fragen, wie das Thema in Übereinstimmung mit allgemein akzeptierten Richtlinien - Fairneß, Genauigkeit, Bedeutung usw. - behandelt werden sollte.

Machen wir eine Art Gedankenexperiment. Stellen wir uns vor, daß ein intelligenter Marsbewohner, der die Journalistenschulen von Harvard und Columbia besucht und dort lauter anspruchsvolle Dinge gelernt hat, die er zudem noch für richtig hält, den Auftrag bekommt, über den »Krieg gegen den Terrorismus« zu berichten. Wie würde er das machen?

Wahrscheinlich würde er der Marszeitung, für die er arbeitet, zunächst ein paar Tatsachen berichten. Dazu gehört die Beobachtung, daß der Krieg gegen den Terrorismus nicht erst am 11. September 2001, sondern, unter Verwendung vergleichbarer rhetorischer Mittel, bereits zwanzig Jahre zuvor erklärt wurde. Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, kündigte die Regierung Reagan schon bald nach ihrem Amtsantritt an, daß ein solcher Krieg zu den zentralen Aufgaben der US-Außenpolitik gehöre. Zugleich verdammt sie, in den Worten des Präsidenten, die »böartige Geißel des Terrorismus«.² Hauptangriffsziel sollte der staatlich unterstützte internationale Terrorismus sein, der in der islamischen Welt und damals auch in Mittelamerika sein Unwesen trieb. Er galt als Pest, die von »verworfenen Gegnern der Zivilisation« in einer »Rückkehr zur Barbarei im Zeitalter der Moderne« verbreitet wurde.³ So jedenfalls ließ sich der zu den gemäßigten Regierungskräften zählende Außenminister George Shultz vernehmen.

Die von mir zitierte Äußerung Reagans bezog sich auf den Nahen Osten des Jahres 1985. Damals wurde der internationale Terrorismus in dieser Region laut einer Umfrage von Associated Press bei Chefredakteuren zur Titelgeschichte des Jahres erklärt. Unser Marsbewohner würde also als erstes berichten, daß 2001 dieses Thema zum zweiten Mal zur Titelgeschichte des Jahres gekürt und der Krieg gegen den Terrorismus mit ganz ähnlichen Worten wie sechzehn Jahre zuvor ausgerufen wurde.

Zudem gibt es auch hinsichtlich des Führungspersonals eine augenfällige Kontinuität. Donald Rumsfeld, der jetzt die militärische Leitung des Antiterrorkriegs innehat, war unter Reagan Sonderbotschafter im Nahen Osten. Die diplomatische Komponente des Kriegs wird seit einigen Monaten von John Negroponte bei den Vereinten Nationen vertreten, der unter Reagan die US-Operationen in Honduras, dem damaligen Hauptstützpunkt im Kampf gegen den Terrorismus, beaufsichtigte.

Das Element der Macht

1985 stand der Nahe Osten im Vordergrund, gefolgt von Mittelamerika. Den dort grassierenden Terrorismus hielt George Shultz gar für so bedrohlich, daß er ihn »als Krebsgeschwür in unserer Hemisphäre« bezeichnete,⁴ das man schnell ausmerzen müsse, weil es ganz offen die von Hitler in *Mein Kampf* gepredigten Ziele verfolge und schon dabei sei, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Die Gefahr war so groß, daß Präsident Reagan am Law Day 1985 den nationalen Notstand ausrief, weil »die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in außergewöhnlicher Weise bedroht sind«. (Law Day, der 1. Mai, gilt in den meisten anderen Ländern als Tag der Arbeit(erbewegung); in den USA bricht jedoch lediglich nationalistischer Taumel aus.)

Der Notstand wurde nun Jahr um Jahr erneut ausgerufen, bis das Krebsgeschwür beseitigt worden war. Am 14. April 1986 verkündete Außenminister Shultz: »Verhandlungen sind nur ein Euphemismus für Kapitulation, solange nicht der Schatten der Macht auf den Verhandlungstisch fällt.« Er wandte sich gegen all jene, die »utopische Rechtsmittel wie Vermittlung seitens Dritter, die Vereinten Nationen und den Weltgerichtshof anwenden wollen und dabei das Element der Macht in der Gleichung übersehen«.

Dieses Element spielten die Vereinigten Staaten damals aus: Sie unterstützten in Honduras Söldnertruppen und verhinderten den Einsatz von Rechtsmitteln, auf den der Weltgerichtshof, die Länder Lateinamerikas und natürlich das Krebsgeschwür selbst drängten.

Die Medien unterstützten den Kurs der Regierung und stritten sich lediglich um taktische Fragen. Es gab die übliche Diskussion zwischen Tauben und Falken. Die Position der Falken fand ihren Ausdruck in einem Leitartikel des *New Republic* (vom 4. April 1984), in dem die Herausgeber forderten, die USA sollten den »Latinofaschisten« auch weiterhin Militärhilfe gewähren, »egal, wie viele Leute ermordet werden«, weil Amerika »höhere Zielsetzungen hat als die Wahrung der Menschenrechte in El Salvador« oder anderswo.

Die Tauben meinten dagegen, diese Mittel würden nicht zum Erfolg führen und man müsse Nicaragua, das hauptsächliche Krebsgeschwür, auf andere Weise »den mittelamerikanischen Verhältnissen « und den »in der Region üblichen Maßstäben

anpassen«. So las man es in der *Washington Post* (14. und 19. März 1986). Diese Verhältnisse und Maßstäbe hatten ihr Vorbild in den Terrorstaaten Guatemala und El Salvador, wo es Massaker, Folterungen und Zerstörung zuhauf gab. So sollte es auch in Nicaragua wieder zugehen.

Die Kommentare und Leitartikel in der US-amerikanischen Presse vertraten zu etwa gleichen Teilen die Position der Falken bzw. der Tauben. Es gab Ausnahmen, die jedoch statistisch Randerscheinungen blieben. Im Hinblick auf die andere »Terrorregion«, den Nahen Osten, war die Einstimmigkeit sogar noch größer.

Derselbe Krieg, unterschiedliche Ziele

Der Marsbewohner würde seiner Zeitung also berichten, daß der Krieg gegen den Terrorismus jetzt von denselben Personen erneut verkündet wird, wobei die Ziele sich leicht verändert haben.

Die »verworfenen Gegner der Zivilisation« von heute waren in den achtziger Jahren jene Freiheitskämpfer, die von der CIA bewaffnet und von Spezialeinheiten ausgebildet wurden. Genau diese Spezialeinheiten suchen jetzt nach ihnen in den Höhlen der Berge von Afghanistan.

Die »Freiheitskämpfer« von damals waren Bestandteil des Kriegs gegen den Terror, die ganz offen ihren eigenen Terrorkrieg führten und weiterhin führen. 1981 ermordeten sie den ägyptischen Präsidenten, Anwar as-Sadat, und lancierten Terror angriffe in der Sowjetunion, die so heftig waren, daß sie fast zu einem Krieg mit Pakistan geführt hätten. Allerdings hörten diese Angriffe nach dem sowjetischen Rückzug aus Afghanistan auf, während das zerstörte Land in die Hände von US-Protégés fiel, deren Herrschaft zu den schlimmsten Kapiteln in der Geschichte Afghanistans gehört. Sie sind,

außerhalb von Kabul, bereits wieder an der Macht und treiben ihre alten Kriegsspiele, die sich, wie die *Washington Post* (am 22. Januar 2001) berichtete, zu einem größeren Krieg ausweiten können.

All dies führt zu Schlagzeilen in der Marspresse, wobei auch die Folgen für die Zivilbevölkerung erörtert werden, die Monate nach dem Krieg immer noch Mangel leidet, weil vorhandene Nahrungsmittel nicht verteilt werden.

Die Folgen können wir nicht abschätzen und werden dazu auch nie in der Lage sein, denn es gehört zu den Prinzipien der geistigen Kultur, daß man die Verbrechen von Feinden mit größter Genauigkeit untersucht, jedoch niemals die eigenen. Insofern lassen sich immer nur Vermutungen darüber anstellen, wie viele tote Vietnamesen oder Salvadorianer oder Afghanen wir auf dem Gewissen haben.

Das Gleichgewicht der Moral: Ein ketzerischer Grundsatz

Das wären, wie gesagt, die Schlagzeilen in der Marspresse. Unser Marsreporter würde aber auch einige grundlegende Vorstellungen klären wollen. Zunächst möchte er wissen, was genau Terrorismus ist, sodann, wie man adäquat auf ihn reagieren kann. Wie immer die Antwort auf diese zweite Frage ausfallen mag, so muß die angemessene Reaktion von ein paar moralischen Binsenweisheiten geleitet sein, die der Marsreporter leicht entdecken kann, denn die selbsternannten Führer des Kriegs gegen den Terrorismus bekräftigen, daß sie gläubige Christen sind, die das Neue Testament in Ehren halten. Insofern wissen sie wahrscheinlich auch, was die Evangelien unter einem Heuchler verstehen - ein Heuchler ist ein Mensch, der moralische Maßstäbe nur für andere, nicht aber für sich selbst gelten läßt.

Daraus schließt der Marsianer, daß eine moralische Minimalbedingung in der Anerkennung gleicher Rechte besteht: Wenn eine Handlung für uns richtig ist, dann auch für andere, und wenn andere etwas Falsches machen, wird es nicht richtig, wenn wir es tun. Das nun ist die elementarste moralische Binsenweisheit, und wenn der Marsbewohner dies erkannt hat, kann er eigentlich seine Koffer packen und auf seinen Planeten zurückkehren, weil seine Forschungen damit beendet sind. Er würde nämlich in den ganzen Kommentaren über den Antiterrorkrieg keine einzige Äußerung finden, die der Minimalbedingung Genüge täte. Sie müssen mir das nicht glauben, sondern können selbst den Versuch unternehmen, eine solche Äußerung aufzutreiben. Ich will auch nicht übertreiben - vielleicht finden Sie hier und da sogar etwas außerhalb des Mainstreams.

Natürlich kennt man diese moralische Binsenweisheit auch im Mainstream, wo man sie als gefährliche Ketzerei begreift, gegen die unüberwindbare Barrieren errichtet werden müssen, damit sie sich nicht ausbreiten kann. Gegen eventuelle Verfechter werden bestimmte Begriffe ins Feld geführt - sie machen sich des »moralischen Relativismus« schuldig oder der »moralischen Äquivalenz«, ein Terminus, den, wie ich glaube, Jeane Kirkpatrick eingeführt hat, um die Gefahr abzuwehren, daß jemand sich untersteht, unsere eigenen Verbrechen unter die Lupe zu nehmen.

Oder man bezichtigt die Verfechter dieses »moralischen Relativismus« des »Anti-Amerikanismus«. Das ist ein interessanter Begriff, der vorwiegend in totalitären Staaten verwendet wurde; in der einstigen UdSSR galt »Anti-Sowjetismus« als schlimmstes Verbrechen. Würde aber z. B. in Italien ein Buch über »Anti-Italianismus« veröffentlicht, läßt sich wohl vorstellen, wie man in Mailand oder Rom darauf reagierte.

Eine unbrauchbare Definition

Aber nehmen wir an, daß der Marsbewohner sich von all diesen Tiraden und Schmähungen nicht beeindrucken läßt, sondern an den moralischen Binsenwahrheiten festhält und neugierig genug ist, um ein bißchen weiter zu forschen. Er wendet sich also der wichtigen Frage zu: Was ist Terrorismus?

Es gibt für ihn eine geeignete Methode, um die Antwort zu finden: Wie definieren die Personen, die dem Terrorismus den Krieg erklärt haben, was Terrorismus ist? Eine solche Bestimmung findet sich in US-amerikanischen Gesetzestexten und Armeehandbüchern. Sie ist sehr kurz. Terrorismus sei, so heißt es dort, die »kalkulierte Anwendung oder Androhung von Gewalt ... um durch Einschüchterung,

Zwang oder Furchteinflößung Ziele zu erreichen, die ihrem Wesen nach politisch, religiös oder ideologisch sind«. Das klingt einfach und ist, soweit ich sehen kann, angemessen. Andererseits lesen wir immer wieder, daß es ein höchst schwieriges Problem sei, Terrorismus zu definieren, und der Marsbewohner könnte sich fragen, ob das wahr ist. Darauf gibt es eine Antwort.

Die Definition ist - aus mindestens zwei Gründen - unbrauchbar. Zum einen stellt sie eine sehr enge Umschreibung der offiziellen Regierungspolitik dar, die in solchen Fällen »Konflikt niedriger Intensität« oder »Gegenterror« genannt wird.⁵ Es ist weltweit üblich, Terror als Gegenteil auszugeben, und schon darum ist die offizielle Definition unbrauchbar. Der andere Grund ist sehr viel einfacher: Sie gibt die falschen Antworten auf die Frage, wer die Terroristen sind. Mithin muß die offizielle Definition aufgegeben und eine ausgeklügeltere erfunden werden, die die richtigen Antworten gibt, und das ist nicht einfach. Darum wird gesagt, es sei ein schwieriges Thema, mit dem selbst große Geister zu kämpfen hätten etc.

Glücklicherweise gibt es eine Lösung. Sie besteht darin, Terrorismus als das zu definieren, was andere gegen uns, wer immer wir sein mögen, ausüben. Das ist, soweit ich weiß, eine universelle Definition - dem Journalismus genauso geläufig wie der Wissenschaft; und es ist auch eine historisch universelle Bestimmung. Zumindest habe ich kein Land gefunden, das diese Praxis nicht betriebe. Und aus dieser nützlichen Charakterisierung des Terrorismus können wir die üblichen Folgerungen ziehen, die allerorten gezogen werden: Wir und unsere Verbündeten sind die Hauptangriffsziele des Terrorismus als einer Waffe der Schwachen.

Natürlich ist der Terrorismus im offiziellen Sinn eine Waffe der Starken, wie die meisten Waffen, per definitionem jedoch ein Mittel der Schwachen, sobald man akzeptiert hat, daß »Terrorismus« etwas ist, das gegen uns ausgeübt wird. Dann wird der Begriff zu einer auf konventioneller Übereinstimmung beruhenden Tautologie.

Terrorismus nach dem Lehrbuch

Nehmen wir an, daß der Marsbewohner auch weiterhin derlei anscheinend universelle Konventionen ablehnt und tatsächlich die öffentlich gepredigten moralischen Binsenweisheiten und auch die offizielle US-amerikanische Definition von Terrorismus akzeptiert. Wenn er so weit geht, lassen sich sicherlich klare Beispiele für Terrorismus finden. Der 11. September 2001 ist ein besonders erschreckendes Beispiel für eine terroristische Gewalttat. Ebenso exemplarisch ist die Reaktion der Briten und Amerikaner, die Admiral Sir Michael Boyce, Leiter des britischen Verteidigungsstabs, verkündete. Die *New York Times* berichtete darüber in einer Titelgeschichte am 28. Oktober 2001. Boyce setzte die afghanische Bevölkerung davon in Kenntnis, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihre Angriffe gegen Afghanistan solange fortsetzen würden, »bis das Land eine andere Führung hat«.

Das ist, in Übereinstimmung mit der offiziellen Definition, eine geradezu lehrbuchmäßige Illustration für internationalen Terrorismus.

Zwei Wochen zuvor hatte George W. Bush der afghanischen Bevölkerung mitgeteilt, daß der Angriff weitergehen werde, bis die gewünschten Verdächtigen ausgeliefert würden. Erinnern wir uns daran, daß der Sturz des Taliban-Regimes als Kriegsziel erst einige Wochen nach Beginn der Bombardements lanciert wurde, damit die Intellektuellen die Gerechtigkeit dieses Kriegs preisen konnten.

Auch George W. Bush verkündete einen Terrorismus gemäß dem Lehrbuch: Wir werden euch solange bombardieren, bis ihr die von uns gesuchten Personen ausliefert. Die Taliban fragten nach Beweisen, was von der US-Regierung ebenso verachtungsvoll abgelehnt wurde wie Auslieferungsangebote, deren Ernsthaftigkeit ungeprüft blieb.

Das alles würde der Marsbewohner vermerken und, wenn er rechefreudig ist, auch die Gründe für dieses Verhalten nebst weiteren Beispielen herausfinden. Diese Gründe sind ganz einfach: Weltmächte beugen sich keiner Autorität und akzeptieren insofern auch nicht die Forderung, Beweise vorzulegen

oder um Auslieferung nachzusuchen. Aufgrund dieser Logik lehnten die USA eine Autorisierung ihrer Vorgehensweise durch den UN-Sicherheitsrat strikt ab, obwohl es nicht schwer gewesen wäre, diese zu erhalten.

Natürlich hat sich die US-Regierung dabei etwas gedacht, und in der internationalen Politik und Diplomatie gibt es sogar einen Terminus dafür: Man muß »Glaubwürdigkeit demonstrieren«. Es ließen sich auch andere Ausdrücke verwenden: Wir sind ein terroristischer Staat, also seht euch vor, falls ihr uns in die Quere kommt. Aber das hieße, »Terrorismus« gemäß der bereits erwähnten offiziellen Bedeutung zu verwenden, und das geht, wie ich gezeigt habe, nicht.

Eindeutige Fälle

Kommen wir noch einmal auf die moralische Binsenweisheit zurück. Gemäß der offiziellen, allgemein akzeptierten und als gerecht und bewunderungswürdig gepriesenen Lehre sind die Vereinigten Staaten dazu berechtigt, einen Terrorkrieg gegen die Afghanen zu führen, bis diese die gesuchten Verdächtigen ausliefern, oder, wie Boyce später formulierte, ihre politischen Führer austauschen. Demzufolge müßten alle, die keine Heuchler im Sinne der Evangelien sind, den Schluß ziehen, daß Haiti das Recht zu umfangreichen terroristischen Maßnahmen gegen die USA besitzt, solange diese nicht den Mörder Emmanuel Constant ausliefern. Er führte jene Terrorgruppen an, die für den Tod von vier- bis fünftausend Haitianern verantwortlich sind, und ist bereits rechtskräftig verurteilt worden.

Die Beweise sind eindeutig, und die haitianische Regierung hat wiederholt, zuletzt am 30. September 2001, als der Krieg gegen Afghanistan bereits erwogen wurde, Constants Auslieferung beantragt. Aber in diesem Fall geht es nur um ein paar tausend tote Farbige.

Vielleicht sollte Haiti Terror in den Vereinigten Staaten ausüben. Da Bombardements nicht möglich sind, könnte man auf Bioterror oder ähnliches zurückgreifen, bis die USA ihre politischen Führer austauschen. Schließlich sind einige

US-Präsidenten verantwortlich für schreckliche Verbrechen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts gegen die haitianische Bevölkerung verübt wurden.

Auch Nicaragua hätte das Recht, Maßnahmen gegen diejenigen zu ergreifen, die dem Terrorismus erneut den Krieg erklärt haben. Viele von ihnen tragen Verantwortung für den terroristischen Angriff auf Nicaragua, der opferreicher war als die Ereignisse vom 11. September: Zehntausende wurden getötet und das Land verwüstet.

Auch in diesem Fall ist die Beweislage eindeutig. Der Weltgerichtshof verurteilte den internationalen Terrorismus der USA, und der UN-Sicherheitsrat forderte in einer Resolution alle Staaten auf, die internationalen Gesetze zu respektieren. Niemand wurde im einzelnen genannt, aber alle wußten, wer gemeint war. Die USA legten ihr Veto ein, Großbritannien enthielt sich. Die Generalversammlung bekräftigte die Aufforderung des Sicherheitsrats in weiteren Resolutionen, die von den USA und einigen Vasallenstaaten abgelehnt wurden. Der Weltgerichtshof forderte die USA auf, den Terrorkrieg gegen Nicaragua zu beenden und umfangreiche Reparationen zu zahlen. Die USA reagierten darauf mit der von Demokraten und Republikanern gleichermaßen getragenen Entscheidung, den Angriff sofort zu eskalieren. Wie die Medien damit umgingen, habe ich bereits beschrieben. Nicaragua wurde unter Druck gesetzt, bis das »Krebsgeschwür« zerstört war und noch darüber hinaus.

Als im November 2001 - der Krieg in Afghanistan hatte soeben begonnen - in Nicaragua Wahlen abgehalten wurden, mischten sich die Vereinigten Staaten dort auf massive Weise ein, indem sie vor einem (in ihrem Sinne) falschen Ergebnis warnten und dafür auch den Grund angaben. Das Außenministerium erklärte, man dürfe Nicaraguas Rolle im internationalen Terrorismus der achtziger Jahre nicht vergessen. Gemeint war der Widerstand gegen die Angriffe, die zur Verurteilung der USA seitens der höchsten internationalen Institutionen führten.

In unserer dem Terrorismus und der Heuchelei ergebenden intellektuellen Kultur ruft das keine weiteren Kommentare hervor, aber vielleicht in der Marspresse. Auf jeden Fall kann man sehen, wie das Thema hier behandelt wurde. Oder man könnte, bei diesem unzweifelhaften Beispiel, die je eigene Lieblingstheorie vom »gerechten Krieg« erproben.

Die Domestizierung der Bevölkerungsmehrheit

Immerhin war Nicaragua den terroristischen Angriffen der USA nicht völlig schutzlos ausgeliefert, denn es besaß eine Armee, die auf Seiten der Sandinisten stand. In den anderen mittelamerikanischen Staaten gehörte die Armee zu den Terrorgruppen, die von den USA und ihren Vasallen bewaffnet und ausgebildet wurden, so daß die Greuelthaten ein viel größeres Ausmaß annahmen. Aber in diesem Fall war das Opfer nicht der Staat, und so gab es niemanden, der sich an den Weltgerichtshof oder den Sicherheitsrat wenden konnte, auch wenn deren Urteile und Resolutionen von den USA auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen wurden. Der Terror in Mittelamerika hatte weitreichende Folgen. In den Vereinigten Staaten ist man - völlig zu Recht - besorgt über die Auswirkungen des Terrorangriffs vom 11. September. So fragt z. B. die *New York Times* (am 22. Januar 2002) in einem Aufmacher auf der Titelseite nach den Menschen, die Opfer der Tragödie geworden sind. Das würde natürlich auch für die Opfer viel schlimmerer terroristischer Verbrechen gelten, aber davon erfährt man höchstens auf dem Mars.

So könnte man etwa versuchen, den Bericht über eine Konferenz salvadorianischer Jesuiten zu finden, die vor einigen Jahren stattfand. Diese Jesuiten hatten mit dem US-Terrorismus besonders gravierende Erfahrungen gemacht. Ihre Bemerkungen⁶ zur »Kultur des Terrorismus« betonen vor allem deren längerfristige Auswirkungen, wozu auch die Domestizierung des Erwartungshorizonts der Bevölkerungsmehrheit gehört, die einsehen muß, daß es besser ist, sich den Anordnungen des führenden Terrorstaats und seiner lokalen Agenturen zu fügen, um nicht erneut den von den US-amerikanischen Tauben empfohlenen »mittelamerikanischen Verhältnissen« unterworfen zu werden.

Hierzulande blieb der Bericht unerwähnt, aber vielleicht bekommt er auf dem Mars ein paar Schlagzeilen.

Begeisterte Partner

Der Marsreporter könnte noch weitere interessante Ähnlichkeiten zwischen der ersten und der zweiten Phase des Terrorkriegs bemerken. 2001 schlossen sich alle möglichen Terrorstaaten eifrig der Koalition gegen den Terrorismus an. Die Gründe dafür sind nicht schwer zu finden.

Die Russen waren begeistert, weil sie sich von den USA Unterstützung für ihre terroristischen Aktivitäten in Tschetschenien erhofften.

Noch enthusiastischer reagierte die Türkei. Sie bot als erstes Land die Entsendung von Truppen an, denn man war, wie der Premierminister erklärte, den USA für umfangreiche Waffenlieferungen dankbar - zur Zeit der Regierung Clinton kamen achtzig Prozent der türkischen Waffen aus den Vereinigten Staaten -, mittels derer man die ethnischen Säuberungsaktionen der neunziger Jahre durchführen konnte. Da die USA der einzige Lieferant waren, zeigte sich die Türkei ihnen gegenüber besonders verpflichtet. Natürlich galten die Aktionen gegen die kurdische Bevölkerung nicht als Terrorismus.

Ähnliche Zusammenhänge lassen sich in der ersten Phase des Antiterrorkriegs beobachten. So war die von mir bereits zitierte Ankündigung von Admiral Boyce eine Paraphrase von Äußerungen des bekannten israelischen Politikers Abba Eban aus dem Jahre 1981. Er rechtfertigte israelische Greuelthaten im Libanon, die, wie er *zugab*, ziemlich schrecklich waren, aber dem Ziel dienten, »die Bevölkerung so zu beeindrucken, daß sie Druck ausüben würde, der zur Einstellung der Feindseligkeiten führen könnte«.⁷ Auch dies ist eine lehrbuchmäßige Illustration für internationalen Terrorismus in der offiziellen Bedeutung des Wortes.

Die Kampfhandlungen, auf die Eban sich bezog, fanden an der israelisch-libanesischen Grenze statt. Sie gingen zumeist von Israel aus, oftmals wurde noch nicht einmal ein Vorwand angegeben, aber die Vereinigten Staaten unterstützten dieses Vorgehen, das mithin konventionellerweise nicht zum Terrorismus und seiner Geschichte zählt. Damals bombardierte Israel den Libanon, um Rechtfertigungsgründe für eine geplante Invasion zu finden. Das gelang zwar nicht, aber die Israelis

marschierten dennoch in den Libanon ein, wobei an die 18 000 Personen den Tod fanden, und hielten den Südlibanon weitere zwanzig Jahre besetzt, doch all das zählt nicht als Terrorismus, weil die USA Israel Rückendeckung gaben.

Preiswürdige Greuelthaten

Das Jahr 1985 bildete den Höhepunkt der US-amerikanischen und israelischen Greuelthaten im Südlibanon. Die von Premierminister Schimon Peres ins Werk gesetzte Operation »Eiserne Faust« bestand aus zahlreichen Massakern und Deportationen, deren Opfer von den Oberkommandierenden so genannte »terroristische Dorfbewohner« waren. »Eiserne Faust« gehörte zu den Kandidaten für das schlimmste terroristische Verbrechen des Jahres 1985, also zu jenem Zeitpunkt, als der »internationale Terrorismus« weltweit Schlagzeilen machte.

Es gab noch Mitbewerber. Zu ihnen zählte das Attentat mittels einer Autobombe, die Anfang 1985 in Beirut gezündet wurde. Sie war darauf eingestellt, in dem Augenblick hochzugehen, da die Besucher einer Moschee den Gottesdienst verließen, weil eine möglichst hohe Zahl von Opfern angepeilt worden war. Einem ziemlich gruseligen Bericht der *Washington Post* zufolge wurden achtzig Personen getötet und mehr als zweihundertundfünfzig verwundet.⁸ Die schwere Bombe tötete nicht nur Frauen und Mädchen, sondern sogar Säuglinge in ihren Betten. Aber das ist kein Terrorismus, weil diese Aktion von der CIA und dem britischen Geheimdienst organisiert wurde und damit als Kandidat ausfällt.

Somit bleibt noch ein Mitbewerber für den Preis, nämlich Israels Bombardierung von Tunis, bei der fünfundsiebzig Personen starben; in der israelischen Presse gab es darüber einige Berichte von guten Reportern. Die USA waren an dieser Greuelthat beteiligt, weil sie ihren tunesischen Verbündeten nicht über den bevorstehenden Angriff informierten. Vielmehr setzte Außenminister George Shultz den israelischen Außenminister, Jitzhak Schamir, davon in Kenntnis, daß die USA diese Aktion mit einiger Sympathie betrachteten, zog jedoch seine Befürwortung zurück, als der UN-Sicherheitsrat das Vorgehen einmütig als bewaffnete Aggression verurteilte (die USA enthielten sich der Stimme).

Wir wollen, wie im Fall Nicaraguas, Washington und seinen Vasallen, ein *in dubio pro reo* einräumen und davon ausgehen, daß die Bombardierung von Tunis lediglich ein Akt des internationalen Terrorismus war und nicht etwa, wie der Sicherheitsrat entschied, bewaffnete Aggression, weil wir sonst als Vergleichsmaßstab die Nürnberger Prozesse heranziehen müßten.

Diese drei Fälle sind die Höhepunkte der zahlreichen Greuelthaten des Jahres 1985. Ein paar Wochen nach der Bombardierung von Tunis kam Premierminister Schimon Peres nach Washington, um gemeinsam mit Präsident Reagan die »Geißel des Terrorismus« im Nahen Osten zu beklagen. Das rief keine Kommentare hervor, weil die Bombardierung von Tunis ja kein Terrorismus war. Terrorismus ist, was man uns antut. Wenn wir anderen noch Schlimmeres antun, ist das kein Terrorismus. Zumindest der Marsbewohner könnte diese Diskrepanz bemerken.

Meine absolute Lieblingsrezension bekam ich, als ich vor einigen Jahren über dieses Thema schrieb. In der *Washington Post* (vom 18. September 1988) widmete deren Nahostkorrespondent meinem Artikel zwei Worte; er beschrieb ihn als »breathlessly deranged« - auf atemlose Weise geistig verwirrt. Das gefällt mir. Mit der Atemlosigkeit hatte er sicherlich nicht recht, der Artikel war in eher ruhigem Tonfall verfaßt - aber »geistig verwirrt« ist richtig. Man muß wohl geistig verwirrt sein, um elementare moralische Binsenweisheiten zu akzeptieren und Tatsachen zu beschreiben, die nicht beschrieben werden sollten.

Verachtenswürdige Entschuldigungen

Kehren wir zu unserem Marsreporter zurück. Er könnte sich fragen, warum im Hinblick auf den internationalen Terrorismus im Nahen Osten gerade das Jahr 1985 den Höhepunkt für die Rückkehr zur Barbarei durch die Gegner der Zivilisation darstellen soll. Er könnte sich das fragen, weil selbst die schlimmsten Beispiele für internationalen Terrorismus in dieser Region wie auch in Mittelamerika

in den schwarzen Löchern des historischen Gedächtnisses verschwunden sind. Und mit ihnen viele andere, von denen manche sich erst kürzlich ereignet haben.

Einige Fälle von 1985 sind jedoch noch gut in Erinnerung. Der offizielle Preis gebührt der Entführung der *Achille Lauro* und dem Mord an dem körperlich behinderten Amerikaner Leon Klinghoffer. Das war zweifellos, wie wir alle noch wissen, eine schreckliche Untat. Allerdings bezeichneten deren Urheber sie als Vergeltung für die Bombardierung von Tunis, die ein weitaus dramatischerer Fall von internationalem Terrorismus war, aber wir haben diese Rechtfertigung mit der ihr gebührenden Verachtung zurückgewiesen.

Und all jene, die sich nicht als Feiglinge und Heuchler begreifen, werden diese grundsätzliche Haltung gegenüber allen anderen gewaltsamen Vergeltungsakten einnehmen, zu denen auch der Krieg in Afghanistan gehört, der mit der unzweideutigen Erwartung begonnen wurde, daß er Millionen von Menschen in den Hungertod führen könne. Wir werden das, wie ich sagte, aus prinzipiellen Erwägungen heraus nie erfahren.

Oder denken wir an mindere Gewalttaten, wie die gegenwärtigen Vergeltungsmaßnahmen in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten, die, wie immer, mit Billigung der USA durchgeführt werden und darum nicht als Terrorismus gelten. Der Marsbewohner würde sicherlich auf der Titelseite berichten, daß die USA gerade jetzt den Krieg gegen den Terror als Vorwand benutzen, um den Terrorismus ihres führenden Vasallenstaats zu protegiere oder gar zu eskalieren.

Die jüngste Phase dieses Terrorismus begann am 1. Oktober 2000, gleich nach Beginn der zweiten Intifada. Israelische Helikopter griffen unbewaffnete Palästinenser mit Marschflugkörpern an, wobei Dutzende getötet und verwundet wurden. Von Selbstverteidigung war nicht einmal als Vorwand die Rede. (Nebenbei gesagt: »Israelische Helikopter« sind US-amerikanische Helikopter mit israelischen Piloten, die eine entsprechende Ausbildung genossen haben.)

Präsident Clinton reagierte sofort auf diese Gewalttaten. Schon am 3. Oktober, also zwei Tage später, sorgte er dafür, daß Israel die umfangreichste Lieferung an Helikoptern innerhalb eines Jahrzehnts erhalten sollte. Dazu kamen noch Ersatzteile für Apache-Militärhubschrauber, die im September geliefert worden waren. Die Presse kollaborierte, indem sie die Berichterstattung verweigerte - verweigerte, nicht etwa versäumte, denn die Details waren ihr sehr wohl bekannt.

Im letzten Monat hätten die Marszeitungen sicherlich Washingtons Intervention zur weiteren Beschleunigung des Torkreislaufs im Nahen Osten auf die Titelseiten gesetzt. Am 14. Dezember legten die USA ihr Veto gegen eine Resolution des UN-Sicherheitsrats ein, in der die Umsetzung der Mitchell-Vorschläge und die Entsendung internationaler Beobachter für die Deeskalation der Gewalttätigkeiten gefordert wurde. Die Resolution ging dann an die Generalversammlung, wo sie ebenfalls von den USA und Israel angefochten wurde. Auch hierüber gab es in den US-Medien keine Zeile.

Eine Woche zuvor hatte es in Genf eine Konferenz der Signatarstaaten der Vierten Genfer Konvention gegeben, die zur Durchsetzung dieser Konvention vertraglich verpflichtet sind. Sie war bekanntlich nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen worden, um die Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten gerichtlich verfolgen zu können. Die Vierte Konvention verbietet praktisch alles, was die USA und Israel in den besetzten Gebieten unternehmen. Dazu gehören auch die Siedlungen, die mit US-amerikanischer Wirtschaftshilfe errichtet und ausgedehnt wurden. Diese Unterstützungsmaßnahmen wurden unter Clinton und Barak während der Verhandlungen von Camp David noch erweitert.

Nur Israel weist die Vorwürfe, gegen die Genfer Konvention zu verstoßen, zurück.

Als das Thema im Oktober 2000 im UN-Sicherheitsrat zur Sprache kam, enthielten sich die USA der Stimme. Offensichtlich wollten sie nicht mit der Verletzung grundlegender Prinzipien des internationalen Rechts in Verbindung gebracht werden, schon gar nicht angesichts der Umstände, unter denen dieser Verstoß stattfand. Deshalb verurteilte der Sicherheitsrat mit vierzehn gegen null Stimmen Israel zur Einhaltung der Konvention. Vor Clinton hatten die USA zusammen mit anderen Mitgliedern des Sicherheitsrats gegen die »flagrante Verletzung« der Konvention durch Israel

gestimmt. Die Enthaltung paßt zu Clintons Praxis, die internationale Gesetzgebung und frühere UN-Resolutionen praktisch zu annullieren.

Den Medien zufolge sind die Araber der Auffassung, daß die Konvention für die von Israel besetzten Gebiete gelte. Das ist nicht falsch, aber zuwenig - die Araber sind dieser Auffassung und alle anderen Nationen ebenfalls. Das Treffen vom 5. Dezember 2001, auf dem sämtliche Mitgliedsstaaten der Europäischen Union anwesend waren, bestätigte die Gültigkeit der Genfer Konvention für die besetzten Gebiete und die Illegalität der Siedlungspolitik; Israel (und damit indirekt die USA) wurde aufgefordert, das internationale Recht zu beachten. Das Treffen scheiterte, weil die USA es boykottierten. Auch in diesem Fall war die Berichterstattung in den USA gleich null.

Dadurch wurde der Terrorismus im Nahen Osten erneut angeheizt, und die Medien trugen dazu das ihrige bei.

Antworten auf den Terrorismus

Nehmen wir schließlich an, daß wir uns - wie der Marsreporter - von der konventionellen Definition des Terrorismus verabschieden. Wir akzeptieren die moralischen Binsenweisheiten. Nur wenn uns das gelingt, können wir uns aufrichtig der Frage stellen, wie mit terroristischen Verbrechen umzugehen ist.

Man könnte dem Vorbild der gesetzestreuen Staaten, also dem Beispiel Nicaraguas, folgen. Aber das wäre zum Scheitern verurteilt, weil die Welt nicht vom Gesetz beherrscht wird, sondern von der Gewalt. Vielleicht müßte dieses Vorgehen im Hinblick auf die USA nicht scheitern, aber ich habe in der umfangreichen Berichterstattung über die Vorgänge der letzten Monate dazu keinen einzigen Satz gelesen. Also ist das wohl ausgeschlossen.

Eine andere Antwort gaben Bush und Boyce, aber wir verwerfen sie sofort, weil niemand glaubt, daß Haiti oder Nicaragua oder Kuba oder andere Staaten das Recht haben, gegen die USA und ihre Vasallen oder andere reiche und mächtige Staaten mit terroristischer Gewalt vorzugehen.

Eine vernünftiger Antwort gaben andere Quellen, darunter der Vatikan und der herausragende britische Historiker Michael Howard.⁹ Dieser Gelehrte verfügt über alles, was zur Glaubwürdigkeit gehört: Er hat viel Prestige und ist ein großer Bewunderer des britischen Empires und mehr noch von dessen Nachfolger in Sachen Weltherrschaft, weshalb man ihn auch nicht des moralischen Relativismus oder ähnlicher Verbrechen bezichtigen kann.

Im Hinblick auf den 11. September empfahl Howard eine Polizeioperation gegen eine kriminelle Verschwörung, deren Mitglieder verfolgt und vor einen internationalen Gerichtshof gebracht werden sollten, wo sie einen fairen Prozeß und, im Falle eines Schuldspruchs, ein angemessenes Urteil zu erwarten hätten. Darüber wurde anderenorts natürlich nicht nachgedacht, aber es scheint mir vernünftig zu sein, denn dieses Verfahren ließe sich auch bei anderen Verbrechen oder noch schlimmeren terroristischen Gewalttaten anwenden, z. B. hinsichtlich des terroristischen Angriffs der USA auf Nicaragua. Auch das wird nicht erwogen, aber aus ganz anderen Gründen.

Die Aufrichtigkeit stellt uns also vor ein Dilemma. Die einfache Antwort ist die der konventionellen Heuchelei. Die andere Option vertritt unser Reporter vom Mars, der ehrlich an die Grundsätze glaubt, die wir mit so großartiger Selbstgerechtigkeit verkünden. Diese Option läßt sich sehr viel schwieriger durchsetzen, doch ist das unerläßlich, wenn der Welt noch größere Katastrophen erspart bleiben sollen.

II. Über die spektakulären Erfolge der Propaganda

Die Rolle der Medien in der gegenwärtigen Politik zwingt uns zu der Frage, in was für einer Welt und in was für einer Gesellschaft wir leben wollen, und vor allem, in welchem Sinn diese Gesellschaft demokratisch verfaßt sein soll. Ich möchte zunächst zwei unterschiedliche Konzeptionen von Demokratie einander gegenüberstellen. Die eine geht davon aus, daß in einer demokratischen Gesellschaft die Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich auf sinnvolle Weise an der Regelung ihrer Angelegenheiten zu beteiligen und ungehinderten Zugang zu den Informationsmitteln besitzt. Wenn man in einem Lexikon den Begriff »Demokratie« nachschlägt, wird man eine Definition dieser Art erhalten.

Eine andere Konzeption besagt, daß die Bevölkerung von der Regelung ihrer Angelegenheit ausgeschlossen und der Zugang zu den Informationsmitteln streng begrenzt und kontrolliert werden muß. Das mag sich seltsam anhören, aber diese Konzeption von Demokratie ist die vorherrschende, und das schon seit langem, in der Theorie ebenso wie in der Praxis. Es ist eine Geschichte, die bis zu den frühesten demokratischen Revolutionen im England des 17. Jahrhunderts zurückreicht. Ich betrachte im folgenden die Epoche der Moderne, sage etwas zur Entwicklung des Demokratiebegriffs und erörtere, wie und warum das Problem der Medien und der Desinformation in diesem Zusammenhang auftaucht.

Frühgeschichte der Propaganda

Beginnen wir mit der ersten modernen Propagandaoperation einer Regierung. Sie fand während der Amtszeit von Woodrow Wilson statt, der 1916 mit dem Slogan »Frieden ohne Sieg« zum Präsidenten der USA gewählt worden war. Zu der Zeit, Mitte des Ersten Weltkriegs, war die amerikanische Bevölkerung äußerst pazifistisch gesonnen und sah keinen Grund, sich in einen europäischen Krieg hineinziehen zu lassen. Die Regierung Wilson hatte sich jedoch auf den Kriegseintritt festgelegt und mußte nun etwas gegen die friedfertige Stimmung unternehmen. Es wurde eine Propaganda-Agentur, die so genannte Creel-Kommission, auf die Beine gestellt, der es innerhalb von sechs Monaten gelang, die Bevölkerung in eine hysterische Begeisterung zu versetzen. Jetzt auf einmal wollte man alles Deutsche vernichten, die Deutschen in Stücke reißen, in den Krieg ziehen und die Welt retten. Dieser propagandistische Erfolg führte zu weiteren Unternehmungen ähnlicher Art: Nach dem Krieg benutzte man die gleichen Techniken, um die »Angst vor den Roten« (*Red Scare*) zu schüren, wobei es gelang, der Gewerkschaftsbewegung schweren Schaden zuzufügen und so gefährliche Probleme wie die politische Meinungs- und Pressefreiheit zu beseitigen. Geschäftswelt und Medien sekundierten bei diesem Unterfangen, das insgesamt ein großer Erfolg wurde.

Zu denen, die sich aktiv und begeistert an Wilsons Kriegstreiberei beteiligten, gehörten auch progressive Intellektuelle aus dem Kreis um John Dewey, die, wie man ihren Schriften entnehmen kann, sehr stolz darauf waren, daß es den (so ihre Worte) »intelligenteren Mitgliedern der Gemeinschaft«, nämlich ihnen selbst, gelungen war, durch Verbreitung von Schreckbildern und nationalistischem Fanatismus der Bevölkerung den Krieg schmackhaft zu machen. Dazu waren ihnen so ziemlich alle Mittel recht, wie etwa die »Greuelpropaganda«, die den abfälligen »Hunnen« genannten Deutschen das Zerstückeln belgischer Kinder und andere Grausamkeiten andichtete, die in manchen Geschichtsbüchern immer noch zu lesen sind. Vieles davon beruhte auf Erfindungen des britischen Propagandaministeriums, das damals, wie sich geheimen Unterlagen entnehmen läßt, das Ziel verfolgte, »die Gedanken fast der gesamten Welt zu lenken«. Vor allem aber wollte man die Gedanken

der »intelligenteren Mitglieder der Gemeinschaft« in den Vereinigten Staaten lenken, damit die von den Briten zusammen-gekochte Propaganda dort Verbreitung finden und eine friedliche Bevölkerung in Kriegshysterie stürzen könne. Das gelang sehr gut, und man konnte eine Lehre daraus ziehen:

Die Wirkungen staatlicher Propaganda sind umso größer, je mehr sie von den gebildeten Schichten unterstützt und keine Kritik daran zugelassen wird. Diese Lektion haben Hitler und viele andere gelernt, bis auf den heutigen Tag.

Demokratie für Zuschauer

Ebenso beeindruckt von diesen Erfolgen waren liberaldemokratische Theoretiker und führende Persönlichkeiten der Medien wie etwa Walter Lippmann, der Doyen der amerikanischen Journalisten, ein einflußreicher Kritiker der Innen- und Außenpolitik der USA und ein großer Theoretiker der liberalen Demokratie. Lippmann war an den Propagandakommissionen beteiligt gewesen und hatte den Wert ihrer Errungenschaften erkannt. Er meinte, daß eine von ihm so genannte »Revolution in der Kunst der Demokratie« dazu führen könnte, »Konsens herzustellen« (*manufacturing consent*), d.h. mittels der neuen Propagandatechniken die Öffentlichkeit auf Ereignisse einzustimmen, die sie eigentlich ablehnt. Er hielt dies für eine gute, ja sogar notwendige Idee, weil, wie er sagte, »das Interesse des Gemeinwesens sich der öffentlichen Meinung völlig entzieht« und nur von einer »spezialisierten Klasse ... verantwortlicher Männer«, die über das notwendige Wissen verfügen, begriffen und in Angriff genommen werden kann. Seiner Theorie zufolge kann lediglich eine kleine Elite - die Gemeinschaft der Intellektuellen, von der die Dewey-Anhänger sprachen - das Interesse der Allgemeinheit adäquat in die Tat umsetzen. Das ist eine sehr alte und zugleich typisch leninistische Sichtweise, die hervorragend mit Lenins Konzept einer revolutionären Avantgarde harmoniert. Diese Avantgarde ist, so Lenin, dazu befugt, aufgrund einer allgemeinen Revolution die Staatsmacht zu übernehmen, um die Bevölkerung dann einer Zukunft entgegenzuführen, die außerhalb der begrifflichen Reichweite der dumpfen Massen liegt. Insofern gehen liberaldemokratische Theorie und Marxismus-Leninismus von gemeinsamen ideologischen Voraussetzungen aus.¹⁰

Lippmann unterfütterte diese Anschauungen mit einer ziemlich ausgefeilten Demokratie-Theorie. Eine gut funktionierende Demokratie bestehe, so meint er, aus zwei unterschiedlichen Klassen von Bürgern. Zur einen Klasse gehören diejenigen, die aktiv mit den Angelegenheiten der Allgemeinheit betraut sind, d.h. analysieren, Entscheidungen treffen und ausführen und in den politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Systemen die Dinge ins Rollen bringen. Diese Klasse von Spezialisten umfaßt allerdings nur einen kleinen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung. Der Rest gehört zu »den anderen«, den Handlungsobjekten der Spezialisten. Sie machen, so Lippmann, die »verwirrte Herde« aus, vor deren »Getrampel und Gelärm« wir, die Spezialisten, uns schützen müssen. Beide Klassen haben in der funktionierenden Demokratie eine festumrissene Funktion. Die Spezialisten und Planer kümmern sich um das Interesse der Allgemeinheit, während die »verwirrte Herde« die Rolle von Zuschauern spielt, hin und wieder jedoch einem Mitglied der Spezialistenklasse Gewicht verleihen darf, indem sie ihm die politische Führung zuspricht. Denn schließlich leben Hüter und Herde in einer Demokratie und nicht in einem totalitären Staat. Deshalb gibt es Wahlen, nach denen die Herde jedoch wieder in die Zuschauerrolle zurückfällt und an den Planungs- und Entscheidungsvorgängen nicht weiter beteiligt ist.

Hinter dieser Theorie steckt eine Logik und sogar ein zwingendes Moralprinzip. Es besagt, daß die Masse der Bevölkerung zu dumm ist, um größere Zusammenhänge zu begreifen. Wenn sie den Versuch unternimmt, sich an der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten zu beteiligen, stört sie lediglich den reibungslosen Ablauf. Darum wäre es unmoralisch und unverantwortlich, dergleichen von ihr zu verlangen. Wir müssen die Herde zähmen, damit sie nicht alles zertrampelt. Ihr die Beteiligung an Entscheidungsprozessen zuzugestehen, wäre ebenso unklug wie ein dreijähriges Kind allein über die Straße laufen zu lassen, weil es mit dieser Freiheit sich selbst und andere gefährden könnte.

Wir müssen also die Herde mittels einer neuen Revolution in der Kunst demokratischen Regierens zähmen, nämlich mit der »Herstellung von Konsens«. Medien, Schulen und Alltagskultur müssen

zweigeteilt werden. Der politischen Klasse, den Spezialisten, vermitteln sie einen angemessenen Wirklichkeitssinn und die richtigen Überzeugungen. Konsens kann nämlich nur hergestellt werden, wenn eine entscheidende Voraussetzung zwar vorhanden ist, aber nicht ausgesprochen wird: Die Spezialisten gelangen nur an die Entscheidungshebel der Macht, indem sie - was sie auch vor sich selbst verbergen müssen - den *wirklich* Mächtigen dienen, den Eigentümern der Gesellschaft, einer ganz kleinen Gruppe von Personen. Nur wenn die Spezialisten bereit sind, deren Interessen zu dienen, gehören sie zu den Entscheidungsträgern. Aber das muß unter der Decke gehalten werden, und darum bekommen die Spezialisten jene Überzeugungen und Doktrinen eingetrichtert, mit denen sie den Interessen der privaten Macht dienen können. Mithin gibt es ein Erziehungssystem, in dem die zukünftigen Spezialisten sich die Werte und Interessen der Privatwirtschaft und des sie repräsentierenden staatlich-ökonomischen Sektors zu eigen machen, während die verwirrte Herde einfach abgelenkt und von den Fleischtöpfen der Macht ferngehalten werden muß.

Diese Anschauungen sind von zahlreichen anderen Personen auf ähnliche Weise entwickelt worden. So ging z.B. der berühmte Politologe und Theologe Reinhold Niebuhr - der »Theologe des Establishments« und Guru von George Kennan und den Kennedy-Intellektuellen - davon aus, daß Rationalität eine nicht eben weit verbreitete menschliche Eigenschaft sei. Die meisten Leute ließen sich von ihren Gefühlen und Impulsen leiten. Die mit Rationalität Begabten hätten die Aufgabe, »notwendige Illusionen« und emotional einflußreiche »Übervereinfachungen« zu schaffen, um die naiven Einfaltspinsel auf Kurs zu halten. Das wurde in den zwanziger und dreißiger Jahren zu einer Standardhypothese der Politischen Wissenschaft. Damals erklärte Harold Lasswell, Begründer der modernen Kommunikationstheorie und einer der führenden Politologen, daß wir uns nicht dem »demokratischen Dogmatismus« hingeben und etwa glauben sollten, »die Menschen könnten ihre je eigenen Interessen selbst am besten beurteilen«. Das nämlich können nur wir, die Spezialisten. Darum müssen wir, schon aus Gründen gewöhnlicher Moralität, dafür sorgen, daß die Massen nicht die Gelegenheit bekommen, ihre Fehltritte in Taten umzusetzen. In Diktaturen ist das einfacher. Man hält die Knute bereit, und wer aus der Reihe tanzt, bekommt sie zu spüren. Aber in freieren und demokratischeren Gesellschaften geht so etwas nicht. Deshalb ist hier das Mittel der Propaganda so wichtig. Sie ist für die Demokratie, was für die Diktatur die Knute. Jedoch ist die »verwirrte Herde« weder im einen, noch im anderen Fall fähig, die Interessen der Allgemeinheit zu erkennen.

Public Relations

Die Vereinigten Staaten waren das Pionierland der PR-Industrie. Ihr Ziel war, wie es deren Vorreiter formulierten, »das Bewußtsein der Öffentlichkeit (*public mind*) zu kontrollieren«. Sie hatten eine Menge aus den Erfolgen der Creel-Kommission und der antikommunistischen Feldzüge gelernt. In den zwanziger Jahren blühte die PR-Industrie auf und konnte die Öffentlichkeit für einige Zeit fast vollständig der Herrschaft der Geschäftswelt unterwerfen, so daß zu Beginn der dreißiger Jahre sogar Untersuchungsausschüsse des Kongresses sich mit ihrer Rolle beschäftigten. Viele Informationen über die Machenschaften der PR-Industrie stammen aus dieser Zeit.

Mittlerweile gibt die PR-Industrie etwa eine Milliarde Dollar pro Jahr für ihre Aktivitäten aus, immer noch mit der Absicht, »das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu kontrollieren«. In den dreißiger Jahren gab es dazu Anlaß genug. Die Wirtschaftskrise florierte, und die Arbeiter organisierten sich. 1935 errang die Arbeiterbewegung mit dem Wagner-Gesetz ihren ersten (und letzten) Sieg in der Legislative, nämlich das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation. Damit ergaben sich aus Sicht der »Spezialisten« zwei ernsthafte Probleme. Zum einen funktionierte die Demokratie nicht richtig. Die »verwirrte Herde« hatte einen Sieg errungen, der in der Demokratie der Spezialisten nicht vorgesehen war. Zum anderen war es mit dem Wagner-Gesetz für die Arbeiter möglich geworden, sich zu organisieren und damit aus der Rolle des Zuschauers herauszutreten. Sie waren nicht länger atomisierte Individuen. Sie und andere Leute mit begrenzten Ressourcen konnten die politische Arena betreten, und das war äußerst bedrohlich. Die Privatwirtschaft leitete eine Großoffensive ein, um sicherzustellen, daß das Wagner-Gesetz der letzte Sieg für die Arbeiterbewegung auf dieser Ebene gewesen sein sollte, und sie hatte Erfolg. Ab 1935 nahm die Fähigkeit der Gewerkschaften zu organisiertem Handeln ständig ab, und die Zahl der Mitglieder, die während des Zweiten Weltkriegs

noch einmal kurzfristig anstieg, begann zu sinken. Das geschah keineswegs zufällig, denn die Geschäftswelt widmete diesem Problem sehr viel Geld und Aufmerksamkeit. Sie spannte die PR-Industrie und andere Organisationen wie etwa die *National Association of Manufacturers* und den *Business Roundtable* für ihre Zwecke ein, um diese Entartung der Demokratie im Keim zu ersticken.

Die erste Gelegenheit dazu ergab sich bereits 1937. Im Westen von Pennsylvanien, in Johnstown, streikten die Stahlarbeiter, und die Geschäftswelt wollte diesen Streik mit neuen Methoden brechen. Man schickte nicht mehr, wie früher, Schlägertrupps los, die es auf die Kniescheiben von Streikwilligen abgesehen hatten, sondern bediente sich der subtileren Mittel der Propaganda, um die Öffentlichkeit gegen die Streikenden aufzuwiegeln, die als schädliche Störenfriede präsentiert wurden, deren Aktivitäten den Interessen der Allgemeinheit zuwiderliefen. Die Interessen der Allgemeinheit sind »unsere« Interessen: die des Geschäftsmanns, des Arbeiters, der Hausfrau. »Wir alle« sind ja Amerikaner und wollen in Frieden und Harmonie zusammenarbeiten. Aber die Streikenden stören diesen Frieden und sind darum unamerikanische Subjekte. Wenn »wir alle« miteinander leben wollen, müssen wir sie stoppen. Der Konzernchef und die Reinmachefrau haben die gleichen Interessen. Diese Botschaft wurde der Öffentlichkeit mit großem Aufwand verkauft, schließlich kontrollierte die Geschäftswelt die Medien und ließ sich die Kampagne etwas kosten, die dann auch Erfolg hatte. Man sprach später von der »Mohawk-Valley-Formel« und benutzte sie noch häufig, um Streiks zu brechen. Es war, wie man sagte, eine »wissenschaftliche Methode«, die darauf abzielte, die öffentliche Meinung mit leeren Begriffen wie »Amerikanismus« gegen Aktionen der Arbeiterbewegung einzunehmen. Wer will schon gegen Amerikanismus oder Harmonie sein? Oder gegen die im Golfkrieg erhobene Forderung: »Unterstützt unsere Truppen«? Oder gegen gelbe Bänder, mit denen man die Heimkehrenden begrüßt?

Was bedeutete es denn, wenn z.B. jemand fragte: »Unterstützt ihr die Leute in Iowa?« Wäre die Antwort: »Ja, wir unterstützen sie« oder »Nein, wir tun es nicht«? Es ist noch nicht einmal eine Frage, sondern nur eine bedeutungslose Äußerung. Und darum geht es. PR-Slogans wie »Unterstützt unsere Truppen« bedeuten nichts und sollen nichts bedeuten. Genausogut könnte die Frage lauten: »Unterstützt ihr die Leute in Iowa?« Natürlich gibt es eine grundlegendere Frage. Sie lautet: »Unterstützt ihr unsere Politik?« Aber gerade darüber sollen die Leute nicht nachdenken. Gute Propaganda erfindet einen Slogan, dem alle zustimmen können, ohne wissen zu müssen, was er bedeutet, weil er nämlich nichts bedeutet. Sein Wert besteht gerade darin, von der wirklich bedeutungsvollen Frage abzulenken: »Unterstützt ihr unsere Politik?« Statt dessen denken die Leute über die Frage nach, ob sie die Truppen unterstützen sollten. »Natürlich bin ich nicht dagegen, das zu tun.« Damit hat die Propaganda gewonnen.

Das in den dreißiger Jahren erdachte Konzept funktioniert bis heute, und die PR-Industrie setzt weiterhin auf eine Demokratie, in der die Spezialisten im Dienst der Wirtschaft stehen, während die übrige Bevölkerung aller Möglichkeiten, sich zu organisieren, beraubt ist, weil der Kampf um Rechte nur Ärger verursacht. Die Leute sollen vor dem Fernseher sitzen und sich die Botschaft einhämmern lassen, es sei am wichtigsten, dieses oder jenes Produkt zu kaufen und das Leben der reichen Mittelschichtfamilie zu führen, die einem auf dem Bildschirm vorgeführt wird, und ansonsten möglichst harmonisch und amerikanisch zu sein. Das ist alles. Manch einer mag sich denken, es müsse doch noch mehr im Leben geben, aber da er allein vorm Kasten sitzt, kann er nur annehmen, verrückt zu sein, weil so etwas in den Soaps und Werbespots nicht vorkommt. Und da es nicht die Möglichkeit gibt, sich zu organisieren - ein ganz entscheidender Punkt -, können die Leute nicht herausfinden, ob sie verrückt sind, und nehmen eben an, sie seien es, weil es keine Alternative zu geben scheint.

Das ist das Ideal der Privatwirtschaft und der PR-Industrie, und sie unternehmen große Anstrengungen, es zu erreichen. Die »verwirrte Herde« muß ruhig gehalten und abgelenkt werden. Sie soll sich den Superbowl anschauen oder Sitcoms oder Krimi- und Horrorfilme, und ab und zu bedeutungslose Slogans - »Unterstützt unsere Truppen!« - rezitieren. Sie muß vor allen möglichen Teufeln, die sie von außen oder innen oder sonstwoher bedrohen, in Angst und Schrecken gehalten werden, weil sie sonst anfängt zu denken, was gefährlich ist, da die Herde nicht denken kann.

Seit dem Wagner-Gesetz von 1935 wird die US-amerikanische Gesellschaft zunehmend von den Interessen der Wirtschaft dominiert. Im Gegensatz zu allen anderen staatskapitalistischen Ländern gibt

es hier noch nicht einmal die sonst üblichen sozialstaatlichen Regelungen wie etwa ein nationales Gesundheitssystem - das man in Südafrika allerdings auch nicht kennt. Es gibt keine Regelungen, die das Überleben der Armen und Ärmsten sichern. Gewerkschaften existieren so gut wie nicht mehr, und das gilt auch für andere Formen öffentlicher Organisation wie etwa politische Parteien. Die Medien gehören Konzernmonopolen und vertreten im wesentlichen identische Anschauungen. Die beiden Parteien - Demokraten und Republikaner - sind Fraktionen der Wirtschaftspartei. An die fünfzig Prozent der Bürger gehen nicht zur Wahl, weil es ihnen bedeutungslos erscheint. Sie sind marginalisiert und einflußlos. Dagegen haben diejenigen, die, um mit Edward Bernays, einer der führenden Persönlichkeiten der PR-Industrie, zu sprechen, den »Konsens organisieren«, die notwendigen Mittel und Ressourcen.

Die Herstellung der öffentlichen Meinung

Manchmal ist es notwendig, die Bevölkerung (und sei es mit der Peitsche) zur Befürwortung außenpolitischer Abenteuer zu bewegen. Normalerweise nämlich sind die Leute, wie während des Ersten Weltkriegs, friedliebend eingestellt und sehen keinen Grund für die Regierung, in anderen Ländern Folter, Krieg und Mord zu betreiben. Folglich muß die Angstpeitsche geschwungen werden. Bernays selbst, der schon Mitglied der Creel-Kommission gewesen war und dort seine Lektion gelernt hatte, gelang in dieser Hinsicht ein beachtlicher Erfolg. Er leitete 1954 die PR-Kampagne für die United Fruit Company, als die USA darangingen, die demokratisch gewählte Regierung von Guatemala zu beseitigen und durch eine mörderische Clique von Todesschwadronen zu ersetzen, die bis heute, mit amerikanischer Unterstützung, am Ruder ist, um die Errichtung einer substantiellen Demokratie dauerhaft zu verhindern.

Zudem ist es notwendig, innenpolitische Haushaltsprogramme durchzusetzen, die der Bevölkerung nicht gefallen, weil sie ihr Schaden zufügen. Auch so etwas bedarf enormer Propagandaanstrengungen, von denen wir in den letzten zwanzig Jahren eine Menge mitbekommen haben. Die Programme der Regierung Reagan waren überwiegend unpopulär. Bei den »Erdrutschwahlen« von 1984 hofften drei Fünftel der Wähler, daß der Präsident seine innenpolitischen Vorstellungen nicht in die Tat umsetzen würde. Bestimmte Punkte wie etwa die Kürzung der Sozialausgaben oder die Erhöhung des Verteidigungsetats wurden von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Aber solange die Menschen isoliert und marginalisiert sind, werden sie zwar bei Umfragen angeben, die Erhöhung des Sozialsetats der des Wehretats vorzuziehen, zugleich jedoch glauben, daß sie die einzigen sind, die derart verrückte Ideen haben.

So wurde das Demokratie-Ideal der PR-Industrie und der Spezialisten zwar in einem gewissen Ausmaß verwirklicht, aber nicht vollständig. Manche Institutionen, wie etwa die Kirchen, widerstehen der Zerstörung. Ein großer Teil der kritischen Opposition in den USA stammt aus dem kirchlichen Umfeld. Wenn man in den europäischen Staaten einen politischen Vortrag hält, geschieht das häufig in einem gewerkschaftlichen Rahmen, nicht jedoch hier, wo es kaum noch Gewerkschaften gibt und die existierenden keine politischen Organisationen sind. Deshalb finden politische Vorträge oft in kirchlichen Räumlichkeiten statt. Auch die Solidaritätsarbeit in und für Mittelamerika wurde von kirchlichen Organisationen gefördert und unterstützt.

Die verwirrte Herde ist nie vollständig zu zähmen; es kommt immer wieder zu tiefgreifenden Auseinandersetzungen. In den dreißiger Jahren erhob sich die Arbeiterbewegung und wurde niedergeschlagen. Dreißig Jahre später rollte eine neue Welle der Opposition durch das Land. Die Spezialisten gaben ihr einen Namen: »Krise der Demokratie« nannten sie diese Bewegung, weil große Teile der Bevölkerung sich organisierten und an politischen Kämpfen teilnahmen. Folgt man der eigentlichen Bedeutung des Begriffs »Demokratie«, so ist das ein Fortschritt. Für die Spezialisten jedoch ist es eine Krise, die überwunden werden muß, weil die Bevölkerung gefälligst gehorsam und passiv zu sein und zu bleiben hat. Aber diesmal fruchteten die Bemühungen von Privatwirtschaft und PR-Industrie nichts. Die »Krise der Demokratie« ist nach wie vor lebendig, auch wenn es ihr nicht recht gelingt, auf die Politik Einfluß zu nehmen. Dafür aber nimmt sie, auch wenn viele es nicht glauben wollen, auf die öffentliche Meinung Einfluß, trotz aller Versuche in den siebziger Jahren,

diese Krankheit zu überwinden. Ein Aspekt dieser Krankheit erhielt sogar zu Beginn der siebziger Jahre eine quasi-medizinische Bezeichnung: Man nannte ihn das »Vietnam-Syndrom«. Norman Podhoretz, ein der Politik Reagans verpflichteter Intellektueller, definierte das Syndrom als »krankhafte Hemmung gegenüber der Anwendung militärischer Gewalt«. Davon war ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung befallen. Die Leute begriffen einfach nicht, warum wir andere Länder überfallen, um dort zu foltern, zu töten und Bombenteppiche abzuwerfen. Für eine Bevölkerung ist es, wie schon Goebbels wußte, sehr gefährlich, sich derlei krankhaften Hemmungen hinzugeben, weil es dann mit der Herrlichkeit außenpolitischer Abenteuer recht bald vorbei ist. Es ist notwendig, wie die *Washington Post* während der Golfkriegs-Hysterie mit einigem Stolz vermerkte, den Leuten Respekt für »kriegerische Werte« beizubringen. Wenn man eine gewaltbereite Gesellschaft haben möchte, die überall auf der Welt Gewaltmittel einsetzt, um die Ziele der einheimischen Elite durchzusetzen, muß die Bevölkerung »kriegerische Werte« akzeptieren und darf keine »krankhaften Hemmungen« entfalten.

Repräsentation als Realität

Außerdem ist es notwendig, die Geschichte so weitgehend wie möglich zu fälschen. Auch dadurch lassen sich krankhafte Hemmungen überwinden. Wenn wir angreifen und einen Gegner vernichten, schützen wir, zumindest dem Anschein nach, uns selbst gegen Monster und Aggressoren. Seit dem Ende des Vietnamkriegs hat es *gewaltige* Anstrengungen gegeben, seine Geschichte umzuschreiben. Zu viele Leute, darunter Soldaten und jugendliche Kriegsgegner, hatten begriffen, was sich in Vietnam wirklich ereignet hatte. Das war schlecht und mußte korrigiert werden. Die Leute sollten einsehen, daß alles, was wir machen, edel und rechtens ist. Wenn wir Südvietnam bombardieren, verteidigen wir das Land gegen seinen Feind, nämlich die Südvietnamesen, weil es außer ihnen niemanden gab, den wir hätten bombardieren können. Die Kennedy-Intellektuellen sprachen von einer Verteidigung gegen die »innere Aggression« in Südvietnam. Adlai Stevenson und andere benutzten diesen Ausdruck. Mit seiner Hilfe zeichneten sie das offizielle Bild und hatten damit Erfolg. Wenn man die Medien kontrolliert, und das Bildungssystem seinen

konformistischen Beitrag leistet, läßt sich so etwas vermitteln. Einen Hinweis darauf bot eine Untersuchung der Universität von Massachusetts über die Einstellung der Bevölkerung zum Golfkrieg - erforscht wurde der Einfluß des Fernsehens auf Überzeugungen und Haltungen der Zuschauer. Eine Frage lautete: Wie viele Opfer hat Ihrer Schätzung nach der Vietnamkrieg bei den Vietnamesen gefordert? Diese Zahl wurde durchschnittlich mit 100000 angegeben. Die offiziellen Zahlen belaufen sich auf etwa zwei Millionen, während es tatsächlich bis zu vier Millionen gewesen sein sollen. Die Leiter dieser Untersuchung stellten angemessenerweise die Frage, was wir von der politischen Kultur in Deutschland hielten, wenn die Deutschen überwiegend der Meinung wären, die Shoah hätte etwa 300000 Juden das Leben gekostet. Die Frage blieb unbeantwortet, aber die Schätzungen über die Opfer des Vietnamkriegs sprechen eine deutliche Sprache. Sie sagen uns etwas über den Zustand der US-amerikanischen politischen Kultur. Man muß die »krankhafte Hemmung« gegenüber der Anwendung militärischer Gewalt überwinden, und das gilt rückblickend nicht nur für Vietnam, sondern auch für andere Themen: den Nahen Osten, den internationalen Terrorismus, Mittelamerika usw. - überall hat das Bild, das den Leuten von der Welt vermittelt wird, mit der Realität kaum noch etwas zu tun. Die Wahrheit liegt unter großen Lügengebäuden vergraben.

Aus der Sicht derer, die eine wahrhafte Demokratie als Bedrohung empfinden, ist das ein beachtlicher Erfolg, zumal er in einer nicht-totalitären Gesellschaft erzielt wurde. Man benötigte keine Knute. Wenn wir unsere Gesellschaft verstehen wollen, müssen wir darüber nachdenken, sofern es uns nicht gleichgültig ist, in welcher Art von Gesellschaft wir leben und leben wollen.

Oppositionelle Kultur

Trotz allem hat die oppositionelle Kultur überlebt und ist sogar seit den sechziger Jahren gewachsen. Zunächst hat sie sich nur sehr langsam entwickelt. Gegen den US-amerikanischen Krieg in Indochina

erhob sich erst Protest, nachdem die Vereinigten Staaten schon jahrelang Südvietnam bombardiert hatten. Zunächst war die Oppositionsbewegung sehr klein und bestand fast ausschließlich aus Studenten und anderen jungen Menschen. Das hatte sich in den siebziger Jahren grundlegend geändert, denn mittlerweile war eine Vielzahl von organisierten Kräften entstanden: die Umweltbewegung, der Feminismus, die Atomwaffengegner und andere. In den achtziger Jahren weiteten sich diese Solidaritätsbewegungen sogar noch aus, was zumindest in der amerikanischen, wenn nicht gar in der Geschichte der Opposition weltweit eine wichtige Neuheit darstellte. Es waren Bewegungen, die nicht nur protestierten, sondern sich, oftmals sehr direkt, des Lebens und Leidens von Menschen in anderen Ländern annahmen. Die Mitglieder dieser Organisationen lernten dadurch eine ganze Menge und beeinflussten den politischen Mainstream in den USA auf positive Weise. Alle, die sich sehr lange mit solchen Problemen engagiert auseinandersetzten, wissen das. Ich selbst weiß, daß die Vorträge, die ich heute in den reaktionärsten Regionen der USA - Georgia etwa oder das ländliche Kentucky - halte, dort zu Zeiten der Friedensbewegung auch vor einem friedensbewegten Publikum auf taube Ohren gestoßen wären. Jetzt aber gibt es keine Hindernisse mehr. Die Zuhörer können sich zustimmend oder ablehnend verhalten, aber sie wissen, wovon die Rede ist, und es gibt ein gemeinsames Fundament, auf dem man bauen kann.

Trotz aller Propaganda, trotz aller Bemühungen, das Denken zu kontrollieren und Konsens herzustellen, haben es die Menschen gelernt, selbständig Überlegungen anzustellen. Sie sind skeptischer gegenüber der Macht und haben ihre Einstellungen in vielfacher Hinsicht geändert. Das alles geht fast gletscherhaft langsam voran, aber es ist sichtbar und wichtig. Ob es in absehbarer Zeit die Politik weltweit verändern kann, ist eine andere Frage.

Ein bekanntes Beispiel ist die unterschiedliche Entwicklung der geschlechterbedingten Einstellungen. Zu Beginn der sechziger Jahre gab es im Denken von Männern und Frauen über Dinge wie »kriegerische Werte« und »krankhafte

Hemmungen« keinen Unterschied. Alle glaubten, es sei ganz richtig, andere Völker gewaltsam zu unterdrücken. Das hat sich mit den Jahren geändert, und die »krankhaften Hemmungen« sind überall gewachsen. Aber zwischen den Geschlechtern hat sich eine Kluft aufgetan, die mittlerweile eine beträchtliche Breite erreicht hat. Umfragen zufolge beträgt sie jetzt an die fünfundzwanzig Prozent. Und das liegt nicht zuletzt an der Frauenbewegung. Die Frauen haben sich, mehr oder weniger fest, organisiert und entdeckt, daß sie nicht allein sind, sondern ähnliche Gedanken hegen und sie in gemeinsamen Diskussionen weiterentwickeln können. Der Feminismus ist, wie andere Oppositionsformen, eine sehr informelle Bewegung, ohne Parteien und Mitgliedschaften, eher vergleichbar einer Stimmung, die zu gemeinsamem Handeln führt. Und genau darin liegt die Gefahr einer Demokratie: Wenn solche Formen sich entwickeln können und die Menschen nicht mehr nur apathisch in den Fernseher starren, können die seltsamen Gedanken und »krankhaften Hemmungen« sich weiterentwickeln. Diese Gefahr muß von den Herrschenden gebannt werden, aber bisher gibt es dafür kein Anzeichen.

Der Aufmarsch der Feinde

Nicht vom letzten Krieg will ich reden, sondern vom nächsten, denn bisweilen ist es nützlich, vorbereitet zu sein, statt nur reagieren zu können. Im Augenblick spielt sich in den Vereinigten Staaten eine nicht untypische Entwicklung ab, die man aus der Geschichte anderer Staaten bereits kennt. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme wachsen und können sich durchaus zu Katastrophen ausweiten. Von den Mächtigen hat niemand die Absicht, etwas daran zu ändern. Betrachtet man die innenpolitischen Regierungsprogramme der letzten zehn Jahre (auch die der Demokraten), so gibt es keine ernstzunehmenden Vorschläge, wie mit den drängenden Problemen - Gesundheit, Bildung, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Zustand der Gefängnisse, Verfall der Innenstädte - verfahren werden soll. George Bush [sen.] ist jetzt zwei Jahre im Amt, und seitdem haben weitere drei Millionen Kinder die Grenze zur Armut überschritten, wächst die Staatsverschuldung, verfällt das Bildungs- und Erziehungssystem, sind die Löhne für einen Großteil der Bevölkerung auf den Stand der späten fünfziger Jahre gesunken. Angesichts solcher Probleme muß die verwirrte Herde abgelenkt

werden. Und wenn Sitcoms und Baseball nicht mehr ausreichen, muß man die Angst vor Feinden schüren. Für Hitler waren das in den dreißiger Jahren die Juden und Zigeuner, die man vernichten mußte, um nicht unterzugehen. Wir haben da auch so unsere Methoden. In den letzten zehn Jahren ist ein Ungeheuer nach dem anderen auf den Plan gerufen worden, gegen das wir uns verteidigen mußten. Der altböse Feind, der Sowjetkommunismus, der so lange gute Dienste leistete, hat seine Attraktivität verloren, und darum muß ein neuer her. Insofern war die Kritik an George Bush, er könne nicht sagen, was uns umtreibt, recht unfair. Er mußte, wie Reagans PR-Apparat in den achtziger Jahren, einen neuen Feind erfinden, nachdem die Sowjetunion ausgedient hatte. So kamen denn die internationalen Terroristen und die Drogenhändler und die verrückten Araber und der neue Hitler namens Saddam Hussein an die Reihe. Damit ließ sich die Bevölkerung einschüchtern und terrorisieren. Dann gab es wunderbare Siege über Grenada oder Panama oder eine andere leicht zu besiegende Armee eines Drittweltlandes, die wir in den Staub treten konnten, ohne ihr auch nur einen Blick zu gönnen. Wir sind erleichtert, denn wir wurden in letzter Minute gerettet. Als nächstes ist vielleicht Kuba an der Reihe. Der illegale Wirtschaftskrieg gegen die Insel wird ja weiter fortgesetzt, und möglicherweise erfährt der internationale Terrorismus der Kennedy-Ära eine Neubelebung, der damals seinen prägnantesten Ausdruck in der »Operation Mongoose« und danach in den gegen Kuba gerichteten Aktionen fand. Kaum etwas ist damit zu vergleichen, es sei denn der Krieg gegen Nicaragua, wenn man hier überhaupt noch von Terrorismus sprechen will. Der Weltgerichtshof sprach von Aggression. Immer wieder werden ideologische Offensiven gestartet, die ein Monster entwerfen, das in den darauffolgenden Feldzügen vernichtet werden kann, sofern nicht die Gefahr echten Widerstands besteht. Das wäre zu gefährlich. Aber wenn der Sieg von vornherein abzusehen ist, schlagen wir zu und geben einen weiteren Seufzer der Erleichterung von uns.

Selektive Wahrnehmung

Im Mai 1986 erschienen die Memoiren des entlassenen kubanischen Strafgefangenen Armando Valladares und wurden schnell zur Mediensation. Man beschrieb seine Enthüllungen als »definitiven Bericht über das umfassende System von Folter und Gefängnishaft, mit dem Castro die politische Opposition bestraft und auslöscht«. Valladares beschreibt »auf unvergeßliche Weise die bestialischen Kerker« eines Despoten, der »die Folter als Mittel sozialer Kontrolle einsetzt«. So die *Washington Post* und die *New York Times* in einigen Rezensionen. Castros Greuelthaten würdigen, hieß es, so umfassend enthüllt, daß »nur die leichtfertigsten und abgebrühtesten westlichen Intellektuellen dem Tyrann zu Hilfe eilen dürften« (*Washington Post*). Hier ist die Rede davon, was einem Einzelnen passierte. Räumen wir ein, daß alles wahr ist, was er sagt. Stellen wir keine weiteren Fragen. Am Tag der Menschenrechte wurde er in einer Feierstunde im Weißen Haus von Ronald Reagan für den Mut, mit dem er Haft und Folter überstand, gelobt und danach zum US-Vertreter in der UN-Menschenrechtskommission ernannt, wo er helfen konnte, die Regierungen von El Salvador und Guatemala gegen Vorwürfe extremer Greuelthaten zu verteidigen. So ist der Stand der Dinge.

Was nun folgt, verrät einiges über die »Herstellung von Konsens«. Im selben Monat, als Valladares' Memoiren erschienen, wurden die überlebenden Mitglieder der Menschenrechtsgruppe von El Salvador verhaftet und gefoltert. Unter ihnen befand sich auch Herbert Anaya, der damalige Leiter. Sie kamen in ein Gefängnis mit dem hoffnungsvollen Namen »La Esperanza«, wo sie ihre Arbeit fortsetzten. Da sie Anwälte waren, nahmen sie eidesstattliche Erklärungen auf. Von den 432 Häftlingen des Gefängnisses gaben 430 eine eidesstattliche Erklärung ab, in der sie die erlittenen Folterungen (u.a. elektrische Schläge) beschrieben, die in einem Fall von einem US-amerikanischen Hauptmann in Uniform durchgeführt wurden, dessen äußere Erscheinung detailliert geschildert wird. Der 160 Seiten umfassende Bericht - ein vielleicht einzigartiges Zeugnis über Vorgänge in einer Folterkammer - wurde zusammen mit einem Video, das Zeugenaussagen festhält, aus dem Gefängnis geschmuggelt und dann von der Marin County Interfaith Task Force vertrieben. Die US-Presse weigerte sich, darüber zu berichten. Die TV-Sender weigerten sich, das Video zu zeigen. Es gab einen Artikel in der örtlichen Zeitung von Marin County, dem *San Francisco Examiner*, und das war alles. Niemand sonst wollte sich damit befassen. Damals gab es genügend »leichtsinnige und kaltblütige westliche Intellektuelle«, die Loblieder auf José Napoleón Duarte und Ronald Reagan sangen.

Anayas Bericht bekam keine Rezensionen, und der Anwalt wurde auch nicht am Tag der Menschenrechte ins Weiße Haus eingeladen. Er erhielt keinen repräsentativen Posten. Er kam durch einen Gefangenen austausch frei und wurde später, vermutlich von Sicherheitskräften, umgebracht. Über die Todesumstände liegen nur wenige Informationen vor. Die breite Veröffentlichung seiner Dokumentation hätte ihm vielleicht das Leben retten können.

So arbeitet ein gut funktionierendes System zur Herstellung von Konsens. Verglichen mit den Enthüllungen Herbert Anayas sind Valladares' Memoiren nicht einmal drittrangig. Aber die Medien müssen ihren Job erledigen. Ich komme noch einmal auf die bereits erwähnte Untersuchung zurück, die an der Universität von Massachusetts gemacht wurde. Sie stellte den Versuchspersonen auch die Frage, ob die Vereinigten Staaten mit Gewaltanwendung intervenieren sollten, um gegen illegale Besetzungen oder tiefgreifende Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Zwei Drittel der Befragten bejahten das. Sollten die USA diesem Votum folgen, müßte man El Salvador, Guatemala, Indonesien, Libyen, Israel, Südafrika, die Türkei und noch einige andere Ziele bombardieren. In all diesen Fällen nämlich geht es um illegale Besetzungen von Territorien und tiefgreifende Menschenrechtsverletzungen. Wenn man mit den jeweiligen Ländern vertraut ist, weiß man, daß Saddam Husseins Aggressions- und Greueltaten genau in dieses Spektrum passen und noch nicht einmal zu den extremsten Fällen gehören. In einem intakten Propagandasystem aber weiß eben keiner, was in den von mir aufgezählten Ländern geschieht oder warum ich sie überhaupt aufgezählt habe.¹¹

Der Golfkrieg

Dies alles zeigt, wie ein intaktes Propagandasystem arbeitet. Die Leute können glauben, daß wir gegen den Irak vorgehen, weil wir tatsächlich dem Grundsatz folgen, illegale Besetzung und gravierende Verletzungen der Menschenrechte sollten mit Gewalt beendet werden. Aber niemand fragt sich, was es hieße, diesen Grundsatz auf das Verhalten der USA selbst anzuwenden. Das ist ein ganz außerordentlicher Erfolg der Propaganda.

Nehmen wir den Golfkrieg. Wenn man sich die Berichterstattung seit August 1990 ansieht, fällt auf, daß einige wichtige Stimmen fehlen. So gibt es z.B. eine sehr mutige und keineswegs geringfügige demokratische Opposition gegen Saddam Hussein - Iraker, die im Ausland, vorwiegend in Europa, leben. Es sind Bankiers, Ingenieure, Architekten und Akademiker. Und sie sprechen mit durchaus vernehmbaren Stimmen. Im Februar 1989, als Saddam noch George Bushs bester Freund und Handelspartner war, baten diese Leute in Washington um Unterstützung für ihre Forderung nach einer parlamentarischen Demokratie im Irak. Sie wurden abgewiesen, weil die Vereinigten Staaten an so etwas kein Interesse hatten. Die Berichterstattung in den Medien war gleich null.

Seit August wurde es schwieriger, die Existenz dieser Opposition zu ignorieren, denn nun wandten sich die USA auf einmal gegen Saddam Hussein. Und es gab eine demokratische Opposition, die sich schon seit längerem über den Sturz des Diktators Gedanken gemacht hatte. Sie würden ihn am liebsten gehängt und gevierteilt sehen. Er hat sie vertrieben, ihre Brüder getötet, ihre Schwestern foltern lassen. Sie kämpften gegen ihn, als Ronald Reagan und George Bush ihn noch hofierten. Was aber berichten die US-amerikanischen Medien über diese Opposition? Von August 1990 bis März 1991 kein einziges Wort. Dabei haben sich diese Menschen über ihre Vorstellungen wiederholt und deutlich geäußert. Sie wollen im Prinzip nichts anderes als die amerikanische Friedensbewegung. Sie sind gegen Saddam Hussein und gegen den Krieg. Sie wollen nicht, daß ihr Land zerstört wird. Sie wollen eine friedliche Lösung, und sie wissen, daß so etwas möglich gewesen wäre. Aber das steht nicht auf Washingtons politischer Tagesordnung, und darum bleiben die Medien stumm. Wenn man über die Opposition etwas erfahren will, muß man deutsche oder britische Zeitungen lesen, die weniger kontrolliert werden als unsere Blätter.

Auch das ist ein spektakulärer Propagandaerfolg: Die Stimmen der irakischen Demokraten finden kein Gehör, und niemand bemerkt es. Und die Bevölkerung scheint so indoktriniert, daß niemand fragt, warum das so ist. Denn die Antwort liegt auf der Hand: Die Opposition hat ihre eigenen Vorstellungen, sie stimmt mit der internationalen Friedensbewegung überein, und darum weckt sie kein Interesse.

Schauen wir uns nun die Gründe an, die für den Krieg gegen den Irak vorgetragen wurden. Aggressoren, dürften nicht belohnt, sondern müßten durch schnellen Einsatz von Gewalt in die Schranken gewiesen werden. Andere Gründe wurden nicht genannt. Allerdings ist diese Begründung einfach lächerlich, und jeder, der des Lesens kundig ist, kann sie widerlegen. Schauen wir uns die Medien, die liberalen Leitartikelschreiber und die Leute an, die vor dem Kongreß aufgetreten sind. Keiner von ihnen hat bezweifelt, daß die Vereinigten Staaten dem Grundsatz, Aggressoren dürften nicht belohnt werden, treu sind. Aber haben die Vereinigten Staaten ihrem eigenen Angriff auf Panama Widerstand geleistet und Washington bombardiert? Haben sie, als 1969 die südafrikanische Besetzung Namibias für illegal erklärt wurde, Handelssanktionen verhängt, den Krieg ausgerufen und Kapstadt bombardiert? Nein, man verlegte sich zwanzig Jahre lang auf »stille Diplomatie«, während Südafrika allein in den Jahren der Regierungen Reagan und Bush in den angrenzenden Ländern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordete. Vergessen wir, was in Südafrika und Namibia geschah. Wir wollen unsere empfindsamen Seelen damit nicht belasten. Wir betreiben »stille Diplomatie« und belohnen am Ende die Aggressoren, z.B. mit einem großen Hafen in Namibia und der Befriedigung ihrer Sicherheitsbedürfnisse. Der für den Golfkrieg angegebene Grund ist also hinfällig, vielmehr hat es, genau betrachtet, gar keinen Grund gegeben. Das legt den Schluß nahe, daß wir in einer totalitären Kultur leben. Es sollte uns erschrecken, daß wir in einen Krieg ziehen, für den es keinen wirklichen Grund gibt.

Mitte Januar, bevor die ersten Bomben fielen, förderte eine vom Sender ABC und der *Washington Post* durchgeführte Umfrage etwas Interessantes zutage. Die Leute wurden gefragt, ob sie es begrüßen würden, wenn der Irak sich unter der Bedingung aus Kuwait zurückzöge, daß der UN-Sicherheitsrat sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigte. Zwei Drittel der Befragten waren dafür, aber die Presse hielt es für keine gute Idee. Washington hatte sich gegen ein solches diplomatisches »Junktum« erklärt, und die Medien vollzogen den Schulteranschlag.

Lediglich Alexander Cockburn sprach sich in der *Los Angeles Times* für diesen Vorschlag aus. Offensichtlich wußten die Leute, die ebenfalls dafür waren, nicht, daß der Irak ein solches Angebot tatsächlich gemacht hatte. Am zweiten Januar hatten hochrangige US-Regierungsbeamte die Meldung verbreitet, der Irak sei bereit, sich vollständig aus Kuwait zurückzuziehen, wenn der Sicherheitsrat den Nahostkonflikt und das Problem von Massenvernichtungswaffen auf die Tagesordnung setzen würde. Die USA hatten sich schon lange vor dem Einmarsch des Irak in Kuwait geweigert, diese Punkte zu verhandeln. Nehmen wir an, die US-amerikanische Bevölkerung hätte von dem irakischen Angebot gewußt. Es war ein Angebot, dem alle rational denkenden Menschen, die am Frieden interessiert sind, zugestimmt hätten. Wahrscheinlich wären aus den zwei Dritteln 98 Prozent geworden. Auch das ist ein großer Propagandaerfolg. Wahrscheinlich wußte von den Befragten keiner, daß es das irakische Angebot gab. Darum konnten die USA ohne große Gegenwehr in den Krieg ziehen.

Es wurde viel darüber diskutiert, ob Sanktionen Wirkung zeigen würden. Unerörtert blieb jedoch die viel näherliegende Frage, ob die Sanktionen vielleicht schon gewirkt hatten. Das läßt sich bejahen. Vielleicht waren die Auswirkungen für den Irak bereits Ende August, ganz sicher aber Ende Dezember spürbar geworden. Warum sonst hätte der Irak den Rückzug anbieten sollen? Seine Angebote wurden von hochrangigen US-Regierungsbeamten als »ernsthaft« und »verhandelbar« bezeichnet. Bot sich also ein Ausweg an, dessen Bedingungen für die Bevölkerung allgemein, die Welt insgesamt und die irakische Opposition tragbar waren? Aber diese Fragen wurden nicht erörtert, und es ist für ein funktionierendes Propagandasystem von entscheidender Bedeutung, daß sie nicht erörtert wurden. Darum konnte der Vorsitzende des Nationalen Komitees der Republikaner, Clayton Yeutter, behaupten, daß mit einem Demokraten als Präsidenten Kuwait immer noch nicht befreit wäre. Er kann das behaupten, und kein Demokrat steht auf und erwidert: Wenn ich im Amt gewesen wäre, hätte ich Kuwait nicht erst heute, sondern schon vor sechs Monaten befreit, als es noch die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konflikts gab, ohne Zehntausende von Toten und eine Umweltkatastrophe. Kein Demokrat konnte das sagen, weil nämlich (abgesehen von Henry Gonzalez und Barbara Boxer) keiner von ihnen diese Position vertrat.

Als irakische Marschflugkörper auf israelischem Gebiet einschlugen, gab es in der US-amerikanischen Presse keinen Beifall. Auch das spricht für unser Propagandasystem. Warum gab es keinen Beifall?

Schließlich waren Saddam Husseins Argumente nicht schlechter als die von George Bush. Nehmen wir nur den Libanon. Saddam Hussein sagt, er könne die Annektierung durch Israel nicht dulden. Er kann auch die Besetzung der Golanhöhen und Ost-Jerusalems nicht dulden, die im Widerspruch zu allen Resolutionen des UN-Sicherheitsrats steht. Und ebenso rechtswidrig ist Israels Besetzung des Südlibanon. Vielleicht hat Saddam auch den Bericht von Amnesty International über israelische Greueltaten im Westjordanland gelesen. Er kann das nicht dulden. Sanktionen wirken nicht, weil die USA dagegen ihr Veto einlegen. Verhandlungen bleiben aussichtslos, weil die USA sie blockieren. Bleibt da nicht nur noch die Gewalt? Er hat jahrelang abgewartet. Dreizehn Jahre im Falle des Libanons, zwanzig im Falle des Westjordanlands. Dieses Argument kommt uns bekannt vor, weil es auch von George Bush [sen.] im Falle Kuwaits vorgetragen wurde. Aber Saddam kann wahrheitsgemäß behaupten, daß Sanktionen und Verhandlungen nichts bewirkt haben, während George Bush genau das nicht behaupten kann. Die Sanktionen hatten bereits gegriffen, und Verhandlungen hätten zum Erfolg führen können, wenn er sie energisch betrieben und nicht einfach abgelehnt hätte. Fand sich in der Presse darauf irgendein Hinweis? Natürlich nicht. Auch dies deutet auf eine gut funktionierende totalitäre Kultur. Der Konsens wurde hergestellt.

Eine letzte Anmerkung zu diesem Problem. Nehmen wir an, Saddam Hussein sei ein Ungeheuer und habe es auf die Eroberung der Welt abgesehen. In den Vereinigten Staaten ist diese Meinung weit verbreitet, und es wurde genug dafür getan, sie den Menschen in die Köpfe zu hämmern. Er will alles, und das sofort, und wir müssen ihn aufhalten. Aber wie konnte er überhaupt so mächtig werden? Der Irak ist ein armes Land ohne industrielle Ressourcen. Acht Jahre lang hat der Krieg gegen den Iran gedauert. Es war der postrevolutionäre Iran, der sein Offizierskorps und seine Armee erheblich verkleinert hatte, während der Irak ein bißchen internationale Unterstützung genoß - durch die Sowjetunion, die USA, Europa, die großen arabischen Länder und die arabischen Ölproduzenten. Dennoch konnte der Iran nicht besiegt werden. Plötzlich aber ist der Irak entschlossen, die Welt zu erobern. Ein Land mit einer Bauernarmee. Mittlerweile wird unter der Hand eingeräumt, daß es jede Menge Desinformationen über seine militärische Stärke, seine chemischen Waffen usw. gegeben hat. Aber gab es Hinweise darüber in den Medien? Keinen einzigen.

Ganz ähnlich ist man seinerzeit mit Manuel Noriega in Panama verfahren. Verglichen mit Bushs Freund Saddam Hussein oder Bushs Freunden in Peking oder Bush selbst ist Noriega bestenfalls ein Kleinkrimineller. Aber auch er wurde in ein Ungeheuer verwandelt. Er wollte, als Speerspitze der Drogenhändler, die USA zerstören. Wir mußten schnell handeln und ihn vernichten, dabei einige hundert oder auch tausend Personen töten, die winzig kleine weiße Oberschicht an die Macht zurückbringen und auf allen Ebenen des politischen Systems US-Offiziere mit Kontrollfunktionen einsetzen. Ein Jahr später spielten wir das Ganze noch einmal mit Saddam Hussein durch. Die Medien schwiegen sich auch dazu aus.

Das alles unterscheidet sich nicht von den geglückten Anstrengungen der Creel-Kommission, eine pazifistische Bevölkerung für den Krieg zu begeistern. Die Techniken sind verfeinert worden, zudem gibt es jetzt das Fernsehen, aber ansonsten handelt es sich um traditionelle Propagandarbeit.

Allerdings geht es nicht einfach nur um Desinformation und den Golfkrieg. Es geht vielmehr darum, ob wir in einer freien Gesellschaft leben wollen oder in einer Art von selbstgestricktem Totalitarismus, in dem die verwirrte Herde patriotische Losungen ruft, um ihr Leben fürchtet und mit Ehrfurcht auf den Führer starrt, der sie vor der Vernichtung bewahrt, während die gebildeten Schichten den Schulterschuß vollziehen und die üblichen Slogans rezitieren. Dann enden die USA als gewalttätiger Söldnerstaat, der hofft, daß andere ihn dafür bezahlen, wenn er die Welt in Schutt und Asche legt. Das ist die Alternative, vor der wir stehen. Die Antwort auf diese Frage liegt in den Händen von Menschen, wie Sie und ich es sind.

Anmerkungen

- ¹ Überarbeitete Transkription eines Vertrags zur Feier des fünfzehnten Jahrestags von FAIR (Fairness and Accuracy in Reporting), gehalten am 22. Januar 2002 in der Town Hall, New York City.
- ² *New York Times*, 18. Okt. 1985.
- ³ *Washington Post*, 26. Okt. 1984.
- ⁴ Vgl. dazu die Essays von Jack Spence und Eldon Kenworthy in Thomas Walker (Hg.), *Reagan vs. the Sandinistas* (Boulder: Westview, 1987).
- ⁵ Das gilt im übrigen nicht nur für die Vereinigten Staaten. Soweit ich weiß, ist diese Verfahrensweise auf der ganzen Welt üblich. Um nur ein Beispiel zu geben: Mitte der sechziger Jahre veröffentlichte die Rand Corporation, eine dem Pentagon eng verbundene Forschungseinrichtung, eine Sammlung interessanter japanischer Handbücher zum Thema »counterinsurgency«. Sie stammten aus den dreißiger Jahren, als Japan die Mandschurei und Nordchina besetzt hatte. Ich schrieb damals einen Artikel, in dem ich diese Handbücher mit entsprechenden US-amerikanischen Anweisungen für Südvietnam verglich und dabei herausfand, daß sie praktisch identisch waren. Der Artikel kam, wie man sich denken kann, nicht besonders gut an. (*Liberation*, Sept.-Okt. 1967. Wiederabdruck in Noam Chomsky, *American Power and the New Mandarins*, New York: Pantheon, 1969).
- ⁶ *Envio*, März 1994.
- ⁷ *Jerusalem Post*, 16. Aug. 1981.
- ⁸ *Washington Post Weekly*, 14. März 1988.
- ⁹ Vgl. seinen Artikel in *Foreign Affairs*, Jan.-Feb. 2002.
- ¹⁰ Wahrscheinlich deshalb fiel es im Lauf der Jahre vielen Leuten leicht, von einer Position zur anderen hinüberzuwechseln, ohne ihre Grundüberzeugungen ändern zu müssen. Es geht nur darum, sich der jeweiligen Machtposition anzuschließen. Wenn es eine Revolution gibt, kommen wir an die Macht; wenn nicht, arbeiten wir für die Leute, die die wirkliche Macht in den Händen halten, d. h. für die Geschäftsleute. Aber die Sache selbst bleibt sich gleich: Wir treiben die dumpfen Massen einer Welt entgegen, die zu begreifen sie selbst unfähig sind.
- ¹¹ Nehmen wir ein Beispiel, das während des Golfkriegs beinahe auf die Tagesordnung geraten wäre. Im Februar, als die Bombenteppiche ausgerollt wurden, forderte die Regierung des Libanon Israel auf, die Resolution 425 des UN-Sicherheitsrats zu beachten und sich umgehend und bedingungslos aus dem Libanon zurückzuziehen. Die Resolution stammt vom März 1978 und es hat seitdem zwei weitere Entschlüsse gleichen Inhalts gegeben. Natürlich beachtet Israel das nicht weiter, weil die USA die Besatzungspolitik unterstützen. Unterdessen herrscht im Südlibanon der Terror. Die Israelis haben dort Lager mit Folterkammern eingerichtet und nutzen das Gebiet als Basis, um andere Regionen des Libanons anzugreifen. Sie hatten nach dem Einmarsch in den Libanon Beirut bombardiert, etwa 20000 Personen (80 Prozent von ihnen Zivilisten) getötet, Krankenhäuser zerstört und Plünderungsaktionen durchgeführt. Davon war in den Medien nichts zu erfahren, und es gab auch keine Diskussion darüber, ob Israel und die Vereinigten Staaten die UN-Resolution 425 oder andere Entschlüsse befolgen sollten, und niemand forderte die Bombardierung von Tel Aviv, obwohl Israel eine illegale Besatzungspolitik betreibt und die Menschenrechte auf schwerwiegende Weise verletzt. Das ist nur ein Fall, und es gibt noch schlimmere. Die indonesische Invasion von Ost-Timor kostete 200000 Menschen das Leben. Auch dieses Vergehen wurde *und wird* von den Vereinigten Staaten mit Nachdruck diplomatisch und militärisch unterstützt.

Media Control

I. Über Demokratie und Medien

Unter der Schlagzeile »Brasilianische Bischöfe unterstützen Plan zur Demokratisierung der Medien« berichtete eine der Kirche nahestehende südamerikanische Zeitung über den im Kongreß diskutierten Vorschlag, »Brasiliens mächtige und stark konzentrierte Medien einer Bürgerbeteiligung zu öffnen«. »Brasiliens katholische Bischöfe gehören zu den eifrigsten Befürwortern [dieses] ... Gesetzesvorschlags, der darauf zielt, die Kommunikationsmedien des Landes zu demokratisieren«, fährt der Bericht fort und vermerkt, daß »das brasilianische Fernsehen in den Händen von fünf großen Netzwerken ist... während acht multinationale Konzerne und verschiedene Staatsunternehmen den Anzeigen- und Werbemarkt beherrschen«. Der Vorschlag »sieht die Gründung eines aus Zivilpersonen und Regierungsvertretern zusammengesetzten nationalen Kommunikationsrats vor, [der] ... eine demokratische Kommunikationspolitik betreiben könnte und für das Erteilen von Senderlizenzen für Radio- und Fernsehbetreiber zuständig wäre«. »Die brasilianische Bischofskonferenz hat wiederholt die Bedeutung der Kommunikationsmedien hervorgehoben und auf deren stärkere Verankerung in der Bevölkerung gedrängt. Sie hat die Kommunikation zum Thema ihrer Lenten-Kampagne von 1989 gemacht.« Die Lenten-Kampagne »findet alljährlich auf Gemeindeebene statt und dient der Besinnung auf ein konkretes soziales Thema«.¹

Die von den brasilianischen Bischöfen aufgeworfenen Fragen werden in vielen Teilen der Welt erörtert. Entsprechende Projekte sind in einigen lateinamerikanischen Ländern und andernorts bereits angelaufen. Auch eine neue »Weltinformationsordnung« ist bereits diskutiert worden. Sie soll den Zugang zu den Medien erleichtern und verbreitern und Alternativen zum von den westlichen Industrieländern beherrschten globalen Mediensystem ermöglichen. Eine diesbezügliche Untersuchung der UNESCO führte in den Vereinigten Staaten zu äußerst ablehnenden Reaktionen.² Man war um die Pressefreiheit besorgt. Im folgenden erörtere ich die Frage, wie ernsthaft und begründet diese Besorgnis ist. Weitere Fragen beschäftigen sich mit einer demokratischen Kommunikationspolitik: Ist sie notwendig, wie könnte sie aussehen und wie ließe sie sich durchsetzen? Und prinzipieller: Welche Art von demokratischer Ordnung streben wir an?

Das Konzept »Demokratisierung der Medien« bleibt im Rahmen eines politischen Diskurses, wie er in den Vereinigten Staaten gepflegt wird, unverstanden. Es klingt paradox oder sogar leicht subversiv. Die Beteiligung von Bürgern wird höchstens als Einschränkung der Pressefreiheit begriffen; sie scheint der Unabhängigkeit der Medien und ihrem Auftrag, die Öffentlichkeit ohne Angst und Einseitigkeit zu informieren, ins Gesicht zu schlagen. Diese Reaktion beruht auf bestimmten Vorstellungen darüber, wie die Medien in unserem demokratischen System funktionieren und funktionieren sollten und enthält auch implizite Annahmen über das Wesen der Demokratie.

Das Standardbild vom Verhalten der Medien hat Richter Gurfein in einer Entscheidung gegen Versuche der Regierung, die Veröffentlichung der *Pentagon Papers* zu verhindern, gezeichnet: Wir haben in den USA »eine streitbare, widerspenstige und allgegenwärtige Presse«, und diese Volkstribunen »müssen von denen, die in Amt und Würden sind, geduldet werden, damit die größeren Werte der Meinungsfreiheit und des Rechts auf Information bewahrt bleiben«. In einem Kommentar zu dieser Entscheidung bemerkte Anthony Lewis in der *New York Times*, daß die Medien nicht immer so unabhängig, wachsam und antiautoritär wie heute gewesen seien, aber durch Vietnam und Watergate gelernt hätten, »die Macht auszuüben, in unserem nationalen Leben herumzuwühlen, um das aufzudecken, was sie für aufdeckenswert halten«, ohne Rücksicht auf Druck von außen oder den Einfluß staatlicher und privater Macht. Auch das ist eine weitverbreitete Ansicht.³

Während Vietnam und Watergate hat es in den USA massive Auseinandersetzungen über die Medien gegeben, doch stand dabei nicht ihre »Demokratisierung« und die Befreiung von staatlicher und privater Macht im Vordergrund. Vielmehr wurde darüber diskutiert, ob die Medien in der Loslösung von solchen Beschränkungen womöglich die Grenzen des Anstands verlassen und mit ihrer streitlustigen und verantwortungslosen Ablehnung jeglicher Autorität die demokratischen Institutionen in ihrer Existenz bedroht hätten. Eine 1975 veröffentlichte Untersuchung der Trilateralen Kommission über die »Regierbarkeit von Demokratien« kam zu dem Schluß, daß die Medien »zu einem bemerkenswerten neuen Faktor nationaler Macht« geworden sind. Das sei ein Aspekt »exzessiver Demokratie«, der innenpolitisch zur »Einschränkung der Regierungsautorität« und außenpolitisch zum »Niedergang des Einflusses auf demokratische Entwicklungen« führt. Diese allgemeine »Krise der Demokratie« sei, so die Kommission, das Ergebnis von Bestrebungen bislang marginalisierter Teile der Bevölkerung, sich zu organisieren und ihre Forderungen durchzusetzen. Dieses Übergewicht beeinträchtigt das reibungslose Funktionieren der demokratischen Prozesse. In früheren Zeiten, so der amerikanische Harvard-Politologe Samuel Huntington, »hatte Truman das Land mit der Unterstützung einer relativ kleinen Zahl von Anwälten und Bankiers der Wall Street regieren können«. Damals gab es keine »Krise der Demokratie«. Anders in den sechziger Jahren, wo sie ernsthafte Ausmaße erreichte. Die Trilaterale Kommission empfahl daher eine »Mäßigung der Demokratie«, um die Exzesse zu mildern und die Krise zu überwinden.⁴

Die Studie spiegelt die Wahrnehmungen und Werte liberaler Eliten in den USA (einschließlich führender Vertreter der Regierung Carter), Europa und Japan. Die Konservativen wiederum sehen die Demokratie durch die Organisationsbestrebungen von Gruppen mit »Sonderinteressen« bedroht. Dieser Ausdruck der gegenwärtigen politischen Rhetorik bezieht sich auf Arbeiter, Farmer, Frauen, Jugendliche, Alte, Behinderte, ethnische Minderheiten - kurz, nahezu die gesamte Bevölkerung. In den Wahlkampagnen der achtziger Jahre wurden die Demokraten beschuldigt, sich zum Instrument dieser »Sonderinteressen« zu machen und damit das »nationale Interesse« zu untergraben, das, so wurde stillschweigend vorausgesetzt, jener eine Sektor repräsentierte, der in der Liste der »Sonderinteressen« nicht auftauchte: Konzerne, Finanzinstitutionen und andere Eliten der Geschäftswelt.

Diese Beschuldigungen sind indes nicht zutreffend. Vielmehr repräsentieren die Demokraten andere Sektoren des »nationalen Interesses« und beteiligten sich ohne große Skrupel an der Rechtswendung von Elitegruppen nach dem Ende des Vietnamkriegs. Sie unterstützten die Zerschlagung staatlicher Programme zum Schutz der Armen und Unterprivilegierten, den Transfer finanzieller Ressourcen zugunsten der Wohlhabenden, die Umwandlung des Staats in eine Wohlfahrtsorganisation für die Oberschicht sowie die Ausweitung staatlicher Macht und des staatlich geschützten Sektors der Wirtschaft durch den militärisch-industriellen Komplex - womit die Öffentlichkeit gezwungen wird, die High-Tech-Produktion zu subventionieren und einen staatlich garantierten Markt für deren Abfälle zu schaffen. Zu dieser Rechtswendung gehörte auch eine »aktivere« Außenpolitik, um den US-amerikanischen Einfluß durch Subversion, internationalen Terrorismus und Aggression auszuweiten. Das war die Reagan-Doktrin, die von den Medien als tatkräftige Verteidigung der Demokratie überall in der Welt gepriesen und nur bisweilen als etwas zu übertrieben kritisiert wurde. Im allgemeinen unterstützte die demokratische Opposition diese Programme, die ohnehin kaum mehr waren als eine Weiterführung von Initiativen der Regierung Carter. Wie Umfragen zeigten, stand die Bevölkerung mit wenigen Ausnahmen den politischen Zielsetzungen Reagans ablehnend gegenüber.⁵

Man sollte sich nicht durch Reagans »Erdrutschsieg« täuschen lassen. Er wurde von weniger als einem Drittel aller Wahlberechtigten ins Amt gehoben; und von denen, die ihre Stimme abgaben, hoffte eine große Mehrheit, daß er seine Programme nicht in die Tat umsetzen werde, während die Hälfte der Bevölkerung weiterhin der Ansicht war, daß die Regierung »von einigen großen Interessengruppen beherrscht wird, die in die eigene Tasche wirtschaften«.⁶ Vor die Wahl gestellt zwischen Reagans mit nationalistischer Begleitmusik serviertem keynesianischem Wachstumsprogramm, das sich um die Folgen nicht schert, und dem fiskalischen Konservatismus der Demokraten - »wir finden eure Ziele gut, fürchten jedoch, daß die Kosten zu hoch sind« - entschieden sich die Urnengänger, was nicht überraschen kann, mehrheitlich für das erstere. Eliten haben die Aufgabe, mit kühner Miene die glänzenden Erfolge unseres Systems zu preisen, das, wie Henry Kissinger und Cyrus Vance in einem Aufsatz behaupten, »eine Modelldemokratie und eine Gesellschaft ist, die

außerordentlich gut für die Bedürfnisse ihrer Bürger sorgt«. Hingegen scheint die Bevölkerung mehrheitlich in der Regierung ein Machtinstrument zu sehen, das sich ihrer Kontrolle entzieht; und wenn man sich ein paar vergleichende statistische Werte anschaut, sieht man, wie wunderbar die reichste Gesellschaft der Welt für die Bedürfnisse ihrer Bürger sorgt«. ⁷

Tatsächlich vermag Reagans Politik einen Vorgeschmack darauf zu geben, welchen Weg die kapitalistischen Demokratien demnächst einschlagen könnten: Fortschreitende Eliminierung der Gewerkschaften, unabhängigen Medien, politischen Vereinigungen und, allgemeiner, aller Formen von bevölkerungsnahen Organisationen, die dem Konglomerat von Staat und Wirtschaft gefährlich werden könnten. Im Ausland wurde Reagan oft für einen bizarren »Cowboy-Präsidenten« gehalten, der »verrückt« genug war, eine »Bande von Halsabschneidern« in Nicaragua angreifen zulassen (so der *Toronto Globe and Mail* in einigen Leitartikeln), ⁸ aber die öffentliche Meinung in den USA schien ihn für wenig mehr zu halten als ein Symbol der nationalen Einheit, vergleichbar der Fahne oder der englischen Königin, die das Parlament eröffnet, indem sie das Regierungsprogramm verliest, das sie nicht befürworten, ja, nicht einmal verstehen muß. Ebenso gleichmütig reagierte man in den USA auf die kaum zu übersehenden Anzeichen dafür, daß Ronald Reagan offenbar nur sehr vage Vorstellungen von der Politik hatte, die in seinem Namen betrieben wurde. Es machte auch nichts, daß er, wenn sein Stab ihn nicht richtig instruiert hatte, regelmäßig Bemerkungen von sich gab, die bei denen, die sie ernstnahmen, für beträchtliche Verwirrung sorgen mußten. ⁹ Im übrigen hält man die Öffentlichkeit auf um so wirksamere Weise von der Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten fern, wenn Wahlen nicht mehr der Entscheidung zwischen unterschiedlichen Programmen, sondern nur noch der Festlegung auf eine symbolische Gestalt dienen. Insofern ist es nicht uninteressant, daß die Vereinigten Staaten acht Jahre lang praktisch ohne einen Präsidenten im Sinne des Amtes und seiner Verpflichtungen ausgekommen sind.

Kehren wir zu den Medien zurück, denen die Trilaterale Kommission vorwarf, die Flammen »exzessiver Demokratie« geschürt zu haben, während doch die »umfassenderen Interessen von Gesellschaft und Regierung« den Journalisten die Einführung »professioneller Maßstäbe« nahelegen, damit die Alternative nicht eine »Regulierung von oben« ist, um das »Gleichgewicht zwischen Regierung und Medien wiederherzustellen«. Ähnliche Besorgnisse äußerte der Leiter von Freedom House, Leonard Sussman: »Müssen freie Institutionen gerade aufgrund der Freiheit, die sie erhalten, umgestürzt werden?« Und John Roche, ein intellektueller Anhänger Präsident Johnsons forderte gar den Kongreß auf, die »Machenschaften dieser Privatregierungen«, die die Tatsachen im Zuge ihrer »Anti-Johnson-Kampagne« so schrecklich verfälschten, untersuchen zu lassen, obwohl er fürchtete, daß der Kongreß »zu viel Angst vor den Medien« hätte, um so etwas in Angriff zu nehmen. ¹⁰

Sussman und Roche bezogen sich auf die von Freedom House unterstützte zweibändige Studie von Peter Braestrup zur Berichterstattung über die Tet-Offensive 1968. ¹¹ Braestrups Werk galt vielen als wegweisender Beitrag, und als endgültiger Beweis für die unverantwortliche Haltung dieses »bemerkenswerten neuen Faktors nationaler Macht«. Roche sprach von »einem der großen Beispiele für investigative Berichterstattung und erstklassige Gelehrsamkeit in den letzten fünfundzwanzig Jahren« und einer »sorgfältigen Untersuchung eines Falls von Inkompetenz, wenn nicht gar Böswilligkeit der Medien«. Braestrup habe gezeigt, daß die Medien mit ihrer die »Gegenkultur« der sechziger Jahre reflektierenden einseitigen Berichterstattung letztlich ausschlaggebend waren für die Niederlage der USA in Vietnam. Damit hätten sie den Kampf der Vereinigten Staaten für Freiheit und Demokratie nachhaltig beschädigt. Dieses Versagen sei, so die Studie, »auf den von Chefredakteuren ermutigten oder zumindest nachsichtig behandelten oberflächlichen journalistischen Stil zurückzuführen, der seit Ende der sechziger Jahre populär wurde«. Begleiterscheinungen dieses neuen Journalismus sind »die oftmals unüberlegte Konfliktbereitschaft und eine Haltung, die von der Regierung oder anderen Autoritäten stets das Schlimmste annimmt, um auf dieser Grundlage bei jedem Problem die Akteure in ›gute‹ und ›böse‹ einzuteilen«. Zu den ›bösen‹ Akteuren gehörten die US-Streitkräfte in Vietnam, der »militärisch-industrielle Komplex«, die CIA und die Regierung allgemein, zu den ›gutem dagegen die vietnamesischen Kommunisten, die Braestrup zufolge von den Medien geschützt und über die Maßen gelobt wurden. An dem »oberflächlichen Stil« werde sich so schnell nichts ändern, wobei, »wenn die Medienmanager selbst nicht eingreifen, die düstere Möglichkeit besteht, daß Außenseiter - die Gerichte, die Bundeskommission für Kommunikation oder der Kongreß - eigene Mittel zur Anwendung bringen«.

Landrum Bolling schlägt in dieselbe Kerbe, wenn er behauptet, daß wir Amerikaner »in Anbetracht der von uns kritisierten Politik zur Selbstgeißelung neigen«, was dann, wie der Vietnamkrieg gezeigt habe, »fast unweigerlich dazu führte, daß die Unterstützung für den Krieg untergraben wurde«, vor allem durch die »oftmals blutrünstige Bildberichterstattung des Fernsehens«. (So äußerte sich Bolling in einer von ihm geleiteten Konferenz über die Frage, ob es »keine Möglichkeit gibt, zwischen den Vorteilen eines totalitären Regimes,

das unerfreuliche Nachrichten über den Kriegsverlauf kontrollieren oder unterdrücken kann, und den Nachteilen einer freien Gesellschaft, die eine offene Berichterstattung über alle Kriegsgeschehnisse erlaubt, einen Mittelweg zu finden.«.)¹² Die Watergate-Affäre, bei der der investigative Journalismus dazu führte, »einen Präsidenten seines Amtes zu entheben« (Anthony Lewis), verstärkte, wie auch die Iran-Contra-Affäre, das trübe Bild einer zunehmenden Zerstörung der Demokratie durch freie, unabhängige und regierungskritische Medien. Verteidiger der Pressefreiheit wie Richter Gurfein und Anthony Lewis reagieren ablehnend auf Versuche, »Medienexzesse« zu kontrollieren und ihnen einen Maßstab für »verantwortliches Handeln« aufzuzwingen.

Im Zentrum dieser lebhaften Debatten über Medien und Demokratie stehen zwei Probleme: Das eine betrifft die Frage nach Tatsachen, das andere die nach Werten. Zunächst zum Problem der Tatsachen: Haben die Medien wirklich eine, vielleicht übereifrige, Regierungskritik betrieben und während des Kriegs die Verteidigung der Freiheit untergraben und durch Geißelungsrituale freie Institutionen gefährdet? Sollte das der Fall sein, müßte erwogen werden, ob die Medien durch von außen auferlegte Beschränkungen zu den Grenzen ihrer Verantwortung zurückfinden. Man könnte sich jedoch auch der Auffassung von Richter Holmes anschließen, der in einer klassischen Urteilsbegründung meinte: »Die beste Prüfung der Wahrheit besteht darin, daß die Macht des Denkens sich [über] den freien Handel mit Ideen im Wettbewerb auf dem Markt durchsetzt.«¹³

Um die Tatsachen wird kaum gestritten; der Fall scheint bewiesen und abgeschlossen. Einige jedoch halten die Beweisaufnahme schlicht für falsch. Beginnen wir mit der allgemeinsten Voraussetzung, dem freien Markt der Ideen. Benjamin Ginsberg hat untersucht, wie die öffentliche Meinung zur Förderung staatlicher Macht mobilisiert werden kann. Er bemerkt dazu:

»Westliche Regierungen haben Marktmechanismen bedient, um die Perspektiven und Denkweisen der öffentlichen Meinung zu beeinflussen. Der im 19. und 20. Jahrhundert errichtete ›Marktplatz der Ideen‹ dient im wesentlichen zur Verbreitung von Auffassungen und gedanklichen Vorstellungen der oberen Schichten, während er die ideologische und kulturelle Unabhängigkeit der unteren Klassen untergräbt. Indem die westlichen Regierungen diesen Markt errichteten, schmiedeten sie feste und dauerhafte Bindungen zwischen der sozioökonomischen Position und der ideologischen Macht und gaben den Oberschichten die Möglichkeit, die eine durch die andere zu stützen ... Gerade in den Vereinigten Staaten hat die Beherrschung des Marktplatzes der Ideen durch die Ober- und Mittelschichten dazu geführt, die politische Wahrnehmungsweise der gesamten Gesellschaft und das Spektrum der für realistisch gehaltenen politischen und gesellschaftlichen Möglichkeiten gemäß dem Interesse dieser Schichten zu formen. Im Westen wird der Marktplatz gerne mit Meinungsfreiheit gleichgesetzt, doch kann die unsichtbare Hand des Marktes ein ebenso wirksames Kontrollinstrument sein wie die eiserne Faust des Staats.«

Wenn man von nicht besonders umstrittenen Annahmen über die Funktion eines geleiteten »freien Markts« ausgeht, sind Ginsbergs Folgerungen durchaus plausibel. Jene Medien, die ein zahlenmäßig umfangreiches Publikum erreichen, gehören Großkonzernen, die ihrerseits Bestandteil noch umfassenderer Konglomerate sind. Wie andere Firmen, verkaufen die Medien an Kunden ein Produkt auf dem Markt. Ihr Markt ist die Werbung, ihre Kunden sind die Auftraggeber für Anzeigen, ihr »Produkt« sind die Konsumenten, deren Wohlhabenheit das Anzeigenvolumen erhöht.¹⁵ Bereits vor einem Jahrhundert bemerkten britische Liberale, daß der Markt jene Zeitungen fördert, »die von Anzeigenkunden bevorzugt werden«. Im nämlichen Geist kommentierte Paul Johnson vor kurzem, als ein neues Journal der Linken sein Erscheinen einstellen mußte: »Der Markt hatte gleich zu Beginn sein Urteil gesprochen, als er sich weigerte, das Startkapital durch Abonnements zu decken«, und sicher

kann niemand, der rechtlich denkt, bezweifeln, daß der Markt den Willen der Öffentlichkeit repräsentiert.¹⁶

Die großen Medien - vor allem die tonangebenden der Elite - sind Konzerne, die anderen Firmen ein privilegiertes Publikum »verkaufen«. Es kann insofern nicht über-raschen, wenn das von ihnen präsentierte Bild der Welt die Sichtweisen und Interessen der an diesem Handel Beteiligten widerspiegelt. Überdies nimmt die Konzentration von Eigentum im Medienbereich ständig zu.¹⁷ Ferner gehören Manager und Chefredakteure ebenfalls zur privilegierten Elite und dürften daher die Wahrnehmungen, Erwartungen und Einstellungen ihrer Partner, die auch ihre eigenen Klasseninteressen reflektieren, teilen. Wer als Journalist in diesem System Karriere machen will, muß sich diesem ideologischen Druck durch Verinnerlichung des Wertekanons beugen; es ist nicht leicht, etwas anderes zu behaupten, als man wirklich glaubt, und wer sich nicht anpaßt, wird durch die üblichen Mechanismen ausgegrenzt.

In konkreten Fällen ist der Einfluß von Werbekunden noch sehr viel direkter. »Projekte, die sich mit dem Sponsoring durch Konzerne nicht vereinbaren lassen, haben zumeist keine Chance, verwirklicht zu werden«, schrieb der Londoner *Economist* und fuhr fort: »Fernsehsender haben mittlerweile ein sehr feines Ohr für die Wünsche von Konzernen.« Die Zeitung erwähnt den Fall des öffentlichen Fernsehsenders WNET, der »nach einer Dokumentation mit dem Titel ›Profithunger‹ über Multis, die in der Dritten Welt im großen Stil Ländereien aufkaufen, die Unterstützung von *Gulf & Western* verlor.« Der Generaldirektor des Konzerns teilte dem Sender mit: »So verhält sich kein Freund« und fügte hinzu, die Dokumentation sei »antiwirtschaftlich, wo nicht gar antiamerikanisch« gewesen. »Die meisten Leute meinen, daß WNET so einen Fehler nicht noch einmal machen würde«, schließt der *Economist*.¹⁸ Andere Sender ebenfalls nicht; implizite Hinweise reichen aus.

Es gibt für die Medien noch weitere Gründe, mit dem staatlich-wirtschaftlichen Machtgefüge auf gutem Fuß zu stehen.¹⁹ Kritische Berichterstattung ist schwierig und kostspielig, weil an die Qualität hohe Anforderungen gestellt werden und diejenigen, die in der Lage sind, Strafen und Belohnungen zu verteilen, den Nonkonformismus nicht besonders schätzen. Da kommt es billiger, den Patriotismus an die Fahnen zu heften und offizielle Feinde mit Anschuldigungen zu überhäufen, die nicht weiter erhärtet und schon gar nicht korrigiert werden müssen - wer will sich schon Apologetik vorwerfen lassen? Auf die Vorhaltung, es werde für rechtens erachtet, im Interesse der Macht zu täuschen, reagiert das System mit Empörung, und die Idee, es einer rationalen Betrachtung zu unterziehen, ruft Unverständnis oder Zorn hervor, wobei sich diese Gefühle oftmals hinter anderen Begrifflichkeiten verstecken.²⁰ Wer der US-Regierung die besten Absichten unterstellt, darf ruhig Fehler und Ungeschicklichkeiten beklagen, ohne seine Haltung näher begründen zu müssen. Er darf ungestraft fragen, warum uns im Nahen Osten und in Mittelamerika »der Erfolg verlassen hat« oder warum »eine so reiche, mächtige und wohlmeinende Nation ihre Ziele [nicht] schneller und effektiver in die Tat umsetzen kann« (Landrum Bolling).²¹ Die Maßstäbe verschieben sich beträchtlich, wenn wir davon ausgehen, daß Staaten nun einmal keine »guten Absichten« verfolgen und daß die USA, wie andere Staaten in Vergangenheit und Gegenwart, eine Politik verfolgen, in der sich die Interessen derjenigen niederschlagen, die den Staat durch ihre Macht und ihren Einfluß kontrollieren. Allerdings dürfen solche Binsenweisheiten im Mainstream nicht zur Sprache kommen.

Um die Sowjetunion wegen ihres Einmarschs in Afghanistan und der Unterstützung der Repression in Polen zu verurteilen, braucht man keine Beweise; ganz anders sieht die Lage jedoch aus, wenn man sich der (gut dokumentierten) Aggression der USA in Indochina oder den langjährigen Bestrebungen, eine politische Lösung des Nahostkonflikts zu verhindern, zuwendet. Das sind unwillkommene und mithin keine Tatsachen. Keine Argumente benötigt man, um den Iran oder Libyen zu verdammen, weil sie den Terrorismus fördern; will man dagegen die Rolle der Vereinigten Staaten und ihrer Vasallen bei der Verbreitung von Terror erörtern, erntet man nur Schrecken und Abscheu, und alle Indizien, mögen sie auch noch so konkret sein, werden für irrelevant erklärt. De facto preisen die amerikanischen Medien und intellektuellen Zeitschriften die US-Regierung wegen ihres Einsatzes für die Demokratie in Nicaragua und kritisieren bestenfalls die zur Erreichung dieses lobenswerten Ziels eingesetzten Mittel, ohne zu fragen, ob es tatsächlich um den Erhalt der Demokratie geht. Es wäre undenkbar, den unreflektierten Patriotismus, dem die Mainstream-Medien huldigen, zu kritisieren, und

wer es dennoch versuchte, würde auch dann als ideologischer Fanatiker abgestempelt, wenn er Beweise auf Beweise häufte - was im Fall Nicaraguas nun wirklich nicht schwierig ist.

So sehen wir immer wieder, daß der Konformismus den Weg ebnet, der zu Privilegien und Ansehen führt, während abweichende Haltungen auch in einer Gesellschaft, die keine Todesschwadronen, psychiatrischen Gefängnisse oder Vernichtungslager kennt, sanktioniert werden. Schon die Nachrichtenstruktur der Medien begünstigt den Konsens mit tradierten Doktrinen. Wenn man zwischen zwei Werbespots drei Minuten Zeit oder siebenhundert Wörter zur Verfügung hat, kann man keine aufwendigen Begründungen für neue Gedankengänge oder unkonventionelle Folgerungen liefern. Da ist es einfacher, die gängigen frommen Sprüche vorzutragen.

Es ist eine aus unstrittigen Annahmen folgende Erwartung, daß die großen Medien und andere ideologische Institutionen die Sichtweisen und Interessen der herrschenden Macht reflektieren. Daß diese Erwartungen gerechtfertigt sind, haben mehrere Kritiker gezeigt. So liegt z. B. ein von Edward S. Herman und mir ausgearbeitetes Funktionsmodell der Medien vor, das sich von der Standardversion erheblich unterscheidet.²² Diesem »Propaganda-Modell« zufolge, das aus den gerade erwähnten Gründen höchste Plausibilität besitzt, dienen die Medien den eng miteinander verzahnten Interessen der wirtschaftlichen und staatlichen Macht. Diese Interessen beschränken die Berichte und Analysen auf eine den etablierten Privilegien nützliche Weise und begrenzen demzufolge auch die entsprechenden Debatten und Diskussionen. Wir haben ein breites Spektrum an Beispielen untersucht und unsere Aufmerksamkeit besonders jenen Fällen gewidmet, die für das Propagandamodell den Härtesten darstellen. Das sind die Fälle, die von den Kritikern der angeblich regierungs-feindlichen Exzesse immer wieder als Beweise ins Feld geführt werden: Die Berichterstattung über den Krieg in Indochina, die Watergate-Affäre und andere Ereignisse aus der Zeit, in der, wie behauptet wird, die Medien zum antiautoritären Kreuzzug bliesen. Um den Test möglichst fair zu gestalten, haben wir zudem systematisch Beispiele ausgewählt, die historisch so vergleichbar sind, wie es nur irgend geht: Verbrechen offizieller Feinde vs. Verbrechen, für die die USA und ihre Vasallen verantwortlich sind; gute Taten, insbesondere Wahlen in offiziellen Feindstaaten vs. Wahlen in US-Vasallenstaaten.

Mittlerweile wird das Propaganda-Modell durch Dokumentationen gestützt, die mehrere tausend Seiten umfassen und darf, gemessen an sozialwissenschaftlichen Standards, als gut bestätigt gelten. Seine Voraussagen haben sich insgesamt bewahrheitet. Ernsthafte Kritik an seinen Ergebnissen ist mir nicht bekannt. Vielmehr haben gelegentliche Einwände, sofern das Thema im Mainstream überhaupt einmal zur Sprache kam, die Solidität des Modells eher bestätigt. Die renommierte Untersuchung des Freedom House über die feindselige und für die Demokratie bedrohliche Haltung der Medien hält der Analyse nicht stand und läuft, wenn man die zahllosen Fehler und falschen Darstellungen eliminiert, auf wenig mehr hinaus als den Vorwurf, daß die Medien in der Verfolgung einer an sich gerechten Sache zu pessimistisch waren.²³

Sicherlich gibt es noch andere Faktoren, die das Verhalten von so komplexen sozialen Institutionen, wie die Medien es sind, beeinflussen, und nicht alle Beispiele passen in den allgemeinen Rahmen, den das Propaganda-Modell entwirft. Dennoch bietet es, wie ich meine, eine fürs erste recht genaue Bestimmung der wesentlichen Eigenschaften der Medien und der intellektuellen Kultur, die deren Umfeld ist.

Eine Vorhersage, die sich aus dem Modell ableiten läßt, bezieht sich auf dieses selbst: Es wird in den Medien nicht diskutiert werden, weil es eine Annahme bezweifelt, die den Interessen der etablierten Mächte dienlich ist. Es geht um die These, daß die Medien regierungskritisch und aufsässig sind. Wie gut bestätigt das Propaganda-Modell auch sein mag, so bleibt es doch nach Möglichkeit außerhalb des Spektrums der Mediendiskussion. Auch diese Folgerung ist empirisch gut bestätigt. Klarerweise ist es entweder gültig oder nicht gültig. Wenn es ungültig ist, kann man es unberücksichtigt lassen; wenn es gültig ist, *wird* man es unberücksichtigt lassen. Ähnlich verfuhr man im 18. Jahrhundert, wenn es um den Vorwurf der »auführerischen Verleumdung« ging: War die Verleumdung wahr, wurde sie erst recht als Vergehen verfolgt, denn es galt als schweres Verbrechen, die Autorität gerechtfertigterweise in Verruf zu bringen.

Wenn die Folgerungen, die aus dem Propaganda-Modell gezogen werden können, richtig sind, läuft die konservative Kritik auf die Forderung hinaus, daß die Medien nicht einmal die Bandbreite der

Diskussion taktischer Fragen innerhalb der herrschenden Eliten dokumentieren, sondern nur jenen Kräften dienen dürfen, die den Staat in einem bestimmten Moment leiten. Dieser Aufgabe sollten sie sich mit Begeisterung und Optimismus widmen, weil die Ziele der Staatsmacht per definitionem aus edelsten Beweggründen verfolgt werden. Es hätte George Orwell nicht überrascht, daß dies das Ergebnis der Medienkritik einer Organisation ist, die sich »Freedom House« nennt.²⁴

Journalisten zeigen in ihrem Beruf oft ein hohes Maß an Professionalität; sie sind couragiert, integer und unternehmungsfreudig, auch wenn sie für Medien arbeiten, die den Vorhersagen des Propaganda-Modells entsprechen. Das ist kein Widerspruch. Es geht hier nicht um die Ehrlichkeit von Überzeugungen oder um die Integrität, mit der Tatsachen aufgespürt und verbreitet werden, sondern um die Auswahl und Aufbereitung der Themen, die Bandbreite der veröffentlichten Meinungen, die unhinterfragten Voraussetzungen, von denen Berichte und Kommentare sich leiten lassen sowie den Gesamtrahmen, innerhalb dessen ein bestimmtes Bild der Welt präsentiert wird.

Ich werde an Beispielen zeigen, wie das Propaganda-Modell arbeitet, wobei ich davon ausgehe, daß die grundlegende Prämisse durch die bereits veröffentlichten umfangreichen Materialien in ihrer Glaubwürdigkeit bestätigt worden ist. Diese Arbeiten haben zu wütenden Protesten und

Verfälschungen geführt, aber auch Verwirrung und Mißverständnisse hervorgerufen. Jedoch gibt es meines Wissens keinen ernsthaften Versuch, sich mit dieser und ähnlicher Kritik ernsthaft auseinanderzusetzen, sondern sie wird, gemäß den Vorhersagen des Propaganda-Modells, einfach totgeschwiegen.²⁵ Was im Mainstream an kritischen Diskussionen über das Verhalten der Medien läuft, bezieht sich auf die ihnen unterstellte Regierungsfeindlichkeit und die entsprechenden Reaktionen ihrer Verteidiger. So zeigte z.B. das öffentliche Fernsehen in den USA 1985 eine Serie mit rückblickenden Beiträgen über den Krieg in Indochina, woraufhin die konservative Organisation Accuracy in Media bestimmte Anschuldigungen erhob, die dann von Kritikern und Verteidigern der Serie diskutiert wurden. Daß diese selbst durchaus mit dem Propaganda-Modell übereinstimmte, spielte keine Rolle. Die bereits erwähnte Untersuchung zur Berichterstattung über Konflikte in der Dritten Welt folgt einem ähnlichen Argumentationsmuster. Da ist es dann auch egal, daß die Öffentlichkeit die Medien für zu konformistisch hält.²⁶

Die Medien haben keine Schwierigkeiten damit, Verdammungsurteile wie »atemberaubende Unausgewogenheit, die nicht einmal den Schein einer fairen Einstellung wahrt« oder Auslassungen über »die Übel und Gefahren der heutigen widerspenstigen Presse« zu veröffentlichen.²⁷ Das gilt vor allem dann, wenn der Kritiker moniert, daß die »Medieneliten ... im Bann liberaler Anschauungen über Politik und menschliche Natur« stehen und die »offenkundigen Schwierigkeiten« beklagt, »die die meisten Liberalen damit haben, selbst eindeutige Diktaturen der Linken als Diktaturen zu bezeichnen«. Natürlich würde die Mainstreampresse, die mit dem Kommunismus so zartbesaitet umgeht und lieber das eigene Land geißelt, Fidel Castro niemals als Diktator bezeichnen.²⁸

Solche und ähnliche Vorwürfe sind oftmals sogar willkommen, weil man sie, wenn es überhaupt notwendig ist, recht einfach widerlegen kann. Zudem vertiefen die entsprechenden Diskussionen die Annahme, daß die Medien entweder unabhängig und objektiv und offen für abweichende Meinungen sind, oder, wie die Konservativen meinen, mit linker Schlagseite sich begierig dem Kampf gegen die Autoritäten hingeben. Die etablierten Mächte können mit beiden Folgerungen leben - und ebenso die »Medieneliten« selbst, die den Vorwurf, daß sie ihre ablehnende Haltung gegenüber den Vertretern der Macht vielleicht zu weit getragen haben, durchaus nicht von sich weisen. Diese Diskussionen entsprechen den Vorhersagen des Propaganda-Modells: Es wird um den »einseitigen Liberalismus« gestritten, aber nicht die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß diese »Einseitigkeit« lediglich Ausdruck einer Variante der herrschenden Ideologie darstellt - was sich beweisen läßt -, und dazu noch einer höchst nützlichen Variante, weil die implizite Botschaft lautet: bis hierher und nicht weiter.

Kehren wir zu den anfangs erwähnten Vorschlägen der brasilianischen Bischöfe zurück. In den USA würde das Verlangen nach einer »Demokratisierung der Medien« auch deshalb für überflüssig oder falsch gehalten werden, weil sie ohnehin dem Gemeinwohl zu dienen bestimmt sind. Sie erfüllen einfach die ihnen gemäß soziale Rolle, wie der Oberste Bundesrichter Powell verlauten läßt (zitiert nach Anthony Lewis in seiner Verteidigung der Pressefreiheit): »Kein Individuum kann auf sich allein gestellt jene Informationen erlangen, die es braucht, um seiner politischen Verantwortung auf

verständige Weise nachkommen zu können ... Indem die Presse die Öffentlichkeit befähigt, den politischen Prozeß sinnvoll zu kontrollieren, setzt sie die gesellschaftliche Zweckbestimmung der Ersten Verfassungsergänzung [*First Amendment*] in die Tat um.«²⁹

Die Medien dienen in der Tat einem »gesellschaftlichen Zweck«, doch dürfte es ein ganz anderer sein als der von Richter Powell beschriebene. Er läßt sich eher mit dem vergleichen, was James Mill im 18. Jahrhundert über die staatliche Erziehung schrieb: Sie solle »die Menschen zu einer tugendhaften Bindung an ihre Regierung« sowie an die gesellschaftliche Ordnung im allgemeinen bilden.³⁰ Die Medien tragen also durchaus nicht zu einer von den Konservativen an die Wand gemalten »Krise der Demokratie« bei, sondern schützen als aufmerksame Wächter die Privilegiengesellschaft vor der Bedrohung durch öffentliche Einmischung. Wenn diese Folgerung stimmt, beruht der erste Einwand gegen die Demokratisierung der Medien auf einer falschen und tatsachenfremden Analyse.

Ein zweiter Einwand ist substantieller und gerechtfertigter: Die Forderung nach Demokratisierung könnte höchst unliebsame Bemühungen verbergen, die geistige Unabhängigkeit durch öffentlichen Druck einzuschränken; auch in der politischen Theorie ist von solchen Gefahren die Rede. Das Problem läßt sich nicht einfach vom Tisch wischen, ist aber keine mit der Demokratisierung notwendig verbundene Erscheinung.³¹

Die grundlegende Fragestellung ist, wie mir scheint, eine andere. Unsere politische Kultur hat ein anderes Demokratieverständnis als die brasilianischen Bischöfe. Für diese ermöglicht Demokratie den Bürgern den Zugang zu Informationen, die Beteiligung an Diskussionen und politischen Zielsetzungen und die Umsetzung von Programmen in politisches Handeln. Unser Demokratiebegriff ist reduzierter: Der Bürger ist Konsument und Beobachter von, aber nicht Teilnehmer an politischen Vorgängen. Die Öffentlichkeit hat das Recht, zu politischen Vorschlägen, die nicht aus ihrer Mitte kommen, Stellung zu beziehen; wenn jedoch diese Grenzen überschritten werden, kommt es zu einer »Krise der Demokratie«, die bewältigt werden muß.

Dieses Konzept geht auf Anschauungen der Gründungsväter der amerikanischen Verfassung zurück. Die Föderalisten, so der Historiker Joyce Appleby, erwarteten, »daß die neuen politischen Institutionen auch auf der Grundlage tradierter Annahmen über eine politisch aktive Elite und ein ehrerbietigwilliges Wahlvolk funktionieren würden«, während »George Washington hoffte, daß sein außerordentliches Prestige die große, nüchterne, dem *common sense* verpflichtete Bürgergemeinde, an die Politiker sich immer wenden, dazu bringen würde, die Gefahren einer aus eigener Kraft heraus geschaffenen Gesellschaft zu erkennen.«³² Trotz ihrer Wahlniederlage setzte die Konzeption der Gründungsväter sich durch, wenngleich, bedingt durch den aufkommenden Industriekapitalismus, in anderer Gestalt. John Jay, der Präsident des Kontinentalkongresses und erste Oberste Bundesrichter, beschrieb sie mit folgenden Worten: »Die Leute, die das Land besitzen, sollen es auch regieren.« Und sie müssen dabei nicht allzu menschenfreundlich verfahren. Als es wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung gab, schrieb Gouverneur Morris 1783 an John Jay: »Es ist durchaus möglich, daß es zu einigen Konvulsionen kommt«, aber Anlaß zur Besorgnis sei nicht gegeben. »Das Volk ist gut darauf vorbereitet«, daß die Regierung »jene Macht [übernimmt], ohne die Regierung ein bloßes Wort wäre ... Da das Volk kriegsmüde ist, darf seine Zustimmung als absolut sicher gelten, und Ihr wißt aus Erfahrung, mein Freund, so gut wie ich, daß es nur einiger Männer von Herz und Geist bedarf, die sich zusammenfinden und zur Autorität erklären, um die wenigen, die abweichender Meinung sind, durch das eindrucksvolle Argument des Stricks von ihrem Fehler zu überzeugen.« Mit dem »Volk«, bemerkt der Verfassungshistoriker Richard Morris, »war eine kleine nationalistische Elite gemeint, die vorsichtshalber nicht beim Namen genannt wurde« - nämlich die weißen Männer, die über Eigentum verfügten, und für die die Verfassungsordnung entworfen worden war. Die »umfangreiche Abwanderung von Schwarzen und Loyalisten« nach Kanada und anderswohin war zum Teil durch ihre Einsicht in die amerikanischen Verhältnisse bedingt.³³

Morris bemerkt auch, daß die post-revolutionäre Gesellschaft »letztlich eine politische Demokratie war, die von einer Elite manipuliert wurde«. Auch in Staaten, wo (wie in Virginia) eine »egalitäre Demokratie« zur Diskussion stand, wurde in Wirklichkeit »die Vorherrschaft der Aristokratie implizit akzeptiert«. Das gleiche gilt für die in späteren Zeiten als Triumph der wahren Demokratie gefeierte Vorherrschaft einer Schicht von Geschäftsleuten.³⁴

De facto ist John Jays Maxime das Gründungsprinzip der Republik, gemäß dem sie bis heute funktioniert und von dem eine kapitalistische Demokratie, aus wohlbekannten Gründen, nicht allzustark abweichen kann.³⁵

Innenpolitisch läuft dieses Prinzip auf die Konkurrenz von Investorengruppen hinaus, die darum kämpfen, den Staat unter ihre Kontrolle zu bekommen. Thomas Ferguson zufolge kann die politische Geschichte der USA zum großen Teil mit einer »Investivtheorie der Politik« erklärt werden.³⁶ In den von uns abhängigen Staaten gelten demokratische Verhältnisse dann als erreicht, wenn die Gesellschaft von lokalen Oligarchien und den mit US-Investoren verbundenen Segmenten der Geschäftswelt beherrscht wird; ferner muß das Militär unserer Kontrolle unterstehen und die Regierung von Profis geführt werden, die verlässlich Befehle befolgen und der US-amerikanischen Macht dienen. Wenn die Bevölkerung dagegen aufbegehrt, haben die USA das Recht, Gewalt anzuwenden, um die »Demokratie wiederherzustellen« - so jedenfalls sieht es die Reagan-Doktrin in Nicaragua vor. Entsprechend unterscheiden die Medien zwischen »Demokraten« und »Kommunisten«: Erstere dienen den Interessen der USA, letztere sind von der Krankheit namens Ultra-Nationalismus befallen. Geheime Planungsdokumente erläutern, daß unsere Interessen von »nationalistischen Regimes« bedroht seien, die den Forderungen der Bevölkerung nach Anhebung des Lebensstandards und sozialen Reformen nachkommen, statt die Bedürfnisse von US-Investoren zu berücksichtigen.

Die Medien folgen diesen Spielregeln, indem sie die »jungen Demokratien« Mittelamerikas (die in Wirklichkeit von Militär- und Wirtschaftseliten beherrscht werden) mit dem »kommunistischen Nicaragua« vergleichen. Und wir können verstehen, warum sie die Umfragen von 1987 in El Salvador unerwähnt ließen, aus denen hervorging, daß nur zehn Prozent der Befragten glauben, es gebe in ihrem Land zur Zeit eine freiheitliche und demokratische Entwicklung. Zweifellos begreifen die Salvadorianer das US-amerikanische Demokratiekonzept ebensowenig wie die Herausgeber von *El Tiempo*, Honduras' führender Zeitung. Sie sehen in Honduras lediglich eine Karikatur von Demokratie, die nichts zu bieten hat als »Arbeitslosigkeit und Unterdrückung«. Unter der »Besetzung durch nordamerikanische Truppen und Contras« könne es keine Demokratie geben, weil »lebenswichtige nationale Interessen zugunsten der Zielvorstellungen von Ausländern hintangestellt werden«, während Unterdrückungsmaßnahmen und illegale Verhaftungen andauern und die Todeschwadronen des Militärs unheildrohend im Hintergrund lauern.³⁷

Gemäß den US-amerikanischen Prinzipien wird die Demokratie keinesfalls eingeschränkt, wenn ein paar Konzerne das Informationssystem kontrollieren; vielmehr ist das ein Wesenszug demokratischer Gesellschaften. In dieser Hinsicht waren sich PR-Spezialisten wie Edward Bernays, Journalisten wie Walter Lippmann, Sozialwissenschaftler wie Harold Lasswell und politische Theologen wie Reinhold Niebuhr einig. Ihnen ging es zwischen den beiden Weltkriegen um die Herstellung von gesellschaftlichem Konsens, ohne daß die existierenden Machtstrukturen angetastet wurden. Den Konsens zu erzeugen, ist Aufgabe der »kühlen Beobachter« (Niebuhr) und Spezialisten, weil die unwissenden Massen kaum über den Tellerrand hinausblicken können.³⁸

Nicht viel anders war das Bild nach dem Zweiten Weltkrieg, als die blinden Massen zu ihrem trägen Pazifismus zurückkehrten, während die Eliten längst die Notwendigkeit, für einen neuen globalen Konflikt zu mobilisieren, begriffen hatten. Damals bemerkte der Historiker Thomas Bailey: »Weil die Massen notorisch kurzichtig sind und die Gefahr erst erkennen, wenn sie ihnen bereits an der Kehle sitzt, sind unsere Politiker gezwungen, sie zu täuschen, um sie zur Erkenntnis ihrer langfristigen Interessen zu bringen. Diese Täuschung dürfte umso notwendiger werden, je weniger wir gewillt sind, unseren Leuten in Washington eine freiere Hand zu gewähren.« Ähnlich äußerte sich Samuel Huntington, als 1981 ein neuer Kreuzzug fällig war: »Man muß [Interventionen und andere militärische Aktionen] verkaufen, indem man den Eindruck erweckt, man kämpfe gegen die Sowjetunion. Das haben die Vereinigten Staaten seit der Truman-Doktrin so gemacht.« Eine richtige Beobachtung, die eine der wesentlichen Funktionen des Kalten Kriegs erklärt.³⁹

Ein weiterer Aspekt ist die konservative Verachtung für die Demokratie, der Sir Lewis Namier beredten Ausdruck verleiht: »In den Gedanken und Handlungen der Massen gibt es ebensowenig einen freien Willen wie in den Bahnen der Planeten, den Wegen der Zugvögel und dem Drang der

Lemminge zum Meer.«⁴⁰ Erlaubte man den Massen, sich an politischen Entscheidungen auf inhaltliche Weise zu beteiligen, würde das lediglich in die Katastrophe führen.

Einige Leute verteidigen die Lehre vom gesellschaftlichen Konsens mit bemerkenswerter Aufrichtigkeit. So schreibt z. B. der niederländische Verteidigungsminister Frits Bolkestein: »Wer immer sich gegen die Herstellung von Konsens wendet, befindet sich im Widerstand gegen jede Form wirksamer Autorität.«⁴¹ Ob dieser Bemerkung würde ein kommunistischer Parteifunktionär verständnisvoll nicken.

Der Lehre liegt letztlich die Logik des Großinquisitors aus Dostojewskis Roman *Die Brüder Karamasow* zugrunde. Der Großinquisitor klagt Christus mit bitteren Worten an, weil dieser den Menschen die Freiheit angeboten und sie damit zum Elend verdammt habe. Die Kirche muß diesen teuflischen Schachzug rückgängig machen, indem sie der Menschheit gibt, wessen sie wirklich bedarf: die absolute Unterordnung. Um glücklich zu werden, brauchen die Menschen keine Freiheit, sondern die Gemeinschaft der Anbetung. In der Moderne ist damit die profanisierete Religion des Staats gemeint, wozu in den westlichen Demokratien die Lehre von der Unterordnung unter die Herren des freien Unternehmertums, d. h. des Systems privater Gewinne und öffentlicher Subventionen, gehört. Die Menschen müssen zu ihrem eigenen Wohl in Unwissenheit und nationalistischer Ergebenheit gehalten werden. Während der Großinquisitor durch Wunder, Mysterium und Autorität das Gewissen der Menschen erobert und für immer in Ketten schlägt, damit sie ein Glück erleben, das die Freiheit der Wahl ihnen niemals geben kann, bedienen sich die »kühlen Beobachter« der Moderne der »notwendigen Illusionen« und »emotional einflußreichen Übereinfachungen«, um die unwissenden Massen zu disziplinieren und in Zufriedenheit zu wiegen.

Obwohl explizit zugegeben wird, daß die Öffentlichkeit getäuscht werden muß, sollte man nicht glauben, daß diese *Kunst bewußt* betrieben wird. Nur wenige Personen erreichen die Raffinesse des Großinquisitors oder können solche Einsichten lange bewahren. Vielmehr übernehmen die Intellektuellen, wenn sie ihrer schweren und verantwortungsvollen Pflicht obliegen, bereitwillig Überzeugungen, die den institutionellen Bedürfnissen entsprechen, und wer das nicht tut, muß sich andernorts nach einer Beschäftigung umsehen. Der Vorstandsvorsitzende eines Konzerns mag sich durchaus einbilden, daß er in jeder wachen Minute der Menschheit dient; dennoch muß er realiter Gewinne und Marktanteile erwirtschaften, weil er anderenfalls seinen Job bald los wäre.

Im politischen Meinungsspektrum herrscht weitgehende Einigkeit darüber, daß die Stimme der Bevölkerung, die sich in demokratischen Gesellschaften Gehör verschaffen kann, eben deshalb ein Problem darstellt. Wie kann man garantieren, daß diese Stimme die richtigen Worte findet? Nur dadurch, daß die politische Führung uns kontrolliert, und nicht etwa umgekehrt. Wenn die Bevölkerung außer Kontrolle gerät und die Propaganda wirkungslos bleibt, wird der Staat in den Untergrund verdeckter Operationen und geheimer Kriege gezwungen, deren Umfang oftmals einen guten Maßstab für die in der Öffentlichkeit grassierende Unzufriedenheit darstellt. So war es während der Amtszeit von Ronald Reagan, unter dessen »konservativen« (wie sie sich selbst stilisierten) Anhängern die Befürwortung ungezügelter exekutiver Macht und die Verachtung demokratischer Verfahrensweisen ungeahnte Höhen (bzw. Tiefen) erreichte. Dem entsprachen die Propagandafeldzüge gegen die Medien und die Bevölkerung: So diente die Einrichtung eines dem Außenministerium angegliederten »Amtes für öffentliche Diplomatie in Lateinamerika« [*State Department Office for Latin American Public Diplomacy*] der Verwirklichung von Projekten wie der »Operation Wahrheit«, die ein hoher Regierungsbeamter als »eine umfassende psychologische Operation« beschrieb, »vergleichbar denen, die das Militär durchführt, um die Bevölkerung in einem verbotenen oder feindlichen Territorium zu beeinflussen«.⁴² Darin drückt sich mit wünschenswerter Klarheit die Haltung gegenüber einer resistenten Öffentlichkeit aus: Sie ist feindliches Territorium, das erobert und unterjocht werden muß.

In den Vasallenstaaten sind die USA, wie gesagt, oftmals gezwungen, die »Demokratie« mit Gewalt »wiederherzustellen«. Innenpolitisch bedarf es dazu subtilerer Methoden: der Herstellung von Konsens, indem man die Massen mit »notwendigen Illusionen« täuscht, und verdeckter Operationen, die von den Medien und dem Kongreß so lange übersehen werden, bis doch alles ans Licht kommt und man in die Phase der Schadensbegrenzung eintreten muß. Dann wird die öffentliche Aufmerksamkeit

auf übereifrige Patrioten oder Persönlichkeitsdefekte führender Politiker gerichtet und damit von den institutionellen Faktoren, die für diese Defekte verantwortlich sind, abgelenkt. Aufgabe der freien Presse ist es in diesem Fall, die Vorgänge ernstzunehmen und sie als Beitrag zur Funktionstüchtigkeit unserer zur Selbstreinigung fähigen Institutionen zu verkaufen, die sie zugleich vor dem Zugriff der Öffentlichkeit sorgsam abschirmen.

Darüber hinaus müssen die Medien und die gebildeten Schichten ihren »gesellschaftlichen Zweck« erfüllen, indem sie die ihnen zugewiesenen Aufgaben in Übereinstimmung mit der vorherrschenden Konzeption von Demokratie ausführen.

II. Über die Eindämmung des Feindes

Im vorigen Kapitel erwähnte ich drei Möglichkeiten, die Medien zu organisieren:

1. durch Konzernoligopole,
2. durch staatliche Kontrolle,
3. durch eine demokratische Kommunikationspolitik.

Das erste Modell sieht eine demokratische Beteiligung an den Medien ebensowenig vor wie privatwirtschaftliche Konzerne überhaupt. Beim zweiten Modell kommt es auf die Funktionsweise des politischen Systems an, wobei die Medien de facto von den staatstragenden Mächten und einem Apparat von Kulturmanagern abhängig sind, die weitgehend innerhalb der von diesen Mächten gesetzten Grenzen operieren müssen. Mit dem dritten Modell gibt es praktisch so gut wie keine Erfahrungen; es bleibt, genauso wie ein gesellschaftspolitisches System mit inhaltlichem Engagement der Bevölkerung, eine Option für die Zukunft.

Das erste Modell ergibt sich aus der Struktur einer kapitalistischen Demokratie und hat dementsprechend seine konzentrierteste Form in den am weitesten entwickelten Gesellschaften dieses Typs erreicht. Dazu gehören vor allem die Vereinigten Staaten, wo die Medienkonzentration hoch ist, öffentliche Radio- und Fernsehsender ihrem Umfang nach begrenzt und Elemente eines radikaldemokratischen Modells lediglich Randerscheinungen sind. Immerhin gibt es hier und da lokale Sender oder Zeitungen, die von der Hörer- oder Leserschaft unterstützt werden und oftmals einen bemerkenswerten Einfluß auf die soziale und politische Kultur ausüben, indem sie den Gemeinschaften, die von diesen Einrichtungen profitieren, bei der Durchsetzung ihrer Interessen den Rücken stärken.⁴³ Ansonsten jedoch zeigen die USA, wohin die kapitalistische Demokratie sich entwickelt: Neben der Konzentration in den Medien gibt es die fortschreitende Eliminierung von Gewerkschaften und anderen Organisationen, die der privatwirtschaftlichen Macht in die Quere kommen, ein Wahlsystem, das vom Staat als PR-Kampagne betrieben wird, sowie die Vermeidung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen, die ebenfalls die Vorrechte der Privilegierten schmälern könnten usw.

Andere westliche Demokratien hinken da noch ein paar Schritte hinterher; insbesondere fehlt ihnen das spezifisch US-amerikanische Einparteiensystem, bei dem zwei Fraktionen von wechselnden Segmenten der Geschäftswelt kontrolliert werden. In Europa und Lateinamerika gibt es noch Parteien, die in einem gewissen Ausmaß die Interessen der arbeitenden und armen Bevölkerungsschichten vertreten; doch sind sie ebenso im Niedergang begriffen wie kulturelle Institutionen und politische Organisationsformen, die andere Werte vertreten und den isolierten Individuen die Möglichkeit geben, außerhalb des privatwirtschaftlichen Rahmens zu denken und zu handeln.

Diese Tendenzen in der kapitalistischen Demokratie gründen in zwei Phänomenen, die Joshua Cohen und Joel Rogers als »Ressourcenbeschränkung« und »Nachfragebeschränkung« bezeichnen.⁴⁴ Die Ressourcenbeschränkung liegt offen zutage: Die Kontrolle von Ressourcen ist auf einige wenige Entscheidungsträger konzentriert, was sich unmittelbar auf alle Aspekte des gesellschaftlichen und politischen Lebens auswirkt. Die Nachfragebeschränkung ist eine subtilere Form der Kontrolle, die sich in relativ reibungslos funktionierenden kapitalistischen Demokratien kaum direkt nachweisen läßt. Zu finden ist sie eher in Ländern Lateinamerikas, wo es ein breiteres Spektrum an politischen Optionen wie etwa sozialreformerische Programme gibt. Die Reaktionen auf die Ankündigung oder Durchsetzung solcher Programme sind bekannt: Kapitalflucht, Vertrauensverluste der Investoren und

allgemeiner sozialer Niedergang, der einsetzt, wenn diejenigen, denen »das Land gehört«, die Fähigkeit verlieren, es zu regieren. Bisweilen hilft auch ein Militärputsch, der von dem Hüter der Hemisphäre unterstützt wird. Die Nachfragebeschränkung ist eine wohlwollendere Reaktion auf Reformprogramme - zuallererst müssen die Interessen der Mächtigen gewahrt bleiben, wenn die Gesellschaft funktionieren soll.

Vorrang hat also das Glück derer, die das Land besitzen, denn sie kontrollieren die Investitionen und entscheiden darüber, was produziert und verteilt wird und welche Vergünstigungen diejenigen erhalten, die ihre Arbeitskraft den Eignern zur Verfügung stellen. Mithin wäre es für die Obdachlosen am wichtigsten, für die Zufriedenheit derer zu sorgen, die ein Dach über dem Kopf haben. Angesichts der verfügbaren Optionen und der kulturellen Werte, die die kapitalistische Demokratie befördert, scheint kurzfristige individuelle Gewinnmaximierung, verbunden mit Unterordnung, Gehorsam und dem Rückzug ins Private, der vernünftigste Weg zu sein. Entsprechend begrenzt sind die Möglichkeiten zu politischem Handeln, die, ungeachtet der dadurch verursachten Leiden, äußerst stabil bleiben, was US-Planungsstrategen schon seit langem begriffen haben.

Aus der gesellschaftlichen Verteilung von Ressourcen und Entscheidungsbefugnissen folgt u.a., daß die politische Klasse und die Kulturverwalter sich mit den die Privatwirtschaft beherrschenden Eliten zusammenschließen; entweder kommen sie direkt aus diesem Bereich, oder sie hoffen, sich ihm anschließen zu können. Die Radikaldemokraten der Revolution im England des 17. Jahrhunderts hatten noch andere Vorstellungen: »Die Welt ist nicht gut, solange Ritter und Edelleute uns mit ihren Gesetzen Furcht einflößen und unterdrücken wollen und nichts von den Leiden des Volkes wissen. Es wird uns erst gut gehen, wenn wir Parlamente haben, in denen Leute sitzen, wie wir es sind; Leute, die unsere Sorgen kennen.« Aber das Parlament und die Prediger hatten eine andere Vorstellung: »Mit dem Volk meinen wir nicht die unterschiedslos gemischte Gesamtheit der Volksmasse [*body of the people*],« erklärten sie. Als sich die Niederlage der Demokraten abzeichnete, blieb, wie es in einer Flugschrift der Leveller hieß, nur noch die Frage, »wessen Sklaven die Armen sein sollen«, des Königs oder des Parlaments.⁴⁵

Die gleiche Kontroverse wurde in der Frühzeit der amerikanischen Revolution ausgetragen. Edward Countryman bemerkt dazu: »Die Gestalter der staatlichen Verfassungen hatten darauf bestanden, daß in den Repräsentativversammlungen alle Schichten der Bevölkerung des jeweiligen Staats vertreten sein sollten; sie wandten sich gegen eine vom Volk isolierte »Kaste« politischer Führer. Aber die Bundesverfassung »räumte Repräsentanten, Senatoren und dem Präsidenten genau jene außerordentliche Machtposition ein«. Im Zeichen der Konföderation hatten Handwerker, Bauern und andere Angehörige des »gemeinen Volks« [*common people*] gefordert, von »Männern ihresgleichen« repräsentiert zu werden, denn die Erfahrung der Revolution hatte sie gelehrt, daß sie »so fähig waren wie irgendein anderer zu entscheiden, was an ihrem Leben falsch war, und sich zu organisieren, um etwas dagegen zu unternehmen«. Das aber sollte nicht sein. »Den letzten Seufzer des ursprünglichen Geistes der Revolution mit ihrem Glauben an Gemeinschaftlichkeit und Zusammenarbeit taten die Farmer in Massachussetts« während Shays Rebellion von 1886. »Die Resolutionen und Ansprachen ihrer Komitees ein oder zwei Jahre vor der Rebellion verkündeten genau das, was alle möglichen Leute 1776 bereits verkündet hatten.« Ihre Niederlage lehrte sie auf schmerzhaft Weise, daß »die bisherigen Möglichkeiten ausgereizt waren« und sie nun »vor Herrschern zu Kreuze kriechen mußten, die behaupteten, Diener des Volkes zu sein«. So ist es geblieben. Mit ganz wenigen Ausnahmen entstammen die Repräsentanten des Volks nicht aus den arbeitenden Schichten, sondern kommen aus Anwaltsbüros, die die Interessen der Geschäftswelt vertreten, aus Vorstandsetagen oder anderen privilegierten Bereichen.⁴⁶

Zurück zu den Medien. In Großbritannien gab es bis in die sechziger Jahre eine lebendige Arbeiterpresse, die eine breite Leserschaft hatte, bevor sie aufgrund von Marktmechanismen verschwand. Als der *Daily Herald* 1964 eingestellt wurde, hatte er fünfmal soviel Leser wie die *Times* und »fast doppelt so viele Leser wie *Times*, *Financial Times* und *Guardian* zusammengenommen«, bemerkt James Curran, der anhand von Forschungsergebnissen auch zeigt, daß die Leser sich »ihrer Zeitung außerordentlich verbunden fühlten«. Aber der *Daily Herald*, an dem die Gewerkschaften als Eigentümer beteiligt waren und der einen großen Teil der Arbeiterschaft erreichte, »wandte sich an die

falschen Leute«, fährt Curran fort. Das gilt auch für andere Blätter der sozialdemokratischen Presse, die damals ebenfalls eingingen. Ihnen fehlten Anzeigenkunden und Privatkapital, worüber die »seriösen Zeitungen« verfügten, die »nicht nur die Werte und Interessen ihrer der Mittelschicht entstammenden Leserschaft spiegeln«, sondern diesen Lesern auch »Kraft, Klarheit und Kohärenz vermitteln [und] eine wichtige ideologische Rolle bei der Verbreitung und Erneuerung des herrschenden politischen Konsenses spielen«. ⁴⁷

Die Folgen sind, wie Curran hervorhebt, einschneidend. In den Medien »wächst der Einfluß der Werbeanzeigen auf die editorische Gestaltung und den Inhalt«, was die »zunehmende Anpassung an die Bedürfnisse von Anzeigenkunden« spiegelt, und das gilt sehr wahrscheinlich auch für Berichterstattung und Kommentare. Gesamtgesellschaftlich hat der »Verlust der auflagenstarken sozialistisch-demokratischen Zeitungen«, die auch über die radikaleren Fraktionen der Arbeiterschaft berichteten, zur »weiteren Erosion der radikaldemokratischen Tradition in Großbritannien« beigetragen und jene »kulturelle Basis« geschwächt, die noch »für die aktive Beteiligung an der Labour-Partei und der mit ihr verbundenen Bewegungen« eintrat, die jedoch »in den meisten Landesteilen keine Massenbewegungen mehr sind«. Ohne die Analysen und Kommentare dieser Zeitungen, die »für den Erhalt einer sozialistisch-demokratischen Subkultur in der Arbeiterklasse sorgten«, fehlt ein alternatives Bild zu einer Welt, »in der die Unterordnung der arbeitenden Menschen als natürlich und unvermeidbar erscheint«, und auch die Auffassung, daß die arbeitenden Menschen »moralisch einen größeren Teil des von ihnen geschaffenen Reichtums beanspruchen und bei dessen Allokation ein gewichtiges Wort mitsprechen können«, findet jetzt keinen Ausdruck mehr. Diese Tendenzen gelten für alle industriekapitalistischen Gesellschaften.

Es sind also Prozesse im Gang, die die innenpolitische Kontrolle »feindlichen Territoriums« erleichtern. Ähnlich gingen die globalen Planungsstrategien der US-Eliten während des Zweiten Weltkriegs und danach von der Annahme aus, daß die Grundsätze eines liberalen Internationalismus im allgemeinen ausreichen würden, um »den Erfordernissen der Vereinigten Staaten in einer Welt, in der sie eine uneingeschränkte Machtstellung anstreben«, Genüge zu tun. ⁴⁸ Diese globale Politik wird mit dem Begriff *containment* - »Eindämmung« - bezeichnet. Ihr entspricht die innenpolitische »Herstellung von Konsens«. De facto sind diese beiden politischen Zielsetzungen eng miteinander verflochten, weil die einheimische Bevölkerung dazu gebracht werden muß, die Kosten der »Eindämmung« zu tragen - und diese Kosten können, in materieller wie moralischer Hinsicht, beträchtlich sein.

Die Rhetorik der »Eindämmung« soll dem Projekt globaler Herrschaft einen defensiven Anstrich verleihen und dient innenpolitisch dem System der Gedankenkontrolle. Bemerkenswerterweise wird diese Terminologie ohne nennenswerten Widerstand übernommen, obwohl sie so viele Fragen offenläßt. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, daß der Begriff eine Menge zu verbergen hat. ⁴⁹

Zugrundegelegt wird die Annahme, daß es eine stabile internationale Ordnung gibt, die von den Vereinigten Staaten verteidigt werden muß. Die allgemeinen Umriss dieser Weltordnung wurden von US-Planungsstrategen gegen Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt. Angesichts des außerordentlichen Machtumfangs der USA setzten sie auf die Entwicklung eines globalen, von den Vereinigten Staaten beherrschten Systems, in dem die amerikanischen Wirtschaftsinteressen florieren könnten. Dieses System sollte möglichst viele Staaten und Gebiete umfassen und als »Große Region« [*Grand Area*] den Bedürfnissen der US-Ökonomie untergeordnet werden. Innerhalb dieser Region würde man die Entwicklung weiterer kapitalistischer Staaten fördern, ihnen jedoch keine Schutzmechanismen gewähren, die den eigenen Privilegien zuwiderlaufen könnten. ⁵⁰ Insbesondere

die Beherrschung regionaler Systeme sollte den USA gestattet sein. Sie machten sich nun daran, weltweit die Energieproduktion unter ihre Kontrolle zu bringen und ein globales System zu organisieren, dessen einzelne Bestandteile ihre jeweilige Funktion als Industriezentren, Märkte und Lieferanten von Rohstoffen zu erfüllen hatten, sofern sie nicht als abhängige Staaten im von den USA gestalteten »Gesamtordnungsrahmen« ihre regionalen Interessen verfolgten (wie Henry Kissinger später erläuterte).

Aus einleuchtenden Gründen galt die Sowjetunion als hauptsächliche Bedrohung dieser geplanten Ordnung. Zum einen kontrollierte sie als Großmacht ein imperiales System, das nicht der *Grand Area* einverleibt werden konnte, zum anderen unternahm auch sie hin und wieder Anstrengungen, ihren Herrschaftsbereich auszuweiten, wie etwa in Afghanistan. Außerdem gab es noch die Drohung, Westeuropa oder gleich die ganze Welt zu erobern; ein Anspruch, dessen Realitätsgehalt von seriöseren politischen Beobachtern in öffentlichen und geheimen Dokumenten immer wieder bestritten wurde. Aber man muß verstehen, wie umfassend der Begriff der »Verteidigung« ausgelegt wurde, wenn man die Einschätzung der sowjetischen Verbrechen bewerten will. So war die Sowjetunion eine Bedrohung der Weltordnung, wenn sie Völker unterstützte, die sich gegen die Vorherrschaft der USA auflehnten. Unzulässigerweise unterstützte sie die Südvietnamesen, die gegen ihre selbstlosen amerikanischen Verteidiger »innere Aggression« betrieben (wie die Kennedy-Liberalen erklärten), oder die Nicaraguaner, die völlig unrechtmäßig den »demokratischen Widerstand«, der unter Führung der USA das Land verwüstete, bekämpften. Solche Aktionen zeigten, wie unsere Politiker und Kommentatoren erklärten, daß es die Sowjets mit der Entspannung nicht ernst meinten und ihnen nicht zu trauen sei. Dergestalt »ist Nicaragua ein hervorragender Test für die optimistische Aussicht, daß [Gorbatschow] jetzt für Ruhe in der Dritten Welt sorgt«, erklärten die Leitartikel der *Washington Post* und schoben die Schuld für den US-amerikanischen Angriff auf Nicaragua damit den Sowjets zu, wobei sie zugleich auf die Bedrohung hinweisen, die von diesem Außenposten des Kommunismus auf seine Nachbarn ausgehe.⁵¹ Aus dieser Perspektive haben die USA »den Kalten Krieg gewonnen«, wenn sie ohne sowjetische Einmischung in aller Welt nach Belieben schalten und walten können.

Obwohl die »Eindämmung des sowjetischen Einflusses« nach 1945 zum beherrschenden Thema der US-Außenpolitik wurde, galt schon die frühe Sowjetunion als Bedrohung und wurde dementsprechend zum Hauptfeind der unabhängigen Presse in den Vereinigten Staaten.

1920 veröffentlichten Walter Lippmann und Charles Merz eine kritische Untersuchung über die Berichterstattung der *New York Times* zur bolschewistischen Revolution, die »vom Standpunkt eines professionellen Journalismus aus ... schlichtweg katastrophal« sei. Die feindselige Haltung der Herausgeber habe »in den Nachrichtenspalten ihren Niederschlag gefunden«. Die Mitarbeiter der *New York Times* hätten »aus subjektiven Gründen fast alles geglaubt und akzeptiert«, was ihnen die US-Regierung und die »Agenten und Anhänger des alten Regimes« mitteilten. So galten sowjetische Friedensangebote als lediglich taktische Manöver, mittels derer die Bolschewisten »ihre Energien auf einen neuen Drang zur Weltrevolution« und die unmittelbar bevorstehende »rote Invasion Europas« konzentrieren würden. Die Bolschewisten seien für die *New York Times* »zugleich ... Kadaver und weltweite Bedrohung« und die »Rote Gefahr« »taucht an jeder Ecke auf, um den Friedensprozeß und die Erholung des Wirtschaftslebens in Osteuropa und Asien zu stören«. Als Präsident Wilson eine Intervention forderte, sekundierte ihm die *New York Times* mit dem Rat, »die Bolschewisten aus Petrograd und Moskau« zu vertreiben.⁵²

Man muß nur ein paar Namen und Daten verändern, um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie die US-Medien Indochina und Lateinamerika behandelt haben. Überdies werden die alten Ansichten über die Sowjetunion auch von zeitgenössischen Historikern wiederholt, die die Entwicklung eines alternativen Gesellschaftsmodells schon an sich für eine unzumutbare Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten halten. Der Westen hat das Recht, sich dagegen durch Vergeltungsschläge zu wehren, zu denen auch die militärische Intervention in der Sowjetunion nach dem Ersten Weltkrieg zählt.⁵³ Unter dieser weitverbreiteten Perspektive kann Aggression leicht als Selbstverteidigung gedeutet werden.

Kehren wir zur Politik und Ideologie des Kalten Kriegs zurück. Natürlich ist es unnötig, Gründe zu *erfinden*, um die brutale Herrschaft der sowjetischen Führer im Land selbst und in den Vasallenstaaten sowie ihre bereitwillige Unterstützung der äthiopischen Militärjunta und der faschistischen Generäle in Argentinien zu kritisieren. Doch eine genaue Untersuchung zeigt, daß die Hauptfeinde die einheimischen Bevölkerungen jener Länder in der *Grand Area* waren, die falschen Ideen zum Opfer fielen. Solche Abweichungen müssen durch ökonomische, ideologische oder militärische Kriegführung, wo nicht gar durch Terror und Subversion bekämpft werden, während es offiziell natürlich immer gegen den »Kommunismus« geht.

Das sind die Grundelemente der von den USA im Ausland wie im Inland betriebenen Eindämmungspolitik. Im Hinblick auf die Sowjetunion hatte das Konzept nach dem Zweiten Weltkrieg zwei unterschiedliche Formen angenommen. Die »Tauben« waren bereit, der Sowjetunion in etwa jene Gebiete zu belassen, die sie im Krieg gegen Hitler erobert hatte, während die »Falken« eine »Rollback-Strategie« vorschlugen, die kurz vor dem Koreakrieg im Dokument NSC [*National Security Council*] 68 vom April 1950 ihren Niederschlag fand. Diesem wichtigen Dokument zufolge, das 1975 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, sollte die Eindämmungspolitik »die Keime der Zerstörung innerhalb des Sowjetsystems zur Reife zu bringen« und es ermöglichen, »mit der Sowjetunion (oder einem Nachfolgestaat oder Nachfolgestaaten) über ein Abkommen zu verhandeln«. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die Vereinigten Staaten in der Ukraine und Osteuropa Armeen, die Hitler aufgebaut hatte. Man bediente sich dabei der Hilfe von Reinhard Gehlen, der in der deutschen Wehrmacht den militärischen Geheimdienst an der Ostfront [die Abteilung »Fremde Heere Ost«; d. Ü.] geleitet hatte. In der Bundesrepublik baute er, in Zusammenarbeit mit der CIA, einen Nachrichtendienst auf und erhielt die Aufgabe, aus Tausenden von SS-Leuten eine »Geheimarmee« zu bilden, die antisowjetische Truppen in der UdSSR unterstützen sollte. Diese Zusammenhänge sind weitgehend unbekannt, so daß selbst ein erfahrener Auslandsspezialist des *Boston Globe*, als er die stillschweigende amerikanische Hilfe für den Roten Khmer verurteilte, eine (seiner Ansicht nach absurde) Analogie heranzog: »Es ist so, als hätten die Vereinigten Staaten 1945 eine Nazi-Guerillabewegung augenzwinkernd aufgefordert, die Sowjets zu zermürben.« Genau das aber haben die USA zu Beginn der fünfziger Jahre getan und dabei durchaus nicht gezwinkert.⁵⁴

Die Durchsetzung der Eindämmungspolitik in der *Grand Area* und die Erzeugung der notwendigen Illusionen im eigenen Land kann sich nicht nur auf die unsichtbare Hand des Marktes verlassen, sondern muß periodisch durch gewaltsame Interventionen ergänzt werden.⁵⁵ Innenpolitisch hat der Staat Dissens und Opposition oftmals durch Gewalt bekämpft, und die Privatwirtschaft hat immer wieder recht selbstbewußte Feldzüge geführt, um »das Bewußtsein der Öffentlichkeit« zu kontrollieren und Bewegungen, die ihre Macht in Frage stellen könnten, zu unterdrücken. Seit dem Ersten Weltkrieg hat, von Ausnahmen abgesehen, die Ideologie des »Antikommunismus« diesen Zweck erfüllt, während die USA sich in früheren Jahren gegen andere Mächte des Bösen verteidigten: gegen die Deutschen, die Briten, die Spanier, die Mexikaner, die kanadischen Papisten und die »erbarmungslosen indianischen Wilden« (wie es in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 heißt). Aber seit der russischen Revolution und insbesondere in der Ära des Kalten Kriegs war der glaubwürdigste Feind die (so John F. Kennedy) »monolithische und skrupellose Verschwörung«, die unseren edlen Unternehmungen Schaden zufügen will. Ronald Reagan sprach vom »Reich des Bösen«.

In den Anfangsjahren des Kalten Kriegs wollten Dean Acheson und Paul Nitze das »in der politischen Führung verbreitete Massenbewußtsein wachrütteln«, wie Acheson im Hinblick auf NSC 68 bemerkte. Sie zeichneten »ein erschreckendes Bild der kommunistischen Bedrohung, um das Bedürfnis von Öffentlichkeit, Geschäftswelt und Kongreßabgeordneten nach Frieden, niedrigen Steuern und einer »soliden« Fiskalpolitik zu überwinden« und möglichst breite Unterstützung für die umfassende Aufrüstung zu gewinnen, die notwendig schien, »um die kommunistische Ideologie und die wirtschaftliche Verwundbarkeit des Westens zu bekämpfen«, erläutert William Borden in einer Untersuchung strategischer Nachkriegsplanungen. Der Koreakrieg war dazu hervorragend geeignet. Die komplexen Bedingungen, die zum Krieg führten, wurden ignoriert und statt dessen dem Kreml Welteroberungspläne unterstellt. Dean Acheson meinte, daß die Feindseligkeiten in Korea »eine ausgezeichnete Möglichkeit bieten, die sowjetische Friedensinitiative zu unterlaufen, die ... ernstzunehmende Dimensionen angenommen hat und die öffentliche Meinung beeinflußt«. Der Kalte Krieg wurde vielfach durch solche Manipulationen bestimmt, die auch ein Beispiel für spätere Praktiken abgaben.⁵⁶

Im Ersten Weltkrieg hatte Woodrow Wilsons Creel-Kommission die Effektivität staatlicher Propaganda (in diesem Fall für den Kriegseintritt) bewiesen. Die loyalen Medien und die Intellektuellen zogen mit, so z.B. Frederic Paxson, einer der Gründer des National Board for Historical Service. Das war eine Institution, die dem Staat helfen wollte, indem sie »die Problematik des Kriegs

erklärt, damit wir ihn gewinnen«. Zu den dauerhaften Folgen der Kriegspropaganda gehörten der Aufstieg der PR-Industrie und die Einrichtung des FBI als einer in letzter Hinsicht nationalen politischen Polizei. Dieser Funktion ist das FBI treu geblieben; man denke nur an die kriminellen Machenschaften, mit denen es in den sechziger Jahren die »Krise der Demokratie« überwinden wollte, sowie an die Überwachung und Unterminierung der oppositionellen Bewegungen gegen die US-Intervention in Mittelamerika zwanzig Jahre später.⁵⁷

Wie wirksam das politisch-ökonomische Propagandasystem arbeitet, läßt sich am Schicksal des 1. Mai in den USA erkennen.⁵⁸ Dieser Feiertag wurde nach der Haymarket-Affäre vom Mai 1886 ausgerufen, als Unruhen zum Justizmord an mehreren Anarchisten führten. In vielen anderen Ländern solidarisierten sich die Arbeiter mit dem Kampf ihrer amerikanischen Kollegen. Das alles ist in den USA vergessen. Der 1. Mai ist zum »Law Day«, zum Tag des Gesetzes, geworden, einer nationalistischen Zelebrierung unserer »zweihundertjährigen Partnerschaft zwischen Recht und Freiheit«, wie Ronald Reagan 1984 erklärte, als er den »May Day« zum »Law Day« machte. Er fügte hinzu, daß es ohne Recht und Gesetz »nur Chaos und Unordnung« gebe. Am Tag zuvor hatte er verkündet, daß die Vereinigten Staaten die Vorgehensweise des Internationalen Gerichtshofs ignorieren werde. Das Gericht verurteilte die US-Regierung später wegen ihrer »ungesetzlichen Anwendung von Gewalt« und der Verletzung von Verträgen bei den Angriffen auf Nicaragua. 1987 nutzte Reagan den 1. Mai, um »als Reaktion auf die Notstandssituation, die von den aggressiven Aktivitäten der nicaraguanischen Regierung in Mittelamerika hervorgerufen wurde«, ein Embargo gegen Nicaragua zu verhängen. Tatsächlich rief Reagan sogar den »nationalen Notstand« aus, weil »die Politik und die Aktionen der Regierung von Nicaragua eine außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten darstellen«. Er hatte die Zustimmung des Kongresses, der Medien und der Intellektuellen; bestenfalls herrschte hier und da verwirrtes Schweigen.

Die durch Woodrow Wilsons antikommunistische Feldzüge institutionalisierte gesellschaftliche Vorherrschaft der Privatwirtschaft wurde in der Weltwirtschaftskrise brüchig. 1938 sprach der Vorstand der »National Association of Manufacturers« in jener quasi-marxistischen Rhetorik der geheimen Dokumente aus Politik und Wirtschaft vom »Risiko der Industriellen ... angesichts der neu erwachten politischen Macht der Massen« und warnte: »Wenn ihr Denken nicht in andere Bahnen gelenkt wird, steuern wir auf eine Konfrontation zu.« Bedrohlich war auch die Formierung der Arbeiterorganisationen, die von manchen Industriellen sogar unterstützt wurde, weil sie sich davon eine Regulierung des Arbeitsmarkts versprachen. Schon bald aber entwickelte die Geschäftswelt Maßnahmen gegen die Bedrohung und mobilisierte die Öffentlichkeit, um mit ihrer Rückendeckung gegen streikende Arbeiter vorgehen zu können. Diese arbeitgeberfreundliche Propaganda war, so freute man sich, genau das, »was die Geschäftswelt erhofft, wovon sie geträumt und worum sie gebetet hatte«. In den folgenden Jahren wurden Millionen von Dollar in Werbekampagnen gesteckt, die der Öffentlichkeit versicherten, daß »alles in Ordnung sei, solange man nicht auf die gefährlichen Vorschläge der Gewerkschaften eingehe«, bemerkt das La-Follette-Komitee des Senats in einer Untersuchung über diese Kampagnen.⁵⁹

Nach dem Zweiten Weltkrieg intensivierten sich diese PR-Feldzüge und bedienten sich auch der Medien, um das sogenannte freie Unternehmertum - d. h. die staatlich subventionierte Privatwirtschaft - mit dem »amerikanischen *way of life*« zu identifizieren und auf die Gefahren hinzuweisen, die von subversiven Kräften ausgingen. 1954 schrieb Daniel Bell, damals Herausgeber des Magazins *Fortune*:

»In den Nachkriegsjahren war die Industrie vor allem darauf bedacht, das von der Wirtschaftskrise ... geprägte Meinungsklima zu verändern. Diese Kampagne für das »freie Unternehmertum« hat zwei wesentliche Ziele: Zum einen soll die Loyalität der Arbeiter, die jetzt den Gewerkschaften gilt, zurückgewonnen und zum anderen der schleichend sich ausbreitende Sozialismus aufgehalten werden.«

»Sozialismus« war für Bell der milde Reformkapitalismus des New Deal. Der Umfang dieser privatwirtschaftlichen PR-Kampagnen, die mittels Anzeigen und Werbespots in Zeitungen und bei Radiosendern betrieben wurden, hatte, so Bell, »ein erstaunliches Ausmaß«. ⁶⁰ Die Auswirkungen waren unübersehbar: Es gab Gesetzesinitiativen zur Einschränkung gewerkschaftlicher Aktivitäten,

den Angriff auf das unabhängige Denken (oftmals fälschlich als »McCarthyismus« bezeichnet) sowie die Beseitigung jeder artikulierten Opposition gegen die Vorherrschaft der Wirtschaftsinteressen. Die Medien und die Intellektuellen kooperierten mit großer

Begeisterung. Vor allem die Universitäten wurden gesäubert und blieben es, bis die »Krise der Demokratie« heraufzog und Studenten und jüngere Fakultätsmitglieder die falschen Fragen zu stellen begannen. Das führte zu einer erneuten, wenngleich nicht mehr so wirkungsvollen Säuberung, obwohl man die »notwendige Illusion« beschwor, daß die Universitäten linksgerichteten Totalitaristen in die Hände gefallen seien, während sich doch nur der Würgegriff der Konservativen etwas gelockert hatte.

Bereits 1947 bemerkte ein PR-Spezialist des US-Außenministeriums, daß »kluge Public Relations sich immer bezahlt machen«. Die öffentliche Meinung »hat sich nicht nach rechts bewegt, sondern ist - auf höchst clevere Weise - nach rechts bewegt worden ... Während die übrige Welt sich nach links bewegt, Arbeiterparteien an die Regierung gelassen und eine liberalisierte Gesetzgebung gefördert hat, ist man in den Vereinigten Staaten jetzt gegen sozialen Wandel, gegen wirtschaftliche Veränderungen, gegen Arbeiterparteien.«⁶¹

Damals wurde »die übrige Welt« ähnlichem Druck ausgesetzt wie die Bevölkerung der USA: Die Regierung Truman nahm sich der Sorgen der Privatwirtschaft an und versuchte mit allen Mitteln, den unerwünschten sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Europa, Japan und anderswo aufzuhalten: Mit Gewalt, Liefersperren für dringend benötigte Lebensmittel, diplomatischen Maßnahmen und anderen Methoden.⁶²

Man sollte darauf hinweisen, daß bei allem Gerede über Freihandelspolitik die beiden Hauptsektoren der US-Wirtschaft, die international noch konkurrenzfähig sind - High-Tech-Industrie und kapitalintensive Landwirtschaft -, in hohem Maß von staatlichen Subventionen und einem staatlich garantierten Markt abhängig sind.⁶³ Wie in anderen Industriestaaten hatte sich die Wirtschaft in den US in früheren Jahren durch protektionistische Maßnahmen entwickelt. In der Nachkriegsepoche wurden mit großzügiger Geste liberale Handelsprinzipien verkündet, weil man davon ausging, daß die US-Investoren in jedem Wettbewerb die Nase vorn haben würden, was angesichts der ökonomischen Weltlage damals durchaus plausibel war. Ebenso war Großbritannien zur Zeit seiner Hegemonie ein leidenschaftlicher Befürworter des Freihandels gewesen, gab diese Haltung und die damit verbundene Rhetorik in der Zwischenkriegszeit jedoch auf, als die japanische Konkurrenz übermächtig zu werden schien. Die Vereinigten Staaten verfahren heute ähnlich, weil sie vor Herausforderungen stehen, die vierzig Jahre zuvor noch nicht absehbar gewesen waren und erst mit dem Vietnamkrieg wirklich zutage traten.

Das Engagement in Indochina verursachte nämlich ungeahnte Kosten und stärkte die Konkurrenz, die es verstand, sich an der Zerstörung Indochinas zu beteiligen und zugleich zu bereichern. Südkorea verdankte seinen Wirtschaftsaufschwung diesen Gelegenheiten, und auch Japans Ökonomie erhielt dadurch einen kräftigen Schub. Ein anderes Beispiel ist Kanada, das während des Vietnamkriegs zum weltgrößten Pro-Kopf-Exporteur von Kriegsmaterial wurde, nicht ohne lauthals die USA der Unmoral zu bezichtigen.

Operationen zur Kontrolle der öffentlichen Meinung werden gewöhnlich im Gefolge von Kriegen und anderen Krisen unternommen, weil derartige Verwicklungen die von den privilegierten Eliten ständig befürchtete »Krise der Demokratie« begünstigen. So war es auch zur Zeit des Vietnamkriegs und der Bürgerbewegungen der sechziger Jahre. Sie waren »feindliches Territorium«, dessen Bewohner kontrolliert und unterdrückt werden mußten, damit die US-Konzerne die Möglichkeit zurückgewannen, in einem unübersichtlicher gewordenen Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein. Dazu war es notwendig, die Reallöhne zu senken, den Wohlfahrtsstaat abzubauen und Arbeiterorganisationen zu schwächen. Vor allem aber mußten die jungen Leute von der »Kultur des Narzißmus« überzeugt und dazu gebracht werden, sich vorwiegend um sich selbst zu kümmern. Vielleicht ahnten viele, daß diese Haltung nicht richtig war, aber wenn man die eigene Identität und seinen Platz in der Gesellschaft noch nicht gefunden hat, ist man leichter versucht, sich den vom Propagandasystem ausgerufenen Normen anzupassen. Auch mußten neu entstandene Bürgerbewegungen bekämpft werden, wobei zuweilen Gewalt erforderlich war. Das FBI entwickelte Programme zur Unterwanderung der ethnischen Bewegungen und anderer Organisationen der

Gegenkultur, indem es Gewaltaktionen provozierte oder gleich selbst ausführte. Ferner galt es, das schreckliche »Vietnam-Syndrom«, d. h. die von Norman Podhoretz und anderen beklagte Abneigung gegen die Anwendung militärischer Gewalt, zu überwinden.⁶⁴ Podhoretz setzte dabei auf die ruhmreiche Eroberung von Grenada, bei der es 6000 Mann starken Elitetruppen gelang, den Widerstand von einigen Dutzend Kubanern und grenadischen Milizionären zu überwinden, was ihnen 8000 Ehreenauszeichnungen bescherte.

Eine weitere Methode, dieses Syndrom zu bekämpfen, bestand darin, die USA als die leidtragende Partei und die Vietnamesen als Aggressoren darzustellen. Wer mit den Mechanismen zur Kontrolle der öffentlichen Meinung nicht vertraut ist, dürfte das für eine schwierige Aufgabe halten. Immerhin war im Spätstadium des Kriegs die Bevölkerung mehrheitlich der Auffassung, es handle sich nicht nur um »einen Fehler«, sondern um eine »grundlegend falsche und unmoralische« Sache. Daran hat sich, laut Umfragen, bis heute nichts geändert. Dagegen stellten die gebildeten Eliten kein Problem dar. Anders als diejenigen glauben machen wollen, die sich heute als »Kriegsgegner der ersten Stunde« bezeichnen, gab es damals in den Kreisen der Intellektuellen nur eine höchst verstreute Opposition; die meisten sorgten sich um die ständig steigenden Kosten, die den Sieg zu gefährden drohten. Selbst die schärfsten Kritiker im Mainstream begnügten sich zumeist damit, das Fehlschlagen guter Absichten zu beklagen, und auch das erst, als die Konzerne längst entschieden hatten, daß der Krieg zu kostspielig sei und beendet werden müsse.

Diese Tatsachen und auch die Mechanismen, mittels derer eine erfreulichere Version der Geschichte durchgesetzt werden konnte, habe ich anderenorts dokumentiert,⁶⁵ will hier jedoch kurz den enormen Erfolg der Revision beleuchten. Bereits 1977 konnte Präsident Carter auf einer Pressekonferenz erklären, daß die Amerikaner es nicht nötig hätten, »sich zu entschuldigen oder zu geißeln oder sich als schuldig zu bekennen« und den Vietnamesen auch »nichts schuldig« seien, weil die USA in bester Absicht »die Freiheit der Südvietnamesen verteidigt« hätten (indem sie ihr Land zerstörten und die Bevölkerung massakrierten). Zudem sei »die Zerstörung gegenseitig gewesen« - eine Behauptung, die meines Wissens keinen Kommentar hervorrief, weil sie offensichtlich für vernünftig gehalten wurde.⁶⁶ Übrigens sind solche ausgewogenen Urteile nicht nur beseelten Menschenrechtsadvokaten wie Carter vorbehalten, sondern werden auch von anderen Leuten immer wieder gerne vorgetragen. Nachdem der US-Kreuzer *Vincennes* über iranischen Territorialgewässern ein iranisches Passagierflugzeug abgeschossen hatte, erschien im *Boston Globe* der Kommentar des Politologen Jerry Hough (Duke University und Brookings Institute), in dem es hieß:

»Wenn diese Katastrophe das Land [die USA] dazu bringt, von der besessenen Beschäftigung mit symbolischer Kernwaffenkontrolle Abstand zu nehmen und sich auf die Probleme von Kriegführung, Kommando und Kontrolle des Militärs sowie die Begrenzung der konventionellen Rüstung (inklusive der Flotte) zu konzentrieren, dann sind 290 Menschen nicht umsonst gestorben.«

Diese Einschätzung unterscheidet sich ein wenig von dem Sperrfeuer der Medien nach dem Abschluß von KAL 007. Einige Monate später wurde die *Vincennes* in ihrem Heimathafen »mit einem Meer von Fahnen ... Ballons und einer Navy-Band, die schmissige Lieder spielte, empfangen«, während »aus den Schiffslautsprechern der Titelsong des Films ›Chariots of Fire‹ dröhnte und umliegende Kriegsschiffe der Navy Salut schossen«. Ein Presseoffizier teilte mit, man habe verhindern wollen, daß die *Vincennes* sich bei Nacht und Nebel in den Hafen stehle.⁶⁷ Soviel zu den 290 toten Iranern.

Ein Editorial der *New York Times* nahm, wenn auch nicht ex-pressis verbis, an Carters interessanter moralischer Beurteilung des Vietnamkriegs Anstoß. Unter der Titelzeile »Die Schuld, die nicht vergeht« bemerkten die Herausgeber: »Keine Diskussion darüber, wer wem wieviel schuldet darf die schlimmsten Schrecken... unserer kriegsrischen Verwicklung in Südostasien verdunkeln.« Allerdings bezog sich dieser Satz auf die Schrecken derer, die vor den Kommunisten fliehen mußten.

Das aber war nur ein kleiner Bruchteil der Hunderttausende, die in Asien auf der Flucht waren. 1977 flohen mehr als 100000 *boat people* von den Philippinen, Tausende aus Ost-Timor, und Zehntausende aus den Terrorstaaten Lateinamerikas. Das aber war den Zeitungen bestenfalls eine Kurznotiz wert.⁶⁸ Andere Schrecken bei der Zerstörung Indochinas blieben unerwähnt und hinterlassen sicherlich keine bleibende Schuld.

Einige Jahre später gab das Thema erneut Anlaß zu Besorgnissen. »Die Schuld gegenüber den Indochinesen legt den Fiskus trocken«, titelte die *New York Times* und meinte damit die »moralische Schuld«, die wir durch unser »Engagement für die Verliererseite« auf uns geladen hätten. Folgt man dieser Logik, würden die Russen, hätten sie nur den Krieg in Afghanistan gewonnen, weder Schuld noch Schulden haben. Unsere Schuld aber, so erklärte ein Beamter des Außenministeriums, ist mittlerweile »abbezahlt«. Wir haben die moralische Schuld beglichen, indem wir vietnamesische Flüchtlinge aufnahmen, die aus dem von uns zerstörten Land geflohen sind. Das war »eine der größten und aufsehenerregendsten humanitären Bemühungen in der Geschichte«, meint Roger Winter, Leiter des US-Flüchtlingskomitees. Doch obwohl wir darauf so »stolz« sein können, fährt Bernard Gwertzmann, Auslandskorrespondent der *New York Times*, fort, »fragen einige Stimmen in der Regierung Reagan und im Kongreß immer noch, ob die Kriegsschuld jetzt endlich beglichen sei«. ⁶⁹

In verantwortlichen Kreisen kann man sich nicht vorstellen, daß wir durch Massaker und Zerstörungen Schuld auf uns geladen haben oder den Millionen von Waisen und Verstümmelten oder den Bauern, die immer noch an den Hinterlassenschaften unserer Angriffe sterben, etwas schuldig sind. Als das Pentagon gefragt wurde, ob es eine Möglichkeit gebe, die Hunderttausende von Antipersonenbomben zu beseitigen, die heute noch in bestimmten Gegenden von Laos Kinder töten, reagierte es mit der hilfreichen Empfehlung: »Die Leute sollten nicht in diesen Gebieten leben. Sie kennen das Problem.« Die Vereinigten Staaten haben sich sogar geweigert, zivile Minensuchteams mit entsprechenden Karten auszustatten. Ehemalige Marinesoldaten, die 1989 nach Vietnam kamen, um Minen zu beseitigen, die sie selbst gelegt hatten, berichteten, daß viele Sprengkörper noch in Gebieten vergraben lägen, wo die Menschen Höfe bewirtschaften und Bäume pflanzen und dabei Gefahr laufen, verwundet oder getötet zu werden. ⁷⁰ Darüber regt sich hierzulande niemand auf.

Die Situation stellt sich natürlich ganz anders dar, wenn wir nach Afghanistan schauen. Dort hat übrigens das von den Sowjets installierte Regime die Minenkarten tatsächlich freigegeben. In diesem Fall lauten die Schlagzeilen: »Tödliche Hinterlassenschaft der Sowjets für die Afghanen«; »Minen gefährden zurückkehrende Afghanen«; »Scharfe Rüge der USA für die Sowjets wegen Minenräumung«; »USA bildet Flüchtlinge für die Minenräumung aus«; »Von den Sowjets zurückgelassene Minen verstümmeln Afghanen« usw. Da es sich hier um sowjetische Minen handelt, können die Vereinigten Staaten natürlich »internationale Bemühungen [fordern], um die Flüchtlinge für die Minenräumung auszubilden« und den Russen ihre mangelnde Kooperation bei diesem ehrenwerten Unternehmen vorhalten. »Die Sowjets erkennen das von ihnen geschaffene Problem nicht an und helfen nicht bei seiner Lösung«, beklagte der stellvertretende Außenminister Richard Williamson. »Wir sind sehr enttäuscht.« Die Presse reagierte darauf mit dem üblichen humanitären Eifer. ⁷¹

Die Medien sind mit der »gegenseitigen Zerstörung«, in der alle Verantwortlichkeit der USA für Kriegsverbrechen verschwindet, indes nicht zufrieden und wollen die Last der Schuld den Opfern aufbürden. Unter der Schlagzeile »Vietnam lenkt ein, aber der Weg ist noch lang« zitiert Barbara Crossette, Asienkorrespondentin der *New York Times*, Charles Printz von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Advocates International: »Es ist an der Zeit, daß die Vietnamesen etwas guten Willen zeigen.« Printz bezog sich auf Verhandlungen über asiatisch-amerikanische Mischlingskinder, die indes nur einen sehr kleinen Prozentsatz der Opfer der US-Aggression in Indochina ausmachen. Crossette fügte hinzu, daß die Vietnamesen bislang auch nicht besonders kooperativ im Hinblick auf die sterblichen Überreste amerikanischer Soldaten gewesen seien, obwohl sich ein Lichtstreif am Horizont zeige: »Es hat in dieser Hinsicht einige, wenn auch zähflüssige, Fortschritte gegeben.« Aber die Vietnamesen haben ihre Schuld noch nicht bezahlt, und deshalb bleiben die durch den Krieg aufgeworfenen humanitären Probleme unberücksichtigt. ⁷²

Des weiteren erklärt Crossette, daß die Vietnamesen nicht begreifen, wie »unwichtig« sie für die Amerikaner sind, abgesehen von den noch ungelösten moralischen Problemen - wozu insbesondere die vietnamesische Zurückhaltung »bezüglich amerikanischer Soldaten, die seit dem Ende des Kriegs vermißt werden« zählt. Klagen der Vietnamesen, die USA täten nichts zur Verbesserung der Beziehungen, schiebt Crossette beiseite und zitiert statt dessen einen »asiatischen Regierungsbeamten«, der sagte: »Wenn die Führung in Hanoi es mit dem Wiederaufbau des Landes

ehrlich meint, muß sie fair mit den Vereinigten Staaten verhandeln.« Sie rekurriert auch auf eine Verlautbarung des Pentagon, die der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Hanoi etwas unternehmen werde, »um dieses langwährende humanitäre Problem« der US-Soldaten, die über Nordvietnam abgeschossen wurden und seitdem als vermißt gelten, zu lösen - offensichtlich das einzige humanitäre Problem, das uns in den Sinn kommt, wenn wir die Folgelasten des Kriegs in Indochina bedenken. Ein anderer Bericht schlägt in dieselbe Kerbe. Er zitiert liberale Kongreßabgeordnete, die sich über Hanois »schreckliches und grausames« Verhalten und die Verantwortlichkeit der Vietnamesen für den mangelnden Fortschritt bei humanitären Problemen aufregen. Hanois Zögern habe »die bitteren Erinnerungen, die Vietnam immer noch« bei den leidenden Amerikanern »hervorrufen kann, ins Gedächtnis zurückgerufen.«⁷³ Worum es bei dem Problem der vermißten US-Soldaten wirklich geht, erhellt eine Statistik, die der Historiker und Vietnam-Veteran Terry Anderson anführt:

»Die Franzosen zählen noch immer 20000 Vermißte aus ihrem Krieg in Indochina, die Vietnamesen 200000. Die Vereinigten Staaten zählen noch 80000 Vermißte aus dem Zweiten Weltkrieg und 8000 aus dem Koreakrieg; das sind etwa 20 bzw. 15 Prozent der in diesen Konflikten als gefallen bestätigten Soldaten; für den Vietnamkrieg beträgt die Zahl 4 Prozent.«⁷⁴

Die Franzosen haben mit Vietnam diplomatische Beziehungen aufgenommen, so wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg mit Japan und Deutschland. Anderson fügt hinzu: »Wir haben 1945 den Krieg gewonnen, mithin scheinen vermißte Soldaten nur wichtig zu sein, wenn die Vereinigten Staaten einen Krieg verlieren. Der wahre »edle Beweggrund« für die Regierung [von Ronald Reagan] ist nicht der Krieg, sondern der emotional geführte Kreuzzug mit dem unmöglichen Ziel, »alle auffindbaren Überreste in die Heimat zu holen.« Genauer gesagt, liegt der »edle Beweggrund« in der Ausbeutung persönlicher Tragödien zu politischen Zwecken: Man will das Vietnam-Syndrom überwinden und »Vietnam ausbluten lassen«.

Lee Hamilton, ein einflußreicher demokratischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus, schreibt: »Fast fünfzehn Jahre nach dem Vietnamkrieg bleibt Südostasien eine Region von großer humanitärer, strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung für die Vereinigten Staaten.« Der humanitäre Aspekt umfaßt zwei Fälle: 1. »Nahezu 2400 amerikanische Soldaten werden in Indochina noch vermißt«; 2. »Mehr als eine Million Kambodschaner sind durch Pol Pots unbarmherziges Regime umgekommen.« Die noch viel größere Zahl derer, die durch Washingtons unbarmherzige Angriffe umgekommen sind, bleibt unerwähnt. Am linksliberalen Ende des politischen Spektrums drängt ein hochrangiger Vertreter der Carnegie Foundation for International Peace auf die Aussöhnung mit Vietnam. Wir sollten »die Leiden der vietnamesischen Erfahrung« und die »Verletzungen der Vergangenheit« hinter uns lassen und »Haß, Ärger und Enttäuschung«, die uns von den Vietnamesen zugefügt wurden, überwinden, aber nicht die »aus dem Krieg resultierenden humanitären Probleme« vergessen, nämlich die vermißten amerikanischen Soldaten. Die humanitären Impulse, von denen die zutiefst moralische amerikanische Gesellschaft sich leiten läßt, sind so stark verwurzelt, daß selbst der dem rechten Flügel angehörende

Senator John McCain jetzt für diplomatische Beziehungen zu Vietnam eintritt, obwohl er »als ehemaliger Pilot der Navy fünfzehn Jahre gegen seinen Willen im Hanoi-Hilton zubringen mußte«, kommentiert David Greenway vom *Boston Globe* und fügt hinzu: »Wenn McCain seine Bitterkeit überwinden kann, sollten wir alle dazu in der Lage sein.«⁷⁵ Greenway kennt Vietnam gut und hatte sich als Kriegskorrespondent in außerordentlicher Weise hervorgetan. Aber in dem jetzt herrschenden moralischen Klima scheinen die Intellektuellen, an die er sich richtet, die Forderung, wir sollten unsere Bitterkeit gegenüber den Vietnamesen überwinden, nicht weiter merkwürdig zu finden.

»In der Geschichte«, bemerkt Francis Jennings, »bleibt der Mann mit dem Rüschenhemd und der goldbestickten Weste von dem Blut, das zu vergießen er den Knechten mit den schmutzigen Händen befahl, irgendwie unberührt.«⁷⁶

Diese Beispiele illustrieren die Macht des Systems, das notwendige Illusionen erzeugt. Ihr fallen zumindest die gebildeten Eliten, auf welche die Propaganda vorrangig zielt, zum Opfer. Wenn es der Indoktrination gelingt, die Vereinigten Staaten als unschuldiges Opfer Vietnams darzustellen und zur gleichen Zeit die exzessive Selbstgeißelung der Nation zu beklagen, sind ihren Mechanismen offenbar keine Grenzen gesetzt.

Der Rechtsruck der gebildeten Eliten nahm in den späteren Jahren der Regierung Carter und während der Amtszeit von Präsident Reagan politische Gestalt an. Aber die Reaganisten mußten einsehen, daß das »Vietnam-Syndrom« eine harte Nuß war, und so war der Staat durch den Feind im eigenen Land gezwungen, zu klandestinen Operationen Zuflucht zu suchen.

Als Mitte der achtziger Jahre die Kosten der Reaganschen Aufrüstungspolitik sichtbar wurden - Haushalts- und Handelsdefizite sowie beträchtliche Auslandsschulden -, ließ sich vorhersehen, daß das »Reich des Bösen« auf einmal weniger bedrohlich erscheinen und die Pest des internationalen Terrorismus abklingen würde - nicht, weil die Welt sich auf einmal geändert hätte, sondern weil die innenpolitischen Probleme sich verlagert hatten. Einige Jahre später sehen wir die Folgen dieses Wandlungsprozesses. Jene Ideologen, die damals über die sowjetischen Barbaren und deren Lakaien herzogen, gerieren sich jetzt staatsmännisch-diplomatisch, befürworten Gipfeltreffen und Abrüstungsverhandlungen. Aber die grundlegenden Probleme bleiben und müssen bewältigt werden.

Während dieser Periode ihrer globalen Hegemonie haben die USA nie gezögert, Gewalt anzuwenden, wenn ihre führenden Schichten von »nationalistischen Regimes« bedroht wurden, die »den niedrigen Lebensstandard der Massen« anheben, die Produktion für den einheimischen Bedarf verbessern und ihre heimischen Ressourcen kontrollieren wollen. Um solche Bedrohungen abzuwehren, müssen die Vereinigten Staaten, wie hochrangige Planungsdokumente erklären, für »ein politisches und wirtschaftliches Klima sorgen, das private Investitionen einheimischen und ausländischen Kapitals begünstigt«. Dazu gehört auch die »Gelegenheit, zu verdienen und, für das ausländische Kapital, ordentliche Gewinne in die Heimat abzuführen«.⁷⁷ Ganz offen wird erklärt, daß zur Durchsetzung dieser Ziele die Anwendung von Gewalt nötig sein kann, weil eine solche Politik kaum die Zustimmung der Bevölkerung findet und fortwährend durch subversive »Kommunisten« bedroht wird.

In der Dritten Welt müssen wir (so George Kennan) »unsere Rohstoffe schützen«, die exportorientierte Produktion fördern und einen internationalen Handelsliberalismus pflegen, sofern dieser den Interessen von US-Investoren nützt. Der freie Markt ist gut, wenn die einheimischen privilegierten Schichten davon profitieren, anderenfalls muß er durch den Einsatz staatlicher Macht reguliert werden.

Die Medien und die Intellektuellen allgemein erfüllen ihren »gesellschaftlichen Zweck« dann, wenn sie diese Dinge vor der Öffentlichkeit verbergen und die umfangreichen Beweise in staubigen Archiven unter Verschuß halten. Man kann retrospektiv von Fehlern, Mißverständnissen, Übertreibung der kommunistischen Bedrohung, falsche Einschätzung der nationalen Sicherheit, persönliches Versagen, ja, selbst von korrupten und betrügerischen Führungspersonlichkeiten sprechen, darf aber nicht die Beschaffenheit und Funktion der Institutionen untersuchen. Das bleibt Randbereichen der Medien und der wissenschaftlichen Literatur überlassen. Diese Resultate sind auf zufriedenstellende Weise erreicht worden.

In den kapitalistischen Demokratien der Dritten Welt sieht die Lage oft ähnlich aus. So wird Costa Rica mit Recht als Demokratiemodell für Lateinamerika bezeichnet: Die Presse ist fest in den Händen ultrarechter Kräfte, somit muß man sich über die Pressefreiheit in Costa Rica keine Sorgen machen. Das Ergebnis wurde in diesem Fall nicht durch Gewalt erreicht, sondern durch den freien Markt unter Hinzunahme legaler Methoden, um »Kommunisten« unter Kontrolle zu halten; außerdem spielte wohl auch der Zustrom nordamerikanischen Kapitals während der sechziger Jahre eine Rolle.

Wenn solche Mittel nicht ausreichen, um die amtlich zugelassene Version von Demokratie und Pressefreiheit durchzusetzen, stehen andere zur Verfügung, die, solange sie erfolgreich sind, für richtig und angemessen gehalten werden. Ein Beispiel dafür liefert das El Salvador der siebziger Jahre. Dort breiteten sich, vielfach von der Kirche gefördert, Bauernorganisationen, Selbsthilfegruppen, Gewerkschaften und andere Nichtregierungs-Organisationen (NGOs) aus. Dagegen zog die Staatsmacht mit wütendem Terror zu Felde, den die Vereinigten Staaten mit Unterstützung beider Parteien und dem allgemeinen Beifall der Medien organisiert hatten. Nach einiger Zeit wurden dann, zur Beschwichtigung der Öffentlichkeit in den USA, »Schauwahlen« [*demonstration elections*] abgehalten,⁷⁸ während die Regierung Reagan eine Reduzierung der augenfälligsten Greuelthaten anordnete, um nicht die materielle Unterstützung für den weiterhin notwendig erscheinenden Staatsterror minderer Intensität zu gefährden.

Unterdessen war die unabhängige Presse in El Salvador - zwei kleine Zeitungen namens *La Cronica del Pueblo* und *El Independiente* - 1980/81 von Sicherheitskräften (»Todesschwadronen«) vernichtet worden. Die Herausgeber konnten fliehen, nachdem einige Mitarbeiter ermordet und die Geschäftsgebäude in Brand gesetzt worden waren. Die Vereinigten Staaten zeigten sich über diese Vorgänge so besorgt, daß die *New York Times* darüber kein Wort verlor. Lediglich Jorge Pinto, der Herausgeber von *El Independiente*, durfte auf der Leserbriefseite die »Duarte-Junta« wegen ihrer »erfolgreichen Unterdrückung abweichender Meinungen« verurteilen und seiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß die Todesschwadronen »direkt dem Militär angehören«, was von der Kirche und Menschenrechtsorganisationen bestätigt wurde. In den Monaten vor der endgültigen Zerstörung wurden die Büros von *El Independiente* mit Maschinengewehren beschossen und Bombenanschläge auf Pinto verübt. Dem letzten dieser Vorfälle widmete die *New York Times* einen Artikel von vierzig Wörtern.⁷⁹

Dabei sind die US-Medien um die Pressefreiheit in Mittelamerika durchaus besorgt, wie die Berichterstattung über die oppositionelle Zeitung *La Prensa* in Nicaragua zeigt. Der Medienkritiker Francisco Goldman fand in der *New York Times* in einem Zeitraum von vier Jahren 263 Verweise auf das von den Sandinisten so geplagte Blatt.⁸⁰ Das Unterscheidungskriterium liegt auf der Hand: Die salvadorianischen Zeitungen waren unabhängige Stimmen, die von der mörderischen Gewalt der US-Vasallen zum Schweigen gebracht wurden, während *La Prensa*, ein Sprachrohr der US-Kampagne gegen die Regierung von Nicaragua, mithin ein »wertvolles Opfer« ist, dessen Belästigung Empörung hervorruft.

Jorge Napoleon Gonzales, der Herausgeber von *La Cronica*, hatte weniger Glück. Einige Monate vor seiner Flucht besuchte er New York, um auf internationalen Druck »gegen Terroristen, die seine Zeitung zu vernichten drohen« zu drängen. Er berief sich auf Drohungen einer Todesschwadron, die »unzweifelhaft die Unterstützung des Militärs genießen«, berichtete von konkreten Repressalien und von dem, »was [seine Zeitung] als Unterdrückung durch die Regierung bezeichnet« (wie die *New York Times* umsichtig bemerkte). Die Probleme hätten begonnen, sagte er, als seine Zeitung »Reformen im Landbesitz forderte«, was »die herrschenden Klassen« verärgerte. Es gab jedoch keinen internationalen Druck, und die Todesschwadronen konnten ihr Werk vollenden.⁸¹

Zu eben jener Zeit wurde der kirchliche Radiosender in El Salvador wiederholt bombardiert und von Truppen zerstört, die auch die Büros einer Zeitung der Erzdiözese durchsuchten. Wiederum schwiegen die US-Medien, die jedoch enthusiastisch über die »freien Wahlen« von 1982 und 1984 berichteten. Später wurden wir dann regelmäßig von James LeMoyne, dem Mittelamerika-korrespondenten der *New York Times*, darüber informiert, daß El Salvador größere Freiheit genösse als das feindliche Nicaragua, obwohl dort keine vergleichbaren Greuelthaten stattfanden. Die von den USA unterstützten oppositionellen Politiker und Medien beklagten sich zwar über Behinderungen, nicht jedoch über Terror und Mord. Ebenso wenig erwähnt die *New York Times*, daß führende kirchliche Persönlichkeiten (darunter ein enger Vertrauter des ermordeten Erzbischofs Romero), bekannte Schriftsteller und andere, keineswegs politische Aktivisten, die aus El Salvador fliehen mußten, nicht in die von den Korrespondenten gepriesene Todesschwadronen-Demokratie zurückkehren können, weil sie um ihr Leben fürchten. Dafür forderten die Herausgeber der *New York Times* die Regierung Reagan auf, »Druck auszuüben, um Nicaragua zu Frieden und Pluralismus zurückzuführen«. Dort nämlich habe es »keine freien Wahlen« gegeben, und die Regierung behindere »fortwährend all jene, die es wagten ... sich frei zu äußern«.⁸² Da sieht es in El Salvador doch ganz anders aus.

Auf diese Weise weckt die freie Presse jene Illusionen, die notwendig sind, um den Feind im eigenen Land einzudämmen.

III. Über die Grenzen der freien Meinungsäußerung

Auch wenn wir wissen, daß es nur wenig Neues unter der Sonne gibt, können wir einige Augenblicke festhalten, in denen traditionelle Ideen neue Gestalt annehmen, ein neues Bewußtsein sich herauskristallisiert und die zukünftigen Möglichkeiten in einem neuen Licht erscheinen. Die Erschaffung notwendiger Illusionen zur Steuerung der Gesellschaft ist so alt wie die Geschichte selbst, aber das Jahr 1917 kann in der Epoche der Moderne als Übergang begriffen werden. Die bolschewistische Revolution verlieh Lenins Konzeption einer Avantgarde-Partei radikaler Intellektueller konkreten Ausdruck: Er konnte die Kontroversen in der Bevölkerung ausnutzen, um zur Staatsmacht zu gelangen und, ganz wie Bakunin es vorausgesagt hatte, die Herrschaft der »roten Bürokratie« errichten. Fabrikräte, Sowjets und andere Formen revolutionärer Organisation der Massen wurden zerschlagen und die Bevölkerung zu einer »Arbeitsarmee« unter der Kontrolle weitsichtiger Führer transformiert, die die Gesellschaft voranbringen würden - natürlich mit den besten Absichten. Dazu bedarf es der Methode des »Agitprop«, denn selbst totalitäre Staaten können auf die Mobilisierung und freiwillige Unterordnung der Massen nicht verzichten.

Eine bemerkenswerte Lehre der Sowjetpropaganda lautete, daß die von Lenin und Trotzki vorgenommene Beseitigung jeglicher Kontrolle der Produktion durch die Produzierenden und jeglicher Beteiligung der Massen an der sozialen Entwicklung den Triumph des Sozialismus ausgemacht habe. Diese Einübung in Orwells »Neusprech« sollte die moralische Anziehungskraft der realiter bereits erfolgreich demolierten Ideale ausbeuten. Die westliche Propaganda hat

sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Zerschlagung des Sozialismus als seine Inthronisierung auszugeben, um linkslibertäre Ideale durch ihre Identifizierung mit den Praktiken der roten Bürokraten untergraben zu können. So nutzen beide Propagandasysteme die Terminologie für ihre jeweiligen Zwecke aus. Angesichts solcher Einigkeit ist es für Individuen ungewöhnlich schwer, den Tentakeln der Macht zu entkommen. Es war in aller Welt ein schwerer Schlag für freiheitliche und demokratische Bestrebungen.

In eben diesem Jahr, 1917, nahm John Deweys Kreis liberaler Pragmatisten für sich in Anspruch, eine pazifistisch eingestellte Bevölkerung in den Krieg geführt zu haben. Dies geschah »unter dem Einfluß eines moralischen Urteils, das nach reiflichster Erwägung von den nachdenklicheren Mitgliedern der Gesellschaft gefällt wurde ... einer Klasse, die so umfassend wie locker als »die Intellektuellem bezeichnet werden kann«. Diese Intellektuellen hatten, so meinten sie, »die entscheidende und entschiedene Arbeit für den Krieg ... geleistet«. ⁸³ Diese Leistung hatte, auch wenn sie vielleicht nur in der Selbstwahrnehmung bestand, weitreichende Konsequenzen. Dewey, der geistige Mentor, erklärte, diese »psychologische und pädagogische Lektion« habe gezeigt, daß es »den Menschen möglich ist, ihre Angelegenheiten in die Hand zu nehmen und zu regeln«. Die Menschen, die diese Lektion gelernt hatten, waren »die intelligenten Mitglieder der Gemeinschaft«, also Lippmanns »Spezialistenklasse« und Niebuhrs »kühle Beobachter«. Sie müssen nunmehr ihre Fähigkeiten einsetzen, um »eine neue und besser organisierte Gesellschaftsordnung hervorzubringen, was durch Planung, Überredung oder, falls notwendig, Gewalt geschehen kann«, wobei Dewey nur den »verfeinerten, subtilen und indirekten Einsatz von Gewalt« gelten lassen wollte, nicht aber die »groben, augenfälligen und direkten Methoden«, die vor dem »Fortschritt der Erkenntnis« üblich waren. Der verfeinerte Einsatz von Gewalt ist dann gerechtfertigt, wenn er »vergleichsweise effizient und ökonomisch« verfährt. Damit im Einklang stand die neue Methode der »Herstellung von Konsens«, und in späteren Jahren war viel von »technokratisch und politisch orientierten Intellektuellen« die Rede, die alle Ideologie hinter sich gelassen haben und die noch vorhandenen sozialen Probleme durch die rationale Anwendung wissenschaftlicher Prinzipien lösen. ⁸⁴

Seit jener Zeit haben sich die meisten Intellektuellen dem einen oder dem anderen dieser beiden Pole - Lenins Avantgardemodell oder der Sozialtechnologie - zugewandt, sich dabei aber in jedem Falle abschätzig über die »Dummheit des Durchschnittsmenschen« erhoben, der nicht fähig sei, seine eigenen Interessen zu erkennen und wahrzunehmen. Insofern fiel der Wechsel vom einen zum anderen Extrem leicht, weil die grundlegenden Doktrinen und Werte unverändert bleiben konnten, und man nur einschätzen mußte, welcher Weg am ehesten zu Macht und Privilegien führte: die Kämpfe der Massen, derer man sich bediente, oder die Tätigkeit im Dienst etablierter Autoritäten als Manager sozialer oder ideologischer Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund läßt sich der Wandel vieler Leninisten, die irgendwann vom »Gott, der keiner war« Abstand nahmen, zu Dienern des Staatskapitalismus erklären. In den frühen Stadien mögen solche Konversionen noch ein gewisses Maß an Authentizität besessen haben, später jedoch verkamen sie zur rituellen Farce. Besonders erfolgversprechend ist die Berufung auf eine böse Vergangenheit. So kann der reuige Sünder beichten, wie er den Einmarsch sowjetischer Truppen in die Tschechoslowakei begrüßte oder Kim Il Sung unterstützte oder Martin Luther King als Verräter beschimpfte, um damit all jene, die seinerzeit unfähig waren, das Licht der Wahrheit zu erblicken, implizit zu teeren und zu federn.⁸⁵

Eine Generation nach 1917 waren die UdSSR und die USA zu den Supermächten des ersten wirklich globalen Systems aufgestiegen und verkörperten die beiden Rollen des Intellektuellen in ihren jeweiligen Systemen von Hierarchie und Herrschaft. Dementsprechend unterscheiden sich auch die Indoktrinationssysteme je nach der Fähigkeit des Staats, Zwang und Kontrolle auszuüben. Das interessantere System ist dabei die kapitalistische Demokratie, die darauf setzt, daß der »freie Markt« für Konformität sorgt und die »Sonderinteressen« untergeordneter Gruppen der Gesellschaft marginalisiert.

Erstrangiges Ziel der Herstellung von Konsens sind diejenigen, welche sich als »Intellektuelle« oder »Meinungsführer« betrachten. Ein Beamter der Regierung Truman bemerkte: »Der allgemeinen Öffentlichkeit sind die Einzelheiten eines Programms mehr oder weniger egal. Was zählt, sind die Ansichten der führenden Persönlichkeiten.« Wer »die Elite mobilisiert, mobilisiert damit auch die Öffentlichkeit«, heißt es in einer wissenschaftlichen Untersuchung zu diesem Thema. Die »öffentliche Meinung«, die Truman und seine Berater ernstnahmen und sorgfältig pflegten«, war die der »Meinungsführer«, hebt der Historiker Thomas Paterson hervor.⁸⁶ Das gilt nahezu uneingeschränkt, es sei denn, man muß eine »Krise der Demokratie« beheben und rigidere Maßnahmen anwenden, um die allgemeine Öffentlichkeit wieder auf den ihr zustehenden Platz zu verweisen. Ansonsten, so hofft man, ist die Bevölkerung durch Ablenkungen und eine regelmäßige Dosis patriotischer Propaganda zufriedenzustellen.

In der Demokratie können notwendige Illusionen den Menschen nicht durch Gewalt aufgezwungen, sondern müssen dem Bewußtsein der Öffentlichkeit durch subtilere Methoden nahegebracht werden. Ein totalitärer Staat muß auf die Gedanken der Leute weniger Rücksicht nehmen; ihm genügt es, wenn sie gehorchen. Aber in einer demokratischen Ordnung lauert immer die Gefahr, daß unabhängiges Denken in politisches Handeln umgesetzt wird, und diese Bedrohung muß schon an der Wurzel bekämpft werden.

Debatten und Diskussionen lassen sich nicht unterdrücken; vielmehr erfüllen sie in einem funktionierenden Propagandasystem ihre Aufgabe, wenn sie in angemessenen Grenzen bleiben. Es ist wichtig, diese Grenzen möglichst eng zu ziehen. Solange Kontroversen im Rahmen jener Voraussetzungen bleiben, die den Konsens der Eliten definieren, können sie sogar künstlich angeheizt werden, weil sie die Grenzen des Denkbaren, die nicht überschritten werden dürfen, befestigen und zugleich den Glauben an die Herrschaft der Freiheit befördern.

Es geht also, kurz gesagt, um die Macht, bestimmte Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn Kontroversen über den Kalten Krieg auf die Frage eingeeengt werden können, wie die Eindämmung der sowjetischen Politik aussehen sollte, hat das Propagandasystem, unabhängig von den möglichen Antworten, seine Schlacht bereits gewonnen, denn die Grundannahme steht fest: Der Kalte Krieg ist eine Konfrontation zwischen zwei Supermächten, deren eine expansionistisch und aggressiv ist, während die andere den Status quo und die Werte der Zivilisation verteidigt. Damit ist das Problem, wie die amerikanische Politik eingedämmt werden könne, ebenso vom Tisch wie die Frage, ob nicht

auch andere Interpretationen möglich wären, ob der Kalte Krieg nicht vielmehr aus dem Bestreben der Supermächte resultierte, sich ein je eigenes internationales System zu schaffen, das sie beherrschen können, wobei diese Systeme sich, was Umfang, Macht und Reichtum angeht, erheblich voneinander unterscheiden. Die sowjetischen Verstöße gegen die Abkommen von Jalta und Potsdam sind Gegenstand einer umfangreichen Literatur, und einer breiteren Öffentlichkeit bewußt, aber man muß sehr lange suchen, um Bücher über die amerikanische Verletzung solcher Abkommen zu finden, obwohl eine gründliche Untersuchung Jahre später zu dem Schluß kommt: »Tatsächlich unterschied sich das Verhalten der Sowjets [gegenüber den Abkommen von Jalta und Potsdam] qualitativ kaum von dem der Amerikaner.«⁸⁷ Wenn man die Themenwahl auf Arafats zweideutige Haltung, die Fehler und Vergehen der Sandinisten, den Terrorismus Irans und Libyens und andere sorgfältig ausgesuchte Probleme beschränkt, kann anderes nicht mehr zur Sprache kommen: nicht die unzweideutige Verweigerungshaltung Israels und der USA und nicht der Terrorismus der Vereinigten Staaten und ihrer Vasallen, der ein viel größeres Ausmaß hat und für die Amerikaner, die in der Lage wären, solche Verbrechen abzumildern oder zu beenden, auch von viel größerer moralischer Bedeutung ist.

Eine entscheidende Doktrin, die in der Geschichte immer wieder vertreten worden ist, lautet, daß der Staat eine defensive Haltung einnimmt und Angriffe auf seine Ordnung und seine edlen Grundsätze tapfer abwehrt. So leisteten die Vereinigten Staaten auch dann Widerstand gegen Aggression, wenn diese sich gar nicht direkt gegen sie richtet. Führende Gelehrte versichern uns, daß der Krieg in Vietnam »der Verteidigung eines freien Volks im Widerstand gegen die kommunistische Aggression« gedient habe, als die Vereinigten Staaten zu Beginn der sechziger Jahre Südvietnam angriffen, um die von ihnen unterstützte Diktatur gegen die südvietnamesischen Aggressoren zu verteidigen. Eine solche Wahrheit bedürfte keiner Rechtfertigung; einige Autoren beriefen sich sogar auf »die Strategie der Regierung Eisenhower [1954 in Indochina], mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen«, um die französischen Streitkräfte in Dien Bien Phu »vor der Niederlage im Kampf gegen die kommunistischen Viet Minh« zu bewahren, die unseren französischen Verbündeten angriffen, der Indochina (gegen die einheimische Bevölkerung) verteidigte.⁸⁸ Dementsprechend ist es logisch unmöglich, der US-Aggression Widerstand entgegenzusetzen, weil solche Kategorien gar nicht existieren. Kritiker sind, wie immer ihre Einwände beschaffen sein mögen, »Parteiläufer Hanoi« oder »Apologeten des Kommunismus«, Verteidiger der »Aggressoren«, die womöglich ihre »wahren Absichten« zu verbergen trachten.⁸⁹

In diesen Zusammenhang gehört noch eine weitere Doktrin: »Das Verlangen, eine Demokratie amerikanischen Stils in der ganzen Welt verbreitet zu sehen, ist schon immer das Leitmotiv der US-Außenpolitik gewesen«, behauptete ein Auslandskorrespondent der *New York Times*, nachdem die von den USA gestützte Militärregierung auf Haiti die Wahlen mit Gewalt verhindert hatte, was vielfach erwartet worden war. Diese traurigen Ereignisse, bemerkte er, »erinnern uns erneut daran, wie schwierig es für die amerikanische Politik ist, ihren Willen, und sei es noch so wohlwollend, bei anderen Nationen durchzusetzen.«⁹⁰ Diese Doktrinen benötigen keine Argumente und widerstehen auch ganzen Bergen von Gegenbeweisen. Mitunter brechen sie zusammen, weil ihre Absurdität zu deutlich ins Auge fällt. Dann darf betont werden, daß wir nicht immer so wohlwollend und demokratieliebend waren, wie wir es heute sind. Die seit Jahren bewährte Technik, eine solche »Kursänderung« zu beschwören, ruft nicht etwa Spott hervor, sondern Lobeshymnen auf unser unfehlbares Wohlwollen, wenn wir erneut in die Welt hinausziehen, um »die Demokratie zu verteidigen«.

Wir haben kein Problem damit, die sowjetische Invasion Afghanistans als brutale Aggression zu verurteilen, obwohl viele davor zurückscheuen würden, die afghanischen Guerillagruppen als »demokratische Widerstandskämpfer« zu bezeichnen (so Andrew Sullivan, Herausgeber des *New Republic*).⁹¹ Aber die Invasion in Südvietnam zu Beginn der sechziger Jahre, als der von den USA eingerichtete Terrorstaat die einheimische Bevölkerung nicht mehr durch Gewaltmaßnahmen kontrollieren konnte, war natürlich keine Aggression. Zwar waren US-Streitkräfte an umfangreichen Bombardierungen und Entlaubungsaktionen beteiligt, um die Bevölkerung in Auffanglager zu treiben, wo man sie vor dem Feind »schützen« konnte, den sie, wie zugestanden wurde, bereitwillig unterstützte. Zwar drangen später US-Expeditionsstreitkräfte in das Land ein und verheerten Südvietnam und die angrenzenden Staaten, um die einzige politische Widerstandskraft, die eine

Massenbasis besaß, zu zerstören und die Gefahr eines von allen Seiten geforderten Friedensabkommens zu bannen. Immer aber waren die USA auf der Seite der Demokratie und im Widerstand gegen die Aggression. Auch als sie, um die Genfer Abkommen zu unterlaufen und die in Aussicht gestellten Wahlen, bei denen die falsche Seite zu gewinnen drohte, blockierten, den mörderischen Diktator Diem protegierten, verteidigten sie die Demokratie. »Das Land ist in ein kommunistisches Regime im Norden und eine demokratische Regierung im Süden gespalten«, berichtete die *New York Times* in einem Kommentar zu der Behauptung, daß »die kommunistischen Viet Minh Gewehre und Soldaten aus Rotchina beziehen und das ›freie Vietnam‹ bedrohen, nachdem sie ihr Land an Peking verkauft haben«. ⁹² Als in späteren Jahren die »Verteidigung der Demokratie« danebengegangen war, gab es eine hektische Auseinandersetzung zwischen den »Falken«, die meinten, daß der Feind, wären wir nur entschlossen genug, noch in die Knie gezwungen werden könnte, und den »Tauben«, die befürchteten, daß die fortgesetzte Gewaltanwendung zur Durchsetzung unserer noblen Ziele zu kostspielig würde. Einige distanzieren sich von beiden Gruppen und zogen es vor, »Eulen« zu sein.

Während des Kriegs galt es im Mainstream als ausgemacht, daß die Vereinigten Staaten Südvietnam verteidigten, und auch Jahre später blieb diese Doktrin unangefochten. Das gilt nicht nur für Kommentatoren, die in der Bombardierung dichtbesiedelter Gebiete lediglich »unglückliche Verluste an Menschenleben« sahen, hervorgerufen »durch die Bemühungen amerikanischer Militärfürsorge, den Südvietnamesen gegen den Einfall Nordvietnams und seiner Partisanen beizustehen« - wie etwa im Mekong-Delta, wo es selbst nach der Ausdehnung der US-Angriffe auf Nordvietnam keine nordvietnamesischen Truppen gab. Aber die dortige Bevölkerung, die den USA und ihren Vasallen Widerstand leistete, bestand offensichtlich nicht aus Südvietnamesen. Wir sind also nicht überrascht, aus derlei Quellen, nach allem, was bekannt ist, zu erfahren, daß »das Volk von Südvietnam nicht von dem kommunistischen Land im Norden beherrscht werden wollte« und daß die »USA in Vietnam intervenierten ... um dem Prinzip Geltung zu verschaffen, daß Veränderungen in Asien nicht durch Gewaltanwendung fremder Mächte durchzusetzen sind«. ⁹³ Interessanter noch ist die Tatsache, daß zwar viele US-Intellektuelle von der vulgären Rechtfertigung umfangreichster Greuelthaten abgestoßen waren, ohne jedoch die grundlegende Einschätzung des Kriegs in Zweifel zu ziehen. Das spricht für die Effektivität der Gedankenkontrolle in demokratischen Systemen.

Auf ganz ähnliche Weise waren die Vereinigten Staaten später in Mittelamerika darum besorgt, die Freiheit in den »jungen Demokratien« zu verteidigen und in Nicaragua »die Demokratie wiederherzustellen« - was wohl nur heißen kann, daß Somoza ein Demokrat gewesen ist. Am äußersten Rand des erlaubten Spektrums oppositioneller Haltungen ging Jack Bearty, der Herausgeber von *Atlantic Monthly*, so weit, an den Nürnberger Prozeß zu erinnern, als er in einer bitteren Verurteilung des US-Angriffs auf Nicaragua schrieb: »Die Demokratie ist in Nicaragua unser Ziel gewesen, und um es zu erreichen, haben wir die Tötung Tausender von Nicaraguanern unterstützt. Aber für die Demokratie zu töten - und sei es auch durch Stellvertreter -, ist kein Grund, einen Krieg zu betreiben.« ⁹⁴ In den Mainstream-Medien läßt sich kaum ein hartnäckigerer Kritiker dieser Politik finden als Tom Wicker von der *New York Times*, der die Anwendung der Reagan-Doktrin auf Nicaragua mit folgenden Worten verurteilte: »Die Vereinigten Staaten haben kein historisches oder von Gott verliehenes Recht, anderen Nationen die Demokratie zu bringen.« ⁹⁵ Aber auch solche Skeptiker gehen ohne weiteres davon aus, daß es tatsächlich unser traditionelles »Verlangen nach Demokratie« war, das unsere Politik gegenüber Nicaragua seit dem 19. Juli 1979 bestimmte, vor diesem Datum jedoch mysteriöserweise nicht. Eine gründliche Durchforschung der Medien würde vielleicht einige Ausnahmen von diesem Interpretationsmuster entdecken, insgesamt aber die Wirksamkeit der gewünschten Indoktrination bestätigen. ⁹⁶

»Mittelamerika hat ein offensichtliches Eigeninteresse daran, [die Sandinisten] zu hetzen, um seinem Gelübde auf Demokratisierung Genüge zu tun.« Folglich haben »jene Amerikaner, die wiederholt andere aufforderten, ›dem Frieden eine Chance zu geben‹, jetzt die Pflicht, ihre Aufmerksamkeit und Leidenschaft auch darauf zu richten, der Demokratie eine Chance zu geben«, mahnen die Redakteure der *Washington Post* direkt unter dem Impressum, das ihre Zeitung stolz als »unabhängig« ausweist. ⁹⁷ Es ist kein Problem, in den Terrorstaaten, die von den USA gedeckt werden, »der Demokratie eine Chance zu geben«.

Im selben Kommentar weist die *Washington Post* warnend darauf hin, daß »Nicaraguas Vordringen auf honduranisches Gebiet [im März 1988] deutlich macht, in welcher Weise Nicaragua Honduras bedroht«. Diese Bemerkung bezieht sich auf militärische Operationen im Norden Nicaraguas nahe der dort nicht markierten Grenze, wo nicaraguanische Streitkräfte bei der Verfolgung von Invasoren der Contras einige Kilometer weit in ein Gebiet eindringen, das Honduras längst den US-»Söldnertruppen« überlassen hatte - so jedenfalls werden die Contras von ihrem offiziellen Sprecher und der amerikanischen Lobby bezeichnet.⁹⁸ In den Vereinigten Staaten führte das Vorgehen Nicaraguas zu erneuten Zornesausbrüchen, weil die Sandinisten offensichtlich dabei waren, im Dienst ihres sowjetischen Herrn die Nachbarn zu überfallen.

Diese von Herzen kommende Besorgnis über Grenzverletzungen ist höchst beeindruckend, aber auch ein wenig einseitig, denn anscheinend ist die Grenze nicht heilig, wenn die CIA die Invasion der Contras in Nicaragua mit Versorgungsflügen begleitet oder wenn US-Aufklärer nicaraguanisches Gebiet überfliegen, um den Söldnertruppen den richtigen Weg zu zeigen. Im übrigen können wir die Ernsthaftigkeit der Besorgnis an einem anderen Beispiel verdeutlichen, das die Geschichte, in einer Art von kontrolliertem Experiment, damals bereitwillig zur Verfügung stellte. Gerade als die freie Presse sich über die Vergehen der kommunistischen Totalitaristen echauffierte, startete Israel eine weitere Operation im Libanon, und zwar jenseits der Nordgrenze des Südlibanon, den Israel als »Sicherheitszone« praktisch annektiert hat und dessen 200 000 Einwohner gezwungen werden, »Soldaten für die südlibanesischen Befreiungsarmee«, ein israelisches Söldnerheer, abzustellen.⁹⁹ Die Israelis bombardierten ein palästinensisches Flüchtlingslager und mehrere libanesischen Ortschaften, wobei es viele tote und verwundete Zivilisten gab. Über diese Operationen wurde in der freien Presse so gut wie nichts berichtet.

Mithin dürfte die Aufregung über Nicaraguas »Vergehen« bloßer Schwindel gewesen sein.

Die US-Regierung erklärt gern, warum sie die israelische Gewalt im Libanon unterstützt: Es geht dabei um das geheiligte Recht auf Selbstverteidigung, auf das sich die Vereinigten Staaten und ihre Vasallen berufen dürfen, nicht jedoch andere Staaten, und schon gar nicht die Opfer US-amerikanischen Terrors. Im Dezember 1988, gerade als Jassir Arafat gründlich und mißtrauisch bäugt wurde, ob er wohl den amerikanischen Maßstäben für einen Terroristen gerecht würde, griff Israel einen Stützpunkt der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) nahe Beirut an. Wie üblich, wurde keine Begründung genannt und noch nicht einmal ein Vorwand angegeben. »Die Israelis verfolgten keine Terroristen«, bemerkte der Londoner *Guardian*, »und hatten auch nicht die übliche Entschuldigung - unmittelbare Vergeltung - parat. Sie wollten einfach ein Exempel statuieren, [um zu zeigen], daß die eiserne Faust fähig ist, zuzuschlagen ... Es ging offenkundig darum, Stärke zu demonstrieren.« Die mit »Fallschirmjägern, Helikoptern und Kanonenbooten durchgeführte Operation [war] eine militärisch nicht zu rechtfertigende (mithin politisch motivierte) Aktion«. Ausschlaggebend für das Motiv war der Zeitpunkt: der erste Jahrestag der Intifada in den besetzten Gebieten, wo Israel mit »massiver Militärpräsenz, Ausgangssperren und strengen Zensurmaßnahmen ... einen Generalstreik im Gedenken an den Aufstand« verhindern wollte. Außerdem war es auch der »kalkulierte Versuch, Arafats Autorität zu untergraben« und gegen seine unliebsamen Versuche, eine politische Lösung herbeizuführen, die militanten Kräfte in der PLO zu stärken.¹⁰⁰

Daß die israelischen Aktionen in den amerikanischen Medien kein Echo fanden, mag verständlich sein, wenn man bedenkt, daß ihnen auch in Israel selbst kaum größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Sie waren nicht vergleichbar mit der mörderischen Operation »Eiserne Faust«, die 1985 den Libanon verheerte, oder mit der Bombardierung von Ortschaften im Bekaa-Tal 1984, oder dem Angriff auf eine Schule der UNRWA in Damur vom Mai 1979, als ein israelischer F-16-Kampfflugzeug Streubomben abwarf. Über diese Vorgänge, bei denen Hunderte von Zivilisten, darunter viele Kinder, getötet und verwundet wurden, berichteten die US-Medien, ohne jedoch den herausgehobenen Status jenes »Symbols menschlicher Anständigkeit« (so die *New York Times*) in Frage zu stellen. Auch die *Washington Post* sprach zu Beginn der Operation »Eiserne Faust« von »einem Land, das um Menschenleben besorgt ist«.¹⁰¹ Wenn die Gegner der Sandinisten derartige Verfolgungen zu erleiden hätten wie die Araber in Palästina, gäbe es einen markerschütternden Aufschrei. Aber Israel besitzt als Vasall der USA das Recht, aggressiv zu handeln, während Nicaragua noch nicht einmal Streitkräfte

verjagen darf, von denen es auf seinem eigenen Territorium angegriffen wird, weil die stillschweigende Voraussetzung lautet, daß kein Staat das Recht hat, sich gegen Angriffe der USA zu verteidigen.

Diese Doktrin gilt so unwidersprochen, daß die Nachricht, Nicaragua plane den Erwerb sowjetischer MIG-Kampfflugzeuge, in den USA eine regelrechte Hysterie auslöste. Als die Reaganisten 1984 diese Informationen lancierten, um eine auch nur halbwegs ehrliche Berichterstattung über die für den November vorgesehenen Wahlen in Nicaragua zu verhindern, meinten sogar ausgewiesene Vertreter der »Tauben«, daß die USA Nicaragua bombardieren müßten, um die (nur angeblich vorhandenen) MIGs zu zerstören, weil sie - so Paul Tsongas, der Senator aus Massachusetts - »auch gegen die Vereinigten Staaten eingesetzt werden können«.¹⁰² Ein weiterer Propagandacoup glückte im Dezember 1987, als die Medien mit großem Getöse einen sandinistischen Überläufer präsentierten, dessen erstaunlichste »Enthüllung« in dem Hinweis bestand, Nicaragua wolle Kampfflugzeuge erwerben, um sein Territorium gegen Angriffe der USA zu verteidigen. Man wußte natürlich, daß die Sandinisten keine andere Möglichkeit hatten, die materielle und logistische Unterstützung der Contras durch die CIA und die amerikanischen Überwachungsflüge zu unterbinden.¹⁰³ Die Logik ist klar: Nicaragua hat kein Recht auf Selbstverteidigung.

Indessen lieferten die USA zu eben dieser Zeit, am 15. Dezember 1987, F-5-Kampfflugzeuge an Honduras, was der *New York Times* keine Zeile wert war.¹⁰⁴ Da nur die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten Sicherheitsbedenken haben, dürfte Nicaragua keine Einwände erheben, und auch die Proteste in der honduranischen Presse gegen die Lieferung, die »wir bezahlen müssen, während die Bevölkerung hungert« können unerwähnt bleiben.¹⁰⁵

Im übrigen hätten die Sandinisten, wie sie offen sagen, die Abfangjäger lieber aus Frankreich bezogen, aber die USA übten Druck aus, um jede Lieferung aus nicht-kommunistischen Ländern zu verhindern. Solche Tatsachen wie auch die Frage, wozu Nicaragua überhaupt Kampfflugzeuge benötigt, werden von den Mittelamerika-Korrespondenten der *New York Times*, James Le-Moyne und Stephen Kinzer, jedoch nicht erörtert, weil das die Kampagne, US-Aggression und Terror als legitime Verteidigung darzustellen, empfindlich gestört hätte.¹⁰⁶

Da offizielle Feinde nicht das Recht auf Selbstverteidigung haben, dürfen die Vereinigten Staaten die Contras auch und gerade dann unterstützen, wenn Nicaragua diese Söldnertruppen auf eigenem Territorium angreift, nachdem sie die Verhandlung abgebrochen haben. Im August 1988 erlaubte ein Nachtragsgesetz zur »Unterstützung für den nicaraguanischen Widerstand« (das »Byrd-Amendment«) weitere Militärhilfe für die Contras, falls »die Sandinisten einen unprovokierten militärischen Angriff oder andere feindselige Aktionen gegen die Streitkräfte des nicaraguanischen Widerstands unternehmen« oder »in unannehmbarem Ausmaß fortgesetzt militärische Hilfe von Ländern des Sowjetblocks einschließlich Kubas« empfangen.¹⁰⁷ Einige Monate zuvor hatte die Presse von einem Schreiben berichtet, in dem Demokraten des Repräsentantenhauses Präsident Ortega ihrer »tiefen Besorgnis« über die Möglichkeit einer gegen die Contras gerichteten Militäroffensive Ausdruck verliehen, die zu einer »Erneuerung militärischer Unterstützung für die Widerstandskräfte« führen könnte.¹⁰⁸ Die Reaktion der US-Medien ist verständlich, wenn man, wie die *New York Times*, davon ausgeht, daß Contras und politische Opposition über mehr Legitimität verfügen als die sandinistische Regierung.

Die am 5. August im Senat geführte Debatte über das »Byrd-Amendment« ist auch wegen ihres Zeitpunkts interessant. Drei Tage zuvor hatten die Contras das voll besetzte Passagierschiff *Mission of Peace* angegriffen, wobei zwei Personen ums Leben kamen und 27 verwundet wurden, darunter Rev. Lucius Walker, ein Baptist aus New Jersey, der eine kirchliche Delegation leitete. Alle Opfer waren Zivilisten. Die Senatoren Byrd und Dodd erwähnten diesen Vorfall nicht; vielleicht hatten sie die kleine Notiz vom 4. August in der *New York Times* übersehen.¹⁰⁹ Auch in diesem Fall ist die Logik eindeutig. Wenn die Sandinisten versuchen, der Terroristen habhaft zu werden, die diesen Angriff ausführten, erweisen sie sich als totalitäre Kommunisten, und die USA haben das Recht, den »Widerstandskämpfern« weitere militärische und »humanitäre« Hilfe zukommen zu lassen. Da auch viele liberale Senatsmitglieder das Vorgehen von Byrd und Dodd befürworteten, dürfen wir annehmen, daß sie diese Grundsätze billigten.

Beispielhaft für die Haltung der US-Liberalen dürfte die Konzeption des Lateinamerika-Spezialisten Robert Pastor sein, der in der Regierung Carter gearbeitet hatte. Er schreibt: »Die Vereinigten Staaten wollten Nicaragua oder andere Nationen in der Region nicht kontrollieren, aber auch nicht zulassen, daß die Entwicklungen außer Kontrolle gerieten. Die Nicaraguaner sollten unabhängig handeln, *außer* wenn ihre Aktionen den US-Interessen zuwiderliefen.«¹¹⁰ Nicaragua und andere Länder sollen also frei sein, das zu tun, was wir wollen, und ihren Kurs unabhängig bestimmen können, sofern er mit unseren Interessen kongruiert. Nutzen sie diese Freiheit schamlos aus, müssen wir natürlich entsprechend reagieren, um uns selbst zu schützen. Diese Ideen entsprechen der innenpolitischen Vorstellung von Demokratie als Kontrolle der Bevölkerung.

Zu den grundlegenden Voraussetzungen dieses Diskurses gehört auch die Annahme, daß die amerikanische Außenpolitik von einem »Verlangen nach Demokratie« und generell wohlmeinenden Absichten geleitet sei. Zwar erzählen die historischen Tatsachen und geheime Planungsdokumente eine andere Geschichte, aber das wird von den Medien geflissentlich ignoriert. Insofern geschieht die Anwendung von Gewalt nur im Interesse der Selbstverteidigung, und wer sich gegen diese Gewalt zur Wehr setzt, ist sogar im eigenen Land ein Aggressor. Denn kein Staat hat das Recht, sich gegen amerikanische Angriffe zu verteidigen, während die Vereinigten Staaten anderen Ländern ihren Willen notfalls auch mit Gewalt aufzwingen dürfen. Diese Doktrinen bestimmen die Grenzen des öffentlichen Diskurses und dessen, was in den gebildeten Schichten den Bereich des Denkbaren ausmacht.

Im ersten Kapitel erwähnte ich einige Methoden und Modelle zur Untersuchung und Bewertung der medialen Berichterstattung. Eine Methode besteht darin, das Spektrum der veröffentlichten Meinungen abzustecken. Dem Propaganda-Modell zufolge wird dieses Spektrum durch den Konsens der Machteliten definiert, der allenfalls eine Diskussion über taktische Fragen erlaubt.

Das zeigen nicht zuletzt die Auseinandersetzungen über Nicaragua, die einige Jahre lang zwischen »Falken« und »Tauben« mit leidenschaftlicher Rhetorik geführt wurden. Die Position der Falken findet sich in einer gemeinsamen Erklärung von Verteidigungs- und Außenministerium, die im Dezember 1986 am Tag der internationalen Menschenrechte verlautbart wurde: »Auf dem amerikanischen Kontinent gibt es kein Regime, das barbarischer und blutiger ist und die Menschenrechte hartnäckiger und dauerhafter verletzt als das Regime der Sandinisten.« Ähnliche pathetische Äußerungen finden sich in den Medien und der Politik allgemein, und die Folgerung lautet, daß wir den »demokratischen Widerstand« gegen den kommunistischen Terror forcieren müssen. Die Tauben wiederum sind zwar grundsätzlich auch der Meinung, daß wir uns um den Weltgerichtshof, die Vereinten Nationen und andere »feindselige Foren« mit ihrer Vorliebe für den Kommunismus und den virulenten Anti-Amerikanismus der Dritten Welt nicht kümmern sollten und bieten der Regierung Reagan an, ihr bei der Verwirklichung des »noblen Ziels ... Nicaragua irgendwie zu demokratisieren« behilflich zu sein. Aber die Contras, so meinen sie, »sind nicht das Instrument, mit dem sich dieses Ziel erreichen läßt« (so der Kongreßabgeordnete Michael Barnes, einer der schärfsten Kritiker der Contra-Option).¹¹¹ Alan Cranston, ein führender Vertreter der Tauben im Senat, schließt sich dem an: »Mit den Contras läßt sich ... keine Demokratie in Nicaragua durchsetzen«, wir sollten also andere Mittel finden, um die »verwerfliche« Regierung in Managua zu »isolieren« und sie »in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen«, zugleich aber verhindern, daß die Sandinisten »die gewalttätige Revolution exportieren«.¹¹²

In den Medien gehen die liberaleren Kommentatoren davon aus, daß Reagans Unterstützung der Contras »ein eklatanter Fehler« sei. Die USA sollten »einem regional ausgehandelten Vertrag zustimmen, der von den Nachbarstaaten Nicaraguas erzwungen wird« (so Tom Wicker in der *New York Times*).¹¹³ Ebenso hält die *Washington Post* die Contras für ein »ungeeignetes Instrument«; man sollte andere Mittel finden, um »Nicaragua wieder den mittelamerikanischen Verhältnissen anzupassen« und ein »den regionalen Maßstäben entsprechendes vernünftiges Verhalten« durchzusetzen. Wir müssen erkennen, daß »die Sandinisten Kommunisten kubanischer oder sowjetischer Prägung sind«, die »Frieden und Demokratie in Nicaragua ebenso bedrohen wie die Stabilität und Sicherheit der Region«. Wir müssen »das aggressive Vorgehen der Sandinisten ... eindämmen« und »glaubwürdige Beweise dafür [verlangen], daß die Sandinisten ihre Unterstützung der Guerilla-

kämpfer in El Salvador zurückgefahren haben.«¹¹⁴ All das kann nicht hinterfragt werden, weil es, so die Redakteure »wahr ist«. Unwichtig ist dagegen die Tatsache, daß die von der Regierung Reagan vorgelegten Beweise für die Unterstützung der Guerilla in El Salvador vom Weltgerichtshof für wertlos befunden wurden (und in der Tat bestenfalls Spott verdienen). Die im Rahmen der Medien schärfstmögliche Kritik kam von Jefferson Morley, einem Kolumnisten der Zeitschrift *Nation*, der in der *New York Times* meinte, Nicaragua liege »außerhalb der Reichweite unserer guten Absichten«.¹¹⁵

Andere liberale Kommentatoren in den Medien glauben, wir sollten die Auffassung des Außenministeriums, daß landwirtschaftliche Kooperativen für die Contras geeignete Angriffsziele seien, nicht voreilig verwerfen, weil »eine marxistische Gesellschaft, die sich zum Krieg rüstet, keine klaren Grenzziehungen zwischen Funktionären, Soldaten und Zivilisten kennt«; erforderlich sei eine sorgfältige »Kosten-Nutzen-Analyse«, die bestimmt, »wieviel Blut und Leid nötig sind, um die Wiederkehr der Demokratie wahrscheinlich zu machen« (so Michael Kinsley von der Zeitschrift *New Republic*).¹¹⁶ (Demzufolge müßten auch Angriffe palästinensischer Guerillas auf israelische Kibbuzim gerechtfertigt sein, wovon bei Kinsley und dem Außenministerium natürlich keine Rede ist.)

Im übrigen sehen weder Falken noch Tauben die Notwendigkeit, unseren mörderischen Freunden in El Salvador und Guatemala oder unseren Vasallen in Honduras - die Hunderttausende von Menschen verhungern ließen, während sich die Agrarkonzerne am Export von Nahrungsmitteln eine goldene Nase verdienen - »regionale Regelungen« aufzuzwingen, weil diese Staaten bereits den »mittelamerikanischen Verhältnissen« - Unterdrückung, Ausbeutung, Herrschaft privilegierter Eliten im Interesse der USA - entsprechen. Hier ist Unterstützung nötig, begleitet von einem gelegentlichen Seufzer des Bedauerns über die (von uns stillschweigend geförderten) Gewalttaten, wenn Folter und Terror allzu deutlich sichtbar werden oder sogar die falschen Opfer - christdemokratische Politiker statt Bauernführer und Gewerkschafter - treffen.

1986 waren, Umfragen zufolge, 80 Prozent der Meinungsführer gegen die Unterstützung der Contras.¹¹⁷ Das Propaganda-Modell würde also eine Auseinandersetzung über die Contra-Hilfe bei gleichzeitig einstimmiger Opposition zu den Sandinisten voraussagen. Um die Hypothese zu testen, betrachten wir den Zeitraum, in dem die Debatte über die Nicaragua-Politik am intensivsten geführt wurde, also die ersten drei Monate des Jahres 1986, als die Unterstützung der Contras im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand. Während dieser Zeit brachten die *New York Times* und die *Washington Post* nicht weniger als 85 Kommentare zu diesem Thema. Wie erwartet, waren sie über die Contras unterschiedlicher Meinung, lehnten die Sandinisten jedoch unisono ab.

Positive Stimmen sind dagegen zur Diskussion nicht zugelassen.¹¹⁸ Zu ihnen gehören lateinamerikanische Gelehrte, deren Beiträge konsequent abgelehnt werden, oder die Entwicklungshilfe-Organisation Oxfam, die in 77 Staaten arbeitet und den sandinistischen Führern »außerordentliche« Anstrengungen bescheinigte, »die Lage der Bevölkerung zu

verbessern und ihre aktive Beteiligung am Entwicklungsprozeß zu fördern«. Ebenso sprach sich der Begründer der Demokratie in Costa Rica, José Figueres, für die Sandinisten aus: »Ich kenne die Verhältnisse in Nicaragua seit Jahrzehnten ... und habe keine Regierung gesehen, der es so sehr um das Wohl der Bevölkerung geht wie dieser.« Die Vereinigten Staaten, deren »unglaubliche Verfolgungspolitik« er verurteilt, sollten den Sandinisten erlauben, »das friedlich begonnene Werk zu Ende zu führen; sie verdienen es«.¹¹⁹ Solche Kommentare sind ideologisch nicht von Nutzen und werden aus den Medien verbannt, wobei der gute Ruf von Figueres noch, wie bei James LeMoyne von der *New York Times*, für den anti-sandinistischen Kreuzzug erhalten muß, ohne daß erwähnt würde, was er wirklich zu Nicaragua zu sagen hat.¹²⁰

Statt dessen erfahren wir, was LeMoyne dort sieht und erlebt, nämlich einen brutalen Unterdrückerstaat, in dem »eine Partei herrscht«, die Straßen »voller Kinder mit Hungerbäuchen« sind, wo es von Sicherheitsagenten und Soldaten nur so wimmelt, während die »Bauernarmee« in ihrem Kampf gegen die Sandinisten zunehmende Fürsprache erfährt und die Bevölkerung in »Bitterkeit und Apathie« dahinlebt. Was Figueres sah, interessiert ebensowenig wie der Bericht des ehemaligen (von der CIA ernannten) Pressesprechers der Contras, Edgar Chamorro, der Nicaragua kurz vor LeMoyne drei Wochen lang besucht hatte. Er fand die Menschen »sehr bewußt, politisch gebildet, engagiert«, während die Contras die »koloniale Mentalität« derer besitzen, die »für das

Empire kämpfen«. Chamorro sah eine eher »geringe Militarisierung«, hingegen gebe es »ein ausgeprägtes Gefühl für Gleichheit ... eine der Errungenschaften der Revolution.« Die Bevölkerung hungere nicht, »die meisten Leute sehen gesund und kräftig aus«. Die Wahlen seien »gut« gewesen, die Regierung sei rechtmäßig im Amt, und wir sollten »die Dinge von innen her verändern«. An anderer Stelle erwähnt Chamorro, daß ihm nach seinem Abschied von den Contras der Zugang zu den Medien wesentlich erschwert worden sei.¹²¹

Ein Jahr später breitete sich in Managua und einigen ländlichen Gebieten tatsächlich Unterernährung aus: Der Terror- und Wirtschaftskrieg der USA forderte seine Opfer. Nicaragua ist arm und hängt aus historischen und geopolitischen Gründen wirtschaftlich völlig von den Vereinigten Staaten ab. Den Reaganisten (George Shultz, Elliott Abrams und ihren Kohorten) gelang es zwar nicht, die Regierung zu stürzen, aber sie konnten die wohlfahrtsstaatlichen Programme, die der Bevölkerungsmehrheit dienten, zu Fall bringen, was sich an der erheblichen Zunahme von Epidemien, der wachsenden Kindersterblichkeit und anderen Indikatoren der »mittelamerikanischen Verhältnisse« ablesen läßt, zu denen Nicaragua dank des Wohlwollens der USA zurückkehrt.¹²²

Sprechen wir noch einmal über die 85 Kommentare in der *New York Times* und der *Washington Post*. Interessanter als die einhellige Feindseligkeit gegenüber den Sandinisten war die Wahl der Themen. Die nicaraguanische Regierung unterscheidet sich nämlich in zwei wichtigen Punkten von den mittelamerikanischen Lieblingen der USA, die den »regionalen Maßstäben« entsprechen. Zum einen haben die Sandinisten, was immer ihre Sünden auch sein mögen, keinen Terrorkrieg gegen die Bevölkerung geführt, was in den amerikanischen Medien unterschlagen wird. Zum zweiten haben die Sandinisten Umverteilungs- und Sozialstaatsprogramme solange erfolgreich durchgesetzt, bis die wirtschaftlichen und militärischen Gegenmaßnahmen der USA diese unliebsame Entwicklung aufhalten konnten. Das wird in zwei Kommentaren mit Nebensätzen erwähnt. Gleichfalls verschwiegen werden die Bemühungen der Sandinisten um politische Neutralität. Als das Embargo verhängt wurde, entsprach das Handelsvolumen Nicaraguas mit Staaten des Sowjetblocks dem der USA und war niedriger als das der meisten Drittweltländer.¹²³

Aber vielleicht sind diese Beispiele vom Höhepunkt der Debatte irreführend. Prüfen wir also, wie es ein Jahr später aussah. In der ersten Hälfte des Jahres 1987 druckten die *New York Times* und die *Washington Post* 61 Kommentare, die sich mit der Nicaragua-Politik der USA beschäftigten. Dreizehn davon befürworteten diplomatische Maßnahmen, sagten aber nichts über die Sandinisten. Von den anderen

48 waren 46 anti-sandinistisch, und von diesen wiederum 18 für und 28 gegen die Contras, zumeist deshalb, weil sie nicht fähig seien, den Kampf zu gewinnen, oder weil das Ziel der USA, »der sandinistischen Revolution die Form der amerikanischen Demokratie aufzuzwingen« das »Risiko« nicht wert sei (so John Oakes in der *New York Times*).¹²⁴ Von den zwei pro-sandinistischen Beiträgen stammte der eine von Carlos Tunnerman, dem nicaraguanischen Botschafter, der andere von Kevin Cahill, dem Leiter des Zentrums für Tropenkrankheiten im Lenox-Hill-Hospital (New York). Cahill konnte auf persönliche Erfahrungen in Nicaragua und anderen Entwicklungsländern zurückgreifen und wies als einziger auf die erfolgreichen Gesundheits- und Alphabetisierungskampagnen und den »Kampf gegen Unterdrückung und Korruption« hin.¹²⁵ Neben seinem Beitrag erwähnte nur noch ein weiterer Kommentator die Entscheidung des Weltgerichtshofs, während zwei andere (der eine von Tunnerman) sich indirekt darauf beziehen. Ansonsten wird dem herrschenden Konsens Genüge getan. In der *Washington Post* lesen wir, daß die Vereinigten Staaten »mittels der Contras die Demokratie in Nicaragua wiederherstellen, die Verbindungen der Sandinisten zu Kuba und der Sowjetunion kappen ... und die Ausbreitung der sandinistischen Revolution über Nicaragua hinaus eindämmen wollen«. Des weiteren meint die *Post*, die Sandinisten seien »durch politische Umklammerung vielleicht besser zu zügeln als durch einen militärischen Angriff«, während William Buckley ihnen versuchten »Völkermord« an den Miskito-Indianern vorwirft.¹²⁶ Doch abgesehen von Cahill beschäftigt sich kein Kommentar mit der konstruktiven Politik der Sandinisten, die, was nicht erwähnt werden darf, den US-Terror allererst auslöste. Vielmehr werden in beiden Zeitungen die totalitären Sandinisten den »unvollkommenen, aber funktionierenden« Demokratien in Guatemala und Honduras gegenübergestellt, und auch das »von kommunistischer Guerilla belagerte« El Salvador ist zwar eine

»unvollkommene Demokratie«, besitzt aber eine »gewählte Regierung«, während es in Nicaragua, wie Washington erklärte, keine Wahlen gegeben hat.¹²⁷

Diese Doktrin bestätigt die Einschätzung von Woodrow Wilsons Committee on Public Information (das ist die bereits erwähnte Creel-Kommission): »Eine der besten Methoden zur Nachrichtenkontrolle war die Überflutung der Informationskanäle mit ›Tatsachen‹ oder, genauer gesagt, offiziellen Informationen.«¹²⁸ Durch endlose Wiederholung in Verbindung mit einer Washingtons Erfordernissen entsprechenden Berichterstattung wurde die Doktrin, in Nicaragua habe es keine Wahlen gegeben, zur etablierten Wahrheit, der selbst Menschenrechtsorganisationen ihren Tribut zollten. So kritisiert Human Rights Watch zwar die Regierung Reagan, weil sie Menschenrechtsverletzungen »unter gewählten Regierungen« (erwähnt werden El Salvador und Guatemala) verschweige und nur »bei den linksgerichteten Regimes der Hemisphäre - Kuba und Nicaragua« - verurteile, aber die Doktrin, daß Nicaragua keine »gewählte Regierung« besitzt, bleibt erhalten. Ähnlich verfährt der liberale *Boston Globe*, der El Salvador, Guatemala und Honduras (»instabile Demokratien«) mit Kuba, Nicaragua, Guayana und Surinam (»sozialistisch«) vergleicht. Die »demokratischen« Regierungen haben »gewählte Zivilisten« als Präsidenten, während in Nicaragua »seit der Revolution von 1979 eine sozialistische Junta regiert«.¹²⁹

Die USA hatten schon früh erkannt, wie wichtig es ist, den freien Austausch von Ideen zu unterbinden. Im März 1963 traf sich Präsident Kennedy in Costa Rica mit Staatschefs aus sieben mittelamerikanischen Ländern. Man einigte sich darauf, »gemeinsame Maßnahmen zu entwickeln und unverzüglich umzusetzen, um die Reisen subversiver Staatsangehöriger von und nach Kuba sowie den Zustrom von Materialien, Propaganda und Geldmitteln aus diesem Land einzuschränken«. In Geheimdokumenten äußerten sich die Kennedy-Liberalen besorgt über die »Abneigung von [lateinamerikanischen] Regierungen, bilaterale oder multilaterale Abkommen zur Kontrolle von Reisenden zu treffen«, wie sie in den Vereinigten Staaten existieren und angewendet werden.¹³⁰ Aus diesen Gründen ist man in den USA auch nicht besorgt über die gewaltsame Zerschlagung unabhängiger Medien oder eine durch Regierungsterror ausgeübte Zensur in den Vasallenstaaten.

Der Kampf gegen den freien Austausch von Ideen hat handfeste Gründe. Globale Planungsstrategen weisen der Dritten Welt im wesentlichen die Rolle des Dienstleisters für die kapitalistischen Staaten zu. Ihre Regionen sollen bestimmte »Aufgaben erfüllen«; sie sind Quellen für Rohstoffe und Märkte und müssen, wie Geheimdokumente frank und frei erklären, »ausgebeutet« werden, damit der westliche Kapitalismus sich erneuern und entwickeln kann. Solche Zielsetzungen lassen die Vereinigten Staaten, wie Regierungsspezialisten und andere Kommentatoren jammern, bei aller »militärischen Stärke« doch als »politisch schwach« erscheinen, weshalb man zur Eindämmung von oppositionellen Bewegungen letztlich doch Gewalt anwenden müsse. Daraus erhellt, warum die US-Politik basisdemokratischen Bestrebungen in den Ländern der Dritten Welt so feindselig gesonnen ist.

Aus eben diesen Gründen verschob die Regierung Kennedy den Auftrag des lateinamerikanischen Militärs von der »Verteidigung der Hemisphäre« zur »inneren Sicherheit«. Der Lateinamerika-Spezialist Lars Schoultz merkt dazu an, daß diese neuen staatlichen Formen eines »militärischen Autoritarismus« eine Reaktion auf »zunehmende Beteiligung der Bevölkerung an der Politik« waren und darauf zielten, »einer erkennbaren Bedrohung der sozioökonomischen Privilegienstruktur nachhaltig entgegenzuwirken, indem die politische Beteiligung der numerischen Bevölkerungsmehrheit, insbesondere der arbeitenden oder (umfassender und genauer) unteren [*popular*] Klassen unmöglich gemacht wurde«.¹³¹

Die Stabilität in den Vasallenstaaten lateinamerikanischen Typs wird auch durch eine symbiotische Beziehung zwischen US-Liberalen und jenen »Demokraten« in den abhängigen Ländern garantiert, die als Feigenblatt für die Herrschaft des Militärs dienen. Während diese »Demokraten« für die Aufrechterhaltung der Privilegien und US-amerikanischen Interessen sorgen, loben die Liberalen das Wachstum des zarten Pflänzchens Demokratie und stellen zugleich die Mittel für den terroristischen Angriff gegen die Bevölkerung durch Sicherheitskräfte und Todesschwadronen bereit.

Nach den Wahlen von 1984 in El Salvador, die zur Errichtung »demokratischer« Verhältnisse führten, bemerkte die unter der Schirmherrschaft der Erzdiözese von San Salvador arbeitende Menschenrechtsorganisation Socorro Judicio:

»Die durch die ständige Verletzung elementarer Menschenrechte von Terror und Panik geschüttelte Gesellschaft in El Salvador weist folgende Züge auf: Kollektive Einschüchterung und allgemeine Furcht einerseits und die aufgrund täglicher Erfahrung von Gewalt verinnerlichte Akzeptanz des Terrors andererseits. Die Gesellschaft nimmt es hin, daß häufig Opfer von Folterungen gefunden werden, weil das Grundrecht auf Leben für sie keinen übergeordneten Wert mehr darstellt.«¹³²

Diese Einschätzung ist besonders interessant, wenn wir hören, was Außenminister George Shultz in einem Vortrag über internationalen Terrorismus bemerkte (zur gleichen Zeit bombardierten die USA Libyen). Zu El Salvador meinte er, »daß alle Amerikaner auf die dort erzielten Ergebnisse stolz sein können« - jedenfalls alle Amerikaner, die den Anblick von Folteropfern, hungernden Kindern, sowie Terror und Panik schätzen. James LeMoyné kommt zu dem Schluß, daß »die amerikanische Unterstützung der gewählten Regierung [in El Salvador, Guatemala und Honduras] ein relativer Erfolg gewesen ist«. Wie wahr.¹³³

Socorro Judicio stellte den Bericht über den Zustand der salvadorianischen Gesellschaft auf dem »Ersten Internationalen Seminar zur Folter in Lateinamerika« vor, das im Dezember 1985 in Buenos Aires abgehalten wurde. Diese Konferenz fand in den US-Medien keine Erwähnung. In der zivilisierten Welt ist »Terrorismus« eben etwas anderes und hat mit den Bestrebungen der USA, die noch unvollkommenen Demokratien in Mittelamerika zu verteidigen, nichts zu tun. Und während die Medien das leidenschaftliche Engagement der USA für die Menschenrechte feiern, fällt der in verschiedenen Untersuchungen dokumentierte Zusammenhang zwischen US-Hilfeleistungen und Folterregimes unter den Tisch. So schreibt ein Kenner der Menschenrechtssituation in Lateinamerika, daß die Hilfeleistungen »überwiegend lateinamerikanischen Regierungen zugeflossen sind, in deren Ländern die Bürger gefoltert... und die fundamentalen Menschenrechte mißachtet werden.«¹³⁴ Die Regierung Reagan war in dieser Hinsicht besonders eifrig.

In einem ihrer Kommentare aus dem von uns untersuchten Zeitraum schreibt die *New York Times*: »Die Sandinisten müssen begreifen, daß ihre Nachbarn mit Recht von einer Verbindung zwischen innen- und außenpolitischem Verhalten ausgehen.«¹³⁵ Weiter wird gefragt, ob die Regierung Reagan das kalkulierte Risiko einer politischen Regelung »auf sich nehmen und einen marxistischen Nachbarn dulden [könnte], wenn dieser durch Verträge und Abkommen zur Wahrung rudimentärer Menschenrechte gezwungen wird«. Natürlich benötigen die »jungen Demokratien« in Mittelamerika solche Abkommen nicht. Außerdem, so die *New York Times* weiter, sollten die Vereinigten Staaten prüfen, ob man »die Sandinisten dazu verpflichten könnte, sowjetische und kubanische Stützpunkte, Militärberater und Marschflugkörper aus Nicaragua herauszuhalten... und die Revolution nicht über die Grenzen hinauszutragen«. Die Erwähnung von Flugkörpern und Stützpunkten dient wahrscheinlich der Steigerung des dramatischen Effekts, während Nicaraguas wiederholte Angebote, auf ausländische Berater und Einrichtungen zu verzichten, ebenso unerwähnt bleiben wie Äußerungen des kubanischen Außenministers, der Anfang 1988 »das Angebot wiederholte, die kubanischen Militärberater aus Nicaragua abzuziehen, sobald der von den USA unterstützte Feldzug gegen die sandinistische Regierung beendet wird.«¹³⁶ Für die USA ging es nur darum, den »aggressiven Vorstoß der Sandinisten einzudämmen« (so die *Washington Post*) und Nicaragua zu zwingen, »seine revolutionäre Armee im Zaum zu halten« (so Terry Sandford, Vertreter der Demokraten im Senat).¹³⁷ Daß Nicaragua mit Sicherheitsproblemen konfrontiert sein könnte, bleibt außerhalb aller Erwägungen.

Die Befürchtungen über den »Export« der sandinistischen Revolution verdanken sich im wesentlichen einem Betrugsmanöver des US-Außenministeriums, das sich Formulierungen aus einer Rede von Tomas Borge zunutze machte. Borge gab darin seiner Hoffnung Ausdruck, daß Nicaragua ein Beispiel sei, dem andere Länder folgen würden; er betonte, daß »wir unsere Revolution nicht exportieren« können, sondern »nur unser Beispiel«, während »die Völker der anderen Länder ... ihre eigenen Revolutionen durchführen müssen«. In diesem Sinne »überschreitet [die nicaraguanische Revolution] nationale Grenzen«. Das US-Außenministerium verwandelte Borges Worte absichtsvoll in eine Drohung: Die »Revolution ohne Grenzen« ziele auf militärische Eroberung. Der Ausdruck diene dem vom Außenministerium im September 1985 herausgegebenen Weißbuch über angebliche Subversionstätigkeiten Nicaraguas als Titel,¹³⁸ und die Fälschung verhalf Ronald Reagan dazu, 100

Millionen Dollar für die Contras vom Kongreß bewilligt zu bekommen, gerade als der Weltgerichtshof die Vereinigten Staaten zur Beendigung der Aggressionshandlungen aufforderte. Zwar flog der Betrug sofort auf, als der Council for Hemispheric Affairs sich der Sache annahm und gelangte als Randnotiz in einem Bericht der *Washington Post* über die »öffentliche Diplomatie« des Außenministeriums sogar an das Publikum, doch konnte das die Medien nicht davon abhalten, ihre Propaganda in den Dienst der guten Absicht zu stellen, »die sandinistische Regierung zu dämonisieren ... und im Bewußtsein des amerikanischen Volks in einen echten Feind und eine Bedrohung zu verwandeln«, wie ein Vertreter der Regierung Reagan formulierte.¹³⁹ Niemand nahm Anstoß an der Vorstellung, von Nicaragua ginge *tatsächlich* eine Bedrohung aus, der die Vereinigten Staaten nur hilflos zusehen könnten.

In einer Hinsicht jedoch wurden die Sandinisten zu Recht als Gefahrenquelle wahrgenommen, fürchtete man doch, daß Borges Hoffnungen sich verwirklichen könnten. Nicaragua war, wie Oxfam betonte, »die Drohung, die von einem guten Beispiel ausgeht«. So verstand es auch Außenminister Shultz, als er im März 1986 warnte: Wenn es den Sandinisten »gelingt, ihre Macht zu konsolidieren, werden *alle* Länder in Lateinamerika, die sich *alle* mit ernststen Wirtschaftsproblemen konfrontiert sehen, den Aufstieg radikaler Kräfte erleben, die diese Probleme für ihre Zwecke ausbeuten«.¹⁴⁰ Dagegen hilft nur, Nicaraguas Nachbarn mit Terror zu immunisieren; ganz ähnlich verfahren Metternich und der Zar, um die Staaten Europas vor der Bedrohung zu schützen, die damals von der amerikanischen Demokratie ausging.

Mithin bestätigt auch die zweite Beispielsammlung zur Berichterstattung über die Nicaragua-Politik die Erwartungen des Propaganda-Modells: Die öffentliche Meinung zumindest der entscheidenden Segmente der Bevölkerung muß im Zaum gehalten werden.

IV. Über Medien als Regierungsassistenten

»Es ist sehr interessant«, bemerkte Senator William Fulbright anlässlich einer Anhörung des Senats zum Thema Medien und Regierung 1966, »daß so viele unserer herausragenden Zeitungen beinahe zu Agenten oder Assistenten der Regierung geworden sind und ihre Politik weder anfechten noch hinterfragen.«¹⁴¹ Diese Bemerkungen sind nicht ganz zutreffend, weil die Medien so willfährig sich nicht verhalten; doch hinterfragen sie die Regierungspolitik ausschließlich innerhalb des Rahmens der gemeinsamen Machtinteressen von Staat und Wirtschaft. Differenzen zwischen Eliten finden in den Medien ihren Niederschlag,¹⁴² aber die eng gezogenen Grenzen des Konsenses werden nur selten überschritten. Es ist wahr, daß die amtierenden Staatsverwalter normalerweise bestimmen, was die Medien zum Thema machen. Aber wenn die Politik versagt oder den Machtinteressen zu schaden scheint, werden die Medien die Regierung »anfechten« und andere Mittel zur Verwirklichung von Zielen vorschlagen, die ihrerseits allerdings unhinterfragt bleiben, sofern sie überhaupt bewußt reflektiert werden.

Um das zu illustrieren, hatte ich an einigen Beispielen gezeigt, wie die Medien das Regierungsprojekt »Dämonisierung der Sandinisten« stützten und zugleich die Terrorstaaten in Mittelamerika priesen. Trotz meiner in jahrelanger Beschäftigung mit den Medien entwickelten Skepsis hatte ich nicht erwartet, daß sie dieser Herausforderung gewachsen sein würden. Als ich 1985 die reaganistischen Desinformationsprogramme in Sachen Mittelamerika beschrieb, verglich ich Nicaragua nicht mit El Salvador und Guatemala, um die Heuchelei (oder Lügenhaftigkeit) der

Vorwürfe nachzuweisen, weil ich die Intelligenz meiner Leser nicht beleidigen wollte. Statt dessen bezog ich die gegen Nicaragua erhobenen Anschuldigungen auf das Verhalten der israelischen »Musterdemokratie« zu jener Zeit und den Aktionen der Vereinigten Staaten unter Kriegsbedingungen, um zu zeigen, daß die Sandinisten angesichts dieser - zugegebenermaßen nicht sehr beeindruckenden - Maßstäbe höchst achtbar verfahren.¹⁴³ Aber ich hatte die Medien unterschätzt. Innerhalb eines Jahres war es ihnen gelungen, die mörderischen US-Vasallen als (wenngleich leicht fehlerhafte) Demokratien darzustellen, während die sandinistische Bewegung in Nicaragua zur Inkarnation des Bösen geworden war. Das bestätigen nicht nur meine im letzten Kapitel beschriebenen Untersuchungen, sondern auch die Forschungen des Politologen Jack Spence, der die allgemeine Berichterstattung in den Medien sowie 181 in der *New York Times* zum Thema Nicaragua veröffentlichte Artikel aus dem ersten Halbjahr 1986 analysierte.¹⁴⁴

Spence kommt zu dem Ergebnis, daß Mittelamerika praktisch ignoriert wurde, bis die USA sich 1978 herausgefordert fühlten. Von 1969 bis 1977 widmete das Fernsehen Nicaragua insgesamt eine Stunde Sendezeit, die ausschließlich dem Erdbeben von 1972 galt. Ignoriert wurden auch die Wahlen von 1972 in El Salvador, wo der augenscheinliche Sieg der Reformkräfte um José Napoleon Duarte durch Betrug und Intervention der US-Vasallen in Nicaragua und Guatemala zugunsten der Vorherrschaft der Militärs vereitelt wurde. Da die Interessen der USA in El Salvador gewahrt blieben, gab es ebensowenig die Notwendigkeit, eine »Demokratie« zu errichten wie 1984 in Panama, als der berüchtigte Drogenhändler General Noriega, damals noch US-Protégé, die Wahlen ebenfalls durch Betrug gewann. George Shultz huldigte ihm durch die Anwesenheit bei der Amtseinführung und pries die Wahl als »Triumph der Demokratie, dem Nicaragua nacheifern sollte«, obwohl er zuvor von der CIA und dem US-Botschafter informiert worden war, daß »Noriega mehr als 50000 Wahlzettel gestohlen hatte, um seine Kandidaten durchzusetzen.«¹⁴⁵

Während der siebziger Jahre ließen die Medien die wachsende Krise im Erwerb von Grundbesitz, die zu erheblichen sozialen Spannungen führte, unerwähnt.¹⁴⁶ Im ersten Halbjahr 1986 fand sich in den 181 Artikeln der *New York Times* über Nicaragua ein einziger Satz, der den Problemen des Landbesitzes und -erwerbs in Nicaragua gewidmet war, und die Agrarpolitik wurde nur hin und wieder mit dem Verweis auf »fortschrittliche« Reformen bedacht, ohne daß eine Analyse der Probleme versucht worden wäre. Auch »nicaraguanische Themen wie die Auswirkungen des Kriegs, die Programme der Sandinisten und ihre Unterstützung durch die Bevölkerung wurden von den Medien nicht aufgegriffen«. Die meisten Berichte »hatten ihre Quelle in Washington« und vertraten widerspruchslos die Reagan-Doktrin. So wurde über Freiheitskämpfer (Contras) lamentiert, die nur mit »Stiefeln und Bandagen« gegen gut entwickelte sowjetische Waffen und von Kubanern gelenkte Helikopter antreten mußten, über Gewehre für kolumbianische Terroristen, über Subversion von Chile bis Guatemala, über kubanische Soldaten, die »haufenweise in den Straßen von Managua flanieren«, usw. Insgesamt, so Spence, hat die *New York Times* »die Perspektive [der Reaganisten] übernommen« und die Anschuldigungen gegen die Sandinisten »ohne weitere Beweise« wiederholt. Hin und wieder jedoch hat ein Reporter »der Ausgewogenheit halber eine Zeile eingefügt, die den Hintergrund aufhellt«. Er kommt zu dem Schluß: »Es war so, als hätte die *New York Times* ein Softwareprogramm, das bei seltenen Gelegenheiten einen ›Ausgewogenheitsfaktor‹ aktiviert, der die Reportage davon abhält, auf halbem Weg stehenzubleiben.« Ansonsten durfte die *Taktik* Reagans kritisiert werden, aber nichts darüber hinaus.

Bekanntlich kann durch Auswahl der Quellen extreme Einseitigkeit hinter einer Fassade scheinbarer Objektivität verborgen werden. Der Medienspezialist Lance Bennett (Universität Washington) hat die Streubreite zugeschriebener Nachrichtenquellen in der *New York Times* und der Presse von Seattle für den Monat September 1985 ausgewertet. In der Berichterstattung der *New York Times* über El Salvador standen

über 80 Prozent der Quellen der Regierung nahe; 10 Prozent stammten von der Opposition. Im Hinblick auf Nicaragua war das Verteilungsmuster genau umgekehrt: Über zwei Drittel der ausgewählten Quellen waren regierungskritisch, weniger als 20 Prozent regierungsfreundlich. Die lokalen Medien in Seattle boten ein ähnliches Bild. Trotz des vorgeblichen Unterschieds folgte die Auswahl der Quellen in beiden Fällen den gleichen Kriterien: Das Übergewicht lag bei der US-Regierung und ihren Verbündeten und Vasallen. Bennett gelangte zu dem Schluß: »In beiden Ländern kam die Bevölkerungsmehrheit - Bauern, Stadtbewohner, Arbeiter und Kaufleute - in der Berichterstattung der US-amerikanischen Presse über ihr Leben gar nicht zu Wort.«

Bennett sah die Gründe für diese Diskrepanz in der Neigung, sich auf »leicht zugängliche ›offizielle‹ Quellen« und andere »institutionelle Faktoren« zu verlassen. Das ist plausibel, aber auch ein wenig irreführend. So sind oppositionelle Quellen in Nicaragua natürlich leicht aufzutreiben, weil sie sich dort, trotz mancher Schwierigkeiten, offen äußern können, während Regierungskritiker in Guatemala und El Salvador von Sicherheitskräften ermordet wurden oder fliehen mußten; ein durchaus wichtiger Unterschied, den die Presse verschwieg oder gar ins Gegenteil verkehrte. Bei der Berichterstattung über Afghanistan war der Kreml eine »leichter zugängliche« Quelle als die Guerillakämpfer in den Bergen, dennoch bezogen sich die Reportagen richtigerweise vor allem auf ihre Äußerungen. In Nicaragua wurde über den Krieg vor allem aus der Sicht der Contras berichtet, während man in El Salvador oder Guatemala den Standpunkt der Guerilleros unberücksichtigt ließ. Überdies werden wichtige Quellen oft einfach unterdrückt.¹⁴⁷ Das gleiche gilt für Untersuchungen über Flüchtlinge, bei denen meist politische Prioritäten den Ausschlag geben und nicht die Zugänglichkeit von Quellen.¹⁴⁸ Die »institutionellen Faktoren« sind nicht ohne Bedeutung, aber letztlich gibt die doktrinären Erfordernissen geschuldete bewußte Auswahl den Ausschlag.¹⁴⁹

In seiner Untersuchung der Berichterstattung über Nicaragua Anfang 1986 kam Spence zu ähnlichen Ergebnissen.

Hauptquellen waren die US-Regierung und die Contras, denen zusammen mit der politischen Opposition doppelt so viel Raum in den Kommentaren und Reportagen gewidmet wurde wie der nicaraguanischen Regierung. Viel Aufmerksamkeit erhielten auch die COSEP (eine Organisation von Geschäftsleuten) und die mit US-Geldern finanzierte Oppositionszeitung *La Prensa*. Insgesamt

wurden die Regierungsgegner mit großer Sympathie bedacht; nur einer von 33 Berichten über die Contras beschäftigte sich mit Menschenrechtsverletzungen, und auch die mittlerweile ausgefertigten Greuelthaten fanden höchstens flüchtige Erwähnung. Wie das Außenministerium und der Kongreß zogen es auch die Medien vor, das Thema mit »absichtsvoller Ignoranz« (so Vertreter von Menschenrechtsorganisationen) zu behandeln.¹⁵⁰

Im Hinblick auf El Salvador finden wir das gegenteilige Muster vor. Hier wurden die Guerillakämpfer als marxistische Terroristen gegeißelt, während die Kommentare der *New York Times*, der offiziellen Linie folgend, behaupteten, daß sich die Lage unter der demokratischen Regierung von Duarte, dem »aufrechten, reformorientierten Christdemokraten« verbessern würde. Duarte sei in einem von »unversöhnlichen Extremen« zerrissenen Land verzweifelt darum bemüht, die Menschen in eine hoffnungsvollere Zukunft zu führen, »obwohl er noch entschiedener hätte versuchen können, Anführer von Todesschwadronen zur Verantwortung zu ziehen«. (Soll heißen: Er hat den Sicherheitskräften keinen Einhalt geboten; vielmehr lobte er sie für ihren »wertvollen Einsatz an der Seite des Volks gegen die Subversion«, während er zugleich eingestand, daß »die Massen auf Seiten der Guerilleros standen«, als er die führende Rolle im Kampf gegen die Bevölkerung übernahm.) Die großen Medien zeichneten ihn als Opfer, nicht als den bereitwilligen Agenten, der die Aufgabe hatte, beim US-Kongreß Gelder für die von ihm protegierten Terroristen locker zu machen. Der Journalist Marc Cooper, der über 800 Artikel analysierte, die zwischen März 1984 und Oktober 1985 in den wichtigsten US-amerikanischen Tageszeitungen erschienen waren, kam zu dem Ergebnis, daß »die Regierungspolitik [Duartes] lauthals gefeiert«, die Greuelthaten der Todesschwadronen jedoch systematisch verschwiegen wurden. Kein einziger Beitrag »bewertete Duartes Bündnis mit dem militärischen Establishment«, dem eigentlichen Herrscher.¹⁵¹

In der *New York Times*, deren Kommentare über Mittelamerika ich über einen Zeitraum von sechseinhalb Jahren prüfte, wurde ebenfalls vieles im wahrsten Sinne totgeschwiegen. So fand sich kein Wort über die Ermordung des salvadorianischen Erzbischofs Romero oder über die darauf folgende Razzia von Sicherheitskräften, die das erzbischöfliche Rechtshilfebüro durchsuchten, um Beweise für ihre Beteiligung an dem Mord zu vernichten; kein Wort über die Schließung und Zerstörung der Universität durch die Armee, bei der etliche Zivilisten zu Tode kamen; kein Wort über die Zerschlagung der unabhängigen Presse und die Ermordung oder Vertreibung von Redakteuren und Verlegern; kein Wort über den im März 1980 ausgerufenen Belagerungszustand, als Duarte sich der Junta anschloß und deren Massaker unterstützte und rechtfertigte. Als jedoch Nicaragua am 15. Oktober 1985 den Belagerungszustand verhängte, verurteilte die *New York Times* das als Mangel »an Respekt für Demokratie und Menschenrechte« und hatte für »Präsident Ortegas Behauptung, das scharfe Vorgehen sei die Schuld »der brutalen Aggression Nordamerikas und seiner Verbündeten im Land« nur Verachtung übrig, wohingegen El Salvadors erneute Ausrufung des Belagerungszustands mit weitaus drakonischeren Maßnahmen, die zwei Tage später erfolgte, unerwähnt blieb. Auch die Tatsache, daß einer der führenden Mordbrenner der salvadorianischen Sicherheitskräfte, General Vides Casanova, von Duarte zum Verteidigungsminister ernannt wurde, nachdem er seinen Dienst als Chef der Nationalgarde quittiert hatte, erregte kein Erstaunen. Zuvor hatte er erklärt, daß »die Sicherheitskräfte darauf vorbereitet sind, 200000 bis 300000 Personen umzubringen, wenn sich eine Machtübernahme der Kommunisten dadurch verhindern läßt«. Nach seiner Berufung zum Minister beschrieb die *New York Times* diesen Massenmörder und Folterer als »freundlichen Mann mit sanfter Stimme, der den Ruf eines ausgezeichneten Verwaltungsfachmanns genießt«. Zwar räumte die Zeitung ein, daß die Nationalgarde unter seinem Kommando schreckliche Untaten, darunter die Vergewaltigung und Ermordung von vier US-amerikanischen Nonnen und die Tötung zweier ebenfalls US-amerikanischer Gewerkschaftsberater, begangen habe, ließ aber wissen: »Zu seiner Verteidigung wird vorgebracht, daß unter seinem Kommando die Nationalgarde den Ruf, die schlimmste von El Salvadors drei Sicherheitskräften zu sein, verloren hat.« Das ist zweifellos eine eindrucksvolle Errungenschaft.¹⁵²

Im Falle Nicaraguas war das Muster etwas anders. Hier braute die Staatspropaganda irgendwelche Vorwürfe zusammen, die von den Medien dann an herausgehobener Stelle und unhinterfragt verbreitet wurden. Erschienen ihnen die Anschuldigungen als zu abstrus, gab es im Innenteil ein kleines Dementi, oftmals jedoch nicht einmal das, obwohl man die Haltlosigkeit der Geschichte erkannt hatte.

Dabei geht es um mehr als Pflichtverletzung, Inkompetenz oder Dienst an der Macht. Die den Staatsterroristen in den »jungen Demokratien« gewährte Protektion war der Schleier, hinter dem sie, unterstützt von den USA, ihre Greuelthaten begehen konnten, während die Parteinahme für die Contras die Durchsetzung der reaganistischen Programme - Terror und Wirtschaftskrieg - begünstigte, die den sozialen und ökonomischen Fortschritt in Nicaragua in sein Gegenteil verkehrten, was den Medien Anlaß gab, die »Unfähigkeit« und Böswilligkeit der Sandinisten zu bespötteln. So waren sie willige Helfershelfer bei massiven Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen.¹⁵³

Um die Öffentlichkeit über die Lage der Dinge in Mittelamerika während der kritischen Periode Anfang 1986 besser zu informieren, brachte das Sonntagsmagazin der *New York Times* im April als Titelgeschichte eine Analyse von James LeMoyné zu den Hintergründen für den Aufstieg des »Guerilla-Netzwerks«.¹⁵⁴ LeMoyné hebt hervor, daß »praktisch jede Studie über diese Region ... zu dem Schluß gelangte, daß die Revolutionen in Mittelamerika vor allem durch jahrzehntelange Armut, blutige Unterdrückung und fehlgeschlagene politische Reformversuche verursacht worden sind«. Außerdem würde natürlich jede seriöse Studie zu dem Schluß kommen, daß die Vereinigten Staaten eine gewisse Verantwortung für diese Situation und damit auch für den Aufstieg des »Guerilla-Netzwerks« tragen, aber das erwähnt LeMoyné nicht. Er spricht über die Rolle Kubas, der Sowjetunion, Nordkoreas, der PLO, Vietnams usw., bedenkt einen der Hauptakteure jedoch nur mit dem Satz, daß »die Vereinigten Staaten die salvadorianische Armee unterstützten, auf Wahlen bestanden und einige Reformen forderten«. Kein Wort darüber, daß die von uns »unterstützte« Armee Folterungen und Massaker beging, um »die Organisationen des Volks, das für seine fundamentalsten Menschenrechte kämpfte«, zu zerstören. So formulierte es Erzbischof Romero kurz vor seiner Ermordung, als er Präsident Carter vergeblich bat, jene Kräfte, »die lediglich das Volk unterdrücken und die Interessen der salvadorianischen Oligarchie verteidigen«, nicht zu fördern.

Diese Verbindung von geschichtlicher Ignoranz und Lobgesängen auf unsere guten Absichten ist typisch für die Medien. Dazu ein weiteres Beispiel: In einer früheren Titelgeschichte des Sonntagsmagazins der *New York Times* erörterte Tad Szulc die »radikalen Strömungen in der Karibik« und bemerkte, daß »die Wurzeln der karibischen Probleme nicht nur in Kuba liegen«; schuld daran sind neben der »sowjetischen Offensive« auch die Folgen »kolonialer Gier und Mißwirtschaft« der europäischen Mächte. Den Vereinigten Staaten könne man lediglich »Gleichgültigkeit« gegenüber den wachsenden Problemen vorhalten. Kaum jemand scheint bereit, dem ehemaligen Präsidenten Costa Ricas, Daniel Oduber, zuzuhören, der meinte, daß die »Verbrecher«, die »das Leben der Mittelamerikaner und ihrer Familien bedrohen ... keine leninistischen Kommissare sind, sondern die in den Vereinigten Staaten ausgebildeten Offiziere«.¹⁵⁵

Spence bemerkt, daß »die bevorstehende wichtige Entscheidung des Weltgerichtshofs [die am 27. Juni 1986 gefällt wurde] in den ihr vorangehenden 171 Berichten [über Nicaragua] keine Erwähnung fand«. Der Gerichtshof verurteilte dann die Vereinigten Staaten wegen ihrer Unterstützung der Contras und des unrechtmäßigen Wirtschaftskriegs. Die USA wurden aufgefordert, die fortgesetzte Verletzung internationaler Rechtsnormen und gültiger Verträge zu beenden und Reparationen zu zahlen. Über die Entscheidung wurde zwar berichtet, doch galt sie nur als kleines Ärgernis. Ihr Inhalt wurde verschwiegen oder verfälscht, der Weltgerichtshof als Buhmann hingestellt und die Herrschaft des Gesetzes als auf die USA nicht anwendbar erachtet.

In ihrem Kommentar vom 1. Juli diskreditierte die *New York Times* den Weltgerichtshof als »feindseliges Forum« (das natürlich gar nicht »feindselig« war, als es im Fall der Geiselnahme im Iran zugunsten der USA entschied), und behauptete: »Sogar die Mehrheit [des Gerichtshofs] erkannte an, daß vorangegangene Angriffe Nicaraguas auf El Salvador die »Kollektive Verteidigung« zur möglichen Rechtfertigung für Amerikas Vergeltungsschläge machen könnten.« Der Kommentar suggerierte, daß die USA aufgrund der nicaraguanischen Aggression »Vergeltung« geübt habe, erwähnte aber nicht, daß der Gerichtshof »kollektive Selbstverteidigung« als Rechtfertigung explizit *zurückgewiesen* hatte. Überdies wurden die Anschuldigungen gegen Nicaragua vom Gerichtshof nach Bewertung der von den USA vorgelegten Beweisdokumente für grundlos erachtet. In einem Meinungsbeitrag, der am 17. Juli abgedruckt wurde, äußerte Thomas Franck von der New York University Law School, die Vereinigten Staaten könnten die Entscheidung des Weltgerichtshofs

unbeachtet lassen, weil »Amerika - ob es nun allein oder mit seinen Verbündeten handelt - immer noch frei sein muß, die Freiheit zu verteidigen«. Wie etwa in Nicaragua.¹⁵⁶

Wenn es indes um die Vergehen von offiziellen Feinden geht, lassen sich Regierung und Medien der USA in ihrem Ruf nach der Herrschaft des Gesetzes und diplomatischen Verhandlungen von niemandem übertreffen. Darum mußten die Vorgänge vom Sommer 1986 sorgfältig für die öffentliche Wahrnehmung aufbereitet werden. Bis Juni wurde lang und

breit über Nicaraguas Weigerung, dem Vertragsentwurf der Contadora-Staaten [Mexiko, Panama, Kolumbien und Venezuela] zuzustimmen, berichtet. Im Mai brachte die *New York Times* einen ausgedehnten Bericht von Stephen Kinzer, in dem Präsident Ortega kritisiert wurde, weil er den Vertrag nicht ohne bestimmte Zusicherungen aus Washington unterschreiben wollte.¹⁵⁷ Ein paar Wochen später war der Contadora-Entwurf gestorben. Mitte Juni zogen die US-Vasallenstaaten ihn auf Anweisung der Vereinigten Staaten zurück. Die US-Presse schwieg dazu. Am 21. Juni erklärte Nicaragua sich bereit, dem Vertrag zuzustimmen. Die *Washington Post* ignorierte diese Renitenz, während die *New York Times* in der Sparte »Aus aller Welt« zwei Glossen brachte, die im wesentlichen die Haltung der Regierung Reagan wiedergaben.

Für die Assistenten der Regierung bestimmt sich der Wert von Nachrichten gemäß ihrem Nutzen für die ideologische Kriegführung.

Ein paar Tage später erfolgte das bereits erwähnte Urteil des Weltgerichtshofs, woraufhin der Kongreß 100 Millionen Dollar Militärhilfe für die Contras bewilligte. Regierungsvertreter äußerten sich mit Genugtuung: »Hier geht es um die Sache. Es ist ein echter Krieg.«¹⁵⁸

Nunmehr brachte Nicaragua die Angelegenheit vor den UN-Sicherheitsrat, wo die Vereinigten Staaten (bei elf Jastimmen und drei Enthaltungen) ihr Veto gegen eine Resolution einlegten, die alle Staaten aufforderte, die Normen des internationalen Rechts zu beachten. Daraufhin wandte sich Nicaragua an die Generalversammlung, die mit 94 gegen 3 Stimmen (USA, Israel, El Salvador) die Entscheidung des Weltgerichtshofs bestätigte. Die Abstimmung im UN-Sicherheitsrat war der *New York Times* eine kurze Notiz wert, nicht jedoch die in der Generalversammlung. In derselben Sitzung rief Nicaragua die UN auf, eine unabhängige Kommission zur Untersuchung von Zwischenfällen an die Grenze nach Honduras zu entsenden. Honduras wies, unterstützt von den USA, den Vorschlag zurück; Medienberichte darüber gab es nicht - das Schicksal aller nicaraguanischen Bemühungen um eine internationale Überwachung der Grenzen. Ein Jahr später, am 12. November 1987, forderte die Generalversammlung erneut die »vollständige und sofortige Befolgung« der Entscheidung des Weltgerichtshofs; diesmal legten nur Israel und die USA ihr Veto ein. Dennoch war es ein weiterer Rückschlag für die mittelamerikanischen Übereinkünfte, die, sehr zum Unmut Washingtons, im August unterzeichnet worden waren. In der *New York Times*, der *Washington Post* und den drei TV-Netzwerken wurde über die Abstimmung nicht berichtet. Auch weitere Mahnungen des Weltgerichtshofs an die USA, die geforderten Reparationszahlungen an Nicaragua zu leisten, fanden kein Echo in den Medien.¹⁵⁹

Die Reaktion von US-Regierung und Medien auf die in internationalen Institutionen sich niederschlagende Weltmeinung verdient nähere Aufmerksamkeit. Die Sitzung der UN-Generalversammlung vom 26. Dezember 1987 bietet dafür anschauliche Beispiele. Während sich alle Augen auf den Gipfel von Washington, den Vertrag zur Reduzierung von Mittelstreckenraketen (INF) und Reagans Erfolge als Friedensherold richteten, stimmte die UN über eine Reihe von Resolutionen zur Abrüstung ab. Mit 154 zu 1 Stimmen (keine Enthaltungen) lehnte die Generalversammlung die Militarisierung des Weltraums ab - eine klare Absage an Reagans »Strategische Verteidigungsinitiative« (SDI, auch als »Star Wars« bekannt). Mit 135 zu 1 Stimmen wurde gegen die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen entschieden. In beiden Fällen standen die USA mit ihrem Nein allein da. Eine weitere Resolution - 143 zu 2 - forderte einen Vertrag zur Einstellung von Atomwaffentests. Hier unterstützte Frankreich die ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten. Eine weitere Abstimmung, bei der es um das Verbot sämtlicher Testexplosionen ging, endete mit 137 zu 3; hier stieß noch Großbritannien zur Gruppe der Neinsager hinzu. Zwar gab William Broad eine Woche später im *New York Times Magazine* im Hinblick auf Reagans »Star Wars«-Programm zu bedenken, daß viele Leute der Ansicht seien, der Weltraum solle »nur für friedliche Zwecke genutzt werden«, doch über die einzelnen Abstimmungen verlor die Zeitung kein Wort.¹⁶⁰

Zwei Tage später berichtete die *New York Times* über eine Abstimmung in der UN-Generalversammlung, bei der »die bisherige Verurteilung des internationalen Terrorismus in all seinen Formen bestätigt ... alle Länder zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus aufgerufen ... und der Generalsekretär eingeladen wurde, sich bei den Mitgliedsstaaten über ›Mittel und Wege‹ bei diesem Kampf zu informieren«. Die Resolution wurde mit 128 zu 1 (Israel war dagegen, die USA enthielten sich) verabschiedet. Die Überschrift lautete: »Syrien, in der UN isoliert, läßt Plan für Terrorismus fallen«.¹⁶¹

Fünf Tage später verabschiedete die Generalversammlung eine Resolution, die den »Terrorismus, wo und von wem auch immer er ausgeübt wird«, verurteilte. Die Abstimmung ging mit 153 zu 2 aus (Israel und die USA sagten Nein, Honduras enthielt sich). Insbesondere alle NATO-Staaten votierten dafür. Nichts davon in der *New York Times*. Die USA und Israel waren vermutlich gegen die Formulierung gewesen, derzufolge »das Recht der Völker, vor allem solcher unter kolonialen oder rassistischen Regimen oder fremder Besatzung oder anderen Formen von Herrschaft, für Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit zu kämpfen oder für diesen Zweck Unterstützung zu suchen, bleibt von dieser Resolution unberührt«.¹⁶²

Wie folgenreich die Weigerung der Medien ist, über die Isolierung der USA und Israels bei solchen Abstimmungen zu informieren, zeigte sich ein Jahr später. Im November 1988 kam der Palästinensische Nationalrat in Algier zusammen und verabschiedete eine Resolution, in deren Mittelpunkt die Willenserklärung zur Errichtung eines palästinensischen Staats auf »unserem palästinensischen Territorium« stand. Das war nicht nach dem Geschmack der US-Regierung, weshalb das Thema in der Diskussion der Medien an den Rand gedrängt wurde. Des weiteren schlug die Resolution Vorkehrungen vor, die »den Frieden und die Sicherheit aller Staaten in der Region garantieren«. Das wiederum war für Washington und ergo für die Medien von Interesse, auch wenn die Regierung die Resolution des Nationalrats letztlich als unakzeptabel ablehnte.¹⁶³

Diese Ereignisse könnten von den Medien auf zweierlei Weise dargestellt werden. Zum einen ließe sich berichten, daß die höchste palästinensische Autorität in ihrer Resolution mit der Errichtung eines unabhängigen Staats auch das Prinzip der Teilung offiziell bekräftigt und, klarer als zuvor, die Unterstützung der PLO für den internationalen Konsens über eine politische Regelung zwischen Israel und den Palästinensern sowie die Ablehnung des Terrorismus bekundet, während die USA und Israel mit ihrer Verweigerungshaltung international isoliert sind und Israel weiterhin die UN-Resolution 242 als Grundlage zur Regelung des Nahost-Konflikts ablehnt.

Zum anderen könnte man die Resolution als belanglos verwerfen, die Isolierung Israels und der USA ignorieren und die Haltung Washingtons als »moderat«, per definitionem richtig und grundlegend für alle weiteren Verhandlungen akzeptieren. Vor diesem Hintergrund ließe sich darüber diskutieren, ob man die Palästinenser zu weiteren Schritten in Richtung auf eine gemäßigte Haltung ermutigen oder die Forderung erheben sollte, daß die PLO entweder politisch seriös wird oder verschwindet.

Die erste Version, die den Anspruch auf Wahrheit erheben kann, ist in den US-Medien nicht zu finden, während die zweite nahezu ausnahmslos die vorherrschende war. Die *New York Times* erklärte, die Äußerungen der Resolution zum Terrorismus seien »ein altbekanntes Ausweichmanöver Arafats«, und selbst Anthony Lewis, der mit seinen Bemühungen, den Ketten des Dogmas zu entkommen, im Mainstream fast allein dastand, war der Meinung: »Die Vereinigten Staaten fordern mit Recht, daß die PLO unzweideutig jeglichem Terrorismus abschwören muß, bevor sie an Verhandlungen teilnehmen kann.« Obwohl also die PLO sich der internationalen Verurteilung des Terrorismus (gegen die, wie erwähnt, einzig die USA und Israel stimmten) angeschlossen hatte, wird Arafat erst dann ernstgenommen, wenn er die Haltung Washingtons übernimmt.¹⁶⁴

Wenn also die Welt mit uns nicht einer Meinung ist, befindet sie sich im Unrecht, und mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Alternativen können nicht erörtert, geschweige denn entworfen werden. Aber selbst die Tatsache, daß die Welt nicht mit uns übereinstimmt, muß ignoriert werden. Wer jenseits unserer Grenzen das Licht nicht sieht, existiert einfach nicht (ausgenommen Israel). Diese Doktrin hätte die Kirche im Mittelalter schwer beeindruckt, und auch die heutigen Mullahs in Ghom könnten ihr viel abgewinnen.

Wiederum dürfen die Folgen nicht unterschätzt werden. Über viele Jahre hinweg hat die Selbstzensur der Medien den Vereinigten Staaten und Israel erlaubt, in einem der explosivsten Gebiete der Welt eine politische Regelung zu blockieren. Das blieb auch so, als die USA ihre allmählich unhaltbar gewordene Position zu Gesprächen mit der PLO revidierte, doch zugleich den Friedensprozeß weiterhin torpedierte. Senator Fulbrights Bemerkung von 1966 bleibt auch weiterhin aktuell.

Zurück zum Thema Mittelamerika. Der von Washington und seinen Assistenten betriebene Feldzug zur »Dämonisierung der Sandinisten« stand vor einer neuen Herausforderung, als die Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten im August 1987 ein Friedensabkommen erreichten. Die Regierung Reagan hatte lange Zeit versucht, diplomatische Initiativen zu verhindern. Nachdem sie die Sandinisten wegen ihrer Weigerung, den Contadora-Vertrag von 1984 zu unterzeichnen, verurteilt hatte, änderte sie ihre Meinung, als Nicaragua unerwarteterweise doch Zustimmung signalisierte. »Washington versuchte mit allen Mitteln die Unterzeichnung zu verhindern«, bemerkte Costa Ricas stellvertretender Außenminister Gerardo Trejas Salas in einem unveröffentlichten Interview. Die USA hätten auf Costa Rica und andere Vasallenstaaten 1985/86 »starken Druck« ausgeübt, erklärte er.¹⁶⁵

Auch die 1987 lancierte Friedensinitiative des costaricanischen Präsidenten Oscar Arias Sanchez [der dafür den Friedensnobelpreis erhielt; d. Ü.] war Washington nicht willkommen. Im Juni informierte der US-»Friedensgesandte« Philip Habib »hochrangige Senatoren«: »Sollte die Regierung der Ansicht sein, daß sich ihre Perspektiven und Interessen in den regionalen Arrangements nicht niederschlagen, würde sie die nicaraguanischen Contra-Rebellen trotz der von den [mittelamerikanischen] Führern erzielten Vereinbarungen weiter unterstützen.« Im selben Monat drängte die US-Regierung Präsident Duarte, ein geplantes Treffen der mittelamerikanischen Präsidenten in Guatemala zu verschieben. Ein guatemaltekischer Regierungsbeamter berichtete, Duarte habe »Guatemalas Präsident persönlich mitgeteilt, daß die US-Regierung ihn unter Druck gesetzt hätte«.¹⁶⁶ Die Presse in Honduras und Guatemala gab den Inhalt der Gespräche zwischen Duarte und Habib wieder, in denen der US-Emissär darauf drang, Duarte solle den Friedensplan von Arias ablehnen. Wenn El Salvador, wie der Plan vorsah, mit der Opposition im Lande Verhandlungen aufnähme, gefährde das »die Demokratie«. Duarte gab schließlich nach und bestand auf einer Verschiebung des Treffens.¹⁶⁷

Die US-Medien zeigten sich desinteressiert und sahen in Habib auch weiterhin einen um diplomatische Regelungen bemühten Advokaten des Friedens.

Am 5. August unternahm Washington einen letzten Versuch, das Friedensabkommen zu torpedieren. Der Reagan-Wright-Plan forderte die Zerschlagung des politischen Systems in Nicaragua, die Beendigung der Militärhilfe und die Demobilisierung der sandinistischen Streitkräfte. Als Gegenleistung würden die USA *versprechen*, Waffenlieferungen an die Contras zu stoppen. Dieser Vorschlag wurde von den Medien als faires Angebot befürwortet; die vor zwei Tagen abgeschlossenen Anhörungen zur Iran-Contra-Affäre mitsamt dem durch sie vermittelten Eindruck, US-amerikanische Versprechungen könnten nicht gerade Gold wert sein, waren längst ein alter Hut. Dennoch unterzeichneten, sehr zum Ärger der Regierung Reagan, die Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten am 7. August den Friedensvertrag.

Nun verlegte sich die Propagandamaschinerie darauf, das unannehmbare Abkommen außer Kraft zu setzen. Die Medien waren, wie immer, willige Gefolgschaft.

Das Problem war nicht neu: Eine Großmacht hat ihren Willen nicht durchsetzen können und sieht sich Umständen konfrontiert, die sie nicht akzeptieren kann. Es gibt nun verschiedene Möglichkeiten, damit umzugehen. Man könnte beispielsweise vorgeben, daß der Gegner kapituliert und die US-amerikanische Haltung übernommen hat. Das geht nur, wenn man auf die Unterstützung des Informationssystems setzen kann. Die Medien müssen die Version der Regierung, wie seltsam diese auch sein mag, als die einzig wahre ausgeben. Weigert sich der Gegner dann, darauf einzugehen, kann man ihn wegen seiner Pflichtvergessenheit zur Rechenschaft ziehen.

Ein bezeichnendes Beispiel für diese Technik war der Umgang mit dem Pariser Friedensabkommen vom Januar 1973, das die Vereinigten Staaten unterzeichnen mußten, nachdem es ihnen nicht gelungen war, Nordvietnam durch die großflächige Bombardierung besiedelter Gebiete zur Unterwerfung zu zwingen. Die US-Regierung lancierte sofort eine Version des Vertrags, die dessen

Inhalt in allen entscheidenden Punkten diametral entgegengesetzt war. Die Medien vollzogen den Schulteranschlag, und so waren die tatsächlichen Vertragsbestimmungen schon nach wenigen Tagen dem Vergessen überantwortet worden. Danach verstießen die USA und ihr südvietnamesischer Vasall vorsätzlich gegen den Vertrag, um ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Als der Gegner daraufhin entsprechend reagierte, schob man ihm die Schuld für das Scheitern der Friedensbemühungen in die Schuhe.¹⁶⁸

Ganz ähnlich verfuhr man mit dem mittelamerikanischen Friedensabkommen. Zunächst galt es, die Doktrin zu erhärten, daß die Sandinisten durch die Unterstützung der Contras zu den Verhandlungen gezwungen worden waren. Das war wichtig, um damit die eventuelle spätere Anwendung von Terror und militärischer Gewalt zu rechtfertigen. Unterschlagen wurden dabei Nicaraguas Friedensbemühungen und die erfolgreichen Störmanöver der USA.¹⁶⁹ Die Doktrin setzte sich durch, und die *New York Times* konnte den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, Michael Dukakis, im Wahlkampf des Jahres 1988 kritisieren, weil er »die Rolle der Gewalt unterschätzt, die notwendig ist, um die Sandinisten an den Verhandlungstisch zu bringen«. Tatsachen, die dem Grundsatz, Gewalt sei erforderlich, um den Frieden zu erzwingen, im Wege stehen, müssen beiseitegeräumt werden. Wahr ist, was uns nützt. Punktum.

Die erste Aufgabe wurde unverzüglich erledigt, und nun ging es darum, das Abkommen selbst zu hintertreiben. Die erste Phase erstreckte sich von der Unterzeichnung im August 1987 bis zum Januar 1988, als die mittelamerikanischen Präsidenten den Bericht der Internationalen Verifikations-Kommission (CIVS) erwarteten, die den Auftrag hatte, die Umsetzung des Abkommens zu überwachen. Die US-Regierung wollte die ganze Aufmerksamkeit auf die Sandinisten lenken, um die Angriffe der Contras auch weiterhin forcieren und die Vasallenstaaten vor der Erfüllung der Vertragsbestimmungen bewahren zu können. Die Medien widmeten sich auch dieser Aufgabe mit Eifer, und im Januar waren die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehrt worden, um hinfort nur noch für Archivare von Interesse zu sein. Gesiegt hatten wieder einmal die notwendigen Illusionen.

Der Friedensplan enthielt eine »Conditio sine qua non«, nämlich die Beendigung offener oder verdeckter Unterstützung in jeglicher - »militärischer, logistischer, finanzieller, propagandistischer« - Form für »irreguläre Streitkräfte« (die Contras) oder »aufständische Bewegungen« (die einheimischen Guerillagruppen). Die USA dagegen erhöhten sofort die Zahl der illegalen, von der CIA betriebenen Nachschubflüge für die Contras. Bislang war ein Flug pro Tag üblich gewesen, im September wurden es zwei, in den Monaten danach sogar drei. Auch die Überwachungsflüge häuften sich. Dadurch war es den Contras möglich, ihre Angriffe - Mordanschläge, Übergriffe gegen landwirtschaftliche Kooperativen, Verschleppungen - außerordentlich zu intensivieren.¹⁷⁰ Außerdem versuchte die CIA, Miskito-Führer zu bestechen, damit die Indianer sich dem Friedensprozeß verweigerten.

Das Contadora-Friedensabkommen war also im Grunde ein totgeborenes Kind. Die Medien unterdrückten diese unliebsame Tatsache; und da die USA nicht zu den Unterzeichnerstaaten gehörten, konnten sie rein technisch gesehen den Vertrag nicht »verletzen«. Dennoch hätte eine einigermaßen objektive Berichterstattung auf die Torpedierungsversuche hinweisen müssen, was aber nur Randgruppen mit Zugang zu alternativen Medien taten.

Der Mainstream schwieg sich auch nach dem Januar 1988 über die US-amerikanischen Versorgungsflüge für die Contras aus. Die detaillierten Berichte Nicaraguas wurden, wie schon in der Vergangenheit, ignoriert. Im Dezember 1988 gab Verteidigungsminister Humberto Ortega an, daß die USA trotz des vom Kongreß ausgesprochenen Verbots weiterhin die Contras vom Stützpunkt Ilopango bei San Salvador aus unterstützten. »Wir sprechen über CIA-Flüge, wissen aber nicht, ob diese mit Zustimmung der salvadorianischen Regierung erfolgen.« Obwohl es gute Gründe gab, Ortegas Angaben für wahr zu halten, konnte man nur aus der anglophonen *Barricada Internacional* (Managua) darüber etwas erfahren, nicht aber aus der *New York Times* oder anderen US-Zeitungen.¹⁷¹

Der Friedensvertrag forderte »Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie« und Garantien für »die Unverletzbarkeit aller Lebens- und Freiheitsformen« und der »Sicherheit des Volks« sowie »einen wahrhaft pluralistischen und partizipatorischen demokratischen Prozeß zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit« und die »Achtung der Menschenrechte«. Auch das war für die Vereinigten Staaten inakzeptabel, weil dergleichen in den Vasallenstaaten nur durch die Zerschlagung der Vorherrschaft

von Militär und Milizen realisierbar gewesen wäre. Daher mußten die Medien auch die politische Praxis dieser Länder dem Schweigen anheimgeben oder allzu grobe Verstöße gegen die Menschenrechte bagatellisieren. Ihr Augenmerk blieb auf Nicaragua fixiert, über das sehr viel mehr berichtet wurde als über alle anderen mittelamerikanischen Staaten zusammengenommen. Dabei konzentrierte man sich fast ausschließlich auf vorgebliche Verstöße gegen den Contadora-Vertrag.

Inakzeptabel war auch die der Verifikations-Kommission zugewiesene Rolle. Da die USA in ihren Interessengebieten keine Einmischung dulden, konterkarierten sie die Friedensbemühungen in Mittelamerika ebenso wie die Tätigkeit der CIVS. Überdies war deren erster Bericht geschmacklos genug, die USA und ihre Vasallen zu rügen, während die von Nicaragua unternommenen Schritte gelobt wurden. Die *New York Times* verlor über den Bericht kaum ein Wort, und die Kommission wurde auf amerikanischen Druck hin aufgelöst

Damit war der Sieg endgültig. Nicaragua verkündete, es werde die Bedingungen des ursprünglichen Vertrags einseitig erfüllen und verlangte zur Prüfung eine internationale Überwachungskommission. Daraufhin seufzten die US-Medien zufrieden auf, daß Nicaragua endlich Bereitschaft zeige, dem Abkommen Folge zu leisten, obwohl man Kommunisten natürlich nicht trauen könne.

Kehren wir zum Januar 1988 zurück. Die Interpretation der Verträge beschränkte sich nun auf die Frage, ob Nicaragua sich Washingtons Diktat beugen und mit der CIA-gestützten zivilen Opposition Verhandlungen aufnehmen würde. Der Friedensvertrag selbst sah dergleichen nicht vor; dennoch willigte Nicaragua ein und erreichte unerwarteterweise ein Waffenstillstandsabkommen mit den Contras. Unterdessen bemühten sich die Guerillagruppen in El Salvador und Guatemala ebenfalls um Verhandlungen, wurden aber zurückgewiesen. Erwartungsgemäß berichteten die Medien darüber nichts oder verdrehten die Tatsachen. So schrieb Jeane Kirkpatrick im Juni: »Duartes großzügiges Angebot von Verhandlungen und einer Amnestie ist von der FMLN [der Guerillero-Organisation] zurückgewiesen worden.« Tatsächlich hatte Duarte Verhandlungsangebote der FMLN, der politischen Opposition und der Kirche abgelehnt und sah auch - im Gegensatz zu den Sandinisten - keine Amnestie für Guerillaführer vor.¹⁷²

Nicaraguas Waffenstillstandsabkommen wurde am 23. März 1988 unterzeichnet und sah vor, daß »in Übereinstimmung mit Artikel 5 [des Contadora-Friedensvertrags] nur humanitäre Hilfe ausgehandelt und akzeptiert wird«, die zudem »über neutrale Kanäle fließen muß«. Der Generalsekretär der Organisation amerikanischer Staaten (OAS), João Soares, wurde mit der Kontrolle dieses Verfahrens beauftragt. Der US-Kongreß machte sich sofort daran, diese Bestimmung zu verletzen, indem er den Contras materielle Hilfeleistungen in Höhe von knapp 48 Millionen Dollar gewährte, die ihnen das Außenministerium über die US-Behörde für internationale Entwicklung (AID) zukommen lassen würde. Da die AID bereits in der Vergangenheit als Frontorganisation der CIA tätig geworden war, dürfte sie kaum als »neutraler Kanal« anerkannt werden.¹⁷³

Die Gesetzgebung des US-Kongresses sah vor, daß sämtliche Hilfeleistungen gemäß dem Waffenstillstandsabkommen und den Entscheidungen der Verifikations-Kommission zu leisten seien. In einem Brief an US-Außenminister Shultz vom 25. April wies Generalsekretär Soares ihn auf diese Bestimmungen hin und merkte an, daß die Abwicklung über die AID eine klare Verletzung des Waffenstillstandsabkommens sei. Ferner betonte er, daß Artikel 5 des Friedensvertrags Hilfe für die Contras nur in bezug auf ihre Repatriierung oder Wiedereingliederung in die nicaraguanische Gesellschaft gestatte. Diese Einwände blieben auch von der Presse unbeachtet, und die illegalen Operationen wurden fortgesetzt.¹⁷⁴

Der Leiter der AID, Alan Woods, sagte, die Hilfslieferungen für die Contras müßten durch »private amerikanische Flugzeuge« erfolgen, und es sei nicht garantiert, daß die Sandinisten das innerhalb der nicaraguanischen Grenzen zulassen würden. Die *New York Times* berichtete darüber unter der Schlagzeile: »AID-Vertreter sieht Probleme bei der Hilfe für Contras: Sandinisten sind mißtrauisch«. Die AID versorgte daraufhin Contras in Honduras, was allerdings gegen den Beschluß des Kongresses verstieß, da die Lieferungen in Waffenstillstandsgebiete erfolgen sollten, die sich jedoch sämtlich in Nicaragua befanden. Außerdem beschwerten sich die Sandinisten, daß die Lieferungen »Waffen vom CIA-Stützpunkt Swan Lake in Honduras enthalten«. Nachrichtendienste meldeten, Nicaragua habe angeboten, die Contras über das Rote Kreuz und andere neutrale Organisationen versorgen zu lassen. Diese und ähnliche Angebote wurden von den USA und ihren Söldnern abgelehnt.¹⁷⁵

In der *New York Times* las sich das ganz anders. James Le Moyne meinte: »Weil es den Sandinisten gelang, Bemühungen zur erneuten Versorgung der Rebellen gemäß den Waffenstillstandsbedingungen zu vereiteln, können sie deren Schwäche für einen Gegenangriff nutzen, sobald der Waffenstillstand endet.«¹⁷⁶

In Verletzung sowohl des Waffenstillstandsabkommens als auch der Bestimmungen des US-Kongresses gewährte die Regierung Reagan den Contras materielle Hilfe zur beliebigen Verwendung, was, so der Kongreßabgeordnete Tony Coelho sarkastisch, »für die AID als ausreichende Rechenschaftslegung galt«. Vertreter der AID teilten mit, daß nicht nur Lebensmittel, sondern auch »für über eine Million Dollar sonstige Materialien - militärische Ausrüstung und Nachschub - geliefert worden sind«, allerdings, wie die *Washington Post* berichtete, keinerlei Waffen und Munition. Der Kongreß hatte zwar Hilfslieferungen für nicaraguanische Kinder genehmigt, jedoch zugleich verfügt, daß die Regierung Nicaraguas, der die meisten Krankenhäuser und medizinischen Einrichtungen unterstehen, »am Empfang oder der Weitergabe« dieser Lieferungen nicht beteiligt werden dürfe. Die AID interpretierte diese Verfügung so eng es nur ging und schlug auch Hilfsangebote überparteilicher humanitärer Organisationen aus. Später lehnte die nicaraguanische Regierung weitere Lieferungen ab, weil »es nicht vertretbar ist, daß die Kinder von demjenigen Hilfe empfangen, der für ihre Verletzungen verantwortlich ist«, sagte der Pressesprecher der Botschaft.¹⁷⁷

Unterdessen verkündete das US-Finanzministerium eine neue Regelung, derzufolge in Drittländern verarbeiteter nicaraguanischer Kaffee, der »nicht hinreichend umgewandelt wurde, um seine nicaraguanische Identität zu verlieren«, nicht importiert werden dürfe. »Diese Sprache erinnert an Bestimmungen von Rassereinheit im Dritten Reich«, bemerkte der *Boston Globe* dazu.¹⁷⁸

Während dieser Monate mußten die Verhandlungen über eine politische Regelung abgebrochen werden, weil die Contras, sicherlich auf Anraten des US-Außenministeriums, sich darauf verlegten, ständig neue Forderungen zu stellen, die weit über die Bedingungen des (längst vergessenen) Friedensvertrags hinausgingen. Ihr letzter Katalog vom 9. Juni 1988 sah u. a. vor: die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen; das Recht von Rekruten, die Armee verlassen zu können; den erzwungenen Rücktritt der Richter am Obersten Gerichtshof und seine Wiederbesetzung aufgrund von Vorschlägen der Contras, der Opposition und der Regierung (was den Gegnern der Sandinisten eine Mehrheit verschafft hätte); Rückerstattung enteigneten (und Kleinbauern oder Kooperativen überlassenen) Contra-Besitzes (wovon zumeist Somoza-Anhänger profitiert hätten); Einstellung weiterer Rekrutierungen für die Armee; Eröffnung von Contra-Büros in Managua und Lizenzerteilung für »unabhängige« TV-Sender. Alle diese (z.T. verfassungswidrigen) Forderungen sollte die Regierung erfüllen, während die Contra-Streitkräfte bewaffnet in ihren Stellungen blieben. Ziel dieses Katalogs, so bemerkte das Center for International Policy, sei offensichtlich »die Torpedierung von Verhandlungen, um das Thema an den in dieser Frage gespaltenen US-Kongreß zurückzuverweisen«. Für Julia Preston waren die Vorschläge »eher eine Abschiedsgeste als ein verhandelbares Dokument«. Tatsächlich zogen sich die Contras aus Managua zurück, noch bevor Verhandlungen stattfinden konnten.¹⁷⁵

Die Regierung von Nicaragua drängte auf Wiederaufnahme der Gespräche, erhielt aber keine Antwort aus Washington, während die Contras neue Bedingungen stellten. Dann folgte, wie der Council on Hemispheric Affairs es beschrieb, »eine von der CIA gesteuerte Kampagne von Provokationen und Störungen, die in Nicaragua eine Krisenatmosphäre hervorrufen sollte«, was der US-Kongreß zum Anlaß nehmen konnte, neue Hilfslieferungen für die Contras zu bewilligen. Zugleich wurde den Sandinisten angedroht, daß auch die Militärhilfe wieder aufgenommen würde, falls Nicaragua sich weiterhin gegen Frieden und Demokratie stellen oder die Contras angreifen sollte. Die Medien flankierten das alles nach Kräften.¹⁸⁰

Als die Regierungszeit Reagans sich ihrem Ende näherte, wurde es unrealistisch, aber auch weniger dringlich, Nicaragua durch den Terror der Contras für seine sozialen und politischen Reformbestrebungen zu bestrafen. Trotz gewaltiger Zuwendungen und der Überflutung weiter Teile des Landes mit US-Propaganda war es den Vereinigten Staaten bemerkenswerterweise nicht gelungen, eine überlebensfähige Guerilla-Streitmacht zu schaffen. Eine neue Regierung würde andere, kostengünstigere Wege einschlagen müssen, um ein kleines Land in einer von den USA äußerst abhängigen Region zur Räson zu bringen. Sie mußte sich dazu nur den Bericht einer Gesandtschaft der

Weltbank vom Oktober 1980 vor Augen führen, der eine Wirtschaftskatastrophe vorhersagte, falls es Nicaragua nicht gelänge, die von Somoza angerichteten Schäden zu beheben. »Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von 1977 wird sich günstigstenfalls in den neunziger Jahren wieder erreichen lassen.«¹⁸¹ Dazu sei jedoch umfangreiche Auslandshilfe notwendig. 1988 aber war Nicaragua durch die ökonomische und militärische Kriegführung der USA so ruiniert, daß weitere Gewaltanwendung für diejenigen, die in der Zufügung von Leid und Schmerz keinen Zweck an sich sehen mochten, fragwürdig wurde. Es gibt schließlich wirksamere Methoden, die unabhängige Entwicklung kleiner und schwacher Staaten zu verhindern.

Infolgedessen können die USA eine »freundlichere Nation« werden, die ihre Ziele mit einer »pragmatischeren« Politik verfolgt.

Zudem war es seit der Aufdeckung der Iran-Contra-Affäre schwieriger geworden, die Contras auf illegale Weise zu unterstützen und den Kongreß zur weiteren Bewilligung umfangreicher Lieferungen von Materialien zu bewegen. Als Anfang 1988 die Nachschubflüge reduziert wurden, flohen die Contras nach Honduras und wären wohl ohne die Hilfe von US-Eliteeinheiten ausgelöscht worden. Die Zeitungen in Honduras sprachen von einer »Invasion«, während die Vereinigten Staaten das Land doch nur vor der »Aggression der Sandinisten« bewahren wollten. Aber es war nicht mehr möglich, die Contras als Vertreter der Campe-sinos darzustellen, die sich gegen ihre Unterdrücker erhebt. Anfang 1989 hieß es: »Die Behauptungen der Sandinisten, daß die Contras lediglich Söldner der USA seien, haben bei den Nicaraguanern erneut an Glaubwürdigkeit gewonnen

... Die Contras gelten als Nicaraguaner, die darauf hofften, von den Vereinigten Staaten sichere und gutbezahlte Jobs zu erhalten und sich darin getäuscht haben.«¹⁸² Angesichts dessen war es günstiger, sich fortan auf Terror niedriger Intensität, verbunden mit ökonomischer und ideologischer Kriegführung zu verlassen.

Dazu bot der verheerende Hurrikan vom Oktober 1988 eine Gelegenheit. Die Vereinigten Staaten verweigerten jegliche Hilfe. Selbst die Einwohner der zerstörten Ortschaft Bluefields am Atlantik, die enge Verbindung zu den USA unterhielten und die von den Sandinisten betriebene Ausweitung der Souveränität Nicaraguas auf ihre Region ablehnten, mußten Obdachlosigkeit und Hunger erleiden, damit die Sandinisten bestraft werden konnten. Der *Boston Globe* erklärte in einer Weihnachtsbotschaft, warum die Vereinigten Staaten sich so verhielten: »Aufgrund der Politik von Präsident Daniel Ortega hat Nicaragua nur wenig humanitäre Hilfe aus den USA empfangen.«¹⁸³ Auch die den USA verbündeten Staaten jener Region zeigten sich in dieser Hinsicht nicht gerade übertrieben engagiert. Einige distanzieren sich von der sandinistischen Unterdrückungspolitik, schwiegen aber zu den brutalen Regimes in El Salvador und Guatemala.

Angesichts dieser Umstände ist den Medien ihre Aufgabe eindeutig vorgezeichnet: Vor allem müssen sie jede Erinnerung an die Politik der USA und ihre Folgen auslöschen, um dann Leid und Unzufriedenheit der nicaraguanischen Bevölkerung den bösen Sandinisten anlasten zu können. Außerdem ist es nützlich, z. B. durch eine gezielte Auswahl von Quellen und die falsche Interpretation von Umfragen, den Eindruck zu erwecken, daß die Nicaraguaner ebenfalls dieser Meinung sind. Ein Modell dafür bot die dreiteilige Serie über Nicaragua, die Edward Sheehan unter der Überschrift »Ein Land, das immer noch am Abgrund steht« im *Boston Globe* veröffentlichte. Die drei ausführlichen Artikel weisen durchweg den Sandinisten die Verantwortung für den Zustand Nicaraguas zu und vermerken nur in einem Nebensatz, daß »die Vereinigten Staaten an den Sorgen und der zerstörten Wirtschaft des Landes nicht ganz unschuldig sind«.¹⁸⁴

Die von den USA in den achtziger Jahren betriebene Mittelamerika-Strategie ist nicht allein wegen der Menschenleben, die sie gefordert hat, eine Tragödie. Darüber hinaus hat sie vielversprechende Schritte hin zu einer bevölkerungsnahen und an den Bedürfnissen der unteren Schichten orientierten Politik, die auch für andere Länder hätte richtungsweisend sein können, unterbunden und auf lange Sicht unmöglich gemacht.

Die langfristigen Ziele Reagans für Mittelamerika standen von vornherein fest. Während Shultz, Abrams, Kirkpatrick und andere Regierungsmitglieder mit ihrer Begeisterung für Terror und Gewalt sich eher am Rand des politischen Spektrums befanden, waren die allgemeinen politischen Ziele durchweg konventionell und tief in der Tradition verwurzelt, weshalb sie in den Medien auch wenig

Aufmerksamkeit geschweige denn Kritik erfahren haben. Daran dürfte sich in Zukunft nichts ändern. Es war und ist notwendig, »die Organisationen, mit denen die Bevölkerung ihre elementarsten Menschenrechte verteidigt« (Erzbischof Romero), zu zerschlagen und den drohenden »Ultranationalismus« der »jungen Demokratien« zu beseitigen. Und wenn es nicht gelingt, Nicaragua wieder auf den »mittelamerikanischen Weg« von Unterdrückung und Ausbeutung zurückzubringen, kann man es immer noch, wie ein Angehöriger des US-Außenministeriums bereits 1981 verkündete, »in das Albanien Mittelamerikas verwandeln«, damit der »sandinistische Traum von einem neuen, beispielhafteren politischen Modell für Lateinamerika« endlich ausgeträumt ist (so der britische Journalist John Carlin).¹⁸⁵

Diese Ziele sind weitestgehend erreicht worden. Die unabhängigen Medien haben, als Assistenten der Regierung, fleißig daran mitgewirkt.

V. Über die Nützlichkeit von Interpretationen

Heuchelei, schrieb John Milton, ist »das einzige Übel, das allein Gott zu sehen vermag«. Dennoch muß dafür gesorgt werden, daß »weder Menschen noch Engel« es entdecken. Einige Jahre zuvor hatte Pascal das Problem anhand der Frage erörtert, »wie die Kasuisten die Widersprüche zwischen ihren Auffassungen einerseits sowie den Entscheidungen der Päpste, der Konzile und der Heiligen Schrift andererseits miteinander aussöhnen«. Eine Methode, so erklärt sein den Kasuisten angehörender Gesprächspartner, »besteht darin, eine Redewendung auf bestimmte Weise zu interpretieren«. Wenn z. B. das Evangelium die Menschen auffordert, »aus ihrem Überfluß Almosen zu geben« und die Aufgabe darin besteht, »die Wohlhabendsten von dieser Forderung zu dispensieren ... läßt sich die Sache leicht bewerkstelligen, indem man das Wort *Überfluß* so interpretiert, daß die Verpflichtung zum Almosen selten oder nie eingehalten werden muß«. Gelehrte beweisen, daß das, »was die Reichen zurücklegen, um ihre Lebensumstände oder die ihrer Verwandten zu verbessern, nicht als *Überfluß* bezeichnet werden kann; und infolgedessen läßt sich eine Sache wie Überfluß bei Reichen kaum finden, ja, noch nicht einmal bei Königen«. Heutzutage nennen wir es Steuerreform. Wir können mithin in aller Seelenruhe dem Evangelium folgen und fordern, daß »die Reichen Almosen geben sollen... ohne daß sie in der Praxis dazu verpflichtet sind ... Daran erkennt man die Nützlichkeit von Interpretationen«, schließt der Kasuist.¹⁸⁶

Diese Methode wird seit George Orwell »Neusprech« genannt; allerdings äußern sich ihre Vertreter nicht mehr so freimütig wie Pascals Kasuist.

In den letzten zwei Kapiteln erörterte ich einige der in demokratischen Gesellschaften entwickelten Formen der Gedankenkontrolle. Am wirksamsten ist die Begrenzung des Denkbaren: Die kontroverse Diskussion wird geduldet, ja, gefördert, wenn sie bestimmte Reglements nicht verletzt. Möglich sind aber auch weniger raffinierte Vorgehensweisen wie etwa die bereits erwähnte »Interpretation einer Redewendung«. So wird aus Aggression und Staatsterror in der Dritten Welt die »Verteidigung von Demokratie und Menschenrechten«; und Demokratie ist dann hergestellt, wenn sich, so Winston Churchill, die Regierung in den Händen der »Reichen, die friedlich in ihren Behausungen leben«, befindet.¹⁸⁷ Innenpolitisch muß die Vorherrschaft der Privilegierten gesichert sein und darf die Bevölkerung nur die Rolle eines passiven Beobachters spielen, während in den von uns abhängigen Staaten das Regime der uns günstig gesonnenen Kräfte notfalls mit strengen Maßnahmen vor Bedrohungen zu bewahren ist. »Das Verlangen, eine Demokratie amerikanischen Stils in der ganzen Welt verbreitet zu sehen, ist schon immer das Leitmotiv der US-Außenpolitik gewesen.« Diese bereits zitierte Äußerung eines Korrespondenten der *New York Times* ist, wenn man sie nur richtig interpretiert, durchaus zutreffend.¹⁸⁸

Demzufolge ist es auch kein Widerspruch, wenn wir Demokratie und Unabhängigkeit für Südvietnam verlangen und dabei das Land zerstören, um zuerst die Nationale Befreiungsfront und dann die politisch organisierten Buddhisten auszulöschen, bevor wir »freie Wahlen« abhalten lassen. Daß wir statt auf Politik lieber auf militärische Machtausübung setzten, ist ganz natürlich, denn wir hatten erkannt, daß die Nationale Befreiungsfront die »einzige politische Partei mit einer Massenbasis in Südvietnam« war, mit der keine andere Kraft, »ausgenommen vielleicht die Buddhisten, sich zu messen wagt«. ¹⁸⁹ Aus diesem Grund konnte man auch die freien Wahlen in Laos unterminieren, weil die falschen Parteien gewannen, oder den Sturz gewählter Regierungen in Guatemala, Brasilien, der Dominikanischen Republik, den Philippinen, Nicaragua und Chile betreiben, sowie in den achtziger Jahren die Staaten Mittelamerikas mit Terror an der Entwicklung zur Unabhängigkeit und der Durchsetzung von Sozialreformen hindern. Das alles und noch mehr entsprang unserem »Verlangen nach Demokratie«.

Aus dieser Perspektive können wir auch verstehen, warum die *New York Times* 1965 die Regierung lobte, weil sie »während der jüngsten Unruhen in Indonesien sich klug im Hintergrund gehalten hat«. Damals hatte nämlich das indonesische Militär »die politische Zeitbombe des Landes, die mächtige Kommunistische Partei Indonesiens entschärft, indem es praktisch deren gesamte erste und zweite Führungsebene beseitigte«, wobei Hunderttausende, überwiegend Bauern ohne Landbesitz, den Tod fanden.¹⁹⁰ Diese Begleiterscheinung eines Siegs für die Freiheit blieb unerwähnt, obwohl die *New York Times* daraufhinwies, daß die sozialen Bedingungen, aufgrund derer die PKI 14 Millionen Anhänger unter ihren Fahnen versammeln konnte, auch nach der Zerschlagung der Partei weiterexistierten und Sukarno sowie die Reste der PKI von Hilfsleistungen an die Betreiber des vielleicht größten Massenmords seit der Schoah profitieren könnten.

Ebenso ist es verständlich, daß die *New York Times* das mit Hilfe der CIA an die Macht zurückgekehrte Regime des Schahs im Iran wegen dessen »höchst erfolgreicher Kampagne gegen subversive Elemente« begrüßte. Zu diesen Elementen gehörten auch die »pro-sowjetische Tudeh-Partei« und die »extremen Nationalisten«, die nun allesamt liquidiert worden seien, »ohne daß die Demokratie Schaden genommen hat«.¹⁹¹ Nicht weniger erfreulich ist die Rückkehr der Philippinen zur »vollständigen Demokratie« unter Corazon Aquino, die ein Verbot der unter dem Diktator Marcos noch zugelassenen Kommunistischen Partei verfügte.¹⁹² Kurz zuvor hatte Washington auch Marcos noch für einen »Modelldemokraten« gehalten, dessen »Dienst an der Demokratie« Reagans Vizepräsident George Bush in Manila loben durfte.¹⁹³ Als Marcos dann die Kontrolle über das Land verlor, hatte er seine Rolle als freiheitsliebender Demokrat ausgespielt.

Nichtsdestotrotz befindet sich die Demokratie »auf dem ideologischen Vormarsch«, weil die Erfahrung der letzten Jahrzehnte lehrt, daß sie zu Wohlstand und Weiterentwicklung führt: »Als Wirtschaftsmechanismus funktioniert die Demokratie nachweislich«, behauptet James Markham in einem Leitartikel der *New York Times Week in Review*. Tatsächlich hat es in den »Tigerstaaten« - v. a. Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur - »ökonomisches Wachstum« gegeben. »Demokratie«, so gibt man uns zu verstehen, ist also ein System, das substantielle demokratische Formen zugunsten reduzierter Konsumtion und übermäßiger Ausbeutung zurückstutzt, während der Staat im Verbund mit einheimischen und ausländischen Konzernen die Wirtschaft kontrolliert. Dieses Modell steht dem traditionellen Faschismus zwar näher als der Demokratie, ist aber genau das, was hierzulande unter »Demokratie« verstanden wird.¹⁹⁴

Als 1955 die demokratisch gewählte Regierung von Guatemala durch einen CIA-Putsch entmachtet worden war, vermerkte ein geheimdienstlicher Bericht: »Viele Guatemalteken sind leidenschaftliche Anhänger der demokratisch-nationalistischen Ideale der Revolution von 1944«, doch begreifen nur wenige »die Verantwortlichkeiten und Prozesse einer Demokratie«, so daß »eine verantwortliche demokratische Regierung nur schwer zu erreichen ist.«¹⁹⁵ Die Medien und die Eliten müssen dafür sorgen, daß die Heuchelei auch weiterhin nur für Gott sichtbar bleibt.

Aus diesen und vielen anderen Beispielen lernen wir, daß die Sorge um Demokratie und Menschenrechte mit der Duldung von oder aktiven Beteiligung an Massakern großen Ausmaßes Hand in Hand gehen kann. Der *Christian Science Monitor* wies 1987 zustimmend - und sachlich richtig - daraufhin, daß nach den Massakern der indonesischen Armee von 1965 »viele im Westen sich um gute Beziehungen zu Djakartas neuem, gemäßigtem Führer«, nämlich General Suharto, bemühten (das Adjektiv »gemäßigt« bedarf natürlich der entsprechenden »Interpretation«). Suharto ließ in den siebziger Jahren unter der Bevölkerung von Ost-Timor gräßliche Gemetzel anrichten, wobei ihm die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich und andere Hüter der politischen Moral sekundierten. Die Medien taten das ihre, indem sie das Thema tunlichst verschwiegen; als

die Greuel 1978 ihren Höhepunkt erreichten, war in der *New York Times* darüber kein Wort zu lesen. Vielmehr verbreitete ihr Südostasiakorrespondent, Henry Kamm, die Auffassung der indonesischen Generäle, der zufolge die Armee die vor den Guerillagruppen fliehende Bevölkerung schütze. Flüchtlinge oder andere Zeugen, die dieses Bild hätten korrigieren können, wurden nicht gehört. Noch 1987 feierte der Londoner *Economist* Suhartos Herrschaft und beschrieb ihn als »im Grunde gutmütig«, womit vielleicht seine Haltung gegenüber multinationalen Konzernen gemeint war.¹⁹⁶

Ebenso steht der Terror des Regimes von Pol Pot in Kambodscha nicht in Frage, während die Reporter 1973, als die USA dort fortwährend besiedelte Landgebiete bombardierten, die Hunderttausenden von Flüchtlingen einfach unbeachtet ließen.¹⁹⁷ Diese selektive Wahrnehmung verhinderte ein größeres Wissen über das Ausmaß der Greuelthaten, die kaum geringer gewesen sein dürften als die Pol Pot zur Last gelegten Verbrechen und die zum Aufstieg des Roten Khmer, wo nicht gar zu seiner Brutalität, entscheidend beitrugen.¹⁹⁸

Einer geeigneten Interpretation des Demokratiebegriffs muß natürlich eine angemessene Bestimmung ihrer Feinde zur Seite gestellt werden, wenn es um Länder geht, in denen wir danach streben, die Demokratie einzuführen oder aufrechtzuerhalten. Bei diesen Feinden handelt es sich, wie immer ihre sozialen Ziele und politischen Bindungen beschaffen sein mögen, zunächst und zumeist um »Kommunisten«, die zugunsten der »Demokraten« beseitigt werden müssen. Insofern sind José Napoleón Duarte und sein Verteidigungsminister, Vides Casanova, »Demokraten«, die die Zivilisation gegen »Kommunisten« verteidigen, zu denen auch jene Hunderten gehörten, die im Mai 1980 über den Rio Sumpul nach Honduras fliehen wollten und dabei von Sicherheitskräften ermordet wurden. Es habe sich, teilte Duarte mit, um »kommunistische Guerillakämpfer« gehandelt, zu denen er wohl auch die Säuglinge rechnete, die mit Macheten zerhackt wurden. Die US-Medien schwiegen das Massaker, das den Auftakt zu einer von Duarte ausdrücklich gebilligten Terrorkampagne bildete, einfach tot.¹⁹⁹

Subtilere Beispiele für das US-amerikanische Demokratieverständnis sind Westeuropa und Asien, wo es nach dem Zweiten Weltkrieg darum ging, traditionellen Eliten den Machterhalt zu sichern und den antifaschistischen Widerstand mit seinen unannehmbaren radikaldemokratischen Einstellungen aus dem Weg zu räumen.²⁰⁰

Ein weiterer interessanter Fall ist Costa Rica, das in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die einzige funktionierende Demokratie in Mittelamerika war. Bisweilen wird (selbst von Autoren, die es besser wissen müßten)²⁰¹ behauptet, die US-amerikanische Unterstützung Costa Ricas widerlege die - historisch und dokumentarisch gut belegte - These, daß ein hauptsächliches Ziel der US-Außenpolitik darin liege, das Aufkommen von »nationalistischen Regimes«, die sich der Liberalisierung von Handelsrechten widersetzen, zu verhindern. Indes sind die USA nicht grundsätzlich gegen demokratische Formen, solange ein günstiges Geschäftsklima herrscht. In seiner Untersuchung des inter-amerikanischen Systems²⁰² konstatiert Gordon Connell Smith sehr richtig, daß der US-amerikanische Demokratiebegriff »eng mit der privatkapitalistischen Wirtschaft zusammenhängt«. Sobald diese durch den »Kommunismus« bedroht erscheint, werden Schritte unternommen, um die »Demokratie zu restaurieren«; die »Sorge der Vereinigten Staaten um die repräsentative Demokratie in Lateinamerika [und andernorts] ist eine Facette ihrer antikommunistischen Politik«, genauer: der gegen die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft gerichteten Politik. Ist diese Vorherrschaft garantiert, gibt es keine Vorbehalte gegen demokratische Formen (und sei es auch nur um der Public Relations willen). Costa Rica entspricht diesem Modell und gestattet interessante Einsichten in das der amerikanischen Außenpolitik zugeschriebene »Verlangen nach Demokratie«.

In Costa Rica existiert weiterhin das nach dem Putsch von José (»Don Pepe«) Figueres errichtete System. Es stand ausländischen Investoren immer aufgeschlossen gegenüber und betrieb eine Form der Klassenkollaboration, bei der »die Rechte der Arbeiter oft genug auf der Strecke blieben«, wie Figueres' Biograph anmerkt.²⁰³ Zugleich wurde ein Wohlfahrtssystem aufgebaut, das dank US-amerikanischer Zuwendungen funktioniert, jedoch zu einer der höchsten Pro-Kopf-Verschuldungen in der Welt geführt hat. Da die 1949 in Kraft getretene Verfassung die Aktivitäten von Kommunisten verbot, wurden die Gewerkschaften nachhaltig geschwächt. »Gesetze zur Festlegung von Minimallöhnen wurden nicht verabschiedet« und die Arbeiter »verloren, bis auf eine einzelne Gruppe von Bananenpflückern, jede Möglichkeit zu kollektiven Lohnabschlüssen«, merkt Walter LaFeber an. In den sechziger Jahren hatte es den Anschein, »als habe fast die gesamte Arbeiterbewegung zu existieren aufgehört«, schließt eine wissenschaftliche Untersuchung. Gleichzeitig konnte die United Fruit Company ihre Profite nahezu verdreifachen. Bereits 1953 hatte Figueres erklärt, daß Costa Rica »die Vereinigten Staaten als Vorreiter unserer Sache« betrachte.²⁰⁴ Als die USA für ihren Plan, die Regierung Guatemalas zu stürzen, die Unterstützung der lateinamerikanischen Staaten suchten, gewährten Costa Rica und Bolivien einem Resolutionsentwurf des US-Außenministeriums ihre Unterstützung. Dieser Entwurf ermächtigte Washington, internationales Recht zu verletzen, indem »Schiffe, Flugzeuge und andere Transportmittel von und nach Guatemala« inspiziert werden durften,

um Waffenlieferungen zur Verteidigung des Landes gegen den bevorstehenden Angriff sowie »Reisen von Agenten des internationalen Kommunismus« zu verhindern.²⁰⁵

Wenn die Feinde der Demokratie keine »Kommunisten« sind, handelt es sich um »Terroristen«, die im Zweifelsfall vom internationalen Kommunismus gefördert werden. Der Aufstieg und Fall des »internationalen Terrorismus« in den achtziger Jahren bietet einige Einsicht in die »Nützlichkeit von Interpretationen«.²⁰⁶

Der internationale Terrorismus wurde von Ronald Reagan und George Shultz auf die Tagesordnung gesetzt. Die Regierung erklärte gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit, daß damit Jimmy Carters Kreuzzug für die Menschenrechte abgelöst werde. Die Reaganisten würden sich der Verteidigung der zivilisierten Welt gegen das in Claire Sterlings einflußreichem Buch *The Terror Network*²⁰⁷ umrissene Programm des internationalen Terrorismus widmen, als dessen Quelle die Sowjetunion ausgemacht wurde. Eine neue wissenschaftliche Disziplin entstand, deren Adepten sich von Sterlings Einsicht höchst beeindruckt zeigten. Walter Laqueur hielt es in einer Rezension von *The Terror Network* für unabweisbar, daß Terrorismus »fast ausschließlich in demokratischen oder relativ demokratischen Ländern auftritt«. 1985 galt laut einer Umfrage von Associated Press bei Zeitungen und Radiosendern der Terrorismus im Nahen Osten und der Mittelmeerregion als Topthema des Jahres, und in den folgenden Monaten schnellte die Beschäftigung mit diesem Problem in fiebrige Höhen. Nach der Bombardierung Libyens durch die USA im April 1986 war das Monster dann weitgehend gezähmt, um bald auf eine handhabbare Größe zu schrumpfen, als die Sowjetunion und ihre Satelliten sich (so die bevorzugte Version) angesichts der couragierten Entschlossenheit der Amerikaner zurückzogen.

Aufstieg und Fall dieser Seuche namens »internationaler Terrorismus« hatte kaum etwas mit den Vorgängen in der wirklichen Welt zu tun. Der Aufstieg fiel mit der Notwendigkeit zusammen, die Bevölkerung der USA für Reagans Gewaltpolitik zu gewinnen, und der Fall trat ein, als man sich mit den Kosten von Reagans Militär-Keynesianismus konfrontiert sah. Um die Illusion einer blühenden Wirtschaft zu erzeugen, wurden, so der Kandidat der Demokraten für das Amt des Vizepräsidenten, Lloyd Bentsen, »jedes Jahr ungedeckte Schecks in Höhe von 200 Milliarden Dollar« ausgestellt.

1981 hatte der PR-Apparat - sicherlich die am besten entwickelte Komponente der Regierung Reagan - zwei Probleme zu bewältigen: Zum einen mußte die einheimische Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt werden, damit sie bereit war, die Kosten für Programme zu tragen, die sie im Grunde ablehnte, und zum ändern war ein - für die USA zu gefährlicher - direkter Konflikt mit dem Reich des Bösen zu vermeiden. Das Dilemma wurde gelöst, indem man einige kleine Teufel erfand, Tentakel des Großen Satans, die uns zwar bedrohten, aber doch so schwach und schutzlos waren, daß sie ungestraft angegriffen werden konnten. Das war der vom Kreml gesteuerte internationale Terrorismus. Diese Farce wurde recht eindrucksvoll inszeniert, wobei den Propagandaspezialisten die Aufgabe zufiel, »Terrorismus« so zu definieren, daß seine Opfer in erster Linie die demokratischen Staaten des Westens waren.

Um diesem ideologischen Kreuzzug zum Erfolg zu verhelfen, mußte die zentrale Rolle der Vereinigten Staaten bei der Organisation und Leitung staatsterroristischer Maßnahmen sowie ihre Verwicklung in den internationalen Terrorismus früherer Jahre (man denke nur an den Angriff auf Kuba) im Dunkeln gehalten werden. Und im Hinblick auf den Terrorismus im Nahen Osten und der Mittelmeerregion durften die Operationen der USA und ihres israelischen Vasallen nicht ins Licht der Öffentlichkeit geraten.

Dieser Aufgabe zeigten sich die Medien und die Terrorismus-Experten gewachsen. Schließlich ist der Ausdruck »US-Terrorismus« oder »US-Aggression« ein Oxymoron, so wie »donnerndes Schweigen«. Das gilt auch für den israelischen Staatsterrorismus, wengleich man zugeben bereit ist, daß es in grauer Vorzeit jüdische Terroristen gegeben hat. Um dieses Problems habhaft zu werden, schlägt die Herausgeberin einer Sammlung wissenschaftlicher Essays vor, die »moralisch unannehmbaren terroristischen Angriffe auf Zivilisten« von den moralisch weniger eindeutigen Angriffen auf Repräsentanten politischer Macht und Unterdrückung abzusetzen. »Wir unterscheiden sehr scharf zwischen den Angriffen von Irgun Zvai Leumi [einer rechtsgerichteten jüdischen Untergrundorganisation, die während der britischen Mandats Herrschaft Terrorakte ausführte, d. Ü.] auf britische Soldaten und der von der PFLP [Volksfront für die Befreiung Palästinas] gegen israelische Passagierflugzeuge gerichteten Gewalt.«²⁰⁸

Ebenso scharf könnte man natürlich zwischen den Angriffen von Arabern («Terroristen») auf israelische und US-amerikanische Soldaten und den Angriffen von Irgun Zvai Leumi (später der israelischen Armee) auf arabische Zivilisten unterscheiden. Aber dann würde die Analyse der »Folgen politischer Gewalt« wohl etwas anders aussehen.

Gegenüber dem Problem des Terrorismus kann man sich auf dreierlei Weise verhalten: Zum einen kann man, wie immer die Tatsachen beschaffen sein mögen, offizielle Feinde dafür verantwortlich machen; zum anderen kann man die ganze Diskussion darüber als ideologisch motivierten Unsinn abtun; zum dritten kann man das Phänomen ernstnehmen, indem man es untersucht, für verurteilungswürdig erklärt und schaut, wohin die Folgerungen führen. Bei rationaler Betrachtung ist die erste Variante zu verwerfen, die dritte dagegen annehmbar. Die zweite ist zumindest erörterungswert, wenngleich meiner Ansicht nach falsch, weil der Terrorismus eine Tatsache und innerhalb des politischen Diskurses ein einigermaßen fest umrissener Begriff ist.

Aber Rationalität ist nicht das Leitmotiv von Propaganda. In den Medien und der Literatur zum Terrorismus dominiert die erste Position, während die zweite zumindest toleriert wird, weil sie die Vereinigten Staaten und ihre Vasallen vielleicht der ideologischen Manipulation bezichtigen kann, ihnen jedoch kein terroristisches Verhalten anlastet. Die dritte Position dagegen ist im Mainstream überhaupt nicht akzeptabel, weil sie u.a. zu dem Schluß führen würde, daß Miami und Washington von der Ära Kennedy bis heute zu den Hauptzentren des Terrorismus gerechnet werden müßten. Welcher Definition von »Terrorismus« man dabei folgt - internationalen Konventionen, Militärhandbüchern, der US-Gesetzgebung oder anderen Beispielen -, ist völlig egal.

Eine noch halbwegs tragbare Variante der ersten Position behauptet, es sei unfair, Palästinenser, libanesische Kidnapper usw. zu verurteilen, ohne die Faktoren zu bedenken, die zu diesen Verbrechen führten. Dadurch wird implizit die Ansicht unterstellt - und somit verstärkt -, daß die den Ursprung des Terrorismus betreffenden Prämissen gültig sind. Die zweite Position läßt sich noch besser verkaufen, wenn man sie auf eine psychokulturelle Analyse des Westens und seiner Besessenheit mit dem Thema »Terrorismus« beschränkt, weil sich damit eine Analyse der institutionellen Faktoren, die in den achtziger Jahren zu der Wahl dieses so überaus erfolgreichen PR-Einfalls führten, umgehen oder gegebenenfalls als »Verschwörungstheorie« abqualifizieren läßt. Vertreter der dritten Position können dann als hoffnungslose Fanatiker ad acta gelegt werden, und man kehrt bei Bedarf zur favorisierten ersten Position zurück.

Diese nämlich, einfach und grobgestrickt wie sie ist, beherrscht die öffentliche Diskussion, die Medien und die sogenannte wissenschaftliche Literatur. Wie nützlich und wie dominant sie ist, läßt sich immer wieder beobachten. Nehmen wir ein Beispiel aus dem November 1988. Damals weigerte sich das Außenministerium, Jassir Arafat ein Visum auszustellen, damit er vor den Vereinten Nationen eine Rede halten konnte. Offiziell wurde behauptet, sein Besuch bedrohe die Sicherheit der Vereinigten Staaten, aber niemand gab vor, das wirklich ernstzunehmen; selbst Außenminister George Shultz glaubte wahrscheinlich nicht, Arafats Leibwächter würden in New York ein Taxi entführen oder das Pentagon besetzen. Ernstgenommen wurde jedoch das Begleitmoment der fadenscheinigen Begründung: Arafat, so hieß es, dürfe nicht US-amerikanischen Boden betreten, weil Washington den Terrorismus verabscheue.

Als die Einladung an Arafat in der Diskussion war, drohte Senator Christopher Dodd, daß der Kongreß gegebenenfalls die Zahlungen an die Vereinten Nationen einstellen werde. »Ich denke, Sie wissen, wie stark die Ablehnung ist, die dem Terrorismus hierzulande entgegengebracht wird«, teilte er der Presse mit. (Dodd weiß natürlich sehr gut, wer in Mittelamerika für den Terror sorgt.) »Persönliche Abscheu vor dem Terrorismus: Außenminister weist PLO zurück«, überschreibt die *New York Times* einen Artikel, indem sie Shultz »instinktive Verachtung für den Terrorismus« bescheinigt und hinzufügt, daß »Mr. Shultz so etwas wie einen persönlichen Kreuzzug gegen den Terrorismus führt« (so der Washingtoner Korrespondent).²⁰⁹ Die Medien bekundeten Bewunderung für diese aufrechte Haltung, kritisierten den Außenminister aber auch, weil er sich von seinem verständlichen Zorn aus der staatsmännischen Reserve hatte locken lassen. Ansonsten war man sich einig: »Jassir Arafat gehört nicht zu den gewöhnlichen politisch umstrittenen Persönlichkeiten, die ein Einreisevisum beantragen: Seine Gruppe tötet Menschen.«²¹⁰ Was Staatsmänner wie Adolfo Calera, José Napoleón Duarte, Jitzhak Schamir und andere, die wir mit offenen Armen empfangen, natürlich nicht tun.

Wer glaubte, daß die Medien fragen würden, ob in Shultz' persönlicher Abneigung gegen den Terrorismus nicht auch ein Fünkchen Heuchelei stecken mochte, sah sich enttäuscht. Nur die Karikaturisten erlaubten sich einen gewissen Grad von Respektlosigkeit und fragten sich, wen Shultz wohl gemeint haben könnte, als er beklagte, daß »die Leute vergessen, welche Bedrohung der internationale Terrorismus darstellt«: François Mitterand, der »vergessen hat, wie wir das Greenpeace-Schiff versenkten«, Margret Thatcher, die »vergessen hat, wie wir die IRA-Typen in Gibraltar erledigten«, Michail Gorbatschow, der »vergessen hat, wie wir für die Kinder in Afghanistan Tretninen auslegten« sowie George Shultz, der »ganz vergessen hat, wie unsere zivilistischen Freunde, die Contras, in Nicaragua ermordet wurden«.²¹¹

Weitere Beispiele lassen sich mühelos finden. Daß Arafat und die PLO terroristisch aktiv waren, ist unbezweifelbar, doch sind sie auf dem weiten Feld des internationalen Terrorismus alles andere als Hauptakteure.

Ein PLO-Terrorakt, der den US-Außenminister und seine Bewunderer im Kongreß und in den Medien besonders in Rage versetzte, war die Entführung der *Achille Lauro* und die Ermordung Leon Klinghoffers, eine zweifellos bösertige Tat. Eine Woche zuvor, am 1. Oktober 1985, hatten die Israelis Tunis bombardiert und dabei, wie es der vor Ort anwesende Journalist Amnon Kapeliuk beschrieb, zwanzig Tunesier und fünfundfünfzig Palästinenser mit ferngelenkten Sprengkörpern geradezu in Stücke gerissen. Die US-Zeitungen interessierten sich nicht sonderlich dafür, weil die Opfer Araber und die Täter US-Vasallen waren. Ganz anders George Shultz: Die Vereinigten Staaten wirkten an dem Massaker mit, weil sie das mit ihnen verbündete Tunesien nicht darauf hinwiesen, daß die Bomber unterwegs waren. Vielmehr hatte Shultz dem israelischen Außenminister Schamir in einem Telefongespräch versichert, daß die US-Regierung »beträchtliche Sympathien für die Aktion« habe. Von dieser Haltung rückte er wieder ab, als der UN-Sicherheitsrat einmütig (bei US-amerikanischer Enthaltung) die Bombardierung als »Akt bewaffneter Aggression« verurteilte. Dennoch wurde der israelische Premierminister Schimon Peres wenige Tage später als »Mann des Friedens« in Washington begrüßt, und die Presse erörterte mit tiefer Ernsthaftigkeit seine Gespräche mit Präsident Reagan über den internationalen Terrorismus und wie er zu bekämpfen sei.²¹²

Im übrigen erstreckt sich der Zorn der USA nicht auf *israelische* Schiffsentführungen, die jahrelang in internationalen Gewässern durchgeführt wurden. Betroffen waren davon auch Passagierfähren, die zwischen Zypern und dem Libanon verkehrten. Dabei wurden Personen in großer Anzahl gefangengenommen, mehr als 100 in israelische Gefängnisse verschleppt und dort ohne Gerichtsverfahren festgehalten. Aussagen von Überlebenden zufolge kamen viele ums Leben; manche wurden von israelischen Schützen erschossen, als sie sich nach der Versenkung des Schiffs über Wasser zu halten versuchten. Der US-Kongreß und die Medien zeigten auch kein Interesse am Schicksal von Na'il Amin Fatajir, der 1987 aus dem Westjordanland abgeschoben wurde. Er hatte zuvor achtzehn Monate im Gefängnis gesessen, weil man ihn der Zugehörigkeit zu einer verbotenen Organisation beschuldigte. Nach der Freilassung kehrte er in seine Heimatstadt Nablus zurück; kurz darauf verfügte die israelische Regierung seine Ausweisung. Als er sich an das Gericht wandte, argumentierte die Staatsanwaltschaft, daß die Ausweisung rechtens sei, weil er das Land illegal betreten habe - er war im Juli 1985 von der israelischen Marine gekidnappt worden, als er auf der *Hamdallah* vom Libanon nach Zypern reisen wollte. Der Oberste Gerichtshof schloß sich der Begründung der Staatsanwaltschaft an.²¹³

Die Entführung der *Achille Lauro* war ein Vergeltungsschlag für die Bombardierung von Tunis, was der Westen mit Recht als Rechtfertigung eines terroristischen Akts nicht gelten ließ. Der Angriff auf Tunis wiederum war die Vergeltung für den Mord an drei Israelis auf Zypern. Verantwortlich dafür war eine Gruppe, die, wie Israel einräumte, Verbindungen nach Damaskus, nicht aber nach Tunis besaß. Tunis wurde als Ziel des Vergeltungsanschlags gewählt, weil es ungeschützt war; auch die Bombardierung libyscher Städte durch die US-Luftwaffe einige Monate später erfolgte z.T. aus diesem Grund. Die Morde von Zypern wurden von den Terroristen als Vergeltung für die israelischen Schiffsentführungen des vorangegangenen Jahrzehnts bezeichnet. Dazu schwiegen die Medien, die zuvor noch mit Außenminister Shultz die Bombardierung von Tunis für eine »legitime Reaktion« gehalten hatten. Auch der Terminus »Vergeltung« bedarf eben einer angemessenen Interpretation.

Das gilt auch für andere Begriffe wie z. B. das »Verhindern« oder »Vermindern« von Gewalt. Ein Zeitungsbericht zitierte den israelischen Stabschef mit den Worten: »In den vergangenen Wochen hat sich die Anzahl der Palästinenser, die in den besetzten Gebieten des Westjordanlands und des Gaza-Streifens verwundet wurden, nahezu verdoppelt, dennoch ist es der Armee nicht gelungen, dort die Gewalt zu vermindern.« Diese Verlautbarung ergibt erst dann Sinn, wenn man sich die Zusammenhänge näher anschaut. Kurz zuvor hatte Verteidigungsminister Jitzhak Rabin der Armee die Verwendung von Plastikgeschossen erlaubt und dabei bemerkt, daß es »gerade unser Ziel ist, bei Teilnehmern an gewaltsamen Aktivitäten für mehr Verwundete zu sorgen«. Er erklärte auch, was unter »gewaltsamen Aktivitäten« zu verstehen sei: »Wir wollen einigen Leuten in abgelegenen Dörfern die Illusion nehmen, daß sie sich selbst befreit haben.« Die Palästinenser »müssen begreifen, daß eine Lösung nur friedlich herbeigeführt werden kann«. Darum, so der Bericht weiter, führe die Armee in entlegenen Ortschaften, die sich selbst zu »befreiten Zonen« erklärt hatten, Razzien durch, in deren Verlauf die Zahl der Verwundeten zugenommen habe. Die Armee, so eine Sprecherin, wolle »durch verstärkte Präsenz und umfangreichere Verhaftungen ... Gewalttaten verhindern«.²¹⁴

Jetzt verstehen wir den anfangs zitierten Satz schon besser: Die israelische Armee hat ihre Gewaltanstrengungen in den besetzten Gebieten verdoppelt, indem sie die Zahl der Verwundeten vermehrte und ihre Angriffe auf Ortschaften ausdehnte, die ihre Angelegenheiten eigenständig regeln wollten. Allerdings ist es ihr bis jetzt noch nicht gelungen, den Menschen die Illusion einer möglichen Selbstbefreiung zu nehmen. Für die israelischen Behörden und die US-amerikanischen Medien sind diese Autonomiebestrebungen »Gewalt«, die brutalen Angriffe der Armee dagegen »Verhinderung von Gewalt«. George Orwell wäre höchst beeindruckt.

Was diese Aktionen im einzelnen bedeuteten, erhellte sich aus einem weiteren Zeitungsbericht, der einige Tage später beschrieb, wie israelische Soldaten in einem abgelegenen Ort, »der vom Militär bislang ignoriert worden war«, drei Palästinenser erschossen. Rabin »hatte zwei Wochen zuvor verkündet, daß die Armee auch in solchen Dörfern ihre Tätigkeit verstärken würde, um die Einwohner daran zu erinnern, wo sie leben und wer das Sagen hat«. Die Razzia gehörte zu einer »Offensive zur Verhinderung von Gewalt«. Wohl deshalb wurden in dem Gebiet später Fahrzeuge mit Steinen beworfen.²¹⁵

Geeignete Interpretationen vermitteln uns also den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten und ihre Vasallen Demokratie, Sozialreformen und Selbstbestimmung gegen Kommunisten, Terroristen und gewalttätige Elemente aller Art verteidigen. Die Medien haben die Aufgabe, die »Demokraten« zu lobpreisen und den offiziellen Feind - die Sandinisten, die PLO oder wer sonst noch im Weg steht - zu dämonisieren. Das erfordert gelegentlich einige Drahtseilakte, aber insgesamt ist man der Herausforderung gerecht geworden.

Unser »Verlangen nach Demokratie« wird von einem ebenso tiefen »Verlangen nach Frieden« begleitet, und auch dies müssen die Medien zur Geltung bringen. Folglich gibt es Phänomene wie »Friedensmissionen« und »Friedensprozesse«, die all das betreffen, was die Vereinigten Staaten in einem bestimmten Augenblick tun oder vorschlagen. Daher sind Sätze wie: »Die USA widersetzen sich dem Friedensprozeß« oder »Washington mußte dazu veranlaßt werden, sich dem Friedensprozeß anzuschließen« logische Widersprüche, weshalb man sie in den Medien und der verantwortungsbewußten wissenschaftlichen Literatur nicht finden wird. Während all der Jahre, in denen Washington den Contadora-Friedensplan in Mittelamerika oder die Bemühungen um eine friedliche Regelung im Nahostkonflikt zu unterlaufen suchte, hat es, darin waren sich die Mainstream-Kommentare einig, niemals den Friedensprozeß aufgehalten, sondern immer versucht, ihn zu befördern.

Ende Januar 1988 erfreute die *Los Angeles Times* ihre Leser mit der Schlagzeile: »Shultz plant Friedensreise nach Lateinamerika«.

Darunter hieß es dann: »Die Mission ist der letzte Versuch, die Opposition gegen die Contra-Hilfe zu entschärfen.«²¹⁶ Der Artikel zitiert Regierungsbeamte, die in der Reise die »letzte Möglichkeit« sehen, angesichts »wachsender Ablehnung im Kongreß« die Contra-Hilfe aufrechtzuerhalten. Außerdem hatte die Reise den Zweck, »Nicaraguas vier demokratische Nachbarn bei Friedensgesprächen in den Hintergrund zu drängen«, damit Washington das Kommando übernehmen konnte. Einige Monate später berichtete die *New York Times* von weiteren Bemühungen der Regierung, den Contras Unterstützung (inklusive »Militärhilfe«) zukommen zu lassen, während die Verbündeten gedrängt

wurden, sich den USA »bei der diplomatischen Isolierung Nicaraguas und der Wiederbelebung des Friedensprozesses« anzuschließen. Die *Los Angeles Times* verbuchte dieses Engagement unter der Schlagzeile: »Shultz will versuchen, den lateinamerikanischen Friedensprozeß wiederzubeleben.«²¹⁷

George Orwell hat es gewußt: Krieg ist Frieden.

Auch im Nahostkonflikt sind die Medien ihrer Aufgabe, eine eindeutige Rollenverteilung vorzunehmen, nachgekommen. So wurden die USA und Israel als friedliebend und verhandlungsbereit charakterisiert, während sie in Wirklichkeit seit Beginn der siebziger Jahre aufgrund ihrer Verweigerungshaltung gegenüber den Palästinensern Friedensinitiativen, die breite internationale und regionale Unterstützung genossen, blockierten. Dennoch ist die US-Politik per definitionem »gemäßigt«, so daß ihre Gegner als »extremistisch« und »zu keinem Kompromiß bereit« bezeichnet werden können. Die reale Geschichte wird damit auf den Kopf gestellt.

Zwei Faktoren haben zu dieser Verdrehung der Tatsachen geführt. Der eine betrifft die gesellschaftliche Funktion der Medien im Dienste der US-Eliten, der andere den besonderen Schutz, den Israel als »Symbol menschlicher Anständigkeit« seit dem Sieg im Sechstagekrieg von 1967 genießt, der das Land zum wertvollen strategischen Aktivposten machte. Das Zusammenspiel dieser Faktoren brachte in der Berichterstattung der Medien einige Abweichungen vom gängigen Muster mit sich, weil sie fast ausschließlich die Haltung der beiden großen politischen Gruppierungen in Israel vertraten und sich im Oktober 1977 sogar gegen Präsident Carter wandten, der zusammen mit der UdSSR für eine »Beendigung des Kriegszustands und die Errichtung normaler friedlicher Beziehungen« zwischen Israel und dessen Nachbarn eingetreten war. Die PLO begrüßte diese Initiative, nicht jedoch Israel und seine US-amerikanische Lobby. In der Folge wurde die US-Regierung (was nur höchst selten vorkommt) von den Medien äußerst feindselig behandelt, und schließlich mußte Carter einen Rückzieher machen.²¹⁸

Reinhold Niebuhr bemerkte einmal, daß die »vielleicht bedeutsamste moralische Eigenschaft einer Nation in ihrer Heuchelei besteht.«²¹⁹ Das gilt auch und besonders für die Pressefreiheit, die den Medien und den Intellektuellen immer am Herzen liegt. In den achtziger Jahren stand wohl kaum ein anderes Thema so sehr im Vordergrund wie die Verfolgung der nicaraguanischen Oppositionszeitung *La Prensa* durch die Sandinisten. Als das Blatt 1986, nachdem der US-Kongreß Zuwendungen in Höhe von 100 Millionen Dollar für die Contras beschlossen hatte (was einer Kriegserklärung gleichkam), auf Druck der sandinistischen Regierung sein Erscheinen einstellen mußte, erreichte die Empörung ihren Höhepunkt. Die Herausgeberin von *La Prensa*, Violeta Chamorro, erhielt einen Preis für ihren mutigen Kampf um die Meinungsfreiheit. Immerhin war die Zeitung gleich nach dem Wahlsieg der Sandinisten auf Veranlassung von Präsident Carter durch die CIA finanziert worden. Jetzt rief man zu Spendenaktionen auf und verurteilte die Sandinisten dafür, dieses Sprachrohr der Bevölkerung zum Schweigen gebracht zu haben.²²⁰

Ging es nun den Berichterstattern und Kommentatoren tatsächlich um die Meinungsfreiheit? Wir haben schon gehört, wie sie reagierten, als Duarte in El Salvador die unabhängigen Medien mit Gewalt beseitigen ließ. Hierzulande regte sich keine Hand, auch nicht die der *New York Times*, für ihre Unterstützung. Ähnliches gilt für Guatemala, wo Dutzende von Journalisten umgebracht wurden. Als nach der »demokratischen Erneuerung« zwei aus dem Exil zurückgekehrte Redakteure im Februar 1988 die linksliberale Wochenzeitung *La Epoca* begründeten, taten sie das in Kenntnis einer Verlautbarung der antikommunistischen Geheimarmee ESA: »Wir werden dafür sorgen, daß sie [zurückkehrende Journalisten] das Land entweder verlassen oder hier sterben.«²²¹

Davon nahm man in den USA keine Notiz, regte sich aber auf, als *La Prensa* im April wegen Papiermangels nicht erscheinen konnte und im Juli für zwei Wochen ihr Erscheinen einstellen mußte, weil sie, so die Regierung, erfundene und aufwieglerische Berichte über Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen gedruckt hatte.²²²

La Epoca hatte weniger Glück. Am 10. Juni drangen fünfzehn schwerbewaffnete Männer in die Büroräume ein, stahlen Ausrüstungsgegenstände und warfen Brandbomben. Sie entführten den Nachtwächter und ließen ihn später frei mit der Androhung, ihn zu ermorden, falls er aussagen würde. Augenzeugen und andere Quellen ließen wenig Zweifel daran, daß es sich um eine Operation der Sicherheitskräfte gehandelt hatte. Der Herausgeber der Zeitschrift, Bryan Barrera, teilte am 14. Juni

auf einer Pressekonferenz mit, *La Epoca* werde ihr Erscheinen einstellen, weil es in Guatemala »keine Bedingungen gibt, die die Ausübung eines freien und unabhängigen Journalismus garantieren«. Nach weiteren Drohungen ging er erneut ins Exil. Ein westlicher Diplomat begleitete ihn zum Flughafen. Die Zerschlagung von *La Epoca* »bedeutete nicht nur das Ende einer unabhängigen Medienstimme in Guatemala, sondern diente auch als Warnung, daß weitere Versuche dieser Art von der Regierung und den Sicherheitskräften nicht geduldet würden«, bemerkte die Menschenrechtsorganisation Americas Watch dazu.²²³

Die *New York Times* und die *Washington Post* erwähnten diesen Vorfall mit keinem Wort, obwohl sie davon Kenntnis hatten.²²⁴ Aber die gewaltsame Zerstörung unabhängiger Presseorgane ist nicht weiter wichtig, wenn sie in einer von den USA unterstützten »jungen Demokratie« stattfindet. Der US-Kongreß reagierte auf seine Weise, nämlich durch die substantielle Erhöhung der Wirtschafts- und Militärhilfe für die Regierung von Guatemala.²²⁵

Ein paar Wochen später durchsuchten israelische Sicherheitskräfte die Büros der führenden Jerusalemer Tageszeitung *Al Fadschr*, nahmen den Chef vom Dienst, Hatem Abdel-Qader, fest und sperrten ihn aufgrund unspezifizierter Sicherheitsbedenken für sechs Monate ins Gefängnis.²²⁶ Auch dazu kein Wort in unseren führenden Zeitungen. Abdel-Qader ist eben nicht Violeta Chamorro.

Man könnte natürlich auf die Bedeutung von *La Prensa* verweisen, die dem US-Verbündeten Somoza unter der Leitung von Pedro Joaquin Chamorro bis zu dessen Ermordung 1978 so tapfer Widerstand leistete. Das wäre zwar kein ausreichendes Argument, weil Pressefreiheit wenig bedeutet, wenn sie lediglich im Dienst der Mächtigen ausgeübt wird, entscheidend ist jedoch, daß die neue *La Prensa* nur noch wenig mit der Zeitung zu tun hatte, die gegen Somoza zu Felde gezogen war. Nach dem Mord an Pedro Joaquín Chamorro wurde sein Bruder Xavier Herausgeber, bis ihn die Besitzer 1980 feuerten. Mit ihm verließen 80 Prozent der Belegschaft die Zeitung und gründeten *El Nuevo Diario*. Neuer Herausgeber von *La Prensa* war jetzt ein Sohn von Pedro Joaquin Chamorro, der sich später der Führung der Contras anschloß, ohne deshalb seinen Posten bei der Zeitung aufzugeben.

Insofern kann nicht verwundern, daß *La Prensa* zum Sprachrohr der Opposition gegen die Regierung wurde und auch die Angriffe der USA auf Nicaragua bejahte.²²⁷

Dieselben Stimmen, die sich für *La Prensa* erhoben oder, wie im Fall des Obersten Bundesrichters William Brennan, die Israelis für ihren »Mut bei der Bewahrung der bürgerlichen Freiheiten« lobten,²²⁸ schwiegen, als das israelische Innenministerium 1986 zwei Jerusalemer Zeitungen, *Al-Mithaq* und *Al-Achd*, dichtmachte, weil sie die Meinungsfreiheit mißbraucht hätten, um »dem israelischen Staat zu schaden«. Sie hätten, so lautete der Vorwurf, Unterstützung von Israel feindlich gesonnenen Gruppen erhalten. Das Oberste Gericht bestätigte diese Entscheidung: »Es ist undenkbar, daß der Staat Israel terroristischen Organisationen, die ihn zerstören wollen, erlauben kann, auf seinem Territorium geschäftlich tätig zu sein, auch wenn diese Tätigkeit als solche legitim ist.«²²⁹

Als 1987 *La Prensa* wieder erscheinen konnte, kam es in Israel und den besetzten Gebieten zu weiteren Schließungen: In Nazareth wurde eine politische Zeitschrift aufgrund ihrer »extrem nationalistischen Ausrichtung« verboten, und in Nablus schloß man ein arabisches Nachrichtenbüro für zwei Jahre. Der Besitzer war bereits wegen des Verdachts auf »Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation« seit sechs Monaten in Haft. Solche Aktionen sind »legal«, weil in Israel seit der Gründung des Staats 1948 der Notstand herrscht.²³⁰ Die US-Medien schwiegen auch, als das in Nazareth erscheinende Wochenblatt *AL-Raja* per Dekret des Innenministeriums eingestellt wurde, nachdem der Herausgeber drei Monate lang ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis gesessen hatte.²³¹

An dieser so ungleich verteilten Aufmerksamkeit der Medien läßt sich ablesen, daß die bekennenden Hüter bürgerlicher Freiheiten in den USA der Meinungs- und Pressefreiheit höchst abschätzig gegenüberstehen. Kritiker der sandinistischen Medienpolitik, die bereit wären, ihre Maßstäbe auch auf andere Länder zu übertragen, muß man mit der Lupe suchen.²³²

Auch die von Richter Brennan so gepriesene Rechtsprechung wird von der hebräischsprachigen Presse in Israel etwas anders gesehen: »Dem israelischen Journalismus fehlen jegliche Garantien für seine Freiheit. Der Staat kann zu ihrer Einschränkung Maßnahmen ergreifen, die keiner anderen demokratischen Gesellschaft in der Welt zur Verfügung stehen.« Sie stammen noch aus der britischen Mandatszeit und wurden von der israelischen Regierung gleich nach der Staatsgründung wieder in

Kraft gesetzt. Zu ihnen gehört die Möglichkeit, Veröffentlichungen zu verbieten oder zu bestrafen, die »die Einwohner des Landes zu Ungehorsam oder Unzufriedenheit« anstacheln oder »den staatlichen Behörden Ungelegenheiten« bereiten könnten. Das Innenministerium kann »das Erscheinen einer Zeitschrift jederzeit beenden, wenn sie Lügen oder falsche Gerüchte verbreitet hat, die nach Ansicht des Ministeriums Panik oder Verzweiflung auszulösen vermögen«. Solche Maßnahmen tragen ebenso zur Selbstzensur bei wie die offizielle Zensur. Der Zensor kann die Verbreitung von Informationen verhindern, die »seiner Ansicht nach der Landesverteidigung sowie der öffentlichen Ordnung und Sicherheit abträglich sind«, und er hat die Macht, Verstöße gegen diese Regelungen ohne Gerichtsverfahren zu ahnden, bemerkt der israelische Rechtswissenschaftler Mosche Negbi. Daß die Unabhängigkeitserklärung von 1948 keinen Passus über die Meinungsfreiheit enthält, ist Negbi zufolge kein Zufall, sondern verdankt sich der Einschätzung des ersten Premierministers, David Ben-Gurion, der den Staat von jeglicher Kritik an Aktionen, die er für richtig hält, ausgenommen wissen wollte. Überdies muß der israelische Staat Einstellungsverfügungen oder Lizenzverweigerungen für Zeitschriften nicht weiter begründen.²³³

In den Vereinigten Staaten nahm man von diesen Einschränkungen der Pressefreiheit in Israel erst Notiz, als die Reaktionen auf die erste Intifada von 1987 überaus gewalttätig ausfielen. Aber erst im Mai 1988 versicherte der frühere Herausgeber der *New York Times*, A. M. Rosenthal, daß die Zensur in Israel »die Kritik des Westens verdient und auch bekommt«.²³⁴ Konkrete Schritte wurden jedoch nicht unternommen; auch in dieser Hinsicht bleibt die Aufregung um die Pressefreiheit in Nicaragua zynische Heuchelei.

Als John Dewey in den dreißiger Jahren »unsere unfreie Presse« erörterte, bemerkte er, daß die Kritik »bestimmter Mißbräuchlichkeiten« nur begrenzten Wert habe:

»Wirklich grundlegend läßt sich das Problem nur angehen, wenn man die zwingenden Auswirkungen des gegenwärtigen Wirtschaftssystems auf das gesamte Pressewesen untersucht, also auf die Entscheidung darüber, was Nachrichten sind, auf publikatorische Auswahlkriterien, auf den Umgang mit Nachrichten in Leitartikeln und der Berichterstattung. Die Frage ist dann nicht, wie viele bestimmte Mißbräuchlichkeiten es gibt und wie ihnen abgeholfen werden kann, sondern inwieweit wirkliche geistige Freiheit und soziale Verantwortlichkeit in größerem Umfang unter dem bestehenden Wirtschaftssystem überhaupt möglich sind.«

Verleger und Herausgeber, die der »Öffentlichkeit und der Gesellschaft« ebenso verpflichtet sind wie sie von ihr profitieren, erweisen sich oft als »Hauptfeinde« der wahren Pressefreiheit, fährt Dewey fort. Warum auch sollten sich die »Manager in diesem Geschäftszweig anders verhalten als die Leiter großer Betriebe und Konzerne«? Auch sie müssen ihre »spezifischen Waren« an den Mann bringen, und wenn sie »der Öffentlichkeit geben, was diese haben ›will‹«, dann liegt das »am gegenwärtigen Wirtschaftssystem, das ein Verlangen nach Zerstreuung und Ablenkung sowie eine an Liebe grenzende Neigung zum Verbrechen, sofern es sich bezahlt macht, befördert und dadurch geistige Gleichgültigkeit und Trägheit hervorruft«.²³⁵

Diesen zutreffenden Überlegungen ist wenig hinzuzufügen außer dem Hinweis auf die engen Verflechtungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht, die institutionell verankerte Notwendigkeit, sich den Interessen derer zu fügen, die grundlegende gesellschaftspolitische Entscheidungen fällen sowie die Erfolge der etablierten Macht bei der Aushöhlung sozialer Bestrebungen, andere Werte - nämlich unabhängiges Denken und Handeln - zu fördern als Gier, persönlichen Profit und autoritätsgläubige Unterordnung. Das Gewicht dieser Faktoren läßt sich daran erkennen, daß selbst das formelle Recht auf Meinungsfreiheit erst nach langen Kämpfen gegen bestehende gesellschaftliche Ordnungsmuster durchgesetzt werden konnte.²³⁶

Daß die Privilegierten schon in der Entstehungsphase der modernen demokratischen Gesellschaft daran interessiert waren, die Öffentlichkeit zum Gegenstand von Manipulationen zu machen, läßt sich an Äußerungen des Historikers Clement Walker ablesen, der sich 1661 gegen die »radikalen Demokraten« der englischen Revolution wandte:

»Sie haben alle Mysterien und Geheimnisse der Regierungskunst ... vors Volk geworfen (wie Perlen vor die Säue) und den Soldaten und dem gemeinen Mann alles aufgedeckt, indem sie die Regierung auf die ersten Prinzipien der Natur zurückführten ... Sie haben dadurch die Leute so neugierig und hoffärtig gemacht, daß diese nicht mehr demütig genug sind, sich einer zivilen Herrschaft unterzuordnen.«²³⁷

Walkers Sorgen hatten sich bald erledigt: Die Ordnung wurde wiederhergestellt und die »politische Niederlage« der Demokraten war »total und irreversibel«, wie der Historiker Christopher Hill feststellt. 1695 konnte die Zensur aufgehoben werden, weil die »Meinungsbildner sich jetzt selbst zensierten« und »nichts druckten, was den Besitzenden Angst einjagen mochte«.²³⁸

Dennoch hat es immer wieder Versuche gegeben, die Presse frei von Manipulationen zu halten. So schrieb John Stuart Mill: »Nicht der bis zum Äußersten gehende Konflikt zwischen Teilen der Wahrheit ist das gefährliche Übel, sondern die stillschweigende Unterdrückung eines Teils. Es besteht immer Anlaß zu Hoffnung, wenn die Menschen gezwungen werden, beide Seiten zu hören.« Und der Verhaltenskodex der British National Union of Journalists fordert zu einer »fairen und genauen« Berichterstattung, zur Trennung von Meinungsäußerungen und Tatsachen und zur Vermeidung von Verzerrungen, falschen Darstellungen und einseitiger Auswahl auf.²³⁹ Allerdings sind Bemühungen, die Pressefreiheit vor dem Zugriff der Regierung zu schützen, irrelevant, wenn die Medien, unter dem Diktat der Privatwirtschaft, die Verbreitung bestimmter Ideen viel effektiver verhindern können als jede offizielle Zensur.²⁴⁰

Nicht alle waren von der damit verbundenen Vorstellung, den Meinungspluralismus gesetzlich zu verankern, begeistert. Die Herausgeber des *St. Louis Post-Dispatch*, lange Jahre eine unabhängige, auf Qualität bedachte Lokalzeitung, stimmte zu, daß man »der Gemeinschaft gegenüber ... verpflichtet ist, die populären wie auch die unpopulären Seiten eines Problems darzustellen«, doch sollte dergleichen nicht gesetzlich geregelt werden: »Eine Zeitung, die sich fortwährend weigert, Ansichten Raum zu geben, mit denen sie nicht übereinstimmt, dürfte auf Dauer keinen Erfolg haben und verdient ihn auch nicht.«²⁴¹

Diese Einschätzung hat sich zwar als falsch erwiesen, doch sollte man die Bedenken hinsichtlich einer rechtlichen Verpflichtung nicht auf die leichte Schulter nehmen. De facto behaupten sich nur jene Medien am Markt, die die Darstellung »beider Seiten« eines Problems auf den von den Mächtigen festgelegten Konsens beschränken.

Es ist vor allem wichtig zu begreifen, welche Stories besser ungedruckt bleiben und welche Quellen unterdrückt werden müssen. Menschen, die aus Ost-Timor oder vor den US-Bombardements in Laos und Kambodscha geflohen sind, können nichts Nützliches berichten. Fernhalten muß man sich auch von den Lagern an der honduranischen Grenze, wo Flüchtlinge »ausnahmslos« bekunden, daß sie »vor der von uns [den USA] unterstützten Armee geflohen sind« und von »Greueln der Regierungsarmee, die wir mit Waffen ausrüsten« berichten. Diese Armee führe »eine systematische Terrorkampagne« durch, mit »Mord, Folter, Vergewaltigung und dem Niederbrennen von Feldern« - so der Bericht einer Delegation des US-Kongresses nach der Anfang 1981 vor Ort vorgenommenen Untersuchung der Zustände in ländlichen Gebieten von El Salvador.²⁴² Ebenso sollte man das Publikum nicht von den Erkenntnissen der Inter-American Development Bank unterrichten, die 1983 in Nicaragua einen »bemerkenswerten Fortschritt auf dem sozialen Sektor« konstatierte, der »eine solide Grundlage für die langfristige sozioökonomische Entwicklung bietet«. Allerdings wurde die Bank auf US-amerikanischen Druck hin daran gehindert, zu diesem Fortschritt beizutragen.²⁴³ Ebenso verschweigt man, wie die Regierung Reagan für die Rückentwicklung Nicaraguas gesorgt hat und läßt lieber James LeMoyne zu Wort kommen, der für die »Bitterkeit und Apathie« in Managua die Sandinisten verantwortlich macht.²⁴⁴

Wer das System der Medien angemessen bedienen will, muß begreifen, daß der Terror, den man der PLO, Ghaddafi oder Khomeini zuschreiben kann, Opfer hinterläßt, die unser Mitgefühl verdienen, was für diejenigen, die den Verbrechen der USA und ihrer Verbündeten zum Opfer fallen, nicht gilt. Verantwortungsbewußte Journalisten sehen ein, daß ein Granatenangriff auf israelische Rekruten und ihre Familien, bei dem ein Todesopfer und viele Verwundete zu beklagen sind, mit einem Foto auf die Titelseite gehört, während ein Angriff von Contras auf einen Passagierbus, bei dem zwei Menschen getötet, zwei entführt und viele verwundet wurden, keine Zeile verdient hat.²⁴⁵

Die von mir erörterten Methoden der Gedankenkontrolle in demokratischen Gesellschaften sollten indes nicht den Eindruck hinterlassen, das System sei allmächtig. Es gibt Möglichkeiten des Widerstands, die manchmal sehr effektiv genutzt werden.

Nehmen wir den Fall der vom Westen unterstützten Massaker in Ost-Timor. Die Medien berichteten nichts über die schrecklichen Ereignisse und schwiegen auch zur Mittäterschaft der jeweiligen Regierungen. Dennoch kam die Geschichte schließlich ans Licht, was einigen entschlossenen jungen Menschen zu danken ist, deren Namen nicht weiter bekannt wurden, wie überhaupt diejenigen, deren Handeln zur Verbesserung der Welt beiträgt, in der Historie keine Furore machen. Ihre Bemühungen führten nicht zur sofortigen Beendigung des Terrors, aber immerhin zur Abschwächung der Gewalt, und schließlich konnte das Rote Kreuz zumindest in begrenztem Umfang tätig werden. Auf diese und andere Weise blieb Zehntausenden ein grausamer Tod erspart. Nur wenige Menschen können von sich behaupten, im humanitären Bereich so viel bewirkt zu haben. Man sollte nicht vergessen, daß die potentiellen Opfer mächtiger Staaten eine Überlebenschance haben, wenn ihre Regierungen keine unumschränkte Handlungsfreiheit besitzen.

Die Vereinigten Staaten sind in dieser Hinsicht sehr viel zivilisierter als noch vor 25 Jahren. Die von den Eliten gefürchtete »Krise der Demokratie« und die damit einhergehende geistige Unabhängigkeit haben die Gesellschaft nachhaltig und insgesamt zum Besseren beeinflusst. Feministische, antirassistische und Umweltbewegungen haben die politische Landschaft verändert, und auch in den Medien sind während der letzten Jahre abweichende Meinungen und kritische Berichterstattungen sehr viel häufiger geworden als in den sechziger Jahren. Und es ist zum ersten Mal möglich geworden, sich auf ernsthafte Weise damit auseinanderzusetzen, was den Ureinwohnern Amerikas bei der Eroberung des Kontinents angetan wurde. Darüber hinaus wurden viele andere »notwendige Illusionen« hinterfragt und hernach zu Grabe getragen.

Von diesen Entwicklungen war auch die Regierungspolitik betroffen. Als John F. Kennedy Südvietnam bombardieren ließ, regte sich noch kein Protest. Zwanzig Jahre später konnte die Regierung Reagan den Terror in Mittelamerika nur noch mehr oder weniger heimlich und indirekt fördern. Die Folgen waren schlimm genug, wären aber ohne die Gegenbewegung in den USA und im Ausland weitaus grauenhafter gewesen.

Zu Beginn des ersten Kapitels beschäftigte ich mich mit den Fragen der brasilianischen Bischöfe über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Medien. Schließen möchte ich, indem ich meine eigene Auffassung zu diesem Problem darlege. Das westliche Bekenntnis zur Pressefreiheit ist angesichts des leichtfertigen Umgangs mit Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung in den US-Vasallenstaaten und des Eifers, mit dem die Medien sich durch Manipulation, Indoktrination und Kontrolle in den Dienst der Mächtigen und Privilegierten stellen, äußerst fragwürdig. Dagegen würde eine »demokratische Kommunikationspolitik« auf die Entwicklung von Mitteln des Ausdrucks und der Interaktion abzielen, in denen sich die Interessen und Besorgnisse umfassender Bevölkerungsschichten niederschlagen. Ferner würde eine solche Politik den Willen zur Bildung ebenso fördern wie das individuelle und kollektive Handeln. Das wäre ein Desideratum, auch wenn man die Fußangeln und Gefahren nicht übersehen darf. Allerdings bleibt die Fragestellung akademisch, wenn nicht die generellen sozialen Rahmenbedingungen in die Betrachtung einbezogen werden. Die Erfolgsaussichten einer demokratischen Kommunikationspolitik bleiben beschränkt, solange sich die Macht, über den Kurs und die Funktionsweise großer gesellschaftlicher Institutionen zu entscheiden, in wenigen Händen konzentriert. Das Ziel ist also nur über die weitere Demokratisierung der Gesellschaft zu erreichen. Dieser Prozeß wiederum benötigt als zentrale Komponente eine demokratische Kommunikationspolitik, die dazu beiträgt, die auf den Nexus von Staat und Wirtschaft beschränkten machtpolitischen Entscheidungsbefugnisse zu entflechten und zu dezentralisieren. Diese Demokratie-Konzeption ist zwar so alt, daß sie eigentlich den viel mißbrauchten Terminus »konservativ« verdient hätte, steht jedoch quer zu allen Vorstellungen, die den öffentlichen Diskurs beherrschen.

Der Mensch ist das einzige Gattungswesen, das eine Geschichte besitzt. Ob es auch eine Zukunft hat, wird von den Chancen populärer Bewegungen abhängen, die in allen Bereichen der Bevölkerung verwurzelt sind und Werte vertreten, welche in der jetzigen gesellschaftlich-politischen Ordnung unterdrückt oder marginalisiert werden: Gemeinschaftlichkeit, Solidarität, Umweltbewußtsein,

kreative, selbstkontrollierte Arbeit, unabhängiges Denken und wirkliche demokratische Beteiligung an den verschiedenen Formen des Zusammenlebens.

Anmerkungen

1. José Pedro S. Martins, *Latinamerica Press* (Lima), 17. März 1988.
2. Vgl. Philip Lee (Hg.), *Communication for All* (Orbis, 1985); William Preston, Edward S. Herman und Herbert Schiller, *Hope and Folly: the United States and UNESCO, 1945-1985* (Univ. of Minnesota, 1989).
3. »Freedom of the Press - Anthony Lewis distinguishes between Britain and America«, *London Review of Books*, 26. Nov. 1987.
4. M. P. Crozier, S. J. Huntington und J. Watanuki, *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission* (New York University, 1975).
5. Vgl. Chomsky, *Turning the Tide* (South End, 1985, Kap. 5) sowie *On Power and Ideology* (South End, 1987, Vorl. 5; dt. als *Die fünfte Freiheit. Über Macht und Ideologie*. Argument-Verlag, 1989). Eine detaillierte Untersuchung dieser Vorgänge bieten Thomas Ferguson und Joel Rogers, *Right Turn* (Hill & Wang, 1986). Zu den Folgen für die Innenpolitik vgl. Emma Rothschild, »The Real Reagan Economy« und »The Reagan Economic Legacy«, *New York Review of Books*, 30. Juni und 21. Juli 1988.
6. Umfrage von *New York Times-CBS*; Adam Clymer, *NYT*, 19. Nov. 1985.
7. Henry Kissinger und Cyrus Vance, *Foreign Affairs*, Sommer 1988. Um nur ein Beispiel zu geben: Unter zwanzig Industrienationen nehmen die USA hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit den letzten Platz ein; *Wall Street Journal*, 19. Okt. 1988. Zur insbesondere unter der Regierung Reagan gewachsenen Armut vgl. Fred R. Harris und Roger Wilkins (Hg.), *Quiet Riots* (Pantheon, 1988).
8. *Globe and Mail*, 28., 18. und 5. März 1986.
9. Beispiele in Mark Green und Gail MacColl, *Reagans Reign of Error* (Pantheon, 1987).
10. John P. Roche, *Washington Star*, 26. Okt. 1977.
11. Peter Braestrup, *Big Story* (Westview, 1977).
12. Landrum Bolling (Hg.), *Reporters under Fire: U.S. Media Coverage of Conflicts in Lebanon and Central America* (Westview, 1985; S. 35, S. 2f.).
13. Richter Holmes in einem abweichenden Votum der Urteilsbegründung im Fall *Abrams vs. United States*, 1919.
14. Benjamin Ginsberg, *The Captive Public* (Basic Books, 1986; S. 86, S. 89).
15. Etwas anders akzentuiert V. O. Key (in *Public Opinion and American Democracy*) den Punkt: »Zeitungsverleger sind ihrem Wesen nach Leute, die leeren Platz auf Seiten an Anzeigenkunden verkaufen.« Zit. n. Jerome A. Barron, »Access to the Press - a New First Amendment Right«, *Harvard Law Review*, Bd. 80, 1967.
16. Sir George Lewis, zit. n. James Curran und Jean Seaton, *Power without Responsibility* (Methuen, 1985; S. 31); Paul Johnson, *Spectator*, 28. Nov. 1987.
17. Ein alljährlich von Carl Jensen organisiertes Gremium von Medienkritikern, das die »zehn am stärksten zensierten Stories« auswählt, vergab 1987 den Preis an eine von Ben Bagdikian verfaßte Untersuchung dieser Probleme. Es geht dabei natürlich nicht um staatliche Zensur im direkten Sinn, sondern um den medialen Umgang - Verschweigen oder verzerrende Darstellung - mit wichtigen Vorgängen und Ereignissen.
18. *Economist*, 5. Dez. 1987.
19. Ausführlicher dazu Edward S. Herman und Noam Chomsky, *Manufacturing Consent: the Political Economy of the Mass Media* (Pantheon, 1988); Kap. 1.
20. Vgl. dazu den ersten Abschnitt des Anhangs.
21. Bolling, *Reporters under Fire*; S. 8.

22. Vgl. Herman und Chomsky, *Manufacturing Consent*, dies., *Political Economy of Human Rights* (2 Bde., South End, 1979), die erweiterte Fassung einer früheren Untersuchung, deren Veröffentlichung durch das Konsortium, dem der Verlag gehörte, verhindert wurde. Des weiteren Chomsky, *The Culture of Terrorism* (South End, 1988); Herman, *The Real Terror Network* (South End, 1982); Chomsky, *Pirates and Emperors* (Neuausg. Pluto Press, 2002). Desgl. James Aronson, *The Press and the Cold War* (Beacon, 1970); Michael Parenti, *Inventing Reality* (St. Martin's, 1986).
23. Weitere Bemerkungen zu diesen Themen im ersten Abschnitt des Anhangs.
24. Zur Rolle von Freedom House als einer Art Propagandainstrument der Regierung und der internationalen Rechten vgl. Edward S. Herman und Frank Brodhead, *Demonstration Elections* (South End, 1984, Anhang I) sowie *Manufacturing Consent*. Einem Memorandum des NSC-Mitglieds Walter Raymond zufolge gehörte Freedom House zu den Empfängern von Geldern, die der Propagandaapparat der Regierung Reagan aufgetrieben hatte. Leonard Sussman von Freedom House wies diese Vorwürfe zurück. Vgl. Robert Parry und Peter Kornbluh, »Iran-Contra's Untold Story«, *Foreign Policy*, Herbst 1988; *Leserbriefe*, Winter 1988/89. Um die Unvoreingenommenheit von Freedom House zu beweisen, bemerkt Sussman: »Wir haben die Menschenrechtsverletzungen der Sandinisten ebenso angeprangert wie die in vielen anderen Ländern, z.B. in Chile und Paraguay.« Da Nicaragua, Chile und Paraguay jene drei lateinamerikanischen Staaten sind, die von der Regierung Reagan offiziell wegen Verletzungen der Menschenrechte verurteilt werden, ist es kein Wunder, daß Freedom House diese Länder erwähnt, nicht aber El Salvador und Guatemala, wo es, mit Unterstützung der US-Regierung, sehr viel schlimmer aussieht.
25. Vgl. dazu den ersten Abschnitt des Anhangs.
26. Vgl. Bolling, *Reporters under Fire*. Zur TV-Retrospektive über den Vietnamkrieg vgl. *Manufacturing Consent* sowie den zweiten Abschnitt des Anhangs. Die kritische Einstellung der Öffentlichkeit gegenüber den Medien erörtert Mark Hertsgaard in *On Bended Knee* (Farrar Straus Giroux, 1988; S. 84f.).
27. So Timothy Foote, der ehemalige Chefredakteur von *Time*, der auch versichert, daß »jeder aufmerksame Leser« dieser Zeitschrift mitbekommt, daß ihre Einseitigkeit bisweilen »so offensichtlich ist wie die Gesichter [der Präsidenten] am Mount Rushmore« (in seiner Rezension von William Rushers Buch *The Coming Battle for the Media*, in *Washington Post Weekly*, 27. Juni 1988). Rusher wirft den »Medieneliten« vor, die Nachrichten durch ihre liberale Einstellung zu verzerren. David Shaw von der *Los Angeles Times*, der Rushers Buch im *New York Times Book Review* rezensierte, reagiert auf die Vorwürfe mit der ähnlich konventionellen Sichtweise, daß »Journalisten gerne den Status quo hinterfragen« und überhaupt »unzufriedene Kritiker« sind, die »sich über alles beschweren«.
28. Eine detaillierte Analyse der Medienberichterstattung über Kuba findet sich in Tony Platt (Hg.), *Tropical Gulag* (Global Options, 1987). Wayne Smith, ehemaliger Leiter der US-Interessenvertretung in Havanna und ein führender Kuba-Spezialist, schreibt in *Social Justice* (Sommer 1988) dazu, die Analysen bestätigten die »überwiegend negative« Behandlung von Kuba in den Medien, die ganz auf der Linie »der Version des US-Außenministeriums« liege. Vgl. dazu auch den ersten Abschnitt des Anhangs.
29. Das First Amendment regelt die Meinungs- und Pressefreiheit in den USA. (d. Ü.)
30. Zit. n. Ginsberg, *The Captive Public*, S. 34.
31. Der Abscheu vor der Demokratie ist bisweilen so extrem, daß staatliche Kontrolle als einzig vorstellbare Alternative zur Vorherrschaft des Privateigentums erscheint. Anders läßt sich wohl nicht erklären, daß Nicholas Lemann in der *New Republic* (9. Jan. 1989) Herman und mir unterstellt, wir würden in *Manufacturing Consent* eine »umfassendere staatliche Kontrolle« der Medien fordern. Er beruft sich dabei auf den Satz: »Auf lange Sicht erfordert eine demokratische Ordnung die umfassendere Kontrolle der Medien und ihre Zugänglichkeit« seitens der Öffentlichkeit (S. 307). Allerdings erörtern wir in diesem Zusammenhang die mögliche Verbreitung öffentlicher Fernsehkanäle »zur Schwächung der Macht der Netzwerk-Oligopole«, ferner »lokale Nonprofit-Radio- und Fernsehsender«, den Betrieb von Radiosendern durch »kommunale Institutionen« usw. Solche Optionen sind in der Tat eine Herausforderung für die Medienoligopole und die damit verbundene Herrschaft der Wohlhabenden und können genau darum von Lemann nur als »staatliche Kontrolle« interpretiert werden, weil er es für undenkbar hält, daß die Öffentlichkeit, um ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen, Zugang zu den Medien finden könnte oder sollte.
32. Joyce Appleby, *Capitalism and a New Social Order* (New York University, 1984; S. 73). In seinem Buch *Inventors of the Promised Land* (Knopf, 1975, Kap. 2) sieht Lawrence J. Friedman den absurden Kult um George Washington als Teil der Bemühungen, »die ideologische Treue der Staatsbürger zu kultivieren« und dergestalt ein »lebensfähiges Nationalbewußtsein« zu schaffen. Diese Stilisierung zum Halbgott wurde im 20. Jahrhundert auch Roosevelt und Kennedy zuteil, und bisweilen durften sogar ausländische Staatsführer an diesem Glanz teilhaben, wie etwa Stalin im Zweiten Weltkrieg, oder sparer die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir, die von Martin Peretz in der *New Republic* (10. Aug. 1987) als »prometheische Gestalt« mit »außerordentlicher äußerer Kraft« und »Macht« gefeiert wurde.
33. Frank Monaghan, John Jay (Bobbs-Merrill, 1935); Richard B. Morris, *The Forging of the Union* (Harper & Row, 1987; S. 46f, S. 173, S. 12 f. Zu Fluchtbewegungen nach der amerikanischen Revolution vgl. *Political Economy of Human Rights*, Bd. II, S. 41 ff. Schon damals gab es boat people, die mitten im Winter nach Neuschottland flohen, um dort zu sterben. Relativ zur Einwohnerzahl lassen sich diese Flüchtlingsströme ihrem Umfang nach mit denen vergleichen, die das zerstörte Vietnam verließen. Neuere Schätzungen bei Morris, S. 13 und 17.
34. *The American Revolution Reconsidered* (Harper & Row, 1967; S. 57 f.).

35. Vgl. die scharfsichtige Analyse von Joshua Cohen und Joel Rogers in *On Democracy* (Penguin, 1983) sowie das zweite Kapitel.
36. Weitere Erörterungen und Hinweise in *Turning the Tide*, S. 232 f.
37. Editorials in *El Tiempo* vom 5. und 10. Mai 1988; übersetzt in *Hondupress* (Managua, 18. Mai), einer Zeitschrift honduranischer Exilanten, die aus Angst vor Mordanschlägen und Verschleppungen nicht in die »junge Demokratie« zurückkehren wollen. Mehr zu den Wahlen in El Salvador in *The Culture of Terrorism* (S. 102). In den US-Medien fand ich keine Hinweise auf diese Bedrohungen, sondern vorwiegend Lobgesänge auf den Fortschritt dieses edlen Experiments in Sachen Demokratie unter US-amerikanischer Anleitung.
38. Alex Carey, »Reshaping the Truth«, *Meanjin Quarterly* (Australien), 35.4, 1976; Gabriel Kolko, *Main Currents in American History* (Pantheon, 1984; S. 284). Eine ausführliche Erörterung bietet Alex Carey: »Managing Public Opinion: The Corporate Offensive« (Ms.; Univ. of New South Wales, 1986).
39. Thomas Bailey zit. n. Jesse Lemisch, *On Active Service in War and Peace: Politics and Ideology in the American Historical Profession* (New Hogtown Press, Toronto 1975).
40. Lewis Namier, *England in the Age of the American Revolution* (Macmillan, 1961; S. 40), zit. n. Francis Jennings, *Empire of Fortune* (Norton, 1988; S. 471).
41. NRC' Handelsblad, 11. Okt. 1988. Bolkestein bezieht sich (verärgert) auf meine Huizinga-Vorlesung von 1977 in Leiden, in der ich entsprechende Materialien präsentierte (wiederabgedruckt in *Towards a New Cold War*, Kap. 1).
42. Alfonso Chardy, *Miami Herald*, 19. Juli 1987. Das »Amt für öffentliche Diplomatie« sorgte unter Anleitung von CIA und NSC für die Unterstützung der Contras und unternahm Bemühungen, die Medien und den Kongreß zu manipulieren und einzuschüchtern. Die Aktivitäten des Amtes wurden im September 1987 vom Präsidenten des US-Rechnungshofs für illegal erklärt. Vgl. dazu Staff Report, State Department and Intelligence Community Involvement in Domestic Activities Related to the Iran/Contra Affair, Committee on Foreign Affairs, U. S. House of Representatives, 7. Sept. 1988; Parry und Kornbluh, »Iran-Contra's Untold Story«. Desgl. *Culture of Terrorism*, 10. Kap.
43. Vgl. oben, Anm. 31. Natürlich lassen sich, wie bei jedem komplexen System, die allgemeinen Eigenschaften nicht umstandslos auf dessen Einzelstrukturen übertragen.
44. Vgl. ihr Buch *On Democracy* (Penguin, 1983), wo weiterreichende Folgen erörtert werden.
45. Vgl. Christopher Hill, *The World Turned Upside Down* (Penguin, 1984; S. 60, S. 71), wo Autoren aus jener Zeit zitiert werden.
46. Edward Countryman, *The American Revolution* (Hill & Wang, 1985; S. 200, S. 224 ff.).
47. James Curran, »Advertising and the Press«, in ders. (Hg.), *The British Press: A Manifesto* (London: Macmillan, 1978).
48. Lawrence Shoup und William Minter, *Imperial Brain Trust* (*Monthly Review*, 1977, S. 130), eine Untersuchung des War and Peace Studies Project von 1939 bis 1945, das vom Rat für Auslandsbeziehungen und dem US-Außenministerium betrieben wurde.
49. Vgl. dazu den dritten Abschnitt des Anhangs.
50. Ausnahmen wurden in der Anfangszeit geduldet, weil die Zentren des Industriekapitalismus sich mittels der Ausbeutung ihrer ehemaligen Kolonien erholen mußten, doch sollte das ein zeitlich begrenztes Verfahren bleiben. Einzelheiten in: William S. Borden, *The Pacific Alliance: United States Foreign Economic Policy and Japanese Trade Recovery, 1947-1955* (Wisconsin, 1984); Andrew J. Rotter, *The Path to Vietnam: Origins of the American Commitment to Southeast Asia* (Cornell, 1987).
51. *Washington Post Weekly*, 28. Dez. 1987.
52. Lippmann und Merz, »A Test of the News«, *New Republic* (Beilage), 4. Aug. 1920. Zit. n. Aronson, *The Press and the Cold War*, S. 25 f.
53. Vgl. dazu den dritten Abschnitt des Anhangs.
54. H. D. S. Greenway, *Boston Globe*, 8. Juli 1988. Zum Hintergrund vgl. *Turning the Tide*, S. 194 f. und die dort angegebenen Quellen. Ferner Christopher Simpson, *Blowback* (Weidenfeld & Nicholson, 1988).
55. Ende der sechziger Jahre war bereits erkennbar, daß hier die grundlegenden Faktoren für die US-Intervention in Südostasien lagen. Südostasien sollte als »co-prosperity sphere« für Japan sowie als Quelle und Markt für Rohstoffe dienen. Außerdem konnten die dort verdienten Dollars für den Neuaufbau des westeuropäischen Kapitalismus eingesetzt werden. Vgl. Chomsky, *At War with Asia* (Pantheon, 1970, Einleitung; dt.: *Im Krieg mit Asien I*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1971); *For Reasons of State* (Pantheon 1973; dt. *Am Staatsräson*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1974); Noam Chomsky und Howard Zinn (Hg.), *Critical Essays*, Bd. 5 der *Pentagon-Papers* (Beacon, 1972) und andere Publikationen aus jener Zeit. Vgl. ferner Michael Schaller, *The American Occupation of Japan* (Oxford, 1985) sowie die in Anm. 50 zitierten Werke von Borden und Rotter.

56. Dean Acheson, *Present at the Creation* (Norton, 1969; S. 374, S. 489); Borden, *Pacific Alliance*, S. 44, S. 144.
57. Vgl. den vierten Abschnitt des Anhangs.
58. Vgl. die Einleitung, S. 13.
59. Carey, »Managing Public Opinion« (vgl. Kap. I, Anm. 38).
60. Daniel Bell, »Industrial Conflict and Public Opinion«, in A. R. Dubin und A. Ross (Hg.), *Industrial Conflict* (McGraw-Hill, 1954), zit. nach Carey.
61. Carey, a. a. O. Zur Säuberung der Universitäten in den fünfziger Jahren vgl. Ellen Schrecker, *No Ivory Tower* (Oxford, 1986). Einige Beispiele der späteren Säuberungen bringen diverse Essays in Philip J. Meranto, Oneida J. Meranto und Matthew R. Lippman (Hg.), *Guarding the Ivory Tower* (Lucha publications, Denver, 1985).
62. Vgl. dazu meinen Artikel »Democracy in the Industrial Society«, in *Z Magazine*, Januar 1989.
63. Das »Food for Peace«-Programm (PL 480) wurde von Ronald Reagan als »eine der größten humanitären Aktionen, die jemals eine Nation für die Bedürftigen anderer Nationen durchgeführt hat«, beschrieben. Tatsächlich diente das Programm der Subventionierung der US-Landwirtschaft und sollte die Bevölkerung anderer Staaten »von unseren Lebensmitteln abhängig machen« (so Senator Hubert Humphrey, der das Programm im Interesse seiner Wählerschaft in Minnesota mit entwarf). Außerdem trug es zu »Counterinsurgency«-Operationen bei und finanzierte »die Entstehung eines globalen militärischen Netzwerks zur Stärkung kapitalistischer Regierungen in westlichen und Drittwelt-Ländern« weil die Lieferung von Lebensmitteln mit der Forderung von Waffenkäufen verbunden war (William Borden) und somit eine indirekte Subventionierung der US-amerikanischen Waffenproduzenten darstellte. Die USA benutzen solche »Exportsubventionen (die weltweit als »unfaire« Handelspraktiken gelten), um sich [u.a.] den riesigen japanischen Markt zu sichern« (Borden). Die Auswirkungen auf die Landwirtschaft in der Dritten Welt sind oftmals verheerend. Vgl. Borden, *Pacific Alliance*, S. 182f. sowie Tom Barry und Deb Preusch, *The Soft War* (Grove, 1988; S. 67f.).
64. NYT, 30. Oktober 1985. Vgl. auch die Einleitung, S. 38.
65. Vgl. *Political Economy of Human Rights und Manufacturing Consent*.
66. NYT, 25. März 1977; Transkription der Pressekonferenz.
67. Los Angeles Times, 25. Okt. 1988; Robert Reinhold, NYT vom selben Tag.
68. Zu vergleichenden Schätzungen s. *Political Economy of Human Rights*, Bd. II, Kap. 3.
69. NYT, 3. März 1985.
70. T. Hunter Wilson, *Indochina Newsletter* (Asia Resource Center), Nov./Dez. 1987. Mary Williams Walsh, *Wall Street Journal*, 3. Jan.; George Esper, AP, 18. Jan.; Boston Globe, Bildunterschrift, 20. Jan. 1989.
71. Walsh, *Wall Street Journal*, 3. Jan. 1989. Robert Pear, NYT, 14. Aug.; Elaine Sciolino, NYT, 17. Aug.; Paul Lewis, NYT, 8. Okt.; Mary Williams Walsh, *Wall Street Journal*, 1. Sept. 1988. In ihrem Artikel vom 3. Januar bemerkt Walsh etwas reumütig, daß »die Freigabe der afghanischen Landkarten sogar ein kleiner Propagandasieg für das Regime in Kabul sein könnte, weil seine Feinde in Washington« das vierzehn Jahre nach ihrem Abzug immer noch nicht geschafft haben. Allerdings dürfte dieser Sieg nicht sehr beeindruckend ausfallen, weil man in den USA gar nicht weiß, daß Washington die Karten nicht freigegeben hat oder eventuell eine entsprechende Verantwortung dazu hätte.
72. Barbara Crossette, NYT, 10. Nov. 1985.
73. Crossette, NYT, 28. Feb.; E. W. Wayne, *Christian Science Monitor*, 24. Aug. 1988.
74. Terry Anderson, »The Light at the End of the Tunnel«, *Diplomatic History*, Herbst 1988.
75. Lee H. Hamilton, »Time for a New American Relationship with Vietnam«, *Christian Science Monitor*, 12. Dez. 1988; Frederick Z. Brown, *Indochina Issues* 85, Nov. 1988; Boston Globe, 8. Juli 1988.
76. Jennings, *Empire of Fortune*, S. 215.
77. NSC 144/1, 1953; NSC 5432, 1954 u. v. a. Ausführlichere Darstellungen in *On Power and Ideology*. Diese Prinzipien werden immer wieder, oft verbal identisch, bekräftigt.
78. Über diesen auf die Innenpolitik abzielenden Propagandatricks vgl. Herman und Brodhead, *Demonstration Elections*.
79. Jorge Pinto, *ATT Op-Ed*, 6. Mai 1981; Ricardo Castaneda, Seniorpartner einer salvadorianischen Anwaltskanzlei, Edward Mason Fellow, Kennedy School, Harvard University, p. c.; »Salvador Groups Attack Paper and U. S. Plant«, *World News Briefs*, NYT, 19. April 1980. Die Information über die Berichterstattung der New York Times beruht auf einer Durchsuchung des ATT-Index durch Chris Burke von FAIR.
80. »Sad Tales of La Libertad de Prensa«, *Harper's Magazine*, Aug. 1988.
81. Deirdre Carmody, NYT, 14. Feb. 1980. Vielleicht können wir die kurze, in Anm. 79 zitierte Notiz vom 19. April als Reaktion auf Gonzales' Bitte verstehen.

82. NYT, Editorial, 25. März 1988.
83. New Republic, 7. April 1917.
84. Zu Zitaten und Verweisen vgl. Towards a New Cold War, Kap. I und die dort angegebenen Quellen.
85. Einige Beispiele in Manufacturing Consent, Anm. S. 343.
86. Thomas Paterson, Meeting the Communist Threat (Oxford, 1988, S. 82f.), der einen Beamten der Regierung Truman und den Politologen Gabriel Almond zitiert.
87. Melvyn Leffler, »Adherence to Agreements: Yalta and the Experience of the Early Cold War«, International Security, Sommer 1986.
88. Robert W. Tucker, »Reagan's Foreign Policy«, Foreign Affairs, »America and the World 1988/89«, Winter 1989, Leitartikel. John Lewis Gaddis, The Long Peace (Oxford, 1987, S. 129). Die Bemühungen, Indochina von den französischen Streitkräften zu befreien, waren, wie bei Kämpfen gegen fremde Besatzung und Kolonialherrschaft üblich (man denke an die amerikanische Revolution), auch Bürgerkriege. Die bizarre Vorstellung, die USA habe »Aggression eingedämmt«, indem sie den Franzosen beim Versuch der Wiedereroberung Indochinas half (und dabei sogar den Einsatz von Kernwaffen erzwang), wird dadurch nicht glaubwürdiger.
89. Vgl. den fünften Abschnitt des Anhangs für ein (allerdings aus dem Rahmen fallendes) Beispiel.
90. Neil Lewis, NYT, 6. Dez. 1987.
91. Daily Telegraph (London), 28. Jan. 1988.
92. NYT, 2. Juni 1956. Der Vorwurf stammt von dem stellvertretenden Außenminister Walter Robertson. Bisweilen lesen wir immer noch von der »Erinnerung des Südens an die Demokratie« (so Clayton Jones im Christian Science Monitor, 19. Jan. 1989) und keineswegs von der Militärherrschaft, die die USA dort mit Gewalt errichteten.
93. Sidney Hook, »Lord Russell and the War Crimes Trial«, New Leader, 24. Okt. 1966; »Politics Tests Philosophy's Meaning«, Rezension von Alan Ryan, Bertrand Russell: A Political Life, Insight (veröff. von der Washington Times), 3. Okt. 1988. Hooks Kommentar zu Russell wird all jenen bekannt vorkommen, die wissen, wie die kommunistische Parteipresse in der Stalinära mit Dissidenten verfuhr.
94. Boston Globe, 15. Jan. 1988.
95. NYT, 6. Aug. 1987.
96. Eine Ausnahme bildet »Talk of the Town«, New Yorker, 1. Feb. 1988.
97. Washington Post Weekly, Editorial, 4. April 1988.
98. Bruce Cameron und Penn Kemble, »From a Proxy Force to a National Liberation Movement« (Ms., Feb. 1986), skizzieren, wie die USA diesen Übergang bewerkstelligen sollen. Edgar Chamorro, Packaging the Contras: A Case of CIA Disinformation, Institute for Media Analysis Monograph Series, No. 2 (New York, 1987, S. 49); Chamorro war der von CIA ausgewählte Sprecher für die Leitung der Contras von Dezember 1982 bis Dezember 1984, als er die Organisation verließ.
99. Davar, S. Juli 1988.
100. Manchester Guardian Weekly (London), 18. Dez. 1988. In derselben Ausgabe berichtet Julie Flint aus dem Libanon, daß diese »bizarre und vermutlich fehlgeschlagene Operation« keine erkennbaren Auswirkungen hinterließ mit Ausnahme sterblicher Überreste von Menschen und »zwei tote Doggen, an denen Sprengstoff befestigt war«. Ein israelischer Offizier wurde getötet, und Elitekommandos mußten sich an Helikopterkufen geklammert retten, wobei sie Ausrüstung und Waffen zurückließen. Es gibt »keinen Beweis dafür, daß die Israelis auch nur ein Munitionsdepot zerstörten - und diese Hügel sind mit ihnen übersät - oder dem Gegner Verluste beibrachten, die den Umfang der Angriffstreitkräfte rechtfertigen würden«.
101. NYT, 19. Feb. 1988; Washington Post, 30. Juni 1985. Zum Angriff auf die Schule in Damur vgl. Liston Pope, City Sun, 1.-7. Juni 1988. Pope zufolge, der an der Schule Englischunterricht gab, widmete die New York Times dem Angriff, einem von vielen, ganze 20 Wörter. Zur Operation Eiserne Faust und der Bombardierung des Bekaa-Tals vgl. Chomsky, Pirates and Emperors, Kap. 2.
102. Boston Globe, 9. Nov. 1984.
103. Weitere Einzelheiten in meinem Artikel in Z Magazine, März 1988.
104. In meinem Artikel finden sich auch weitere Hinweise auf Zitate von Ortega und Arias, die in Berichten über andere Themen versteckt sind.
105. El Tiempo, Editorial, 5. Mai 1988, nachgedruckt in Hondupress, 18. Mai 1988.
106. Natürlich wissen sie davon, wie ein gelegentlicher Nebensatz andeutet.

- ^{107.} Congressional Record, Senat, 5. Aug. 1988, S. 11002; Susan Rasky, NYT, 11. Aug. 1988.
- ^{108.} Robert Pear, NYT, 25. Mai 1988.
- ^{109.} Congressional Record, 5. Aug. 1988, S. 10969f.; AP, NYT, 4. Aug.; Bryna Brennan, AP, Washington Post, 4. Aug. (ein sehr viel umfangreicherer Bericht); Barricada (Managua), 3. Aug.; Julie Light, Guardian (New York), 17. Aug. 1988. Der Boston Globe (vom 4. Aug.) brachte eine winzige Nachricht, der zufolge die Contras den Angriff abtritten.
- ^{110.} Pastor, Condemned to Repetition (Princeton, 1987; S. 32, Hervorhebung von ihm).
- ^{111.} Vgl. Culture of Terrorism zu Hinweisen auf Barnes und viele ähnliche Beispiele. Barnes galt als »Rädelsführer« der Opposition im Kongreß gegen die illegalen Regierungsprogramme zur innen- und außenpolitischen Unterstützung der Contras, der, den Aufzeichnungen eines »privaten« Mitglieds der illegalen Operationen zufolge, als »Lektion für andere« politisch »fertiggemacht« werden mußte. Die Operationen wurden von Carl Chanell geleitet, der sich schuldig bekannte, als Übermittler steuerfreier Gelder für Contra-Waffen gewirkt zu haben. Chanell warf Barnes mit einer Anzeigenkampagne aus dem Rennen, in der er ihn als Sympathisanten der Contras darstellte. Vgl. Parry und Kornbluh, op. cit.
- ^{112.} U. S.-Senat, Committee on Foreign Relations, 27. Feb. 1986.
- ^{113.} NYT, 14. März 1986.
- ^{114.} Washington Post Weekly, Editorial, 1. März 1986.
- ^{115.} New York Times Book Review, 12. April 1987. Vgl. Z Magazine, Jan. 1989, zu Morleys Interpretation des zitierten Satzes.
- ^{116.} Wall Street Journal, 26. März 1987.
- ^{117.} John E. Rielly (Hg.), American Public Opinion and U. S. Foreign Policy 1987, Chicago Council on Foreign Relations, März 1987. »Meinungsführer« sind »prominente Individuen in den Vereinigten Staaten aus Regierung, Geschäftswelt, Arbeiterorganisationen, Universitäten, Massenmedien, religiösen Institutionen, privaten außenpolitischen Organisationen und Gruppen mit Sonderinteressen«.
- ^{118.} Beispiele in Culture of Terrorism, Kap. 11.
- ^{119.} Andrew Reding, Interview mit Figueres, World Policy Review, Frühjahr 1986; längere Auszüge aus einem Interview, veröffentlicht von COHA, Washington Report on the Hemisphere (1. Okt. 1986), in Culture of Terrorism, S. 206 f.
- ^{120.} NYT Magazine, 10. Jan. 1988.
- ^{121.} James LeMoyne, »Bitterness and Apathy in Nicaragua«, NYT, 29. Dez. 1987. Chamorro, Update, Central American Historical Institute, Georgetown University, 13. Nov. 1987; Extra! (FAIR), Okt./Nov. 1987. Da ich selbst gerade zu der Zeit in Nicaragua war, als LeMoyne dort seinen kurzen Besuch abstattete, weiß ich aus persönlicher Erfahrung, wie einseitig sein Bericht ist. Es geht jedoch darum, daß nur LeMoynes Version die größere Öffentlichkeit erreicht. Von einigen Ausnahmen abgesehen gelangen nur diejenigen Versionen, die den Erfordernissen des Propaganda-Modells entsprechen, durch die Filtersysteme der Medien.
- ^{122.} Mary Speck, »Nicaragua's Economic Decline Takes Toll on Health«, Miami Herald, 15. Sept. 1988; William Branigin, »Let Them Eat Fruit Rinds«, Washington Post Weekly, 10.-16. Okt. 1988.
- ^{123.} Ein Leser lenkte die Aufmerksamkeit Tom Wickers von der New York Times auf die Studie zum gängigen Meinungsspektrum, was Wicker (NYT, 31. Dez. 1987) zum Anlaß nahm, sie anzugreifen. Er führte dafür zwei Gründe an: Zum einen sah er »keinen Grund, weshalb ich die Sandinisten loben sollte«. Das ist zwar richtig, aber völlig irrelevant. Es ging ja in der Studie nicht um den individuellen Beitrag, sondern um das Spektrum zulässiger Anschauungen. Natürlich kann und soll Wicker die Meinung äußern, daß Nicaragua ein »regionales Arrangement« durch die US-Terrorstaaten aufgezwungen werden muß, aber in einer freien Presse darf diese Position nicht den Grenzpunkt kritischer Haltung gegenüber der Regierungspolitik darstellen. Zum anderen wandte er ein, daß »Kritik per Zollstock und Taschenrechner oftmals ebenso vereinfachend ist wie die Reportage, die damit gemessen werden soll«. Ich wollte nun wissen, ob Wicker über eine methodologische oder anders geartete Kritik verfügte, um sein Urteil zu begründen und schrieb ihm einige Briefe, die unbeantwortet blieben. Daraus schließe ich, daß er im Prinzip gegen eine rationale Untersuchung der Funktionsweise der Medien ist. Seine Reaktion und die generelle Verwerfung der umfangreichen Dokumentation zur Untermauerung des Propaganda-Modells steht ganz im Einklang mit den Voraussagen dieses Modells. Vgl. dazu den ersten Abschnitt des Anhangs.
- ^{124.} NYT, 10. Feb. 1987.
- ^{125.} NYT, 14. Feb. 1987.
- ^{126.} Washington Post, Editorials vom 9. Jan. und 11. März; Buckley, Washington Post, 2 I.Mai 1987.
- ^{127.} Rosenthal, NYT, 8. März; Rosenfeld, Washington Post, 24. April 1987.
- ^{128.} Stephen Vaughn, Holding Fast the Inner Lines (Univ. of North Carolina, 1980; S. 194).

- ^{129.} Kenneth Roth, Leserbrief, NYT, 17. Aug. 1988; Boston Globe, 26. Dez. 1988. Befürworter der US-amerikanischen Gewalt verurteilen Americas Watch, weil die sorgfältigen und überlegten Berichte dieser Organisation ihren Maßstäben der Treue gegenüber der Staatsdoktrin nicht genügen. So behauptet Morton Kondracke, der Herausgeber von New Republic, daß Americas Watch und die Propagandisten des Außenministeriums zwei Seiten einer Medaille seien, weil sie einseitig für ihre jeweilige Klientel, hier die Sandinisten, dort die US-Vasallenstaaten einträten («Broken Watch», The New Republic, 22. Aug. 1988; zu Kondracke vgl. auch den zweiten Abschnitt des Anhangs). Tatsächlich hat Americas Watch sich alle erdenkliche Mühe gegeben, Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua aufzuspüren und ihnen sehr viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet als die Fakten hergaben (vgl. Americas Watch, Human Rights in Nicaragua, März 1986). Aber die Organisation hat sich, zum Entsetzen der Hardliner, immer an die überprüfbaren Tatsachen gehalten.
- ^{130.} Bernard Diederich, Somoza (E. P. Dutton, 1981, S. 74). Memorandum von Verteidigungsminister McNamara an McGeorge Bundy, 11. Juni 1965; weitere Details in On Power and Ideology, S. 22 f. und die Bibliographie.
- ^{131.} Lars Schoultz, Human Rights and United States Policy toward Latin America (Princeton, 1981, S. 7).
- ^{132.} Torture in Latin America, LADOC (Latin American Documentation), Lima, 1987.
- ^{133.} George Shultz, »Moral Principles and Strategie Interests: The Worldwide Movement Toward Democracy«, State Dept. Bureau of Public Affairs, Current Policy, Nr. 820; Ansprache in der Kansas State University, 14. April 1986; Le-Moyne, NYT, 7. Feb. 1988.
- ^{134.} Vgl. Political Economy of Human Rights, Bd. I; Lars Schoultz, Comparative Politics, Jan. 1981. Vgl. auch sein Buch Human Rights and United States Policy toward Latin America.
- ^{135.} NYT, 15. März 1987.
- ^{136.} AP, 1. Feb. 1988.
- ^{137.} Washington Post Weekly, Editorial, 31. März 1986; Pamela Constable, Boston Globe, 15. März 1987.
- ^{138.} Eine detaillierte Analyse findet sich in Morris Morley und James Petras, The Reagan Administration and Nicaragua, Institute of Media Analysis, Monograph Series Nr. 1 (New York, 1987).
- ^{139.} Vgl. meinen Artikel in Thomas Walker (Hg.), Reagan versus the Sandinistas (Westview, 1987) sowie Culture of Terrorism, S. 219 f.; Washington Post, 15. Okt. 1985; Peter Kornbluh, Nicaragua (Institute for Policy Studies, Washington, 1987).
- ^{140.} Ebd.
- ^{141.} Anhörungen des Senatskomitees für Außenpolitik, 31. Aug. 1966; zit. n. Aronson, The Press and the Cold War, S. 226.
- ^{142.} Ausnahmen gibt es, wenn Störfaktoren in das System eingreifen. Selbst einflußreichen Segmenten der Privatwirtschaft kann der Zugang zur Öffentlichkeit versperrt werden; ein Beispiel dafür findet sich im fünften Kapitel.
- ^{143.} Vgl. Turning the Tide, S. 72 f. und meinen Artikel in Walker, Reagan versus the Sandinistas. Vgl. auch Michael Parentis Nachwort in Morley und Petras, The Reagan Administration in Nicaragua sowie Michael Linfield, Human Rights in Times of War, Ms., 1988.
- ^{144.} Jack Spence, »The U. S. Media: Covering (Over) Nicaragua«, in Walker, Reagan versus the Sandinistas. Zur Berichterstattung über die Wahlen vgl. den ersten Abschnitt des Anhangs und die dort zitierten Quellen.
- ^{145.} Council on Hemispheric Affairs (COHA), »News and Analysis«, 29. Feb. 1988.
- ^{146.} Überhaupt würde es äußerst schwierig sein, in den Medien Berichte über den Einfluß der Alliance for Progress [geschlossen 1961 zwischen den USA und 22 lateinamerikanischen Staaten; d. Ü.] auf die Intensivierung der Krise zu finden. Das »Bündnis für den Fortschritt« förderte Entwicklungsprogramme, die einerseits zur Steigerung des Bruttosozialprodukts führten, andererseits die Armut der Massen anwachsen ließen (z. B. durch die Ersetzung von landwirtschaftlichen Subsistenzprodukten durch Rindfleisch für den Export). Sie richteten beträchtlichen ökologischen Schaden an und waren auch dort eine Katastrophe für die Bevölkerung, wo sie sich statistisch als Erfolg auswiesen.
- ^{147.} So veröffentlichte Katsuchi Honda in der japanischen Presse ausführliche Berichte über das Leben in südvietnamesischen Dörfern, die von Widerstandskräften kontrolliert und von den USA angegriffen wurden, aber die englische Übersetzung fand keine Abnehmer. Der Kambodscha-Spezialist Serge Thion berichtete 1972 in Le Monde über seine Treffen mit kambodschanischen Guerillagruppen, aber die Washington Post lehnte den Beitrag ab. Der Südostasienkorrespondent von Le Monde, Jacques Decornoy, veröffentlichte Berichte aus erster Hand über die US-Bombardierung von Laos 1968, aber trotz wiederholter Versuche war keine amerikanische Zeitschrift bereit, seine Reportagen zu drucken oder auch nur die Fakten zu erwähnen. Berichte ausländischer Journalisten oder sogar von Mitgliedern des Repräsentantenhauses über die Greuelthaten salvadorianischer Truppen wurden ignoriert. Vgl. dazu For Reasons of State, Towards a New Cold War und Manufacturing Consent.
- ^{148.} Kambodschanische Flüchtlinge an der thailändischen Grenze Ende der siebziger Jahre waren ebenso gut oder schlecht zu erreichen wie kambodschanische Flüchtlinge in Phnom Penh einige Jahre zuvor, aber jene hatten eine nützliche

Geschichte zu erzählen, diese jedoch nicht. Das gleiche gilt für die timoresischen Flüchtlinge, die, im Gegensatz zu den Verfolgten des Pol-Pot-Regimes, nichts zu berichten hatten, was für die USA von Nutzen gewesen wäre. Vgl. dazu *Political Economy of Human Rights und Manufacturing Consent*.

149. Seattle Central America Media Project, *Out of Balance*, o.J.
150. Donald Fox und Michael J. Glennon, »Report to the International Human Rights Law Group und the Washington Office on Latin America«, Washington D. C., April 1985, S. 21. Der Bericht dreht sich um die Reaktion des US-Außenministeriums auf die Enthüllung von Contra-Greueln seitens der Autoren. Berichte dieser Art wurden zumeist ignoriert oder ad acta gelegt.
151. Einen Überblick über die Kommentare der New York Times zu El Salvador und Nicaragua von 1980 bis Mitte 1986 vgl. meinen Artikel in: Walker, *Reagan versus the Sandinistas*. Zum Vergleich der Bewertung von Duarte hier und in Lateinamerika (inklusive El Salvador) s. *Culture of Terrorism*, S. 101 f. Zu Duartes Verbrechen und ihrer Darstellung in den Medien s. *Turning the Tide*, Kap. 3, Abschn. 5.2. Marc Cooper, »Whitewashing Duarte«, U. S. Reporting on El Salvador, *NACLA Report on the Americas*, Jan./März 1986.
152. Lydia Chavez, NYT, 24. April 1983. Vides Casanova zit. n. Ray Bonner, *Weakness and Deceit* (Times Books, 1984, S. 106).
153. Zur Medienberichterstattung über El Salvador zur Zeit des wachsenden Terrors (1980/81) vgl. *Towards a New Cold War*, Einleitung; teilweise wiederabgedruckt in *The Chomsky Reader*, Mehr zur Weigerung der Medien, über die Greueln der Regierung zu berichten in Ed Herriman, *Hack: Home Truths about Foreign News* (Zed, 1987). Harriman war für britische Medien in El Salvador als Korrespondent tätig. Als der Terror extreme Ausmaße erreichte, gab es eine kurze Periode seriöser Berichterstattung, aber nachdem sein Erfolg sich abzeichnete und Schuwahlen stattgefunden hatten, kehrten die US-Medien, mit sporadischen Ausnahmen, zur üblichen Apologetik zurück. Bedeutsam war auch, daß die New York Times ihren Korrespondenten Ray Bonner aus El Salvador zurückbeordnete. »Angehörige des US-Botschaft erzählten voller Stolz, daß sie [Bonner] wegen seiner kritischen [und genauen] Berichte über die salvadorianische Regierung gezwungen hätten, das Land zu verlassen.« (Parry und Kornbluh, op. cit.)
154. NYT Magazine, 6. April 1986.
155. NYT Magazine, 25. Mai 1986. Daniel Oduber in: Kenneth M. Coleman und George C. Herring (Hg.), *The Central American Crisis* (Scholarly Resources Inc., 1985, S. 196).
156. Von Ausnahmen abgesehen war die Medienreaktion ganz ähnlich und erreichte bisweilen erstaunliche Extreme. So ließ die Washington Post den Contra-Lobbyisten Robert Leiken zu Wort kommen, der dem Gerichtshof unterstellte, er gerate »zunehmend in den Verdacht«, enge Beziehungen zur Sowjetunion zu pflegen (obwohl der sowjetische Richter sich von dem Fall zurückgezogen hatte; Jonathan Karp, *Washington Post*, 28. Juni 1986). Mehr zu Robert Leiken und seiner interessanten Rolle in den Medien in *Culture of Terrorism*, S. 205 f.
157. NYT, 12. Mai 1986.
158. NYT, 29. Juni 1986.
159. Extra! (FAIR), Dez. 1987. Urteilsverkündung des Internationalen Gerichtshofs, AP, *Washington Post*, 4. Aug. 1988, eine kurze Anmerkung; *Boston Globe*, 29 Wörter.
160. UN-Pressemitteilung GA/7591, 30. Nov.; AP, 30. Nov.; William Broad, »Star Wars is Coming, but Where is it Going?«, NYT Magazine, 6. Dez. 1987.
161. Paul Lewis, NYT, 2. Dez. 1987.
162. UN-Pressemitteilung GA/7603, 7. Dez. 1987.
163. Zum einen hielt die US-Regierung die Anerkennung der UN-Resolution 242 durch den Nationalrat für »zweideutig«, weil sie von der Forderung begleitet wurde, neben den Rechten Israel seien auch die der Palästinenser zu berücksichtigen, was nicht der von den USA und Israel vertretenen Verweigerungshaltung entsprach. Zum anderen hatte der Nationalrat hinsichtlich der Ablehnung von Terror die Position der internationalen Staatengemeinschaft übernommen, die ebenfalls von Israel und den USA abgelehnt wird.
164. NYT, Editorial, 16. Nov.; Lewis, NYT, 1. Dez. 1988. Als die US-Regierung sich unter dem Vorwand, die PLO habe ihre Forderungen erfüllt, zu Gesprächen bereit erklärte, erschienen im liberalen *Boston Globe* (am 24. Dez. 1988) unter der Überschrift »Taking Arafats ›yes‹ for an answer« zwei Spalten, um den Unterschied der Meinungen zu diesem Thema zu dokumentieren. Für die Falken warnte Philip Perlmuter, das Oberhaupt der jüdischen Gemeinde in Boston, vor Arafats Täuschungsmanövern; der Vertreter der Taubenfraktion, der ehemalige israelische Botschafter Benno Weiser Varon, erklärte, er sei zwar kein Friedensfreund und verspüre eine »instinktive Abneigung« gegen »Breira, The New Agenda und Peace Now«, doch erforderten Israels Interessen die Anerkennung der Realität. (Breira und The New Jewish Agenda sind friedensorientierte zionistische Gruppen, wobei Breira mittlerweile durch eine Verleumdungskampagne ihr Leben ausgehaucht hat; Peace Now hat sich - wiewohl zweideutige - Verdienste als israelische Friedensorganisation erworben.)

- ^{165.} Weitere Einzelheiten zu den diplomatischen Manövern um den Friedensplan im Oktober 1987 in *Culture of Terrorism*, Kap. 7. Zur Erörterung der Ereignisse und der Berichterstattung in den Medien bis zum Februar 1988 vgl. meine Artikel in *Z Magazine*, Januar und März 1988.
- ^{166.} Dennis Volman, *Christian Science Monitor*, 26. Juni 1987.
- ^{167.} *ElTiempo*, 3. Juli 1987; dort wird die Zeitschrift der Guatemalan Latinamerican Agency of Special Information Services (ALASEI) zitiert.
- ^{168.} Vgl. *Manufacturing Consent*, Kap. 5 und die dort angegebenen Quellen. Eine Variante dieser diplomatischen Strategie wurde von den Kennedy-Intellektuellen während der Kuba-Krise als »Trollope-Trick« bezeichnet. Mit ihm versuchten sie einen Vorschlag von Chruschtschow zu umgehen, der ihrer Meinung nach als vernünftiger Weg zur Beendigung der Krise angesehen werden könnte; der »Trick« bestand darin, Chruschtschow eine andere und für die USA akzeptablere Haltung zu unterstellen, so wie die Heldin in einem Roman von Anthony Trollope [engl. Romancier, 1815-1882; d. Ü.] eine bedeutungslose Geste als Heiratsantrag auffaßt.
- ^{169.} Nachdem die USA die Pläne von 1984 vereitelt hatten, brüstete sich ein für den NSC erstelltes Geheimpapier: »Wir haben die jüngsten Bemühungen von Nicaragua und Mexiko, die Ratifizierung eines unbefriedigenden Contadora-Abkommens zu betreiben, zum Scheitern gebracht.« Es war jenes Abkommen, das die USA so eifrig befürworteten, bis Nicaragua seine Unterstützung signalisierte. Vgl. Kornbluh, *Nicaragua*, S. 181 f.
- ^{170.} Bericht über eine Untersuchung der Friedensorganisation Witness for Peace in AP, 29. Jan. 1988. Julia Preston erwähnt ihn in der *Washington Post*, 4. Feb. 1988.
- ^{171.} Ortega, *Barricada Internacional*, 22. Dez. 1988, Rückblick auf 1988 (POB 410150, San Francisco CA 94103), ebenso AP, 15. Dez. 1988. (Da die Information telegrafisch übermittelt wurde, war sie den Massenmedien zugänglich.) Zu einem Contra-Angriff im November vgl. den Leserbrief von Ellen V. P. Wells, *NYT*, 31. Dez. 1988. Sie bezieht sich auf einen Kommentar der *New York Times*, dem zufolge die Contras bereits Geschichte seien. Als eine Beobachterin der Organisation Witness for Peace, die mit Bauern in der Provinz Jinotega lebte, hat sie andere Erfahrungen gemacht. Am 18. November stürmten Contras die Kooperative, in der sie lebte, töteten zwei Personen, zerstörten Häuser, Vorräte, die Kaffeernte und eine Krankenstation (die schon viele Jahre lang ein beliebtes Angriffsziel gewesen war). Bei einem Angriff vom 17. August waren vier Kinder getötet worden.
- ^{172.} Jeane Kirkpatrick, *Washington Post*, 6. Juni 1988.
- ^{173.} James LeMoyné, *NYT*, 26. März; Susan Rasky, *NYT*, 29. und 30. März 1988.
- ^{174.} Brief des Generalsekretärs der OAS an George Shultz vom 25. April 1988.
- ^{175.} Robert Pear, *NYT*, 6. April; COHA, *Washington Report on the Hemisphere*, 11. Mai; AP, 11. und 12. Mai; Reuters, *Boston Globe*, 13. Mai 1988.
- ^{176.} LeMoyné, *NYT*, 12. Mai 1988.
- ^{177.} John Goshko, *Washington Post*, 14. Mai; John McCaslin, *Washington Post*, 14. Juni 1988; COHA-Pressemitteilung, 12. Mai 1988; Don Podesta, *Washington Post*, 21. Sept. 1988.
- ^{178.} Peter Kilborn, *NYT*, 5. April; *Boston Globe*, Editorial, 17. April 1988.
- ^{179.} Center for International Policy, »The Nicaraguan Cease-Fire Talks: a Documentary Survey«, 13. Juni 1988; vgl. auch *Cease-Fire Primer*, *International Policy Report*, CIP; Julia Preston, *Washington Post*, 10. Juni 1988.
- ^{180.} COHA, »A Critique of the Dole Amendment«, 1. Aug. 1988; der Bericht bezieht sich auf die Ereignisse vom Juli.
- ^{181.} Zit. n. Michael Conroy, in: Thomas Walker (Hg.), *Nicaragua: The First Years* (Praeger, 1985, S. 232f.).
- ^{182.} Julia Preston, *Washington Post Weekly*, 2.-8. Jan. 1989; der Kommentar bezieht sich auf Jalapa im Norden Nicaraguas. Zu dem merkwürdigen Amalgam von Maoismus und rechtsorientiertem Nationalismus, das Anfang der achtziger Jahre zusammengemixt wurde, als authentische Lateinamerika-Spezialisten sich weigerten, die ihnen seitens der Regierung und den Medien zugeordneten Aufgaben zu erfüllen, vgl. *Culture of Terrorism*, S. 205 f. Zu Jeane Kirkpatrick's Lügengewebe über die US-Politik in Nicaragua vgl. Holly Sklar, *Washington's War on Nicaragua* (South End, 1988, S. 114f.).
- ^{183.} *Boston Globe*, 25. Dez. 1988.
- ^{184.} *Boston Globe*, 30./31. Okt. und 1. Nov. 1988. Die Serie enthält viele Verzerrungen und sogar direkte Lügen. So wird z.B. behauptet, daß Verteidigungsminister Ortega im Dezember 1987 »sein Ziel verkündete, die Truppenstärke bis 1995 auf 600 000 Mann zu erweitern«. Wie Sheehan und die Herausgeber sehr wohl wissen, hatte Ortega eine geplante Verringerung der Streitkräfte verkündet, die mit einer Ausstattung der arbeitenden Bevölkerung mit leichten Waffen einhergehen sollte. Nützliche Propagandafabrikationen gibt man nicht so schnell auf.
- ^{185.} Thomas Walker, in: Coleman und Herring, *The Central American Crisis*; Carlin, *Independent* (London), 1. Feb. 1988.
- ^{186.} John Milton, *Paradise Lost*, III. Buch, v. 682-84; Pascal, *Lettres provinciales*, 6. Brief [mit den »Kasuisten« sind die Jesuiten gemeint; d. U.]. Wie die Wohlhabenden und die Geschäftswelt eine Steuerreform zu ihren Gunsten verändern

und dabei die »Öffentlichkeit verwirren«, indem sie vorgeben, diese Veränderung finde gar nicht statt, zeigt Linda McQuaigs Buch *Behind Closed Doors: How the Rich Won Control of Canada's Tax System* (Penguin, 1987). Ihre Darstellung ist nicht nur für Kanada gültig.

187. Winston Churchill, *The Second World War*, Bd. 5 (Houghton Mifflin, 1951, S. 382).
188. Vgl. Kap. 3, S. 105.
189. Douglas Pike, *Viet Cong* (MIT, 1966). Pike war Regierungsmitarbeiter.
190. NYT, Editorial, 22. Dez. 1965. Washington rechnete es sich als Verdienst an, das Fundament für den Militärputsch gelegt zu haben, und hat sehr wahrscheinlich beim Putsch und den Folgen eine wichtige Rolle gespielt. Vgl. dazu *Culture of Terrorism*, S. 181 und die wichtige Untersuchung von Peter Dale Scott, »The United States and the Overthrow of Sukarno, 1965 - 1967«, *Pacific Affairs*, Sommer 1985. Präsident Johnsons Sicherheitsberater McGeorge Bundy bemerkte rückblickend, daß wir, nachdem die Region durch die Vorgänge in Indonesien gegen einen von Vietnam inspirierten Nationalismus geimpft war, in Vietnam selbst allzu »exzessive Bemühungen« gezeigt hätten - eine zutreffende Einsicht in die wahren Gründe für den Vietnamkrieg; vgl. *Manufacturing Consent*, S. 174.
191. Sam Pope Brewer, »Iran is Reported Subversion Free«, NYT, 2. Dez. 1956; NYT, 30. Aug. 1960. Zit. n. William A. Dorman und Mansour Farhang, *The U. S. Press and Iran* (California, 1987; S. 77, S. 72).
192. UPI, *Boston Globe*, 27. Juli 1987.
193. Vgl. *Turning the Tide*, S. 161.
194. NYT, 25. Sept. 1988. Abgesehen von der Wirksamkeit quasi-faschistischer Maßnahmen spiegelt sich in den wirtschaftlichen Erfolgen der entscheidende Initialeffekt der US-amerikanischen Kriege in Asien ebenso wie der fortdauernde Einfluß des japanischen Kolonialismus, der seine Kolonien anders ausbeutete als der Westen. Er brachte nämlich, wie Bruce Corning bemerkt, »die Industrie zu den Arbeitskräften und den Rohstoffen, und nicht umgekehrt«. Coming kommentierte damit die Erneuerung der industriellen Entwicklung, die der japanische Imperialismus mit seiner staatswirtschaftlichen Lenkung angefangen hatte (»The origins and development of the Northeast Asian political economy«, *International Organization* 38.1, Winter 1984).
195. FRUS, 1955-57, Bd. VII, S. 88f, NIE 82-85. Mehr zu diesem erhellenden Dokument, das die geheimdienstliche Analyse in Höchstform zeigt, in meinem Aufsatz »Agenda of the Doves«, *Z Magazine*, Sept. 1988.
196. John Murray Brown, *Christian Science Monitor*, 6. Feb. 1987; *Economist*, 15. Aug. 1987. Zur Berichterstattung der Medien über Ost-Timor vgl. *Political Economy of Human Rights, Towards a New Cold War* und *The Chomsky Reader*. Der Reader enthält auch Erörterungen der bemerkenswerten Apologetik, die in der Folgezeit von westlichen Journalisten verbreitet wurde. Später gab es Versuche, dieses traurige Verhalten mit dem Mantel des Schweigens zuzudecken.
197. Vgl. dazu *Manufacturing Consent*, Kap. 6. Die kurz zuvor erfolgten Bombardements der ländlichen Gebiete von Laos wurden, als sie am heftigsten waren, ebenfalls totgeschwiegen. Vgl. ebd. und die dort zitierten Quellen.
198. Vgl. *Manufacturing Consent* und die dort zitierten Quellen; Ben Kiernan, »The American Bombardment of Kampuchea«, *Vietnam Generation* 1.1, Winter 1989.
199. Einzelheiten in *Turning the Tide*, Kap. 3, Abschn. 5.2.
200. Vgl. meinen Artikel »Democracy in the Industrial Societies«, *Z Magazine*, Jan. 1989.
201. Vgl. Victor Bulmer-Thomas' Rezension von *On Power and Ideology*, in: *Third World Quarterly*, J^A. 1988.
202. Gordon Connell-Smith, *The Inter-American System* (Oxford, 1966).
203. Charles Ameringer, *Don Pepe* (*Jrnl. of New Mexico*, 1978, S. 114).
204. LaFeber, *Inevitable Revolutions* (Norton, 1983; S. 187, S. 105; Charles F. Denton und Preston Lee Lawrence, *Latin American Politics: a Functional Approach* (San Francisco, 1972), zit. n. LaFeber; Ameringer, op. cit., S. 105.
205. FRUS, 1952-54, Bd. IV, S. 1170, Anmerkungen zum Treffen der Guatemala-Gruppe im Außenministerium, 16. Juni 1954. Vgl. S. 1157f., wo der Text der Resolution abgedruckt ist. Guatemala würde sich, so hoffte man, gezwungen sehen, Waffenlieferungen aus dem Sowjetblock zu akzeptieren, weil andere Quellen von den Vereinigten Staaten verstopft worden waren. John Hill, US-Botschaftsmitglied in Guatemala City, erklärte, das Aufbringen von Schiffen in internationalen Gewässern könnte »Guatemalas Wirtschaft stören«, was dann »die Armee oder andere nicht-kommunistische Elemente dazu motivieren würde, die Macht zu ergreifen«, sofern nicht »die Kommunisten die Situation ausnutzen, um ihre Kontrolle zu erweitern«. Das wiederum wäre der Anlaß »für die amerikanische Staatengemeinschaft oder, wenn sie es nicht tut, für die USA, einschneidende Maßnahmen zu ergreifen« (Bryce Wood, *The Dismantling of the Good Neighbor Policy*, Texas, 1985, S. 177). So zwingen wir Guatemala, sich gegen unseren drohenden Angriff zu verteidigen, wodurch wir eine Bedrohung unserer Sicherheit herbeiführen, die wir ausnutzen, um die Wirtschaft des Landes zu ruinieren, was zu einem Militärputsch oder einer tatsächlichen kommunistischen Machtübernahme führen soll, die unsere gewaltsame Reaktion als Selbstverteidigung rechtfertigt. Die wahre Bedeutung von »Sicherheitsbedrohung« wird hier mit großer Einsicht formuliert.

206. Zu den Ursprüngen und Fortschritten dieser Propagandakampagne vgl. u. a. Herman, *The Real Terror Network* sowie Chomsky, *Towards a New Cold War* (Einleitung), *Fateful Triangle* und *Pirates and Emperors*.
207. Das Buch erschien zuerst 1981 in New York (Holt, Rinehart and Winston), (d. Ü.)
208. Martha Crenshaw (Hg.), *Terrorism, Legitimacy and Power: The Consequences of Political Violence* (Wesleyan, 1983; Einleitung).
209. Dodd, AP, 25. Nov.; Shultz, Robert Pear, NYT, 28. Nov. 1988. Ein begleitender Artikel von Alan Cowell bezieht sich auf die »Demonstrationen des Zorns« seitens arabischer Nationen nach dem Ausschluß von Arafat. Shultz spürt »instinktive Verachtung«, Araber »demonstrieren«, vielleicht nur, um den Schein zu wahren. Apple, 15. Dez. 1988.
210. *Washington Post Weekly*, Editorial, 5.-11. Dez. 1988.
211. Szep, *Boston Globe*, 4. Dez. 1988. In den Printmedien fand ich nur einen Beitrag, der zu diesen Dingen Fragen stellte, nämlich die Kolumne von Randolph Ryan, dem Herausgeber des *Boston Globe* (2. Dez.), obwohl die Sache so durchsichtig ist, daß es in der Flut gehorsamer Berichte und Kommentare noch andere kritische Stimmen geben müßte.
212. Vgl. *Pirates and Emperors*, Kap. 2.
213. Ebd., S. 87f. *Al-Fadschr*, 2. Aug. 1987; Danny Rubinstein, *Haaretz*, 29. Aug. 1987; *Committee against State Terrorism at Sea*, *State Terrorism at Sea* (Jerusalem, o.J.); Joseph Schechla, »Israel's Piracy on the High Seas«, *The Return* (Sept. 1988); Joost Hiltermann, *Middle East International*, 10. Okt. 1987.
214. *Telegraf. Nachrichtendienst*, *Boston Globe*, 4. und 5. Okt.; Joel Greenberg, *Jerusalem Post*, 28. Sept.; Mary Curtius, *Boston Globe*, 28. Sept. 1988.
215. *Boston Globe*, 10. Okt. 1988.
216. Michael Wines und James Gerstenzang, *Los Angeles Times*, 26. Jan. 1988.
217. Robert Pear, NYT, 3. Juli 1988; *Los Angeles Times*, 17. Juli 1988.
218. Montague Kern, *Television and Middle East Diplomacy: President Carter's Fall 1977 Peace Initiative* (Center for Contemporary Arab Studies, Georgetown, Occasional Paper Series, 1983).
219. Niebuhr, *Moral Man and Immoral Society*, S. 95.
220. Kempton, *New York Review of Books*, 26. Nov. 1986; Bob Woodward, *Veil* (Simon & Schuster, 1987, S. 113); *Washington Post*, Editorial, 29. März 1987. Zur Finanzierung von *La Prensa* durch die US-Regierung, zum Netzwerk von Oliver North und zu anderen Quellen, die mit der US-Regierung und den Contras in Verbindung standen, vgl. John Spicer Nichols, *Columbia Journalism Review*, Juli/August 1988 sowie Leserbriefe in der September/ Oktober-Ausgabe dieser Zeitschrift. Der Council on Hemispheric Affairs (COHA) zitiert Quellen, denen zufolge Violeta Chamorro ein CIA-Stipendium finanziert wurde und ihre Zeitung mindestens eine halbe Million Dollar von der CIA und anderen amerikanischen Geldgebern erhielt; *Washington Report on the Hemisphere*, 16. März 1988.
221. *South*, Okt. 1988.
222. *Washington Post*, Editorial, 25. April 1988.
223. *Central America Report* (Guatemala City), 10. und 17. Juni 1988; Jean Marie Simon (Hg.), *Guatemala News in Brief*, Nr. 23, 11. Mai-Juli 1988; *Americas Watch*, *Human Rights Watch*, *The Persecuting of Human Rights Monitors*, Dez. 1988.
224. Einen Monat später erwähnte der siebzehnte Absatz eines Guatemala-Berichts von Stephen Kinzer (NYT, 6. Juli 1988) den Bombenanschlag auf *La Epoca*, den »einige Diplomaten den Sicherheitskräften zuschreiben«. Im August wurde er dann noch einmal im Rezensionsteil der *New York Times* anlässlich einer Konferenz mittelamerikanischer Schriftsteller erwähnt (David Unger, *NYT Weekly Book Review*, 7. Aug. 1988). Kurz vor dem Anschlag auf i« *Epoca* war die Wohnung eines TASS-Korrespondenten mit Brandbomben zerstört worden, und nach Morddrohungen von zwei bekannten Todesschwadronen sahen sich die Korrespondenten von TASS und der kubanischen Zeitung *Prensa Latina* gezwungen, das Land zu verlassen.
225. »Freedom of the Press«, *NACLA Report on the Americas*, Mai/Juni 1988.
226. *Telegraf. Nachrichtendienst*, *Boston Globe*, 5. Sept. 1988.
227. Chamorro, *Washington Post*, 3. April 1986; Nichols, op. cit.
228. Brennan äußerte sich in einem Vortrag an der Hebrew University Law School im Dezember 1987, in dem er auch daraufhinwies, daß die USA »in ihrer Geschichte oftmals staatsbürgerliche Freiheiten einschränkten, wenn sie ihre nationale Sicherheit bedroht sahen ... Es könnte durchaus Israel sein, und nicht die Vereinigten Staaten, das auf eine Rechtsprechung hoffen läßt, in der die staatsbürgerlichen Freiheiten vor den Forderungen nationaler Sicherheit geschützt werden.« AP, 22. Dez. 1987; Cal Thomas, *Boston Globe*, 3. Jan. 1988.
229. Al-Hamischmar, 25. Juli, 13. hu%.\ *Jerusalem Post*, 12. und 24. Aug.; Al-Ha-mischmar, 25. Juli, 13. Aug. 1986. Meines Wissens fanden diese Vorgänge in den US-Zeitungen nur in einem Leserbrief von mir an den *Boston Globe* Erwähnung.

- ^{230.} Jediot Ahronot, 16. Aug. 1987, übers, in *The Other Israel* (Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace), Sept. 1987; Haaretz, 1. Jan. 1988; AP, 25. und 26. Okt. Zum Notstand vgl. Avigdor Feldman, B. Michael, Hadaschot, 14. Aug. 1987.
- ^{231.} Simon Edge, *Middle East International*, 20. Jan. 1989.
- ^{232.} Die Ausrede, wir hätten es nicht gewußt, gilt für passive Konsumenten, die glauben, daß die Medien die Welt so darstellen, wie sie tatsächlich ist. Sie gilt nicht für diejenigen, die mit den ideologischen Institutionen vertraut sind oder in ihnen arbeiten und mithin wissen müssen, daß wichtige und unerfreuliche Tatsachen nur mit Anstrengung und Unternehmungsgest aufgedeckt werden.
- ^{233.} Leah Enbal, Koteret Raschit, 8. Juni 1988, die auch eine Reihe von Fällen staatlicher Unterdrückungsmaßnahmen gegen jüdische Israelis anführt. Mo-sche Negbi, *Politika*, Sept. 1986; »Press in Chains«, Schomer Hanitzotz, Mai 1988 (veröffentlicht als Protest gegen das Verbot der hebräischen Zeitung Derech Hanitzotz und die Verhaftung ihrer Herausgeber); »Paper Tiger: The Struggle for Press Freedom in Israel«, *Jerusalem Quarterly*, 39, 1986. Ha'aretz, 29. Sept. 1986.
- ^{234.} Rosenthal, *NYT*, 27. Mai 1988.
- ^{235.} Jo Ann Boydston (Hg.), *John Dewey: The Later Works*, Bd. II, aus *Common Sense*, Nov. 1935.
- ^{236.} Vgl. dazu den fünften Abschnitt des Anhangs.
- ^{237.} Zit. n. Hill, *The World Turned Upside Down*, S. 72.
- ^{238.} Ebd., S. 385, S. 353.
- ^{239.} Vgl. Mark Hollingsworth, *The Press and Political Dissent* (Pluto, London, 1986); Mills Aussage ist das Motto des Buchs.
- ^{240.} Barron, »Access to the Press«, S. 1656.
- ^{241.} *St. Louis Post-Dispatch*, 24. Aug. 1967, zit. n. Jerome A. Barron, »An Emerging First Amendment Right of Access to the Media?«, *George Washington Law Review* (März 1969), S. 498. Vgl. Aronson, *The Press and the Cold War*, S. 273 f.
- ^{242.} Zu weiteren Einzelheiten und einigen marginalen Ausnahmen vgl. *Towards a New Cold War*, S. 36 f., S. 228.
- ^{243.} Dianna Melrose, *Nicaragua: The Threat of a Good Example?* (Oxfam, London, 1985).
- ^{244.} *NYT*, 29. Dez. 1987.
- ^{245.} Thomas Friedman, *NYT*, 16. Okt.; Foto S. 1, *AP*, 15. Okt. 1986

Anhang

I. Über das Propaganda-Modell: Einige methodologische Erwägungen

Einige Testmethoden für das Propaganda-Modell der Medien wurden im ersten Kapitel erwähnt, wie etwa die Untersuchung vergleichender Beispiele von Verbrechen und verdienstvollen Handlungen. Den Hätetetest bildete die Prüfung von Fällen, die als Beweise für die Auffassung dienen sollen, daß die Medien eine prinzipiell regierungskritische Haltung einnehmen. Diesen und anderen Herausforderungen zeigt sich das Modell gewachsen.¹

Die Untersuchung vergleichender Beispiele läßt das Muster eines vorhersagbaren, grundsätzlich dichotomischen Umgangs mit den zur Diskussion stehenden Ereignissen erkennen. Steht ein offizieller Feind im Verdacht, Verbrechen begangen zu haben, herrscht in den Medien allgemeiner Aufruhr, wobei die Angaben oft auf unzureichenden oder gar gefälschten Beweisen beruhen und auch dann nicht korrigiert werden, wenn die Fälschung offenkundig ist. Die Materialien werden sorgfältig gefiltert, um nur das jeweils Nützliche zuzulassen; die Berichterstattung beruht auf US-amerikanischen Quellen, solange diese kein »falsches« Bild vermitteln (wie etwa im Fall von Pol Pot); die Vorgänge werden in lebhaften Details ausgemalt und die Verantwortlichkeit für die Verbrechen wird auf höchster Ebene gesucht, selbst wenn dafür Beweise oder glaubwürdige Argumente fehlen. Steht dagegen die Verantwortlichkeit der USA zur Diskussion, herrscht Stillschweigen oder man erschöpft sich in der Suche nach Rechtfertigungen; persönliche Zeugnisse und Schilderungen von Einzelheiten werden vermieden, statt dessen finden wir pessimistische Allerweltsweisheiten über die Komplexität der Geschichte und fremde, uns unverständliche Kulturen, während die Schuld niederrangigen Chargen angelastet oder verwirrenden Begleitumständen zugeschrieben wird.

Als 1984 in Polen ein Priester, Pater Popieluszko, von Geheimpolizisten umgebracht wurde, die man sehr schnell faßte und aburteilte, reagierten die Medien mit sehr viel größerer Aufmerksamkeit als anlässlich der Ermordung von 100 lateinamerikanischen Katholiken, unter ihnen der Erzbischof von San Salvador und vier (zuvor vergewaltigte) US-amerikanische Nonnen, allesamt Opfer der von den USA protegierten Sicherheitskräfte. Überdies fiel die Berichterstattung auch inhaltlich anders aus: Im ersten Fall wurden Einzelheiten genannt, im zweiten nicht; im ersten Fall suchte man die Verantwortlichen in den Spitzen der polnischen Regierung, wo nicht gar in der Sowjetunion, im zweiten Fall gab es gedämpfte Hinweise auf eine Regierung, die unfähig sei, der Gewaltanwendung linker und rechter Gruppen Herr zu werden. Die Tatsachen wurden dabei weitgehend unter den Teppich gekehrt.

Viele andere Fälle, wie etwa der des Kubaners Armando Valladares,² weisen das gleiche Muster auf, das indes auch aus anderen Zusammenhängen vertraut ist. Die staatlich kontrollierten Medien und humanitären Organisationen des Sowjetblocks sind mit Recht zum Gegenstand der Lächerlichkeit geworden, weil sie sich lediglich über Verbrechen der kapitalistischen Staaten erregten. Moralische Integrität dagegen hieße, die Perspektive umzukehren: Man sollte in erster Linie vor der eigenen Tür kehren und das Handeln daraufhin prüfen, ob es womöglich Leid verursacht, während authentische Menschenrechtsorganisationen sich um eine umfassende Darstellung der Tatsachen bemühen. Derlei moralische Erwägungen sind unserer intellektuellen Kultur ja nicht fremd, wenn es um Untaten von Feinden geht, doch breitet sich Feigheit aus, wenn die eigenen Vergehen zur Diskussion stehen.

Ein Vergleich der Berichterstattung über die Wahlen von 1984 in Nicaragua einerseits sowie in den Vasallenstaaten El Salvador und Guatemala andererseits gelangt, wie verschiedene Studien gezeigt haben, zu ähnlichen Ergebnissen.

Wenn man zudem noch betrachtet, wie die europäischen Medien sich mit diesem Thema auseinandersetzten, kann man nur zu dem Schluß kommen, daß die Berichterstattung in den USA sich im wesentlichen den von der Regierung avisierten Zielen unterordnete.³

Bei Licht besehen waren die Wahlen in Nicaragua, angesichts ihrer Umstände und Verfahrensweisen, denen in El Salvador eindeutig überlegen. Die amerikanischen Medien jedoch orientierten sich an der jeweils sehr unterschiedlichen Einstellung der Regierung Reagan. Die Einschränkungen der Meinungs- und Organisationsfreiheit und der massive Staatsterror in El Salvador blieben unerwähnt, statt dessen richtete sich die Aufmerksamkeit auf lange Schlangen geduldig wartender Wähler (es herrschte Wahlpflicht), auf angebliche Drohungen von Guerrilleros usw. Schon daß die Wahlen unter erschwerten Bedingungen abgehalten wurden, galt als Triumph der Demokratie. Nicaragua wurde ganz anders wahrgenommen: Hier verschwiegen die US-Medien terroristische Aktionen der Contras ebenso wie die breite, freiwillige Beteiligung an den Wahlen, an denen auch von den USA bevorzugte Kandidaten teilnahmen (die allerdings nur wenig Unterstützung seitens der Bevölkerung erhielten), während jede Abweichung von den sehr hoch angesetzten Maßstäben eines demokratischen Verfahrens lauthals beklagt wurde. Bei der Berichterstattung hielten sich die Medien vorwiegend an Informationen der US-Regierung und der Oppositionsparteien. Das war in El Salvador überflüssig, weil die Opposition dort den Terror nicht überlebt hatte und die unabhängigen Medien vernichtet worden waren.

Dennoch wurden die salvadorianischen Wahlen als kühner und mutiger Schritt in Richtung Demokratie gefeiert, während die Beobachter einer Menschenrechtsgruppe des britischen Parlaments beklagten, daß die Wahlen in einer »Atmosphäre von Terror und Verzweiflung, makabrer Gerüchte und deprimierender Verhältnisse« stattgefunden hätten. Das gilt auch für die Wahlen in Guatemala, die der *New York Times-Korrespondent* Stephen Kinzer sogar als Vorbild für Nicaragua pries.⁴

Fast ausnahmslos kontrastierten die Kommentare im Mainstream die »jungen Demokratien« der Vasallenstaaten mit ihren »gewählten Präsidenten« dem totalitären Nicaragua und seinem »Diktator Ortega«, der durch eine Scheinwahl an die Macht gelangt sei. Das läßt sich durchaus mit den Nachrichten offizieller Medien in Diktaturen vergleichen.

Mit den salvadorianischen Wahlen von 1982 wurde ähnlich verfahren. Die drei US-amerikanischen Fernsehnetzwerke widmeten ihnen über zwei Stunden enthusiastischer Reportagen und Kommentare, während über die Wahlen in Nicaragua nur fünfzehn Minuten lang und sehr skeptisch berichtet wurde. Das britische Fernsehen brachte achtzig Minuten über die Ereignisse, die inhaltlich und formal jedoch völlig anders waren. In den USA wurden mit viel Getöse die Eindrücke der offiziellen US-Regierungsbeobachter wiedergegeben, die nach einer oberflächlichen Inspektion in einer Pressekonferenz ihr Erstaunen über diese spannende Übung in Sachen Demokratie bekundeten, während Martin Bell in der BBC den Zuschauern mitteilte, daß faire Wahlen angesichts des staatlichen Terrors gar nicht möglich seien. Im kommerziellen TV-Sender ITN wies Lord Chitnis von der Menschenrechtsgruppe des britischen Parlaments in einem Slum von San Salvador daraufhin, daß die unter Armeebewachung stehenden Beobachter kaum etwas Sinnvolles über den Verlauf der Wahlen sagen könnten.⁵

Eine vergleichende Auswertung der Dokumentation dieser Wahlen in US-amerikanischen und europäischen Medien kam zu dem Schluß, daß »die europäische Presse den politischen Kontext von Furcht und staatlichem Terror hervorhob, während die US-Zeitungen sich vorwiegend auf die Wahlmechanismen und den Schauplatz konzentrierten und die offizielle Version übernahmen, der zufolge alle von der Wahl ausgeschlossenen Gruppen marxistisch, antidemokratisch und gewaltbereit eingestellt seien«. In den USA wurde das sehr viel genauere Bild der europäischen Medien von den Zuständen in El Salvador mit keinem Wort erwähnt.⁶

Auch im Indochinakrieg spielten die US-Medien keineswegs jene kritische Rolle, die ihnen später zugeschrieben wurde.

Zwar gab es einzelne Journalisten, die ehrlich und mutig berichteten, aber im großen und ganzen entsprach das von den Medien verbreitete Bild ziemlich genau der offiziellen Version.

Schon im Frühstadium des Kriegs griffen einige junge Journalisten Berichte von US-Offizieren vor Ort auf, die nicht mit den von Washington lancierten Darstellungen übereinstimmten. Dabei spielte, wie heute allgemein anerkannt ist, Hauptmann John Paul Vann eine tragende Rolle. Ihnen wurde daraufhin der Vorwurf gemacht, die amerikanischen Bemühungen zu konterkarieren, und so entstand das völlig falsche Bild einer kriegskritischen Presse, denn von Vanns Bemerkungen, daß die südvietnamesische Regierung keine Basis in der ländlichen Bevölkerung habe und diese vielmehr zur Nationalen Befreiungsfront tendiere, erfuhr die Öffentlichkeit in den USA nichts.⁷ Die Berichterstattung folgte den patriotischen Vorgaben: Die südvietnamesische Guerilla wollte »das Land unterwandern«, und so mußten die Vereinigten Staaten dessen Bevölkerung gegen »kommunistische Aggression« verteidigen und den Bauern »Schutz« anbieten, indem sie sie »so human wie möglich« in strategischen Dörfern zusammentrieben.⁸ Das einzige Problem war, ob Korruption und Unehrenhaftigkeit den eigentlich für gerecht und richtig erachteten Sieg des US-Militärs in Frage stellen könnten. Die Reporter unternahmen nie den Versuch, den Krieg und seine politischen und sozialen Hintergründe aus dem Blickwinkel der einheimischen Bevölkerung oder der Guerillakämpfer zu schildern, was sie im Fall des afghanischen Widerstands gegen die sowjetische Besatzung durchaus taten. Erst lange nachdem die führenden Schichten in den USA entschieden hatten, daß das Unternehmen zu kostspielig geworden war, wurde Kritik an den (so Anthony Lewis) »ungeschickten Versuchen, Gutes zu tun« laut. Auch die von konservativen Kritikern gerügte »blutrünstige Bildberichterstattung« hat es so nie gegeben; vielmehr warben die Medien auch hier um die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Krieg, was insbesondere die Reportagen zur Tet-Offensive verdeutlichen.

Die Kritik konservativer Institutionen wie des Freedom House reduziert sich letztlich auf die Anschuldigung, die Medien wären zu pessimistisch gewesen - obwohl sie de facto weniger pessimistisch waren als interne Einschätzungen von US-Geheimdiensten, Regierungsbeamten und hochrangigen Beratern. Offensichtlich geht das Freedom House stillschweigend davon aus, daß die freie Presse die Verpflichtung hat, das Heimteam anzufeuern. Ähnlich verhielten sich das sowjetische Militärkommando und Parteiideologen im Hinblick auf Afghanistan. Der sowjetische Verteidigungsminister »kritisierte die Sowjetpresse scharf, weil sie [durch ihre negativen Kommentare] den öffentlichen Respekt vor der Armee untergrabe«. Besonders im Schußfeld stand die auflagenstarke Wochenzeitung *Ogonjok*, weil sie ein »düsteres Bild« vom Krieg in Afghanistan verbreitet sowie auf »schlechte Moral und Desertion«, die Unfähigkeit, das Territorium zu kontrollieren, Drogenkonsum unter den Soldaten und auf hohe Verluste bei Helikoptern hingewiesen hatte. Im Dezember 1987 veröffentlichte die Zeitung *Moscow News* einen Brief Andrej Sacharows, in dem dieser den sofortigen Rückzug aus Afghanistan forderte; ähnliche Äußerungen zu Vietnam fand man in der US-Presse erst nach der Tet-Offensive. Und es gab das denkwürdige Beispiel des Moskauer Nachrichtenkorrespondenten Wladimir Dantschew, der im Mai 1983 fünf Tage lang in Radiosendungen die sowjetische Invasion verurteilte und die Rebellen zum Durchhalten aufforderte. Der Westen lobte ihn dafür und war empört, als Dantschew in ein psychiatrisches Krankenhaus eingewiesen wurde. Er konnte später jedoch auf seinen Posten zurückkehren. In den Vereinigten Staaten hat es während des Indochina-Kriegs keinen Dantschew gegeben - und auch danach nicht.⁹

Wie im ersten Kapitel bereits erwähnt, lautet eine gut bestätigte Aussage über das Propaganda-Modell, daß es - ungeachtet seiner Plausibilität und seiner Befürwortung durch diejenigen Eliteschichten, die die »Herstellung von Konsens« für erforderlich halten - aus der Diskussion über die Medien ausgeschlossen bleibt. Natürlich garantieren Plausibilität und Befürwortung noch nicht seine faktische Richtigkeit, könnten es aber zumindest zu einem Kandidaten für die Diskussion machen. Doch selbst die substantiellen empirischen Belege führen nicht dazu, daß es als heuristische Möglichkeit, das Funktionieren der Medien zu untersuchen, wahrgenommen wird. Im Mainstream wird die Diskussion von einem engen, liberal-konservativen Spektrum dominiert, dessen eine Vertreter der Meinung sind, die Medien gingen in ihrer Ablehnung von Autorität zu weit, während die anderen sie für wahrhaft unabhängig und nur dem für das intellektuelle Leben Amerikas typischen »rauflustigen Geist der offenen Kontroverse« (Walter Goodman) verpflichtet halten.¹⁰ Wenn doch einmal die Möglichkeit einer anderen Position in Rechnung gestellt wird, läßt sich an den Mißverständnissen und der dürftigen Argumentation ablesen, wie weit diese Konzeption von den Doktrinen der intellektuellen Herrschaftsschicht entfernt ist.

Die Bereitschaft, das Propaganda-Modell auch nur als Option für eine Medienanalyse zu betrachten, ist so selten, daß die wenigen Fälle, in denen es doch geschieht, eine kommentierende Antwort verdienen. Nicolas Lemanns Rezension von *Manufacturing Consent* ist einer dieser Fälle.¹¹ Allerdings sind seine Verweise nur selten präzise, er gibt Argumente verzerrt oder falsch wieder, und wenn es um Kontroversen über Tatsachen geht, beruft er sich zumeist auf »die Literatur« oder »allgemein bekannte Tatsachen«, was ihm als Widerlegung der Behauptungen, die er Edward Herman und mir unterstellt, ausreicht.

Schauen wir jedoch, was er eigentlich an dem von uns entwickelten Propaganda-Modell kritisiert. Wir würden, so sagt er, nicht schlüssig beweisen, daß die Presse »wissentlich falsche Informationen bringt und unangenehme Wahrheiten unterdrückt«. Da hat er natürlich recht, denn bei der empirischen Untersuchung läßt sich nichts in letzter Hinsicht *beweisen*. Vielmehr präsentiert man Beweismaterialien und versucht zu zeigen, daß sie auf Grundlage der vorgeschlagenen Hypothesen erklärt werden können. Ein Kritiker könnte dagegen den vernünftigen Einwand erheben, daß die Materialien fehlerhaft, schlecht ausgewählt oder sonstwie unzulänglich sind, oder daß es zur Erklärung der Tatsachen eine bessere Theorie gibt. Allerdings hat Lemann im Prinzip nichts gegen die Materialien einzuwenden, sondern scheint eine alternative Theorie vorzuschlagen. »Die großen Presseerzeugnisse«, so sagt er, »arbeiten auf einer sehr schmalen Basis von Voraussetzungen«, sie »konzentrieren sich auf nur wenige Themen gleichzeitig«, verlagern die Aufmerksamkeit »ziemlich unvorhersehbar von einem Land auf ein anderes« und gehen von dem aus, »was Herman und Chomsky in vernichtender Absicht patriotische Prämissen« nennen«. Er sagt jedoch nicht, wie diese Konzeption der Medien die von uns angeführten Tatsachen erklären kann. Mit einigem Spott weist er daraufhin, daß wir für die Berichterstattung über den Mord an Pater Popieluszko einerseits und über die Ermordung von 100 lateinamerikanischen Klerikern andererseits sogar konkrete Zahlen (und das auch noch in »tabellarischem Fachchinesisch«) anführen. Der Fall bestätigte unsere Hypothese (»die sich natürlich als richtig herausstellt«, wie er mit weiterem Spott vermerkt), aber was hat seine Theorie dazu zu sagen? Absolut nichts.

Als Edward Herman ihn in einem Brief dazu befragte, führte Lemann aus: »Pater Popieluszko wurde gerade zu dem Zeitpunkt getötet, als die US-Presse besonders stark auf Polen konzentriert war. Erzbischof Romero dagegen wurde umgebracht, noch bevor die Presse El Salvador im Visier hatte. Der Mord an Popieluszko war nicht wichtiger; vielmehr kann die Diskrepanz damit erklärt werden, daß die Presse sich zu einer bestimmten Zeit immer nur auf wenige Dinge konzentriert.« Abgesehen davon, daß dadurch noch nicht die Verschiedenheit der jeweiligen Berichterstattung erklärt ist, muß man nur eine ganz einfache Frage stellen: Wieviel Aufmerksamkeit widmeten die Medien El Salvador während der Ermordung von Romero und wieviel Polen während der Ermordung von Popieluszko? Die Untersuchung zeigt, daß die Aufmerksamkeit im Falle El Salvadors keineswegs geringer war. Damit fällt Lemanns Erklärung in sich zusammen.¹²

Offensichtlich ruft schon die Idee, die Medien einer rationalen Analyse zu unterwerfen, Ablehnung hervor, wenn sie zu unangenehmen Folgerungen führt.

Bisweilen wird versucht, das Propaganda-Modell mit dem Hinweis auf vom System abweichende Meinungen zu widerlegen. Die »Schwäche« des Modells liege, so Walter LaFeber, in »seiner Unfähigkeit, die Anti-Contra-Bewegung erklären zu können, der es... gelungen sei, die Regierungspolitik abzuschwächen«. Ferner wendet er ein, daß die Befürworter des Modells »einerseits führenden amerikanischen Zeitschriften ›Einseitigkeit‹ vorwerfen, andererseits widersprechen, wenn ich wichtige Beispiele zitiere, die [ihre These] widerlegen«. Ein drittes Gegenargument lautet: »Wenn die Nachrichtenmedien so uneingeschränkt schlecht sind, sollte das Buch [*Manufacturing Consent*] wenigstens erklären, warum viele Veröffentlichungen (darunter auch meine) ihre Berichte zitieren können, um Präsident Reagans Mittelamerika-Politik zu kritisieren.«

LaFeber, ein unabhängig denkender Historiker, gehört zu den wenigen, die dem Propaganda-Modell mit triftigen Argumenten entgegentreten, statt lediglich mit Invektiven. Es lohnt sich also, die Einwände näher zu betrachten.

Nehmen wir das erste Argument: Die Einflußnahme der Medien durch einseitige Berichterstattung führe nicht immer zum Erfolg. Dann wäre auch eine entsprechende Analyse der *Prawda* durch den Hinweis auf die Existenz von Dissidenten in der Sowjetunion widerlegt. Aber die These, daß die

Prawda ein Organ der Staatspropaganda ist, hat mit der Existenz von Dissidenten nichts zu tun. Und sie würde auch nicht dadurch bestätigt, daß die gesamte Sowjetbevölkerung den Inhalt der *Prawda* unkritisch akzeptierte. Die These sagt nämlich nichts über den *Erfolg* der Propaganda, und insofern ist LaFebers Einwand hinfällig.

Aber auch der zweite Einwand sticht nicht: Beispiele für eine Abweichung der Medien von der Regierungslinie fordern nicht den Widerspruch von Befürwortern des Propaganda-Modells heraus, sondern werden von ihnen vorhergesagt, wie es etwa der Fall ist, wenn eine Tatsachenfälschung erkannt wird.

Das Propaganda-Modell behauptet ja nicht, daß die Medien - wie etwa in totalitären Staaten - einfach nachplappern, was die jeweilige Regierung behauptet. Vielmehr spiegeln sie den Konsens staatlichwirtschaftlicher Machteliten, wozu auch diejenigen gehören, die bestimmten Aspekten der Regierungspolitik, zumeist aus taktischen Gründen, kritisch gegenüberstehen. Das Modell geht davon aus, daß die Medien die Interessen der Mächtigen schützen, ohne deshalb die Regierenden in jedem Fall vor Kritik zu bewahren; wer diesen Unterschied nicht beachtet, gibt sich Illusionen über unser demokratisches System hin.

So ist das Propaganda-Modell auch nicht widerlegt, wenn die Medien US-amerikanischen Contra-Gegnern in den Machteliten eine Plattform bieten, vielmehr wird es dadurch gestützt. 1986 waren 80 Prozent der US-amerikanischen Führungskräfte (Manager usw.) gegen die Contra-Politik der Regierung - sie sei verfehlt, zu teuer und die angestrebten Ziele ließen sich auch anders erreichen. Das Propaganda-Modell würde nun voraussagen, daß sich diese mit der Regierungslinie konfligierenden Ansichten in den Medien niederschlagen. Das trat jedoch im Hinblick auf Nicaragua *nicht* ein, allerdings ganz anders, als LaFeber es meinte: Die Medien hielten sich nicht nur bruchlos an den grundlegenden Konsens einer (signifikant) kleinen Elite betreffend die Mittelamerika-Politik, sondern vertraten sogar mehrheitlich die extremistische Position der Regierung und unterwarfen sich ihrer Autorität damit noch stärker, als das Modell erwarten lassen würde.

Wenden wir uns nun der von LaFeber ins Feld geführten »Anti-Contra-Bewegung« und ihrer Wirkung auf die Regierungspolitik zu. Hier ist zu beachten, daß es, wie beim Vietnamkrieg, zwei sehr unterschiedliche Bewegungen gab: Die eine richtete sich aus taktischen, die andere aus prinzipiellen Gründen gegen die Unterstützung der Contras. Diese letztere hat »die Regierungspolitik abgeschwächt«, aber nicht über die Medien. Sie hat die Kosten für die Urheber der Verbrechen gegen Nicaragua erhöht und dergestalt letztlich zur - allerdings rein taktischen und an das Eigeninteresse gebundenen - Kritik seitens der Eliten geführt.

Abgesehen davon bestreitet das Propaganda-Modell nicht, daß auch prinzipielle Gegner der Mittelamerika-Politik Reagans durch sorgfältige und kritische Lektüre der Medien dort Material entdecken konnten, das ihnen für ihre Argumentation von Nutzen war. Damit ist auch LaFebers dritter Einwand hinfällig.

Und wenn LaFeber schließlich meint, die Regierungspolitik sei nicht erfolgreich gewesen, sitzt er damit, genau wie die Medien, der offiziellen Propaganda auf, der zufolge die Vereinigten Staaten das Ziel hatten, Nicaragua »zur Demokratie zurückzuführen« sowie Guatemala und El Salvador zu richtigen »demokratischen« Staaten zu machen. Akzeptiert man diese offizielle Beschreibung, war die Politik Reagans sicherlich ein Fehlschlag. Wenn wir jedoch das ideologische System der USA mit jener kritischen Distanz analysieren, die wir auch anderen Gesellschaften angedeihen lassen, sehen die Folgerungen anders aus: Auch wenn die Regierungspolitik ihre tatsächlichen Ziele nicht in vollem Umfang erreicht und sich kostspielige Fehlschläge erlaubt hat, war sie doch - z. B. was die Destabilisierung der Sandinisten angeht - sehr erfolgreich.

Auf einen Punkt will ich noch hinweisen. Zur Funktion der Medien gemäß dem Propaganda-Modell gehört es, daß sie ein von der Realität nicht allzu weit entferntes Bild der Welt präsentieren, mag es auch noch so selektiv sein. Investoren und Regierungen müssen Entscheidungen in Kenntnis tatsächlicher Verhältnisse fällen. Privilegierte und politisch aktive Eliten, die sich auf die Medien verlassen, müssen einen gewissen Realitätsbezug haben, wenn sie ihre eigenen Interessen erfolgreich betreiben wollen. Zur Realität gehört oftmals auch, daß Mitglieder des Staats- und Regierungsapparats unfähig und korrupt sind, und das würde von den Medien selbst dann aufgedeckt und hervorgehoben

werden, wenn ihre einzige Funktion darin bestünde, den Mächtigen zu dienen. Das ist jedoch kein Einwand gegen die These von der in vielfacher Hinsicht einseitigen Informationspolitik der Medien.

Ein höchst geeigneter Test für das Propaganda- oder ein anderes Funktionsmodell der Medien ist der genaue Vergleich von Beispielpaaren. Natürlich ist die Geschichte kein so ideales Experimentierfeld wie das Labor, aber es gibt viele Fälle, die einander so ähnlich sind, daß sie einen Test ermöglichen. Soweit ich weiß, bestätigen sie das Propaganda-Modell in einem für diese komplexe soziale Welt erstaunlichen Ausmaß.

Selbstverständlich muß man bei der Auswahl der Fälle Vorsicht walten lassen. Nehmen wir an, wir wollten beweisen, daß der *Boston Globe* in einseitig kritischer und unfairer Weise über die Stadt Boston berichtet. Zu diesem Zweck vergleichen wir die Berichterstattung über einen Fall von Regierungskorruption in Boston mit der über einen ähnlich gelagerten Fall in Seattle oder gar in Karatschi. Natürlich wird die Berichterstattung über die Vorgänge in Boston sehr viel umfangreicher sein, womit die Ausgangsthese schon bewiesen wäre: Die Herausgeber und Redakteure des *Boston Globe* sind »Leute, die Boston und sich selbst hassen«.

Klarerweise ist diese Beweisführung absurd, weil sie den normalen Umfang der sonstigen Berichterstattung und auch positive Reportagen über die drei Städte ebenso unberücksichtigt läßt wie Gründe für die Auswahl der Informationen.

Diese Punkte sind so trivial, daß man erstaunt ist, wie häufig sie ignoriert werden, z. B. im Hinblick auf die Berichterstattung über Israel, der man Unfairneß und Einseitigkeit vorwirft und dies zumeist damit begründet, daß israelische Verbrechen umfangreicher abgehandelt würden als vergleichbare oder schlimmere Untaten in Syrien, im Süd-jemen oder anderen arabischen Ländern.¹³

Der Fehlschluß gleicht dem eben erwähnten aufs Haar. Die Berichterstattung über Israel ist nach Inhalt und Umfang gänzlich verschieden von der über andere Staaten der Region. So erhielten z.B. die Wahlen von 1988 eine Aufmerksamkeit, die nur noch von der Berichterstattung über die im selben Jahr stattfindenden US-Präsidentenschaftswahlen übertroffen wurde.¹⁴ Zudem wird Israel von den Medien extrem freundlich, bisweilen gar unterwürfig behandelt, während andere Länder der Region weitaus weniger gut wegkommen. Und bei keinem anderen Land würde man eine Vorgehensweise, wie sie Israel gegenüber den Arabern zeigt, dulden. Das heißt natürlich auch, daß die Berichterstattung über israelische Greuelthaten, die nicht mehr übersehen werden können, umfangreicher ist als im Hinblick auf Länder, die von den US-Medien im allgemeinen ge- oder verschmäht werden. Im übrigen gibt es eine reichhaltige Literatur zur israelfreundlichen Haltung der Medien; mir kam es hier nur auf den methodologischen Punkt an.

Es gibt noch weitere methodologische Probleme, die sorgfältig bedacht sein wollen, wenn die Analyse ideologischer Systeme auf seriöse Weise betrieben werden soll. Einige von ihnen sollen in der Folge erörtert werden.

Das Propaganda-Modell macht Voraussagen auf drei verschiedenen Ebenen. Die Voraussagen erster Ordnung betreffen die Funktionsweise der Medien, die Voraussagen zweiter Ordnung die Diskussion und Bewertung des Medienverhaltens, die Voraussagen dritter Ordnung die Reaktionen auf Untersuchungen zum Medienverhalten. Die allgemeine Aussage auf jeder Ebene lautet, daß das, was an Informationen in den Mainstream gelangt, den Bedürfnissen der etablierten Mächte dient. Mit den Voraussagen erster Ordnung hatten wir es bisher vorwiegend zu tun. Die Voraussage zweiter Ordnung - die Mediendiskussion befriedigt dieselben Bedürfnisse und wird daher auf die Frage eingeeengt, ob die Medien regierungskritisch seien oder nicht - haben wir im ersten Kapitel behandelt und werden im nächsten Abschnitt (»Über kritische Ausgewogenheit«) darauf zurückkommen. Aber nehmen wir an, daß eine Untersuchung über die Medien diese Grenzen überschreitet und zu unerwünschten Folgerungen gelangt. In diesem Fall geht die Voraussage dritter Ordnung davon aus, daß eine solche Untersuchung, weil sie den Bedürfnissen der etablierten Mächte nicht entspricht, ignoriert oder verurteilt werden wird. Einige Beispiele sind bereits genannt worden,¹⁵ aber ein näherer Blick kann nicht schaden, weil die Sache für die Erforschung des ideologischen Systems von einiger Bedeutung ist.

Wählen wir als konkretes Beispiel die von Edward Herman und mir in *Political Economy of Human Rights* vorgenommene Einteilung von Greuelthaten in drei Kategorien: Wir unterscheiden zwischen »konstruktiven«, »wohlmeinenden« und »schändlichen« Blutbädern. »Konstruktive Blutbäder« dienen

den Interessen der US-amerikanischen Macht; »wohlmeinende Blutbäder« sind für diese Macht ohne Belang; »schändliche Blutbäder« werden von offiziellen Feinden angerichtet und dienen zur Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Die Voraussage erster Ordnung behauptet, daß konstruktive Blutbäder begrüßt werden (vielleicht mit einem bedauernden Zungenschmalzen angesichts der Barbarei rückständiger Völker), während wohlmeinende Blutbäder unbeachtet bleiben und schändliche Blutbäder - ohne allzu große Berücksichtigung der Tatsachen - der Verdammung anheimfallen.

Die Voraussage zweiter Ordnung behauptet, daß Untersuchungen dieser Art im Mainstream nicht zu finden sind, und das ist durchaus richtig. Aber nun haben wir ein Beispiel, das diesen Rahmen sprengt. Wie wird die Reaktion darauf aussehen?

Die Voraussage dritter Ordnung behauptet, daß die Offenlegung der Tatsachen nicht positiv aufgenommen werden dürfte. Genauer gesagt: Man wird sie im Falle eines konstruktiven Blutbads ignorieren; man wird sie im Falle eines wohlmeinenden Blutbads ohne großes Interesse zur Kenntnis nehmen, und man wird sie im Falle eines schändlichen Blutbads mit Empörung leugnen. Die Gründe liegen auf der Hand: Daß man konstruktive Blutbäder begrüßt, kann man nicht zugeben, weil dann die Heuchelei der Empörung angesichts schändlicher Blutbäder offenkundig würde, während man ohne großen Schaden einräumen kann, wohlmeinende Blutbäder übersehen zu haben, solange die Beteiligung der USA an solchen Untaten nicht zur Sprache kommt. Der Umgang mit schändlichen Blutbädern wiederum darf nicht thematisiert werden, weil, abgesehen von der erneut zu Tage tretenden Heuchelei, damit ein wertvolles Instrument für die Mobilisierung der Öffentlichkeit gegen einen bedrohlichen Feind entfiele.

Unsere Studie (*Political Economy of Human Rights*) belegte, daß die Voraussagen des Propaganda-Modells auf allen drei Ebenen zutrafen. Die Berichterstattung über konstruktive, wohlmeinende und schändliche Blutbäder entsprach den Erwartungen. Ferner wurde - das betrifft die zweite Ebene - deutlich, daß die Untersuchung über die Berichterstattung keinen Platz im Mainstream hatte.¹⁶ Und auch die Voraussagen dritter Ordnung erwiesen sich als zutreffend: Unsere Diskussion konstruktiver Blutbäder wurde ignoriert, die Erörterung wohlmeinender Blutbäder (unter Hervorhebung US-amerikanischer Unschuld) hin und wieder erwähnt, und die Offenlegung des Umgangs mit schändlichen Blutbädern allgemein verurteilt.

Diese Reaktionen sind von großer Bedeutung für die Untersuchung ideologischer Institutionen. Schauen wir uns deshalb zwei Fälle an, die wir detailliert untersucht haben: die von den USA unterstützte Invasion Ost-Timors durch indonesische Truppen (wohlmeinend), sowie den Terror in Kambodscha unter den Roten Khmer (schändlich).

Diese beiden Fälle eignen sich ausgezeichnet für einen Test des Propaganda-Modells. Beide Male handelte es sich um schreckliche Massaker, die zudem zur gleichen Zeit in Südostasien stattfanden, auch waren die Beweismaterialien gleichermaßen zugänglich und stammten aus glaubwürdigen Quellen, die den Schluß zuließen, daß die Greuelthaten ihrem absoluten Umfang nach vergleichbar waren.¹⁷ Der entscheidende Unterschied lag darin, daß die Massaker in Ost-Timor von einem Satellitenstaat der USA mit deren wachsender diplomatischer und militärischer Unterstützung begangen wurde, während die Massenmorde in Kambodscha von einem offiziellen Feind verübt wurden und damals dazu dienten, das »Vietnam-Syndrom« zu überwinden, galt es doch, die Unterstützung der US-amerikanischen Bevölkerung für Intervention und Gewaltanwendung in der Dritten Welt »als Verteidigung gegen die Pol Pots« zurückzugewinnen, was schon bald darauf in El Salvador notwendig wurde.

Es ging uns bei der vergleichenden Untersuchung der Medienreaktion auf die Vorgänge in Ost-Timor und Kambodscha nicht um die Frage, was dort tatsächlich geschehen war, sondern um die Verwandlung der verfügbaren Informationen bei ihrem Gang durch die Filter des ideologischen Systems. Dessen Wirkungsweise läßt sich auch ohne Kenntnis der genauen Tatsachen analysieren. Im Fall von Ost-Timor gingen wir davon aus, daß die kirchlichen Quellen und Zeugnisse von Flüchtlingen glaubhaft waren, während im Fall von Kambodscha Spezialisten des US-Außenministeriums offensichtlich die verlässlichsten Berichte lieferten. Beide Annahmen erwiesen sich im nachhinein als begründet, aber die Genauigkeit unserer Mutmaßungen über das tatsächliche

Geschehen ist für das von uns behandelte Problem nicht entscheidend.

Das heißt natürlich nicht, daß man die Aufgabe, herauszufinden, was wirklich passierte, vernachlässigen dürfe (nur war das nicht unsere Aufgabe). So widersprachen wir Jean Lacouture, der in der *New York Times Review of Books* behauptet hatte, es sei gleichgültig, ob unter Pol Pot Tausende oder Millionen von Kambodschanern ermordet worden waren.¹⁸

Wenden wir uns den Voraussagen erster Ordnung zu. Im Falle Kambodschas war von Anfang an von Völkermord die Rede, wobei man in großem Stil Beweise fälschte und einige der verlässlichsten Quellen (zu denen auch die eben erwähnten Beobachter des US-Außenministeriums gehörten) unterdrückte, weil ihre Berichte nicht dem gewünschten Bild entsprachen. Im Fall von Ost-Timor ging die vor der Invasion relativ umfangreiche Berichterstattung auf Null zurück, als die Greuelthaten ihren Höhepunkt erreichten.

Wie bedeutsam diese Unterdrückung von Informationen war, kann nicht stark genug hervorgehoben werden, weil dadurch nur wenige wußten, was in Ost-Timor vor sich ging oder den spärlich durchsickernden Nachrichten nicht genügend Aufmerksamkeit zollten. Ich selbst kann mich, wie ich mit Bedauern sagen muß, von dieser Kritik nicht ausnehmen. Die Gewalttätigkeiten in Kambodscha und Ost-Timor begannen etwa zur gleichen Zeit, aber ich reagierte auf die Massaker der indonesischen Armee erst neunzehn Monate später, obwohl sie unter moralischen Gesichtspunkten bedeutsamer waren, weil zu ihrer Beendigung einiges hätte getan werden können. Dank der Selbstzensur der Medien gab es jedoch keine Bemühungen, die USA zu einer Änderung ihrer Haltung zu zwingen, während im Hinblick auf Kambodscha niemand Maßnahmen vorschlug, um die Verbrechen zumindest abzumildern. Als George McGovern Ende 1978 eine militärische Intervention vorschlug, wurde er von Vertretern der Rechten und Regierungsberatern bespöttelt. Und als Pol Pots Untaten durch den Einmarsch der Vietnamesen schließlich beendet wurden, herrschte Empörung über die »asiatischen Preußen«, die für ihr Verbrechen bestraft werden mußten.

Somit wurden die Voraussagen erster Ordnung bestätigt, während jene zweiter Ordnung sogar alle Erwartungen übertrafen: Die Behauptung, der Westen habe zu den Massakern der Roten Khmer geschwiegen, wurde, allen Tatsachen zum Trotz, zur Standarddoktrin erhoben.¹⁹ Das diente u.a. dem Zweck, den Eindruck hervorzurufen, daß wir in Zukunft noch viel aufmerksamer auf Verbrechen offizieller Feinde reagieren mußten. Auch die Voraussagen dritter Ordnung bestätigten sich: Unsere Erörterung der kambodschanischen Verhältnisse unter Pol Pot rief einen Proteststurm hervor.²⁰ Meines Wissens fehlte den Verdammungsurteilen jedoch jegliche Substanz, was in der wissenschaftlichen Literatur nicht unbemerkt blieb;²¹ jedenfalls bin ich mir in dem, was Herman und ich damals schrieben, keines Irrtums, keiner irreführenden Behauptung bewußt.²² Interessanter ist jedoch eine andere Reaktion, die unser ganzes Unternehmen als illegitim zu diskreditieren suchte. Viele hielten es für unangemessen, gar für unmenschlich, daß wir die Forderung erhoben, in der Auseinandersetzung mit Pol Pots Verbrechen so dicht wie möglich an der Wahrheit zu bleiben oder aufzuzeigen, in welcher Weise das Schicksal der Opfer für Propagandazwecke ausgebeutet wurde.

Bezeichnenderweise blieb unsere Diskussion der Medienreaktion auf die Massaker in Ost-Timor nahezu unbeachtet. Auch dies ist eine Bestätigung der Voraussage dritter Ordnung und damit des gesamten Propaganda-Modells.

Untersuchen wir nun die Logik der Reaktion, der zufolge es unangemessen und unmenschlich ist, die Erfindungen des ideologischen Systems in bezug auf die Greuelthaten Pol Pots offenzulegen. Es ist entweder legitim oder nicht legitim, das ideologische System der USA zu untersuchen. Wenn es legitim ist, läßt sich das Propaganda-Modell als Hypothese formulieren und an Beispielpaaren wie etwa der Berichterstattung über Kambodscha und Ost-Timor testen. Nun behaupten Kritiker, es sei nicht legitim, den Umgang der Medien mit Kambodscha zu analysieren. Wenn nun dieser Fall nicht irgendwelche (bislang ungeklärten) Besonderheiten aufweist, folgt aus der Kritik, daß es *nicht* legitim ist, das ideologische System der USA zu untersuchen. Die so überaus unehrliche Reaktion unterstreicht nur, was ohnehin evident ist: Das Recht des ideologischen Systems, dem Staat zu dienen, muß geschützt werden, daher verbietet sich eine Analyse auf Grundlage der Hypothese, seine gesellschaftliche Funktion liege in der Dienstbarkeit äußeren Mächten gegenüber. Eine glasklare Logik.

Bestätigt wird diese Logik durch den Umstand, daß sich keine Einwände erheben, wenn falsche oder irreführende Berichte über Greuelthaten der Vereinigten Staaten und ihrer Vasallen aufgedeckt werden. Nur bei falschen Angaben über Massaker offizieller Feinde dürfen keine Korrekturen nach unten vorgenommen werden.

Als dies im Falle Kambodschas geschah, gab es einen allgemeinen Aufschrei, doch regte sich niemand, als falsche Anschuldigungen gegen Israel zurückgenommen wurden, weil es sich hierbei um eine lobenswerte Bemühung handelte.

Weitere Beispiele bestätigen diese Logik. Ich möchte bezweifeln, daß die *New York Times Review of Books* jemals eine längere und detailliertere Untersuchung veröffentlicht hat als Neil Sheehans Analyse des 1970 erschienenen Buchs von Mark Lane, *Conversations With Americans*.²³ Lane dokumentierte Aussagen amerikanischer Soldaten über Kriegsverbrechen, an denen sie, wie sie sagten, teilgenommen hatten. Sheehan zerpflückte dieses »böartige Buch« nach Strich und Faden, weil es seiner Meinung nach Ungenauigkeiten und falsche, irreführende oder widersprüchliche Darstellungen enthielt, die seine Glaubwürdigkeit untergraben würden, und er griff Lane scharf an, weil dieser angeblich behauptete, es komme nicht auf die Einzelheiten an, sondern auf die Gesamtdarstellung. Bei den Massakern von Pol Pot aber war es offenbar gleichgültig, wie viele Opfer die Herrschaft der Roten Khmer gekostet hatte.

Ein weiterer Fall ist Bertrand Russell, der den Mut hatte, den Vietnamkrieg zu einer Zeit zu verurteilen, als dies noch nicht Mode geworden war.²⁴ Noch aus heutiger Sicht gibt es an seinen Kommentaren, vergleicht man sie mit den Lügen, Ausflüchten und apologetischen Bemühungen jener Zeit, wenig auszusetzen, auch wenn manches, was er behauptete, ungerecht oder übertrieben war. Daran Kritik zu üben wäre angemessen gewesen. Statt dessen schlugen ihm Verachtung und Verleumdung entgegen, und nur wenige Stimmen erhoben sich zu seiner Verteidigung, was auch mit seinem Engagement gegen den nuklearen Rüstungswettlauf zusammenhing. Die Angriffe galten keineswegs seinen Irrtümern und Übertreibungen, sondern der Tatsache, daß er es wagte, Wahrheiten auszusprechen, die z.T. bis heute nicht akzeptiert werden.

II. Über kritische Ausgewogenheit

Wie bereits ausgeführt, macht das Propaganda-Modell Voraussagen erster Ordnung über das Verhalten der Medien sowie Voraussagen zweiter Ordnung über die Erörterung dieses Verhaltens. Diese Voraussagen lassen erwarten, daß Diskussionen über die Medien sich um die Frage ihrer macht- und regierungskritischen Einstellung drehen: Kritiker werden die Medien deswegen als einseitig geißeln, Verteidiger dagegen ihre Ausgewogenheit betonen.²⁵ Die Möglichkeit, daß die Medien dem Propaganda-Modell gemäß agieren, sollte aus derlei Diskussionen ausgeschlossen bleiben, weil sie den Interessen der Privilegierten widerstreitet. Diese Voraussagen finden wir bestätigt.

Eine komplexe Gesellschaftsordnung erlaubt immer einen gewissen Bereich der Variabilität von Reaktionen. So gibt es einen Umstand, bei dem die Kritik an der Unterwürfigkeit der Medien von diesen sogar begrüßt wird. Im allgemeinen dulden oder schätzen sie es sogar (aus Gründen der Imagepflege), wegen ihrer autoritätskritischen Haltung angegriffen zu werden. Aber bisweilen können solche Angriffe zu einer echten Bedrohung werden. Um sich zu verteidigen, berufen sie sich dann kurzfristig auf jene Kritiker, die ihnen Konformität vorwerfen. Werden sie einer unpatriotischen Haltung oder einer allzu negativen Einstellung gegenüber PR-Aktionen à la Reagan bezichtigt, können sie darauf verweisen, daß sie von beiden Seiten kritisiert werden und die Wahrheit folglich in der Mitte liegen dürfte, was besagt, daß sie ihre Arbeit ordentlich verrichten. Allerdings hätte das Argument nur dann Gewicht, wenn die »Kritik von beiden Seiten« einer Bewertung unterzogen würde, was indes nicht der Fall ist.

Natürlich darf auch die Abweichung von der Norm nicht zu weit gehen. Die Kritiker des Medienkonformismus dürfen die Funktionsweise herrschender Institutionen ebensowenig hinterfragen wie das wohlmeinende Streben der US-Regierung nach Demokratie in aller Welt.

An einigen Beispielen sei gezeigt, wie typische Kontroversen über die Berichterstattung der Medien beschaffen sind.

Um die Voraussagen zweiter Ordnung einem sorgfältigen Test zu unterziehen, eignet sich besonders eine Untersuchung des Institute for the Study of Diplomacy der Georgetown-Universität zur Medienberichterstattung über Konflikte in der Dritten Welt, bei der es vor allem um die israelische Libanon-Invasion von 1982 und Konflikte in Mittelamerika geht.²⁶ Die Beiträge stützen ihre Kritik kaum je durch Beweise ab, bieten aber einen erhellenden Einblick in die Sichtweisen von Personen, die in den Medien arbeiten oder ihnen nahestehen.

Wortführer sind diejenigen, die den Medien ihre, wie sie meinen, einseitige, gegen die USA und Israel gerichtete Haltung vorwerfen. Ein Kolloquium und Dokumente²⁷ erörtern die Gültigkeit dieser Vorwürfe, ohne jedoch in Erwägung zu ziehen, daß auch eine gegenteilige Kritik zumindest logisch möglich ist.

Die grundlegenden Annahmen skizziert der Herausgeber der Studie, Landrum Bolling, in seiner Einleitung. Er behauptet:

»Zu amerikanischen Medienberichten über internationale Politik läßt sich viel sagen, nicht jedoch, daß sie nur das Echo der Verkündigungen offizieller Sprecher unserer Regierung oder der anderer Staaten sind ... Die offizielle Version von Ereignissen hat in den Medien keine Monopolstellung ... Bei Kontroversen wird eifrig nach gegenteiligen Meinungen gesucht, die bisweilen eine Aufmerksamkeit erhalten, die sie nicht verdienen. Die Medien blühen auf, wenn es um Berichte über Debatten und stärkere Formen konfliktueller Auseinandersetzung geht.«

Bolling verweist auf die Behauptung, daß »der Krieg in Südostasien deshalb nicht gewonnen wurde ... weil die US-Massenmedien darüber so umfassend, nachhaltig und detailliert berichteten« und »das Fernsehen oftmals blutrünstige Bilder zeigte«, die »allmählich beim Publikum Widerwillen hervorriefen«. Dann kommt die entscheidende Frage: »Kann eine demokratische Gesellschaft mit ›freier Presse‹ sich selbst sowie ihre Freunde und Verbündeten in einer gefährlichen Welt gegen totalitäre Gegner verteidigen, die sich nicht mit einer freien Presse und unkontrollierten Fernsehsendern herumschlagen müssen?«

Dieser Rahmen für die Mediendiskussion entspricht genau den Voraussagen des Propaganda-Modells. Das gleiche gilt für die - prinzipiell sakrosankten - Auffassungen über die US-Regierung und ihre internationalen Beziehungen. Bolling meint, daß in der Dritten Welt »der Erfolg uns fortwährend gemieden hat - bis Grenada ... Was läuft falsch? Warum kann eine Nation, die so reich und mächtig ist und *so gute Absichten hegt*, ihre Ziele nicht schneller und effektiver in die Tat umsetzen? ... Warum haben wir unsere Außenpolitik - *die Unterstützung der Freiheit* - nicht erfolgreicher betreiben können?« (Hervorhebungen von mir). Dann zitiert er Beispiele unseres Versagens, wozu er insbesondere Kuba rechnet, eine »für Volk und Regierung der Vereinigten Staaten besonders traurige Geschichte. Wie konnte es geschehen, daß ein warmherziges Volk 90 Meilen vor der Küste Floridas in so schreckliche Dinge verstrickt wurde?« Ob die Kubaner diese Einschätzung teilen und lieber die guten alten Zeiten der US-amerikanischen Vorherrschaft wiederhätten, ist ebenso unklar wie die Antwort auf die Frage, ob die von der Politik Kubas betroffenen Länder deren Folgen auch für »schrecklich« halten. Schließlich fragt man sich, welche »schrecklichen Dinge« anderen warmherzigen Völkern in der Karibik und Mittelamerika zugestoßen sein mögen, Dinge, welche die Bevölkerung der Vereinigten Staaten traurig stimmen müßten, wenn sie erführen, was für eine Rolle ihre von unfehlbar »guten Absichten« geleitete Regierung dabei gespielt hat.

Aber es geht in der Studie allein um die Frage, ob die freie Presse am Scheitern der gutwilligen Bemühungen der US-Regierung schuld ist. Stimmt es, daß »sentimentale und naive Medienvertreter ihre Berichte einseitig zugunsten der Revolutionen von underdogs abgefaßt haben« und »der humanitären Rhetorik von Terroristen ins Netz gegangen« sind? Bolling hält diese Vorwürfe für nicht ganz unbegründet, bleibt als Liberaler jedoch skeptisch.

Mein Einwand geht darauf hinaus, daß die Prämissen der Diskussion einigermaßen wertlos sind. Zwar wird »eifrig« nach gegenteiligen Meinungen gesucht, die indes allzu gegenteilig nicht sein dürfen. Es wurde keineswegs eifrig nach der Meinung gesucht, daß die Vereinigten Staaten Südvietnam angegriffen und in den siebziger und achtziger Jahren das Streben nach Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Reformen in Mittelamerika bekämpft haben, oder daß die Wahlen in Nicaragua so bedeutsam gewesen sind wie die in El Salvador, oder daß es den USA (mit Hilfe der freien Presse) gelungen ist, die mittelamerikanischen Friedensabkommen ebenso zu untergraben wie bereits 1973 (wiederum mit Unterstützung der Medien) die Pariser Verhandlungen über Vietnam, oder daß die USA seit mehr als zwanzig Jahren den Friedensprozeß im Nahen Osten behindern. Es ist keineswegs schwierig, Beweise für diese und andere gegenteilige Auffassungen beizubringen, die jedoch den Rahmen dessen, was den etablierten Mächten zugemutet werden kann, sprengen. Die Berichterstattung über den Vietnamkrieg war keineswegs »umfassend und nachhaltig«, die Fernsehreportagen keineswegs blutrünstig, und ihre Ausstrahlung dürfte, wie entsprechende Untersuchungen nahelegen, die bellizistischen Gefühle des Publikums eher verstärkt haben; die Medien unterstützten den Krieg noch lange, nachdem die Wirtschaftseliten ihn bereits als zu kostspielig abgeschrieben hatten, und selbst danach gab es kaum Abweichungen vom Propaganda-Modell.²⁸ Im Gegensatz zu jenen »notwendigen Illusionen«, die später gehegt und gepflegt wurden, blieben die Medien prinzipiellen Gegnern des Kriegs und Vertretern der pazifistischen Massenbewegungen weitaus mehr verschlossen als in den achtziger Jahren.²⁹ Ich weiß dies aus persönlicher Erfahrung, und andere, die ebenfalls zu den Dissidenten gehörten, dürften dieses Urteil bestätigen.

Die anderen für grundlegend erachteten Doktrinen sind zwar altbekannt, aber deshalb nicht weniger unhaltbar. Doch geht es mir nicht um ihre Falschheit, sondern um die Tatsache, daß keine Zweifel geschweige denn kontroverse Diskussionen darüber möglich sind. Als Wahrheiten letzter Instanz bilden sie den Rahmen, innerhalb dessen allererst eine Auseinandersetzung möglich scheint.

Der Bericht des Institute for the Study of Diplomacy bleibt in diesem Rahmen. Die zweiundzwanzig Seiten umfassende Diskussion der Medienberichterstattung über Mittelamerika wird von dem »Falken« Daniel James eingeleitet, der den Medien vorwirft, sie seien »von den traditionellen Grundsätzen des Journalismus - Objektivität und Fairneß - beträchtlich abgewichen«. Er führt aus: »Die Berichterstattung der angesehenen Medien über Mittelamerika war äußerst voreingenommen [gegen die US-Regierung und ihre Verbündeten], was zu dem Schluß führt, daß es sich um tendentiösen oder einseitigen Journalismus gehandelt hat.« In der Berichterstattung über El Salvador sieht James »eine Überbewertung dieses Problems der Menschenrechte«. Man muß daran erinnern, daß diese Diskussionen nach dem Ausbruch von (durch die US-Regierung unterstützten und organisierten) Gewalttaten stattfanden, die von den Medien weitgehend ignoriert wurden. Immerhin gehe es, so James, um das »alles überlagernde« Problem: »Soll in El Salvador die Freiheit herrschen oder die Diktatur?« Freiheit wollen die Vereinigten Staaten, selbstredend, die Feinde aber die Diktatur. Doch ist die Situation nicht ganz hoffnungslos: »Zum Glück haben die Medien die Fähigkeit zur Selbstkritik bewiesen. Im Fall von El Salvador und zum Teil auch im Hinblick auf Nicaragua sind viele Beiträge, vor allem in der *Washington Post*, erschienen, die ihre Berichterstattung über das erstgenannte Land kritisierten« - also ihre exzessive Sorge um die Menschenrechte, und die Unfähigkeit, die Perspektive der US-Regierung zu übernehmen. Dieser »äußerst gesunde Trend« gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß die Medien von ihrer Kritik an Washington und der Unterstützung der Feinde ablassen werden.

Die Stellungnahmen im darauf folgenden Kolloquium reichen von der Verteidigung der Berichterstattung über Mittelamerika als »weder einseitig noch tendentiös« (der Lateinamerikanist William LeoGrande) bis zur Unterstützung von James' Anschuldigungen. So betont der Contra-Lobbyist Robert Leiken: »Die Politik der USA besteht darin, die Demokratie in Lateinamerika zu verteidigen und zu bewahren.« Kein Wort darüber, daß die Medien »einseitig und tendentiös« die Perspektive der US-Regierung übernommen haben könnten. Kein Wort über die skandalöse Weigerung der Medien, die massiven Greuelthaten der US-Vasallenstaaten in jenen Jahren zu thematisieren. Statt dessen wurde behauptet, die Morde seien der Linken und der extremen Rechten zuzuschreiben, nicht aber den Sicherheitskräften der von den USA unterstützten Regimes usw.

Es geht mir, noch einmal sei es gesagt, nicht darum, daß die Darstellung der US-Politik und der Rolle der Medien falsch ist (das ist sie ohnehin). Ich will vielmehr dar aufhinweisen, daß es nicht einmal möglich ist zu erörtern, ob sie falsch ist oder nicht.

Das zweite Thema, das die Studie behandelt, ist »das Eindringen israelischer Streitkräfte in den Südlibanon«, dem die Bombardierung und Belagerung von Beirut folgte. Die Diskussion wird von Ben Wattenberg eröffnet, der wie Daniel James zur Fraktion der »Falken« gehört. Er bezichtigt die Medien bei der Berichterstattung über den Libanonkrieg der »Doppelmoral«, weil sie einseitig Israel verurteilt hätten. (Indes begrüßte die *New York Times* den Einmarsch als »Befreiung« der Libanesen vom Joch Syriens und der PLO.) Diese Doppelmoral sei schon im Vietnamkrieg erkennbar gewesen und äußere sich jetzt auch im Hinblick auf Mittelamerika. Hier hätten die US-Medien die öffentliche Meinung »gegen eine aus meiner Sicht gemäßigte und moralische Reaktion seitens der Vereinigten Staaten« eingenommen. Mit der »gemäßigten Reaktion« meint Wattenberg das sogar von Daniel James konzedierte »unerhört brutale« Vorgehen der von den USA ausgebildeten und unterstützten Sicherheitskräfte in El Salvador, das die Mainstream-Medien bagatellisierten und entschuldigten, während Menschenrechtsgruppen, die Kirchen und alternative Medien versuchten, die Öffentlichkeit auf die Vorgänge in Mittelamerika aufmerksam zu machen.

Milton Viorst, ein Liberaler, stimmt Wattenbergs Darstellung der Berichterstattung über den Libanonkrieg im wesentlichen zu. Seiner Meinung nach könnte ein Grund für die antiisraelische Doppelmoral darin bestehen, daß »die Israelis im Ruf stehen, die Presse nicht so wirksam oder so vorsätzlich zu manipulieren, wie andere Nationen es tun« - eine Bemerkung, die alle überraschen dürfte, welche mit dem israelischen Apparat der *hasbara* (»Erklärung«), einem überaus wirkungsvollen Steuerungsinstrument, vertraut sind.³⁰ Welche »anderen Nationen« die Presse besser zu manipulieren verstehen, läßt Viorst offen, meint aber wohl nicht die arabischen Staaten. Die

Doppelmoral, so fährt er fort, resultiere auch aus den höheren Erwartungen, die wir an Israel stellen. Daß die Medien sich sehr wohl über den Terrorismus der PLO erregten, jedoch bestenfalls gedämpft auf den weitaus größeren Terror Israels reagierten, bleibt unerwähnt.

Das Kolloquium zur Berichterstattung über den Libanonkrieg hält sich an diese Vorgaben. Etwa fünfzig Prozent der Teilnehmer bezichtigen die Medien der Doppelmoral, die andere Hälfte sucht den Vorwurf der Einseitigkeit zu widerlegen. Daß man den Medien auch Voreingenommenheit *für* Israel vorwerfen könnte, kommt nicht zur Sprache.

Das politische Spektrum der Diskussionsteilnehmer reicht von Wattenberg und Morton Kondracke (dem Herausgeber der *New Republic*) auf der nationalistischen Rechten bis zu den Liberalen Viorst und Nick Thimmesch (vom American Enterprise Institute). Kondracke beklagt die Gegnerschaft der Medien zur Regierung, »wodurch wir unsere Gesellschaft nach Kräften auseinanderfasern, weil wir das für unsere berufsbedingte Pflicht halten«.

Nick Thimmesch widerspricht dieser Einschätzung:

»Die Medien haben sich gewandelt und sind von der einseitigen zur zweiseitigen Berichterstattung übergegangen. Es gibt jetzt eine ehrliche und legitime Debatte wichtiger Themen, die in aufgeklärter Weise geführt wird. Dafür ist der angriffslustigeren und intelligenteren Presse zu danken.«

Von diesem Spektrum gibt es kaum Abweichungen. William Ringle von Gannett Newspapers meint, daß »einige Leute alles, was von Arafat kommt, unhinterfragt übernehmen«, sagt aber leider nicht, an wen er dabei denkt. Immerhin fügt er hinzu, daß es in der Vergangenheit »eine ganze Anzahl von Reportern gab, die unhinterfragt alles übernahmen, was Israel an Informationen aushändigte oder was ihnen auf von der Regierung finanzierten Reisen gezeigt wurde«. Das ist der einzige Hinweis auf eine mögliche alternative Perspektive.

Tatsächlich gibt es viele Indizien dafür, daß die Medien während des Libanonkriegs und danach die israelische und US-amerikanische Haltung völlig unkritisch übernahmen. Aber auch hier geht es darum, daß die Möglichkeit einer einseitig pro-israelischen Berichterstattung gar nicht in Erwägung gezogen wird.

Bolling weist daraufhin, daß in den Seminaren, die der Studie zugrundeliegen, »nur wenige Araber und proarabische Personen vertreten waren, die schon seit langem den Eindruck haben, daß die Berichterstattung der US-Medien über den Nahen Osten auf eklatante Weise pro-israelisch sei und daß Araber und ihre Interessen und Standpunkte fortwährend verunglimpft würden - und die keinen Grund sehen, ihre Haltung angesichts der Berichterstattung über den Krieg im Libanon zu ändern«. Bolling erklärt nicht, warum nur »Araber und pro-arabische Personen« diesen Eindruck haben müssen. Stillschweigend wird unterstellt, daß Menschen von Gefühlen, nicht aber von Gedanken geleitet werden. Diese Unterstellung ist so bemerkenswert wie unwahr; viele amerikanische, europäische und israelische Kommentatoren, die weder arabisch noch pro-arabisch sind, sondern häufig den arabischen Staaten und der PLO extrem kritisch gegenüberstehen, bemängeln die pro-israelische Einstellung der US-amerikanischen Medien. Bolling sagt auch nicht, welche Anstrengungen unternommen wurden, um Gesprächspartner zu finden, deren Ansichten den Rahmen des Üblichen gesprengt hätten.

Die dann folgenden Dokumente spiegeln das gewohnte Bild. In einem einleitenden Essay verteidigt Roger Morris die Medien wegen ihrer höchst professionellen Berichterstattung über die Kriegsereignisse (meines Erachtens eine durchaus zutreffende Einschätzung) und ihrer »ausgewogenen Kommentare« (was man anders sehen kann). Als Beleg zitiert er ein Editorial der *New York Times* von Anfang August 1982, in dem es heißt: »Die PLO hat das gequälte West-Beirut genauso auf dem Gewissen wie Israel.« Das wurde geschrieben, als israelische Artillerie und Luftwaffe Tausende von Zivilisten tötete, Krankenhäuser und Wohnviertel bombardierte und die Bevölkerung als Geisel hielt, um sie zu zwingen, den Abzug der PLO zu fordern. Weiter stellt Morris fest, daß die Journalisten »echtes Mitgefühl für die leidende Stadt zeigten und entsetzt waren über die von der israelischen Armee angerichteten Zerstörungen, auch wenn die Anwesenheit der Truppen verständlich gewesen sein mochte« (Hervorhebung von mir).

Ansonsten werden die Medien (mehrheitlich) wegen ihrer angeblich anti-israelischen Haltung angegriffen oder, weil sie unter schwierigen Bedingungen so objektiv wie möglich zu berichten suchten, verteidigt. Nur wenige Bemerkungen deuten auf die Möglichkeit einer proisraelischen Berichterstattung hin. In einer vom Amerikanisch-Arabischen Antidiskriminierungs-Komitee veröffentlichten Medienanalyse spricht der Nahostspezialist Eric Hooglund von einer »fortwährenden Einseitigkeit zugunsten Israels«. Roger Morris bemerkt einmal, daß die Medien »der israelischen Rechtfertigung für die Invasion bis vor die Tore von Beirut gefolgt sind«, und Milton Viorst schreibt: »Bis vor kurzem gab es keine kritischen Berichte zu Israel.« Darin erschöpft sich die alternative Sichtweise auf das Verhalten der US-Medien im Libanonkrieg.

In ihrem Bemühen, weitere Beweise für die anti-israelische Einseitigkeit der Medien zu finden, beziehen sich einige Kommentatoren auf die inadäquate Berichterstattung über die während des Bürgerkriegs im Libanon verübten Greuelthaten. Dabei wird insbesondere die Zerstörung der von Christen bewohnten Stadt Damur durch die PLO 1976 häufiger erwähnt. Charles Krauthammer wirft den Medien vor, »die Geschichte der von der PLO und ihren Verbündeten an den christlichen Bewohnern begangenen Tötungen« unterschlagen zu haben. Kondracke erinnert sich ebenfalls an keine Berichterstattung über die laufenden Ereignisse in Damur, das sei erst nach der Zerstörung der Stadt geschehen. Wattenberg fügt hinzu: »Vorkommnisse wie in Damur, die die Greuelthaten der PLO belegten, haben in den Medien kein größeres Aufsehen hervorgerufen.« Jim Hoagland von der *Washington Post* wendet ein, Damur sei »eine Titelgeschichte« gewesen. Unerwähnt bleibt der muslimische Slum Karantina, der kurz vor dem Angriff auf Damur von christlichen Milizen erstürmt, dann niedergebrannt und mit Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht wurde. Das war keine Geschichte, schon gar nicht für die Titelseite, ebensowenig wie die Verbrechen von Israels phalangistischen Verbündeten gegen palästinensische und libanesische Muslime, wodurch die PLO in den Bürgerkrieg hineingezogen wurde.³¹ Niemand verlor ein Wort über die Bombardierung einer UN-Schule in Damur durch israelische Kampfflugzeuge, bei der 41 Kinder verwundet oder getötet wurden (vgl. Kap. III).

Die PLO-Massaker von Damur wurden von der israelischen Propaganda weidlich ausgenutzt, wobei der Hintergrund unberücksichtigt blieb. Wie viele Opfer der Bürgerkrieg gefordert hat, ist unbekannt, und alle Schätzungen müssen mit Vorsicht behandelt werden. Der Politologe Naomi Weinberger von der Universität Yale beruft sich auf Standardquellen, wenn er die Zahl der Opfer des Massakers von Karantina mit 1000 angibt. Für Damur nennt er keine Zahlen. Der israelische Oberleutnant Dov Jermija, der im Juni 1982 mit den israelischen Besatzungstruppen und christlichen Phalangisten in Damur eintraf, schätzt, daß 250 Personen ermordet wurden und bemerkt, daß die Stadt (1976 und 1982) »zum Teil durch die Syrer und die Terroristen [die PLO], zum Teil durch unsere Luftwaffe und Artillerie zerstört wurde«. Andere erfinden einfach Zahlen. Walter Laqueur behauptet (ohne Quellenangabe), daß in Damur 600 Menschen getötet wurden, und der Journalist Eric Silver, der sich auf »verlässliche israelische Quellen« beruft, spricht vom »Mord an Tausenden libanesischer Christen«. Ernstzunehmen ist die Untersuchung des Libanonkriegs zweier israelischer Autoren, des Militärspezialisten Ze'ev Schiff und des Arabisten Ehud Ja'ari, die Damur als »Schauplatz der vielen Vergeltungsmassaker in diesem grauenhaften Bürgerkrieg« beschreiben.³²

Während Angaben über arabische Greuelthaten ohne Kommentar oder Analyse in Umlauf gebracht werden, bleiben die Opfer der von Israel seit Beginn der siebziger Jahre im Südlibanon unternommenen Operationen ungenannt. Die Medien zeigten sich desinteressiert, und insofern muß man hinsichtlich der Opferzahlen noch skeptischer sein. Die Beweislage ist mager und läßt nur den Schluß zu, daß viele Tausende getötet und Hunderttausende vertrieben wurden.³³ Unerwähnt bleibt auch, daß die Medien die Ansichten von Libanesen - insonderheit öffentliche Stellungnahmen - zum »Eindringen« der israelischen Armee in den Libanon verschwiegen, ein weiteres Beispiel für durchaus rassistisch motivierte Einseitigkeit. Aber *ihr* Land wurde doch »befreit«! Allerdings hätte sich unschwer entdecken lassen, daß die Libanesen, welche politische Einstellung sie auch haben mochten, über das ihnen zgedachte Glück nicht allzu erfreut waren. Die *New York Times* begrüßte, wie gesagt, die »Befreiung des Libanon«, klammerte aber gerne die bitteren Bemerkungen von UN-Botschafter Ghassan Tuani, dem konservativen Christen und Besitzer der führenden Tageszeitung des Libanons aus; jedenfalls taucht sein Name im Index der *New York Times* für jene Monate nicht auf. Auch in der

Literatur über den Krieg spielen libanesische Stimmen keine Rolle.³⁴ Würde dagegen Israel von Syrien besetzt und Tel Aviv bombardiert, wären die Medien zweifellos mehr als bereit, Israels UN-Botschafter und andere Quellen zu Wort kommen zu lassen.

Bolling betont, daß die Medien »keine Anstrengung unternahmen, die durch israelische Soldaten verursachten Leiden mit den noch größeren Zerstörungen und Verlusten an Menschenleben zu vergleichen, die von innerarabischen Kämpfen im libanesischen Bürgerkrieg 1975/76« und bei dem von Syrern verübten Massaker in Hamma verursacht worden waren. Selbst wenn das wahr wäre, ist doch nicht einzusehen, welche Bedeutung es für die Berichterstattung über Israels Invasion haben sollte. Was die Medien aus Syrien und den anderen arabischen Staaten mitteilen, ist ohnehin dürftig und, abgesehen von einigen US-Favoriten, extrem negativ. Die Logik von Bollings Behauptung scheint darauf hinauszulaufen, daß jede Kritik am israelischen Vorgehen gegen die Araber durch eine Verurteilung innerarabischer Konflikte aufgewogen werden müßte, wobei er offensichtlich nicht behaupten möchte, daß jede Kritik inner arabischer Konflikte durch eine Verurteilung Israels aufzuwiegen sei, was genauso unsinnig wäre. Solche und ähnliche Argumente treiben bisweilen seltsame Blüten. So antwortet Wolf Blitzer von der *Jerusalem Post* auf Wattenbergs Vorwurf der »Doppelmoral« mit der Bemerkung, die *Washington Post* habe tatsächlich keinen Reporter in den Nordjemen geschickt, um über ein Erdbeben zu berichten. Immerhin trifft sein Hinweis auf den »negativen Rassismus, der uns dazu verleitet, Opfern von Tötungen in der Dritten Welt nicht die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken« ins Schwarze und beschreibt - auch wenn er dies vielleicht nicht bemerkt - durchaus die Reaktion der US-Medien auf israelische Gewalttaten während vieler Jahrzehnte.

Einige Kommentatoren werfen den Medien vor, den »Terror sechsjähriger Herrschaft der PLO« im Libanon nicht geschildert zu haben (so z.B. Edward Alexander, der meint, daß die großen Medien »Israel als des Teufels Labor zeichneten, dessen Hauptstadt nicht Jerusalem oder Tel Aviv, sondern Sodom und Gomorrha ist«; das zeigt natürlich die Hysterie der Apologeten israelischer Gewalt angesichts des kurzfristigen Zusammenbruchs der üblicherweise geltenden Normen). Die Wahrheit sieht anders aus. Selbstverständlich wurde über die Untaten der PLO im Libanon berichtet,³⁵ nicht jedoch über die Erlebnisse israelischer Journalisten, die auf den Spuren der Berichte über PLO-Terrormaßnahmen den Libanon bereisten und dabei auf viele Zeugnisse christlicher und israelischer Gewalt stießen, während der PLO weit weniger anzulasten war. Besonders aufschlußreich war der in Israels führender Tageszeitung *Haaretz* erschienene Bericht des christlichen

Maroniten und geachteten Journalisten Attallah Mansur, der aus eigener Anschauung eine kritische Bewertung der Lage abgeben konnte. Ihm zufolge waren die Greuelthaten der mit Israel verbündeten christlichen Milizen weitaus schlimmer als das repressive Verhalten linker Muslime und Palästinenser. Sein Artikel fand in den USA ebensowenig Gehör wie entsprechende Reportagen führender jüdisch-israelischer Journalisten, die in englischer Sprache veröffentlicht wurden, aber nicht das sagten, was man hören wollte.³⁶

Insgesamt werden die Beiträge der Studie von den Befürwortern US-amerikanischer und israelischer Gewalt bestimmt, die die Medien mit ganz extravaganten Vorwürfen überhäufen. Bisweilen werden die Anschuldigungen zurückgewiesen, aber abgesehen von Hooglands Analyse gibt es nur wenig Versuche, die diskutierten Vorgänge und das Verhalten der Medien ernsthaft zu analysieren.

Das letzte Kapitel - »Reflexionen zur Medienberichterstattung über die Dritte Welt« - wird von Botschafter David Newsom eröffnet, der bemerkt: »Heutzutage herrscht in der Presse eine starke Neigung zum Skeptizismus gegenüber der US-Regierungspolitik und jenen offiziellen Vertretern im Ausland, die damit identifiziert werden.« Er fragt: »Was bewirkt der vom Fernsehen aus Mittelamerika vermittelte Kontrast zwischen dem abgerissenen Revolutionär im offenen Hemd und dem gutgekleideten Oligarchen beim Publikum?« Und er möchte uns glauben machen, daß das Fernsehen ein überaus freundliches Porträt der Guerilleros in El Salvador und Guatemala zeichnet. Ähnlich kritisiert David Lichtenstein von der stramm konservativen Medienüberwachungsorganisation Accuracy in Media die »unverzügliche moralische Verurteilung« der amerikanischen Politik gegenüber Vietnam und El Salvador und der israelischen Vorgehensweise im Libanon. Viele kritische Berichte »entstammen dieser Art... proarabischer oder pro-israelischer Einseitigkeit - der positiven

Haltung gegenüber Ho Tsch Minh oder den kommunistischen Guerillagruppen«. (Warum solche Journalisten an den Seminaren nicht teilgenommen haben, obwohl sie doch so zahl- und einflußreich zu sein scheinen, sagt er nicht.) Im Hinblick auf El Salvador moniert Lichtenstein: »So ist z.B. der ganze Aufruhr um die Menschenrechte oft nur der schrille Schrei des nicht besonders gut informierten journalistischen Besuchers, dem die historische Perspektive und ein tieferes Verständnis für die lateinamerikanische Kultur fehlt. Oft weiß er auch nicht, wie sich eine ganz und gar andersartige Kultur aus ganz anderen sozialen Bedingungen entwickelt hat.« Abgesehen davon, daß die US-Presse häufig genug den »gemäßigten« Duarte pries, sagt Lichtenstein nicht, ob seine Erwägungen auch auf die Greuelthaten offizieller Feinde und ihrer »ganz andersartigen Kultur« Anwendung finden sollten.

Insgesamt also weisen von den 155 Seiten der Publikation des Institute for the Study of Diplomacy gerade einmal vier über die vom Propaganda-Modell vorausgesagten Grenzen hinaus: der Beitrag von Eric Hooglund und ein paar verstreute Sätze. Mehrheitlich lassen die Äußerungen erkennen, daß die Rechtfertigung von Greuelthaten für normal und ehrenwert gehalten wird.

Erinnern wir uns daran, daß das Grundproblem des Seminars eine »demokratische Gesellschaft mit ›freier Presse« war, die »offene Berichterstattung über alle Kriegsereignisse« erlaubt (Bolling). Es gibt keinen Hinweis darauf, daß die »offene Berichterstattung« nicht besonders kostspielig ist, wenn man darauf setzt, daß die Medien die Prinzipien (wenn auch nicht immer die taktischen Einschätzungen) der Staatspropaganda übernehmen, bei der Vermittlung und Interpretation von Ereignissen in diesen Grenzen bleiben und vor allem aus der richtigen Perspektive berichten, und die vertraten z. B. in Südvietnam und El Salvador die Marionettenregierungen, nicht aber die einheimische Guerilla, während in Afghanistan gerade die Aufständischen interessierten und nicht die prosovjetsche Regierung und in Nicaragua die Contras, nicht aber die Sandinisten usw.

Bolling erörtert eine große Ausnahme von der sonst erlaubten »offenen Berichterstattung«, auf die die Medien höchst empfindlich reagierten - nämlich den Ausschluß von Korrespondenten während der ersten Tage der Grenada-Invasion. Zwar scheint Bolling den »Sturz der gefühllosen und unpopulären marxistischen Diktatur und die Ausweisung kubanischer Berater, Arbeiter und Soldaten« für verdienstvoll zu halten, sieht aber in den Zensurmaßnahmen ein ernsthaftes Problem. Ich lasse seine Schilderung der Ereignisse hier beiseite und wende mich einem relevanteren Aspekt zu. Die Medien wurden tatsächlich für kurze Zeit ausgeschlossen und verurteilten diese Beeinträchtigung ihrer Vorrechte. Aber zugleich übten sie eine Selbstzensur, aufgrund derer die Geschehnisse unverständlich wurden, weil das Verhalten der US-Regierung geschützt werden sollte. Davon ist bei Bolling und auch sonst nicht die Rede.

Schon vor der Invasion gab es Versuche, die Regierung von Maurice Bishop zu unterminieren. In der Presse wurde darüber kaum berichtet.³⁷ Umfangreiche Militäroperationen, die eine Invasion simulierten, sollten die grenadische Regierung einschüchtern. Die *New York Times* brachte dazu nur einen kleinen Hinweis, in dem von Grenadas Vorwurf die Rede war, es sei Ziel eines »unmittelbar bevorstehenden Angriffs« seitens der Vereinigten Staaten. Das Außenministerium tat die Anschuldigung als »lächerlich« ab. Weitere Nachforschungen fanden nicht statt.³⁸ Schon die Weigerung der Regierung Carter, Hilfe zu gewähren, als im August 1980 in Grenada 40 Prozent der Bananenernte einem Hurrikan zum Opfer fielen, erregte ebensowenig Aufmerksamkeit wie die Einstellung der US-Entwicklungshilfe und der Druck auf andere Staaten der Region, ihre Hilfeleistungen ebenfalls zu beenden.³⁹ Und es gab noch weitere Maßnahmen, um die Regierung unter Maurice Bishop zu behindern, der mittlerweile zugestanden wird, daß sie populär und anfänglich auch durchaus erfolgreich war. So sorgten die Medien dafür, daß nur wenige begriffen, was sich im Oktober 1983 nach der Ermordung Bishops, als die Invasion gestartet wurde, abspielte.

Bei der Invasion selbst spielten die Zensurmaßnahmen der Regierung noch die geringste Rolle. Wichtiger ist die Tatsache, daß die entscheidenden Informationen von den Medien selbst unterdrückt wurden, während sie sich zugleich über die Behinderung ihrer Arbeit beschwerten.

Die Invasion fand am Morgen des 25. Oktober 1983 statt. Die unterschiedlichen, einander widersprechenden Begründungen müssen uns hier nicht interessieren. Die Regierung lancierte schließlich eine Geschichte, wonach US-Truppen bei einer »Rettungsmission« erbittert gegen kubanische Militärkräfte kämpften, die diesen Außenposten des sowjetischen Imperialismus ver-

teidigten. Die Medien hielten sich an diese Version, fragten aber nach den Motiven für die Invasion und beschwerten sich, wie gesagt, über die Zensurmaßnahmen. Berichte sprachen von Kämpfen mit kubanischen Truppen, Erfolgen des US-Militärs usw. Aber das ist nur die halbe Geschichte.

Während der Invasion übergab Kuba der Presse eine Reihe von offiziellen Dokumenten. Ihnen zufolge hatte die kubanische Regierung, als am 20. Oktober die Ermordung von Maurice Bishop bekannt wurde, dem toten Politiker ihre »tiefe Achtung« bekundet und den auf Grenada anwesenden Kubanern die Anweisung erteilt, sich »von jeder Verstrickung in die inneren Angelegenheiten der Partei und Grenadas fernzuhalten« und zugleich »die technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit, die der Bevölkerung Grenadas von Nutzen sein könnte« fortzusetzen. Am 22. Oktober übermittelte Fidel Castro den kubanischen Vertretern auf Grenada eine Botschaft, in der es hieß, sie sollten im Falle einer US-amerikanischen Invasion nur aktiv werden, wenn man sie »direkt angriffe«. Würden US-Streitkräfte »auf der Piste [des Flughafens, den die Kubaner mit britischer Unterstützung errichteten] ... landen, um US-amerikanische Bürger zu evakuieren«, sollten die Kubaner nicht eingreifen. Die militärischen Führer Grenadas wurden davon unterrichtet, daß es »unmöglich und undenkbar ist, Verstärkung zu schicken« und aufgefordert, »die Sicherheit und Evakuierung von US-Amerikanern, Engländern und anderen Staatsbürgern zu garantieren und zu unterstützen«. Am 23. Oktober betonte Kuba noch einmal, es sei nach der Ermordung Bishops politisch falsch und »moralisch unmöglich«, Verstärkung zu schicken. Am 24. Oktober wies Kuba das Regime auf Grenada erneut daraufhin, daß die Kubaner sich nur gegen einen direkten Angriff zur Wehr setzen würden und ordnete an, daß sich kein militärisches Personal auf der Start- und Landebahn aufhalten sollte.

Washington wußte ganz sicher von diesen Vorgängen. Überdies erhielt die US-Regierung am 22. Oktober eine Depesche, in der Kuba seine Haltung der »Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten« Grenadas erklärte und vorschlug, man solle »in dieser Angelegenheit in Verbindung bleiben, um zu einer günstigen Lösung aller Schwierigkeiten zu gelangen, die... die Sicherheit [von US-amerikanischen Bürgern oder Angehörigen anderer Nationalitäten] betreffen, ohne daß es zu einer Intervention oder Anwendung von Gewalt kommen müßte«. Die USA reagierten darauf erst am 25. Oktober, also *nach* der Invasion und dem Angriff auf kubanisches Personal. Die Vereinigten Staaten, so hieß es, »stimmen dem kubanischen Vorschlag vom 22. Oktober zu, den Kontakt betreffend die Sicherheit des Personals beider Seiten aufrechtzuerhalten«. Einige Stunden später übermittelte Washington Kuba eine Botschaft, in der es sein »Bedauern« über die bewaffneten Zusammenstöße ausdrückte und sie »Konfusionen und unglücklichen Zufällen« zuschrieb. Kuba reagierte sofort und erneuerte das Angebot zur Zusammenarbeit, um die Probleme »ohne Gewalt oder Intervention« zu lösen.⁴⁰

Die Fakten waren den Medien sofort bekannt und wurden sogar veröffentlicht, gerieten aber schnell wieder in Vergessenheit, und die patriotische Tagesordnung obsiegte. Der Nachrichtendienst Knight-Ridder berichtete über Castros Verlautbarung vom 26. Oktober, daß Kuba Grenadas Bitte um Verstärkung zurückgewiesen und seine »Zusammenarbeit« angeboten habe, um die »Sicherheit der 1000 Amerikaner auf der Insel zu garantieren«. Am 26. Oktober berichtete Alma Guillermoprieto in der *Washington Post*, Castro habe in einer »nach Mitternacht anberaumten Presse-konferenz«, an der »fast 100 ausländische und lokale Journalisten teilnahmen« Texte freigegeben, »bei denen es sich, wie er sagte, um diplomatische Kontakte zwischen Kuba, Grenada und den Vereinigten Staaten handelte«. Die US-Regierung hätte »den Austausch von Botschaften bestätigt«, aber nicht sofort reagieren können, weil die Telefonleitungen der US-Vertretung in Havanna vom

Abend des 23. Oktober bis spät nachts am 24. Oktober gestört gewesen wären. Schade, daß die US-Regierung keine anderen technischen Möglichkeiten hatte, um auf die Botschaft vom 22. Oktober zu antworten (vielleicht hätte es eine Brieftaube getan?) und die Invasion abzublasen. Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, sagte, die USA hätten kubanische und grenadinische Zusagen betreffend die Sicherheit von US-Staatsbürgern in Grenada unbeachtet gelassen, weil »es ein ziemliches Verwirrspiel war, und wir nicht wußten, wer das Sagen hatte«. Die Leser der *New York Times* konnten die Tatsachen am 20. November aus einer von der kubanischen Regierung plazierten Anzeige erfahren - ein Versuch, die Selbstzensur der Medien zu überwinden. Am selben Tag lieferte Alan Berger im *Boston Globe* einen wahrheitsgetreuen Bericht von den Geschehnissen.⁴¹

Die Geschichte vom kubanischen Widerstand gegen eine US-amerikanische «Rettungsmission» war also reine Augenwischerei, und das wußte man von Anbeginn. Aber die Medien hielten sich an die Regierungsversion und zitierten bestenfalls hin und wieder kubanische Regierungsbeamte, die die USA der »Manipulation von Informationen« bezichtigten, doch blieben die entscheidenden Vorkommnisse dabei unerwähnt. In den Kommentaren wurden die von der Regierung Reagan angebotenen »orwellschen Argumente« mit Fragen bedacht, doch blieb im Dunkeln, daß die ganze Angelegenheit ein PR-Coup zur Täuschung des Publikums gewesen war.⁴²

Es gibt keinen ernsthaften Grund, der US-Regierung Zensur vorzuwerfen, wenn sich die Medien, ohne Druck oder Anweisung von oben, so bereitwillig an der Verschleierung von Tatsachen beteiligen - was angesichts der zahlreichen Beispiele eher die Regel ist als die Ausnahme.

III. Über die »Containment-Doktrin«

Das Vorhaben, die Sowjetunion und ihre Verbündeten »einzudämmen«, ist ein die Gegenwartsgeschichte beherrschendes Thema, das einen Kommentar verdient.

Natürlich ist der Umstand, daß die Rhetorik des »Containment« einige nicht unwichtige Voraussetzungen mit sich bringt, in der wissenschaftlichen Literatur registriert worden. In einer grundlegenden Untersuchung des Themas betont John Lewis Gaddis: »Der Terminus ›Containment‹ wirft einige Fragen auf, denn er impliziert eine gleichmäßig defensive Ausrichtung der amerikanischen Politik.« Dennoch hält er den Begriff für angemessen, weil »die führenden amerikanischen Politiker ihrer *eigenen Wahrnehmung* zufolge immer auf Herausforderungen der internationalen Ordnung reagierten, statt selbst aktiv zu sein«. Es ging ihnen »um die Aufrechterhaltung einer globalen Machtbalance angesichts dessen, was sie als Bedrohung dieses Gleichgewichts durch Moskau« in Westeuropa wahrnahmen.⁴³ Führende Politiker anderer Mächte haben ähnliche Wahrnehmungen, aber das soll unsere Geschichtsinterpretation nicht stören.

Worin bestand die »internationale Ordnung«, die »verteidigt« werden mußte? US-Strategen planten den Ausbau eines Großraums namens *Grand Area*, einer globalen Ordnung, die den Bedürfnissen der Wirtschaft und der politischen Kontrolle der USA unterstellt werden sollte. Regionale Systeme wie das britische mußten weichen, während die Ausweitung der von den USA kontrollierten Gebiete dem Grundsatz folgten, daß diese Maßnahmen »Bestandteil unserer Verpflichtung waren, für die Sicherheit der Welt zu sorgen ... Was für uns gut war, war auch gut für die Welt.«⁴⁴ Dieses überaus altruistische Anliegen fand im britischen Außenministerium keinen Beifall. Dort ging man davon aus, daß »der Wirtschafts imperialismus amerikanischer Geschäftsinteressen unter dem Deckmantel eines wohlmeinenden und onkelhaften Internationalismus ... den Versuch unternimmt, uns aus dem Feld zu drängen«. Richard Law, Staatssekretär im britischen Außenministerium, kommentierte die Überzeugung der Amerikaner, daß »die Vereinigten Staaten für etwas in der Welt stehen - etwas, dessen die Welt bedarf und das ihr gefallen wird, etwas, das die Welt schließlich annehmen wird, ob es ihr nun gefällt oder nicht.«⁴⁵ Eine durchaus realistische Einschätzung.

Gegen welche Feinde - abgesehen von den Briten und anderen Marktrivalen - mußte die *Grand Area* verteidigt werden? Auf der rhetorischen Ebene war das die Sowjetunion, und es besteht kein Zweifel daran, daß die Abneigung echt, wenngleich, wie die wissenschaftliche Literatur betont, übertrieben war. Aber es geht nicht um die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Gefühle; man glaubt das, was man glauben will, und die Sachwalter des Staats akzeptieren die von ihnen aus ganz anderen Gründen entworfenen Bedrohungsszenarien gerne als Realität.

Immerhin war die Sowjetunion tatsächlich eine Bedrohung für die *Grand Area*, weil sie sich weigerte, diesen globalen Rahmen anzuerkennen und andere, ähnlich widerstrebende Staaten unterstützte. Aber die Bedrohung reichte noch tiefer und rechtfertigte strenge Verteidigungsmaßnahmen. Woodrow Wilson »und seine Verbündeten verstanden ihre Aktionen eher als defensive denn als offensive Vorgehensweise«, als sie nach der bolschewistischen Revolution Invasionstruppen in die UdSSR schickten, meint John Lewis Gaddis zustimmend. Wilson war »vor allem entschlossen, Rußland die Selbstbestimmung zu sichern«, wohl, indem er zu bestimmen gedachte, wer dort herrschen sollte. Dieser Logik zufolge wären die Vereinigten Staaten auch an der Selbstbestimmung Vietnams, Guatemalas und Nicaraguas interessiert gewesen, während die Sowjetunion bereit war, den Tschechen und Afghanen dieses Recht zu gewähren. Aber Gaddis sieht noch einen tieferen Grund für die Intervention: Es war »die Reaktion auf einen profunden und potentiell weitreichenden Eingriff der neuen Sowjetregierung in die inneren Angelegenheiten nicht nur des Westens, sondern praktisch aller

Länder der Welt«. Damit meint er, daß »die Revolution in kategorischer Art und Weise das Überleben der kapitalistischen Ordnung in Frage stellte«. Mithin war 1917 »die Sicherheit der Vereinigten Staaten ... in Gefahr« und Abwehrmaßnahmen gerechtfertigt, vielleicht gar der erste Einsatz von Gasbomben per Flugzeugabwurf, der vom Britischen Generalhauptquartier 1919 für den entscheidenden Faktor ihrer frühen militärischen Erfolge gehalten wurde. Im selben Jahr empfahl Außenminister Winston Churchill »Giftgas« für den Einsatz gegen »unzivilisierte Stämme« in Mesopotamien (dem heutigen Irak) und Afghanistan.⁴⁶

Die von der Sowjetunion »verkündete Absicht«, so Gaddis weiter, »in der ganzen Welt den Sturz kapitalistischer Regierungen zu betreiben«, habe die Intervention als Verteidigung gegen diese Absichtserklärung gerechtfertigt. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg habe »der zunehmende Erfolg kommunistischer Parteien in Westeuropa, dem östlichen Mittelmeerraum und China« das erneute »Mißtrauen gegen das Verhalten der Sowjetunion« befördert, auch wenn die Popularität der Kommunisten sich »vor allem ihrem wirkungsvollen Widerstand gegen die Achsenmächte verdanke«.

Gaddis kritisiert sowjetische Historiker, die die Intervention des Westens nach der Revolution als »schockierende Verletzung internationaler Rechtsnormen« betrachten. Man könne nicht, meint er, die Invasion verurteilen, während zugleich »die revolutionärste Herausforderung des Jahrhunderts an den Westen erging«: die Veränderung der Gesellschaftsordnung in der UdSSR und die Verkündung revolutionärer Absichten.⁴⁷

Die USA haben gegenüber der Sowjetunion zwei Varianten des »Containment« betrieben: die Rollback-Strategie und die Abschreckung. Der ständige Wechsel zwischen diesen Varianten ergab sich zum einen aus dem Problem, die ausgedehnten Gebiete, die der »Verteidigung« oblagen, zu kontrollieren, zum anderen aus der Notwendigkeit, eine glaubhafte Bedrohung vorweisen zu können, um die Öffentlichkeit zur Subventionierung neuer Technologien im Dienste militärischer Überlegenheit zu motivieren.⁴⁸ Dieses Problem wurde vom Dokument NSC 68 des Nationalen Sicherheitsrats aufgegriffen. Dort hieß es, die wirtschaftliche Macht des Sowjetblocks entspreche etwa derjenigen Westeuropas, wobei das Bruttosozialprodukt der UdSSR etwa ein Viertel des BSP der Vereinigten Staaten betrage, während die Militärausgaben um etwa die Hälfte geringer seien.⁴⁹ Dennoch wurde eine umfassende Erhöhung der Militärausgaben gefordert, weil der Westen sonst »einen ernsthaften Rückgang der Wirtschaftsaktivitäten« zu befürchten hätte. Kurz darauf wurde der Militärhaushalt vervierfacht, wobei der Koreakrieg als Vorwand diente. Im übrigen spielte der Autor des Dokuments, Paul Nitze, die Bedeutung der im Text verstreuten Zahlen herunter, weil die »sowjetische Welt« zwar arm und unterentwickelt sei, aber »aus weniger mehr machen könne«. Ihre Schwäche war also ihre Stärke, ein Refrain, der immer wieder angestimmt wird, wenn wir die freie Welt vor »internen Aggressionen« bewahren. Wie bedroht muß unsere Existenz sein, wenn der Feind böserweise den Vorteil der Schwäche nutzt, um uns zu überwältigen.

Mit den Jahren wuchs die Angst vor der Schwäche der Sowjetunion ebenso wie die Besorgnis über ihre Macht. Immerhin mußte der verantwortungsbewußte Stratege zu dem Schluß kommen, daß die USA in ihrer Existenz ernstlich bedroht sind und es daher notwendig ist, auf der Hut zu sein. Außerdem mußte sichergestellt werden, daß das Pentagon-System seine Aufgaben im In- und Ausland auch weiterhin wahrnehmen konnte. Wenn sich keine Rüstungslücken, Fenster der Verwundbarkeit, Bedrohungen durch Supermächte wie Grenada mehr hervorzaubern lassen, reicht immer noch die Vorstellung, die sowjetische Welt könne mehr durch weniger erreichen.

Das Problem ergab sich erneut Ende 1988, als Strategen in Gorbatschows unilateralen Abrüstungsinitiativen eine Gefahr für unsere Sicherheit zu entdecken hatten. Damals fand eine Konferenz des US-Luftwaffengeheimdienstes die Lösung. In einem Kommentar zu dieser Konferenz wies William V. Kennedy vom Army War College auf die schreckliche Einsicht hin, daß die Geheimdienste während der letzten 35 Jahre die sowjetische Bedrohung eklatant unterbewertet hätten, waren sie doch der Meinung gewesen, die Sowjetunion besitze »das raffinierteste, am besten organisierte und ausgerüstete Zivilschutzsystem der Welt - so raffiniert, daß es der UdSSR in einem Nuklearkonflikt einen vielleicht entscheidenden Vorteil verschaffen könnte«. Aber das Erdbeben in Armenien habe gezeigt, daß diese Einschätzung falsch war. Die Ineffizienz bei der Folgenbewältigung sei »so umfassend gewesen, daß ein US-Gouverneur oder ein Regierungsbeauftragter angesichts dieses Chaos der Lynchjustiz nur

knapp entgangen wäre«. Offenbar war das eine erstaunliche Einsicht für die Geheimdienste, obwohl jeder, der mit den Verhältnissen in der Sowjetunion auch nur ein bißchen vertraut war, dies gewußt hätte. Diese Entdeckung, so Kennedy weiter, ziehe bestürzende Folgerungen nach sich. Schon sechs Wochen vor dem Erdbeben habe der Konferenz ein Arbeitspapier vorgelegen, in dem es warnend hieß: »Das interne Mißmanagement in der Sowjetunion und ein neu belebter Nationalismus können für den Weltfrieden eine größere Bedrohung darstellen als die seit 40 Jahren skizzierte Bedrohung durch eine kalkulierte sowjetische Aggression.« Eine »sowjetische Führung, die ihre sorgfältig ausgearbeiteten Pläne zerfallen und überall in der Region das Feuer des Nationalismus angefacht sieht, könnte in Panik geraten und sich in ein verzweifertes internationales Abenteuer stürzen«. Das wird bisweilen die Theorie vom »verwundeten Bären« genannt. Das armenische Erdbeben bestätigte dann unsere schlimmsten Befürchtungen: Die Sowjetunion verfügt in der Zivilverteidigung über keine ausreichenden Kapazitäten und damit auch nicht über die Möglichkeit zu einem relativ risikofreien atomaren Erstschatz, vor dem die US-Falken doch immer gewarnt hatten. Jetzt sind wir wirklich gefährdet: Der verwundete Bär könnte zuschlagen. Natürlich dürfen wir angesichts einer so großen nationalen Krise nicht daran denken, unsere »Verteidigungskapazitäten« zu schwächen.⁵⁰

Solche Argumente ziehen nicht, wenn es darum geht, den Kosten der militärischen Aufrüstung ins Gesicht zu sehen. Aber ihre Zeit wird kommen, wenn es notwendig sein sollte, mit weiteren Kriegsabenteuern im Ausland die Machtbereiche zu sichern oder der High-Tech-Industrie kräftig unter die Arme zu greifen. Abgesehen davon verfügen die Strategen jederzeit über Argumente, um die jeweilige politische Tagesordnung zu stützen. Wie die Tatsachen beschaffen sind, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Gaddis betont: »In einem bemerkenswerten Ausmaß war das »Containment« nicht so sehr ein Ergebnis dessen, was die Russen getan haben oder was sonst in der Welt geschah, sondern des inneren Kräftespiels in den Vereinigten Staaten.« Und er fährt fort: »Überraschend ist der *Vorrang*, den man wirtschaftlichen Erwägungen [vor allem des Staats] bei der Ausarbeitung von Containment-Strategien *unter Ausschluß aller anderen Erwägungen* eingeräumt hat.«⁵¹ Tatsächlich war die Politik einer militärisch bestimmten keynesianischen Wachstumsorientierung, die durch die sowjetische Bedrohung gerechtfertigt wurde, entscheidend für den Fortschritt der High-Tech-Industrie, und sie hat, vor allem in den Anfangsjahren der Regierung Reagan, als Mechanismus der staatlich geförderten Industrie gedient. Die flammende Rhetorik über das »Reich des Bösen« war nichts weiter als Begleitmusik. Diese Dinge, die am Bewußtsein der Öffentlichkeit weitgehend vorbeigegangen sind, werden nicht so schnell verschwinden, trotz allen Geredes vom Ende des Kalten Kriegs.

IV. Über die Kommunistenhatz

Woodrow Wilsons unter dem Etikett »Red Scare« (»Furcht vor den Roten«) veranstaltete Kommunistenhatz war der früheste und weitreichendste Rückgriff auf staatliche Gewalt im Amerika des 20. Jahrhunderts, um Arbeiterbewegung, politische Dissidenz und unabhängiges Denken zu unterdrücken. Sie war ein Modell für spätere Anstrengungen ähnlicher Art und hinterließ als bleibenden institutionellen Niederschlag die nationale politische Polizei, die ihren langen Schatten auf die folgenden Jahre warf.

Der erste Direktor des FBI, J. Edgar Hoover, erlangte nationale Berühmtheit, als er im August 1919 zum Chef der Geheimdienstabteilung des Justizministeriums ernannt wurde. Das war kurz vor den »Palmer-Razzien« vom Januar 1920, als Tausende angeblicher Radikaler in vielen Gebieten der USA zusammengetrieben und Hunderte ausländischer Staatsbürger deportiert wurden. Die *Washington Post* kommentierte damals, daß es angesichts der bolschewistischen Bedrohung »keine Haarspaltereien über Freiheitsbeschränkungen« geben dürfe, und die *New York Times* erklärte: »Wer immer von uns, angesichts der von den Roten rasch gestifteten Verwirrung, jemals die entschlossene Bereitwilligkeit und die fruchtbare, intelligente Kraft des Justizministeriums bei der Jagd auf diese Feinde der Vereinigten Staaten in Frage gestellt haben sollte, hat jetzt Grund zum Beifall... Diese Razzien sind erst der Anfang... Die weiteren Aktivitäten [des Ministeriums] sollten weitreichend und der Allgemeinheit von Nutzen sein.« Die *New York Times* fährt fort: »Diese Kommunisten sind eine schädliche Bande, die in vielen Sprachen ... die Blockade Rußlands schmäh« und überdies für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen eintritt. Der Bericht über die Razzien trug die Titelzeile »Rote planten landesweiten Streik«.

Die *Washington Post* lobte das Repräsentantenhaus für den Ausschluß des sozialistischen Kongreßabgeordneten Victor Berger; es sei eine »beeindruckende Demonstration des Amerikanismus« gewesen. Und anlässlich der Ausweisung von Emma Goldman pries die Zeitung Hoovers »höchst sorgfältige« Begründung, in der er nachwies, daß die Pazifistin »an der Herausbildung der unnatürlichen Ideen«, die zur Ermordung von Präsident McKinley im Jahre 1901 führten, »wesentlich beteiligt« war. Die *New York Times* bezeichnete den Ausschluß sozialistischer Abgeordneter als »insgesamt amerikanische Entscheidung, eine patriotische und konservative Entscheidung«, die »die überwiegende Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung gutheißen wird«. Es war »eine ebenso klare Maßnahme zur nationalen Verteidigung wie die Kriegserklärung an Deutschland«. Der Kommentar stammt vom 7. Januar 1920. Im Monat zuvor hatte die *New York Times* das von Generalanwalt Palmer und Hoover vorgeschlagene Anti-Aufuhr-Gesetz befürwortet, das die Verfolgung aller Personen forderte, die in irgendeiner Weise daran beteiligt waren, »Zeichen, Worte, Reden, Bilder, Entwürfe, Argumente oder Lehren herzustellen, zu verbreiten, zu schreiben, zu drucken oder in Umlauf zu bringen, in denen eine aufrührerische Handlung angeraten, gelehrt oder gerechtfertigt wird«. Verfolgt werden sollten auch all jene Personen, die einer (formellen oder informellen) Organisation angehörten, die mit der Verbreitung aufrührerischer Lehren befaßt war. Der Terminus »Aufuhr« (*sedition*) wurde dabei so weit definiert, wie man es sonst nur von Vertretern totalitaristischer Auffassungen kennt.⁵²

Diese Ideen hatten ihre Vorläufer, so z. B. die »Alien and Sedition Acts« (Gesetze über Ausländer und Aufuhr) von 1798, womit »die Föderalisten politische Opposition unterdrücken und die noch bestehenden Sympathien für die Grundsätze der Französischen Revolution beseitigen wollten«, sowie der Justizmord an vier Anarchisten, die man der geistigen Urheberschaft an einer Bombenexplosion auf dem Haymarket Square in Chicago im Jahre 1886 bezichtigte (zuvor war ein Streikteilnehmer von der Polizei getötet worden). Für die Justiz reichten die »aufrührerischen Äußerungen« der Anarchisten

aus, ihnen eine »moralische Verantwortung« für das Bombenattentat zuzuschreiben, obwohl sie daran in keiner Weise beteiligt waren.⁵³

Während Wilsons Kommunistenhatz machte sich Generalstaatsanwalt A. Mitchell Palmer seinen eigenen Worten zufolge daran, »das Land praktisch ohne Unterstützung durch eine entsprechend kraftvolle Gesetzgebung zu säubern«. Sein repressives Vorgehen rechtfertigte er unter Hinweis auf das Versäumnis des Kongresses, »diese aufrührerischen Gesellschaften mit ihrer propagandistisch verkündeten Verachtung für das Gesetz auszumerzen«. Er erklärte weiter: »Angesichts dieser beiden grundlegenden Gewißheiten, nämlich, daß es sich bei den ›Roten‹ um kriminelle Ausländer handelte und daß die amerikanische Regierung Verbrechen verhindern muß, wurde entschieden, daß man keine feinen Unterschiede zwischen den theoretischen Idealen der Radikalen und ihrer tatsächlichen Verletzung unserer Gesetze machen konnte.« Palmers »Informationen zeigten, daß der Kommunismus in diesem Land von Tausenden von Ausländern organisiert wurde, die direkte Verbündete« von Trotzki waren. Mithin »befreit die Regierung jetzt das Land von diesem ausländischen Schmutz«. All das geschah mit überwältigender Unterstützung der Presse, bis sie merkte, daß ihre eigenen Interessen bedroht werden könnten.⁵⁴

Es war nur gerecht, diese Kriminellen zu verfolgen, wie Palmer in einer von Hoover vorbereiteten Aussage vor dem Kongreß darlegte. Zu den Anführern dieser schändlichen Bewegungen gehörten, so erklärte er, »wirrköpfige und sogar geistesranke Idealisten; berufsmäßige Agitatoren, die reine Egoisten sind, sowie eine große Anzahl potentieller oder tatsächlicher Verbrecher, deren niedriger Charakter sie in die Arme der zügellosen und grobgestrickten Theorien und Taktiken dieser Organisationen führte«. Daß sie kriminell sind, zeige im übrigen schon ein Blick auf ihre Fotografien: »Viele haben schlaue und verschlagene Augen, die Habgier,

Grausamkeit, Geisteskrankheit und Verbrechertum verraten, und auch an den asymmetrischen Gesichtern, hängenden Augenbrauen und mißgestalteten Zügen läßt sich der unverwechselbare Typus des Kriminellen erkennen.« Und sie sind gefährlich: »Wie ein Steppenbrand überzog das Flammenmeer der Revolution jede von Gesetz und Ordnung geprägte amerikanische Institution«, machte sich an die Arbeiter heran, an die Kirchen und die Schulen und kroch sogar »in die geheiligten vier Wände des amerikanischen Heims, um das Ehegelübde durch Freizügigkeit zu ersetzen und die Fundamente der Gesellschaft niederzubrennen«.⁵⁵

Palmer war liberal und fortschrittlich gesonnen. Er wollte »die Wurzeln des Radikalismus, der Amerikas Ideen mit seinen schädlichen Theorien umgarnt hat, ausreißen«. Besonders beeindruckt war er »vom Ergebnis der Verhaftungen, die am 2. Januar 1920 vorgenommen wurden«, weil damit »ein merklicher Rückgang radikaler Aktivitäten in den Vereinigten Staaten« verbunden war. »Viele Wochen lang war von der radikalen Presse, jedenfalls hinsichtlich ihrer kommunistischen Tendenzen, nichts mehr zu spüren« und vor allem die Organisationen »waren gänzlich zerschlagen worden«.⁵⁶ Zu den Errungenschaften dieser Periode gehörte auch die Verurteilung des Präsidentschaftskandidaten Eugene Debs zu einer zehnjährigen Gefängnishaft, weil er die Verfolgung von des Aufruhrs beschuldigten Personen kritisiert hatte. Auch Privatpersonen, die den Krieg kritisierten, wurden verfolgt und verurteilt, und es kam zu einer »Unterdrückung der öffentlichen Auseinandersetzung über die Frage von Krieg und Frieden«, wie die Bürgerrechtorganisation American Civil Liberties Union (ACLU) später feststellte.⁵⁷

Palmers Überzeugung, der Staat habe die Autorität, das Aufgehen solcher Saat zu verhindern, liegt in der amerikanischen Tradition. Massenmedien, Schulen und Universitäten verteidigen ideologische Orthodoxien auf ihre eigene, zumeist erfolgreiche, Weise. Wenn die herrschende Doktrin gefährdet scheint, hat der Staat das Recht zu handeln.

Nach dem Ersten Weltkrieg bedrohte auch eine kämpferische Arbeiterbewegung die etablierten Privilegien. Hoover sah im Streik der Stahlarbeiter von 1919 eine »Verschwörung der Roten«, und ein darauf folgender Streik der Bergbauarbeiter wurde von Präsident Wilson als »gravierender moralischer und rechtlicher Fehltritt« bezeichnet. Die Presse sah die »von den bolschewistischen Doktrinen rot durchtränkten Bergbauarbeiter« bereits auf dem Weg »zu einer allgemeinen Revolution in Amerika«.⁵⁸ Murray Levin zufolge wurde die Angst vor den Kommunisten »zum großen Teil von der Geschäftswelt geschürt, die ihre Macht durch einen zunehmenden Linkstrend in der Arbeiterbewegung

bedroht sah«. Sie hatte dann allen Anlaß, über die Ergebnisse der Kommunistenhatz erfreut zu sein, denn es war gelungen, »die Arbeiterbewegung zu schwächen und nach rechts zu drücken, radikale Parteien zu zerschlagen und die Liberalen einzuschüchtern«. Es war »ein im großen und ganzen gelungener Versuch, die Legitimität der kapitalistischen Machteliten zurückzugewinnen und das Klassenbewußtsein der Arbeiter weiter zu schwächen«. Die Presse bremste ihre vorbehaltlose Unterstützung der Maßnahmen erst ab, als die gegen Einwanderer gerichtete Hysterie das Reservoir billiger Arbeitskräfte zu gefährden drohte.

Die Kommunistenhatz diente nicht zuletzt der Stützung einer interventionistischen Außenpolitik. Der Historiker Foster Rhea Dulles erklärt: »Regierungsinstitutionen veranstalteten 1919 ein Sperrfeuer antibolschewistischer Propaganda, das zum Teil die Interventionspolitik in Archangelsk und Sibirien rechtfertigen sollte.« John Lewis Gaddis stellt eher die Selbstverteidigung in den Mittelpunkt, wenn er über die »Furcht vor den Roten« bemerkt, sie sei »durch die Vorstellung, auch die Vereinigten Staaten könnten gegen den Bazillus der Revolution nicht immun sein« einer der Faktoren gewesen, die »Amerikas Feindschaft gegenüber dem Kommunismus« hervorgerufen habe. Eine instruktive Argumentation.⁵⁹

Die damals entstandenen Handlungsmuster haben sich auf vielerlei Weise bis heute erhalten. Als in den sechziger Jahren die Auswirkungen der nach dem Zweiten Weltkrieg etablierten Unterdrückungsmaßnahmen abflauten und ein breites Spektrum von Bürgerrechtsbewegungen entstand, setzte das FBI ein Programm (namens COINTELPRO) zu ihrer Unterminierung in die Tat um. Es bestand u. a. darin, die Gewalt in den Ghettos der Schwarzen zu forcieren, die Socialist Workers Party zu drangsalieren und die Ermordung eines Mitglieds der Black Panther durch die Polizei zu unterstützen.⁶⁰

Dieses Programm wurde gerade zu der Zeit aufgedeckt, als die Nation sich über den Watergate-Skandal erregte und man die Presse für ihre entschlossene Verfolgung von Nixons Missetaten lobte oder verdamnte. Dabei war sein Vergehen, verglichen mit den Maßnahmen, die die führende subversive Organisation der USA unter den Regierungen Kennedy, Johnson und Nixon durchsetzen konnte, bestenfalls ein Akt von Kleinkriminalität. Auch hier bietet die Geschichte ein kontrolliertes Experiment, anhand dessen wir die Reaktion der Medien auf Watergate bewerten können. Die Folgerungen sind eindeutig: Die Aufmerksamkeit beschränkte sich auf die relativ geringfügige Beschneidung der Rechte von Personen und Organisationen mit Macht und Einfluß, während die sehr viel schwerwiegenden Verbrechen gegen die Machtlosen kaum in die Berichterstattung eingingen und auch im Kongreß nicht thematisiert wurden.⁶¹

Was Watergate uns lehrt, liegt auf der Hand: Die Mächtigen können sich verteidigen, und die Presse darf ihnen, zur Freude der einen, zum Ärger der anderen, je nachdem, wieviel Recht sie der Regierung zur Kontrolle der öffentlichen Meinung einräumen, Unterstützung gewähren. Die Entscheidung, sich auf den Watergate-Skandal zu konzentrieren, wurde von den Medien als stolzester Moment in ihrer Geschichte gefeiert; tatsächlich war es nur eine weitere zynische Übung im Dienst der Macht.

V. Über den fortwährenden Kampf um die Meinungsfreiheit

Wie Bundesrichter William Brennan einmal bemerkte, ist die Meinungsfreiheit selbst in den Vereinigten Staaten, die im internationalen Vergleichsmaßstab recht fortschrittlich sind, keine selbstverständliche Tradition.⁶² Das gilt auch für andere Rechte. In den dreißiger Jahren schrieb der Anarchist Rudolf Rocker:

»Politische Rechte entstehen nicht im Parlament, sie werden ihm vielmehr von außen aufgezwungen. Und selbst ihre Kodifizierung als Gesetz war lange Zeit keine Garantie für ihre Sicherheit. Sie existieren nicht, weil die Legislative sie auf ein Blatt Papier schrieb, sondern erst, wenn sie der Bevölkerung in Fleisch und Blut übergegangen sind und jeder Versuch, sie außer Kraft zu setzen, gewaltsamen Widerstand hervorruft.«⁶³

Zahlreiche geschichtliche Beispiele bestätigen diese Auffassung.

Bekanntlich wurde selbst das allgemeine Wahlrecht in den Vereinigten Staaten erst nach langen Kämpfen durchgesetzt. Die Frauen erhielten es erst nach 130 Jahren, und jenen, die von der amerikanischen Verfassung nur als Dreifünftel-Menschen angesehen wurden, verweigerte man es, bis die Bürgerrechtsbewegungen der letzten Generation das kulturelle und politische Klima veränderten. Während das Wahlrecht auf diese Weise ausgedehnt wurde, sinkt der Anteil derer, die davon Gebrauch machen, ständig. Wählen heißt, privilegiert sein - ein Zeichen für die allgemeine Entpolitisierung der Gesellschaft und den Zerfall einer alternativen, gegen die Vorherrschaft wirtschaftlicher Kräfte gerichteten Kultur. Was an formeller politischer Partizipation übrig bleibt, ist, vor allem auf den höheren Ebenen politischer Macht, oft wenig mehr als die inhaltlich begrenzte Geste der Ratifizierung.

Das gilt auch für die Meinungsfreiheit. Obwohl das Recht darauf durch den ersten Verfassungszusatz (*First Amendment*) gesichert scheint, sah die Praxis etwas anders aus. Die liberale Interpretation ist immer noch die von Sir William Blackstone, die 1931 vom Präsidenten des Obersten Bundesgerichts, Charles Evans Hughes, bekräftigt wurde. Seine Entscheidung wurde als bedeutender Sieg für die Meinungsfreiheit gefeiert: »Jeder freie Mann hat das unbezweifelbare Recht, jede ihm zusagende Meinung der Öffentlichkeit mitzuteilen; dies zu verbieten hieße, die Pressefreiheit zu zerstören; doch veröffentlicht er, was unangemessen, übelwollend oder ungesetzlich ist, muß er die Folgen seiner Unbesonnenheit tragen.« Es gibt also keine von vornherein gesetzten Beschränkungen, wohl aber die Bestrafung unannehmbarer Gedanken.⁶⁴

In einem Aufsatz über die »Geschichte und Wirklichkeit der Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten« hebt David Kairys hervor:

»Weder in der Gesetzgebung noch in der Praxis gab es ein Recht auf Meinungsfreiheit, bis zu einer zwischen 1919 und 1940 bewirkten Veränderung der diesbezüglichen Legislation. Vor dieser Zeit stand die freie Meinungsäußerung im Ermessen lokaler, bisweilen auch bundeseigener, Behörden, die oftmals verboten, was sie, die lokale Geschäftswelt oder andere Gruppen mit Macht und Einfluß nicht hören wollten.«

Kairys bezieht sich nicht auf die von mir diskutierten subtileren Mittel der Meinungskontrolle, sondern auf das verbrieftete Recht zur Meinungsfreiheit, eine instabile Konstruktion, die keiner und sei es noch so geringen Bedrohung, geschweige denn einer Krise, standhalten konnte.⁶⁵

Wie umkämpft die Meinungsfreiheit war, wird auch daran deutlich, daß der Oberste Gerichtshof zwischen 1959 und 1974 mehr auf das First Amendment bezogene Fälle zu verhandeln hatte als in seiner ganzen bisherigen Geschichte; erst nach dem Ersten Weltkrieg hatte man ernsthafte Versuche unternommen, das Recht auf Meinungsfreiheit gesetzlich zu verankern. Das Anti-Aufruhr-Gesetz von 1798 wurde erst 1964 gerichtlich geprüft und für »mit dem First Amendment unvereinbar« erklärt. Richter Brennan wandte sich in seiner Begründung gegen eine Entscheidung, mit der die *New York Times* verurteilt wurde, weil sie eine von einer Menschenrechtsgruppe finanzierte Anzeige veröffentlicht hatte, die angeblich den Polizeichef von Montgomery (Alabama) verleumdete. Damit verkündete der Oberste Gerichtshof zum ersten Mal den Grundsatz, daß aufrührerische Verleumdung (*seditious libel*) - Kritik an der Regierung - »in Amerika nicht als Verbrechen deklariert werden kann, und er sprach in diesem Zusammenhang von der »zentralen Bedeutung des First Amendment«.⁶⁶ In einem Kommentar zu dieser Entscheidung hebt Harry Kalven hervor, daß aufrührerische Verleumdung »überall auf der Welt das Kennzeichen geschlossener Gesellschaften ist« und ihr Status in der Rechtsprechung »die Gesellschaft definiert«: Wenn »Kritik an der Regierung als Verleumdung gewertet und als Verbrechen bestraft wird, handelt es sich nicht um eine freie Gesellschaft, wie immer sonst sie beschaffen sein mag«.⁶⁷ So konnten die Vereinigten Staaten einen wichtigen Test zur Kennzeichnung als »freie Gesellschaft« bestehen, als die Zweihundertjahrfeier der Unabhängigkeitserklärung näherrückte.

Das Spionagegesetz von 1917 machte es bundesweit zum Verbrechen, während der Kriegszeit »willentlich falsche Berichte oder Behauptungen mit der Absicht zu verfertigen oder zu verbreiten, die Operationen oder den Erfolg der militärischen oder Seestreitkräfte der Vereinigten Staaten zu behindern oder den Erfolg ihrer Feinde zu befördern ... willentlich Insubordination, Untreue, Meuterei oder Dienstverweigerung [in den Streitkräften] hervorzurufen oder den Versuch dazu zu unternehmen« oder »willentlich den Rekrutierungs- oder Einberufungsdienst der Vereinigten Staaten zu behindern«.⁶⁸ 1918 kamen noch weitere Vergehen dazu; so war es verboten, »illoyale, lästerliche, unflätige oder beleidigende Äußerungen, oder Äußerungen, die darauf abzielen, die Regierungsform der Vereinigten Staaten, die Verfassung, die Flagge sowie die Uniform von Armee oder Flotte mit Verachtung, Spott, Beleidigung oder Verleumdung zu behandeln, oder Äußerungen, die darauf abzielen, zum Widerstand gegen die Vereinigten Staaten anzustacheln oder die Sache ihrer Feinde zu befördern, mündlich, schriftlich, im Druck oder in Publikationen zu verbreiten«.⁶⁹

Postminister Albert Bursleson, dem die Pflicht oblag, nach regierungsfeindlichen Drucksachen zu fahnden, verkündete, niemand dürfe schreiben, »daß diese Regierung sich mit dem Krieg ins Unrecht gesetzt hat oder aus falschen Gründen in ihn eingetreten ist; die Motive der Regierung für den Kriegseintritt dürfen nicht angezweifelt werden. Niemand darf behaupten, daß diese Regierung das Werkzeug der Wall Street oder der Munitionsfabrikanten ist... oder gegen das Rekrutierungsgesetz zu Felde ziehen.« Wiederholt wurden seine Entscheidungen von den Gerichten gutgeheißen: »Mutig und guten Glaubens müssen wir die Gründe akzeptieren, die den Regierenden zur Rechtfertigung des Kriegs ausreichend schienen« (Richter Aldrich, District of New Hampshire). Bursleson verbot eine Flugschrift über die von der britischen Herrschaft in Indien verursachten Leiden und ließ in einer katholischen Zeitschrift eine Äußerung des Papstes einschwärzen, die lautete: »Niemand kann seinem Land treu dienen, wenn er nicht zuerst seinem Gewissen und seinem Gott treu dient.« Das Propagandabüro der Regierung namens Committee on Public Information durfte »das offizielle Porträt Lenins verbreiten«, die Rand School in New York jedoch nicht seine Schriften. Und es gab noch weitaus mehr derartige Fälle.⁷⁰

Diese Repression wurde von (staatlicherseits gebilligten) Gewaltausbrüchen eines nationalistisch aufgehetzten Mobs begleitet⁷¹ und dehnte sich zum Kampf gegen Gewerkschaften und politische Organisationen aus. Eugene Debs landete wegen seiner pazifistischen Anschauungen im Gefängnis, und der Leiter des Bostoner Symphonieorchesters wurde interniert, weil er sich geweigert hatte, die Nationalhymne zu spielen. Dutzende von Zeitungen durften nicht mehr per Post versendet werden. Doch waren das, verglichen mit Wilsons bald folgender Kommunistentatz, noch relativ geringfügige Unterdrückungsmaßnahmen.⁷²

Es gab an die 2000 Strafverfolgungen wegen politischer Dissidenz. Zechariah Chafee von der Harvard Law School bemerkt dazu:

»Die Gerichte behandelten Meinungsäußerungen als Tatsachenbehauptungen und verurteilten sie als falsch, weil sie von der Rede des Präsidenten oder der Kriegserklärung des Kongresses abwichen... Es galt als Verbrechen, höhere Steuern anstelle von Staatsobligationen zu befürworten, oder zu behaupten, die allgemeine Wehrpflicht sei verfassungswidrig ... oder es hätte vor der Kriegserklärung ein Referendum geben müssen, oder der Krieg sei mit den Lehren des Christentums nicht vereinbar. Manche wurden bestraft, weil sie das Rote Kreuz und den CVJM kritisiert hatten.«⁷³

»Von den Verurteilungen aufgrund des Spionagegesetzes wurde keine vom Obersten Gerichtshof unter Hinweis auf das First Amendment widerrufen«, hebt Kairys hervor.

Dieser umfassende Angriff auf die Meinungsfreiheit fand, nebenbei bemerkt, zu einer Zeit statt, als das Land Reichtum und wachsende Macht genoß und sich keiner Bedrohung ausgesetzt sah.

1943 pries die American Civil Liberties Union (ACLU) die USA als »Staat bürgerlicher Freiheiten«,⁷⁴ um den Gegensatz zu den Rechtseinschränkungen im Ersten Weltkrieg hervorzuheben. Ganz so positiv und freiheitlich war die Politik jedoch nicht: 110000 Japano-Amerikaner wurden (mit Billigung der Gerichte) in Sammellagern interniert; 1940 sorgten das Spionage- und das Smith-Gesetz⁷⁵ für repressive Aktivitäten des FBI, die auf dieser Grundlage noch 30 Jahre andauern sollten; die Regierung ging gegen Streikende vor und eliminierte die Socialist Workers Party; auf Hawaii wurde das Kriegsrecht ausgerufen; Dutzende von Personen kamen ins Gefängnis, weil sie Kriegsdienstgegner beraten hatten; oppositionelle Zeitungen und andere Publikationen wurden vom Postversand ausgeschlossen oder anders behindert; der internationale Nachrichtenverkehr wurde unter Kriegszensur gestellt und Wehrdienstverweigerer brutaler Behandlung ausgesetzt.⁷⁶ Linksliberale riefen dazu auf, die Bill of Rights nur für »Freunde der Demokratie« gelten zu lassen und die »Verräterpresse ... auszulöschen«, während Reinhold Niebuhr betonte, der nationale Notfall erfordere »ein größeres Ausmaß an Zwangsmitteln«, zu denen er auch Einschränkungen der »Freiheit von Organisationen, subversive Propaganda zu verbreiten« rechnete.⁷⁷

All dies geschah zu einer Zeit, als es kaum Widerstand gegen den Krieg gab und die USA, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, Wohlstand und Sicherheit genossen.

Kairys weist (ähnlich wie Rudolf Rocker) darauf hin, daß »die Perioden strengen Schutzes und der Ausweitung ziviler Rechte und Freiheiten zugleich jene Zeiträume waren, in denen Massenbewegung durch die Einforderung solcher Rechte die existierende Ordnung ernsthaft in Frage zu stellen vermochten«. Auch das theoretische Recht auf freie Meinungsäußerung ist durch die Linke, die Arbeiterbewegung und andere fortschrittliche Gruppen erkämpft worden.

Man sollte hinzufügen, daß die herrschenden Klassen, aus eigenem Interesse, der Staatsmacht Widerstand entgegensetzen, wenn sie jene Rechte, deren Nutznießer sie sind, bedroht sehen. Andere, ebenfalls privilegierte Gruppen, darunter auch Dissidenten, können dann davon profitieren. In einer funktionierenden kapitalistischen Gesellschaft wird alles zur Ware, auch die Freiheit: Man genießt davon so viel, wie man sich leisten kann, und wer es sich leisten kann, wird auf gute Bevorratung achten.

Ich habe mich bislang weitgehend an der liberalen Seite des politischen Spektrums orientiert, die zumindest für das abstrakte Recht auf Meinungsfreiheit eintritt, sowie die subtileren (und sehr erfolgreichen) Maßnahmen zur Gedanken- und Meinungskontrolle berücksichtigt, die aus den Gegebenheiten des gesellschaftspolitischen Systems resultieren. Aber die US-amerikanische Geschichte zeigt mit großer Deutlichkeit, daß es immer auch Personen und Gruppen gegeben hat - und weiterhin gibt -, die der Meinungsfreiheit insgesamt (und anderen zivilen Rechten) ablehnend gegenüberstehen. Wir haben die beiden Weltkriege und die Unterdrückungsmaßnahmen der Nachkriegszeit angeführt und die FBI-Operationen der sechziger Jahre (Stichwort COINTELPRO) und könnten noch die politisch bedingten Entlassungen an den Universitäten zur Zeit der Studentenrevolte hinzunehmen. Ein anderes Beispiel ist die vulgär nationalistische Rhetorik des Wahlkampfes von George Bush (sen.) 1988 (u.a. wurde die Forderung erhoben, Kinder zur Ergebenheit gegenüber der Nationalflagge zu zwingen). Auch darf der Einfluß des religiösen Fundamentalismus nicht übersehen werden.

Und es gibt weiterhin jene, die mit dem vom Staat während des Ersten Weltkriegs geförderten freiwilligen Überwachungssystem nicht einverstanden sind, sondern verlangen, daß der Staat selbst festlegt, welche Gedanken gedacht werden dürfen und welche nicht. Diese Leute werden keineswegs als quasi-faschistische Extremisten betrachtet. Einen Fall möchte ich zum Schluß erörtern.

Es geht dabei um den Historiker Guenter Lewy, dessen moralisch-historische Traktate gern als »weltklug und tiefschürfend« apostrophiert werden, tatsächlich aber Dokumente falsch interpretieren, Behauptungen der Regierung unkritisch wiedergeben und die Argumentation störende Tatsachen beiseite lassen, während ihre Moral darauf hinausläuft, praktisch jede Greueltat gegen Zivilisten zu rechtfertigen, sobald der Staat entsprechende Befehle erlassen hat.⁷⁸ Unter Hinweis auf die »Grundregeln«, ohne die der Markt der Ideen nicht funktionieren kann, versichert Lewy der Leserschaft, daß er Meinungsfreiheit und freien Austausch von Ideen befürwortet, um dann auseinanderzusetzen, wie er diese Werte versteht. Er geht davon aus, daß angesichts drohender Subversion, der Schwächen privat organisierter Überwachungsmechanismen und der Beschränkungen staatlicher Autorität der Staat neue Mittel finden muß, um die Öffentlichkeit vor subversiven Elementen schützen und »die demokratischen Kräfte stärken« zu können. Wenn es dem Staat nicht gelingt, den Marktplatz sauber und den Wettbewerb fair zu halten, fehlt, so meint er, den »demokratischen Kräften« des Mainstream die Möglichkeit, den »von extremistischen Gruppen propagierten Unwahrheiten gegenzusteuern«.⁷⁹

Die Probleme, die Lewy Sorgen bereiten, entstanden in den fünfziger Jahren, als die Auswirkungen der Nachkriegsrepression schwächer wurden. Das Land »verlor völlig das Interesse am Problem kommunistischer Subversion«, der Kongreß gar »forderte dazu auf, den Terminus »Subversion« fallenzulassen« und »Generalstaatsanwalt Edward H. Levi beschränkte die innenpolitische Geheimdienstfunktion des FBI auf Aktivitäten, die eine Verletzung des Bundesrechts beinhalten«. Lewy meldet Zweifel an, ob das FBI noch »auf angemessene Weise die Spur von Gruppen [außerhalb der Kommunistischen Partei] verfolgt, die direkt oder indirekt unter der Leitung von Kuba, Nicaragua, Rotchina oder anderer feindlicher Staaten agieren« (er beruft sich dabei auf einen »gut informierten Kenner dieses Themas«).

Seit den sechziger Jahren, fährt er fort, »müssen die Vereinigten Staaten es mit der Neuen Linken aufnehmen«, wobei er die »Neue Linke« sehr weit faßt und offensichtlich nicht für einen Bestandteil der USA hält; vielmehr scheinen diese mit den staatlichen Autoritäten identisch zu sein, die es mit unangemessenem Gedankengut »aufnehmen« müssen und dafür die geeigneten Mittel benötigen.

Der Staat muß sich also entschlossen den Problemen stellen, die aus der Toleranz und dem naiven Liberalismus der Zeit nach McCarthy erwachsen und gegen »die fortwährend in Wandlung begriffene Szene lose organisierter Gruppen«, aus denen sich die Neue Linke zusammensetzt, vorgehen. Diese Organisationen, so versichert Lewy, besitzen einen »verborgenen Handlungsplan«, der sie »subversiv und damit intolerabel« macht. »Statt ihre Vorliebe für den Kommunismus à la Kuba oder ihre Solidarität mit den Marxisten-Leninisten in Mittelamerika zuzugeben, tut die Neue Linke so, als verteidige sie Frieden und Gerechtigkeit und spricht von einer fortschrittlichen sozialen und wirtschaftlichen Ordnung. Manche reden von marxistischen Paradigmen, obwohl sie faktisch dem Kommunismus (oder, was harmloser klingt, dem Marxismus-Leninismus) verpflichtet sind.« Die offene Neigung zum Marxismus-Leninismus ist für eine demokratische Gesellschaft natürlich »unannehmbar«, und wer seinen darauf beruhenden »Handlungsplan« verbirgt, ist noch gefährlicher. Es könne sein, räumt Lewy ein, daß einige Angehörige der Neuen Linken »eher aus einer tiefen Entfremdung heraus handeln als aufgrund ihrer Verpflichtung dem Kommunismus gegenüber, aber das ist vom Standpunkt der Überwachung aus irrelevant«. Udenkbar, daß diese subversiven Kräfte andere Motive haben könnten als seelische Entfremdung oder eine verborgene Neigung zum Kommunismus. Offenkundig müssen Neu-Linke, die den Marxismus-Leninismus in Theorie und Praxis sehr viel ernsthafter und begründeter ablehnen als Lewy, ihren subversiven »Handlungsplan« besonders gut zu verbergen wissen.

Solche Interpretationstechniken à la Leo Strauss, die verborgene Handlungspläne aufdecken, was immer der Text auch besagen mag, sind ein nützliches Mittel für die Wächter von Autorität und Eigentum. Diese Methoden lassen den Beweis für praktisch jeden erwünschten Schluß zu. Wenn die

Texte ihn nicht hergeben oder sogar widerlegen, zeigt das nur, daß die Autoren noch schlimmere Verbrecher sind als angenommen, weil sie ihre bösen Absichten hinterhältigst zu verschleiern wissen. Anhand dieser Logik wäre es ein Kinderspiel, Lewy und seinen Verlegern nachzuweisen, daß sie Apologeten des Dritten Reichs sind, die dessen unglückliche Niederlage zu revidieren suchen.

Einige dieser Subversiven sind, Lewy zufolge, im Grunde ausländische Agenten. Und er zitiert den Soziologen James Q. Wilson, der das »verzweifelt schwierige« Problem erörtert, wie sich entscheiden läßt, welche »oppositionellen Gruppen« in diese Kategorie fallen. Gehört z. B. jemand dazu, der »zum Zweck der Ausbildung ins Ausland reist oder der ausländisches Geld annimmt, um seine Organisation damit zu finanzieren, oder der, ohne Bezahlung, mit ausländischen Mächten zusammenarbeitet, um ihre politischen Ziele zu unterstützen?« Wirklich, der Politikkommissar hat es schwer. Allerdings läßt sich bezweifeln, daß Lewy und Wilson an die offenkundigeren Fälle denken, die zu ihren paranoiden Konstruktionen passen, wie etwa amerikanische Zionisten.

Ein weiteres Problem sieht Lewy darin, daß das FBI »mittlerweile das ganze Spektrum subversiver Aktivitäten ignoriert, die weder illegal sind, noch im Dienst einer ausländischen Macht stehen«. So haben die »Vereinigten Staaten« nicht mehr die früher noch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, es mit Feinden »aufzunehmen«, die es wagen, innerhalb der Gesetze zu operieren, die »politisch unehrenhaft sind, weil sie ihre wahren politischen Ziele verbergen oder wissentlich Lügen und falsche Informationen verbreiten«. Dazu gehören vor allem kirchlich orientierte und andere Gruppen, die gegen den Vietnamkrieg Stellung bezogen und auf ähnliche Weise im Hinblick auf unseren Kreuzzug für die Freiheit in Mittelamerika »kalkulierte politische Täuschungsmanöver« betreiben. Die »Lügen und falschen Informationen« dieser subversiven Elemente »können den Markt der Ideen stärker vergiften und eine demokratische Gesellschaft ernsthafter beschädigen als die offenen Befürworter eines gewaltsamen Umsturzes«.

»Private Initiativen« zur Kontrolle dieser subversiven Elemente und ausländischen Agenten seien, so Lewy, nicht in der Lage, die furchterregende Aufgabe zu lösen. Zwar bemühten sich Gruppen, die »Manipulationen der Linken« aufzudecken, wie etwa die [dem Ku-Klux-Klan verbundene, d. Ü.] John Birch Society, der »Mitte der fünfziger Jahre eingerichtete American Security Council, der Konzernen bei der Überprüfung des politischen Hintergrunds potentieller Arbeitnehmer behilflich war« (offenbar ein erstrebenswertes Ziel in einer freien Gesellschaft) sowie »Lyndon LaRouche, Gründer der U. S. Labor Party«.⁸⁰ Dennoch muß der Staat selbst die »berechtigte Aufgabe« übernehmen, »Licht auf subversive Pläne zu werfen«.

Der Staat muß sich, so Lewys Vorschlag, auf direkte Weise für den »Konsumentenschutz« einsetzen, damit die Öffentlichkeit »erfährt, wann ein Individuum oder eine Organisation de facto Agent eines ausländischen Staats ist« und so »vor Täuschung auf dem Markt der Ideen bewahrt bleibt«. »Ideen sollten offen und ehrlich miteinander konkurrieren«, aber »es muß vollständige Informationen über die Motive derjenigen geben, die auf den Raum des Politischen Einfluß nehmen«, und diese Informationen müssen von den staatlichen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Mithin muß der Staat festlegen, was *die* Wahrheit ist, und all jene, welche *die* Wahrheit leugnen, als subversive Elemente, wo nicht gar ausländische Agenten brandmarken, ihre verborgenen Motive und lügenhaften Praktiken offenlegen und die Öffentlichkeit davon in Kenntnis setzen. Auf diese Weise kann man sich gegen die »Subversion des demokratischen Prozesses« wappnen.

Und da der Staat (vermutlich) allwissend und weise ist, müssen wir keine Sorge tragen, daß er sich irrt, wenn er *die* Wahrheit festlegt und »Täuschung«, »subversive Pläne«, »falsche Informationen« und andere Tricks jener Elemente aufdeckt, die ihre böartigen »verborgenen Pläne« verfolgen, während sie sich öffentlich für Frieden, Gerechtigkeit, internationales Recht, Menschenrechte und andere Werte einsetzen. Und all jene, die (einer bestimmten Konzeption) der Demokratie verpflichtet sind, müssen dem Staat das Recht, wo nicht gar die Pflicht zuerkennen, sich dieser Aufgabe anzunehmen.

Aber es reicht nicht aus, die versteckten ausländischen Agenten und heimlichen subversiven Elemente, die es wagen, *die* Wahrheit in Frage zu stellen, dem Schutz der Dunkelheit zu entreißen. Der Staat muß auch, betont Lewy, »Informationen über potentiell subversive Gruppen sammeln«, um »die Bürger vor falsch etikettierten Ideen ebenso zu bewahren, wie er sie bereits vor falsch etikettierten Waren schützt«, natürlich »ohne individuelle Rechte einzuschränken« (»Rechte« in der Interpretation

von Lewy, versteht sich). Er schlägt vor, sich das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 zum Vorbild zu nehmen, das es staatlichen Behörden erlaubt, »antidemokratische Kräfte ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken - ein innovatives und erfolgreiches Moment der westdeutschen ›wehrhaften Demokratie‹ das einen genaueren Blick verdient«. Zwar kann das FBI »möglicherweise« solche Maßnahmen wie Raub, Einbruch und elektronische Überwachung nicht frei nutzen, aber es dürfte Mittel und Wege finden, um »die Aktivitäten von Extremisten publik zu machen« und könnte so »die Machenschaften der Feinde des demokratischen Systems prüfen, *bevor* sie eine › deutliche und unmittelbare Gefahr‹ darstellen«.

Damit der freie Markt funktioniert, müssen » die Verpackungen richtig etikettiert werden« (Lewy zitiert hier Morris Ernst), und der Staat hat die Verantwortung, für die richtige Etikettierung von Ideen zu sorgen. Er muß die verborgenen kommunistischen Pläne »der radikalen Linken« zu Tage fördern, zu denen auch die kirchlich orientierte, von Klerikern und Laien getragene, Gruppe Clergy and Laity Concerned about Vietnam gehörte, die klammheimlich am »Sieg für Nordvietnam« und »an der Herstellung eines politischen Klimas arbeitete, in dem die Vereinigten Staaten als Aggressor und Urheber der Übel in Vietnam erscheinen konnten«. Solche Aussagen müssen vom Staat als *die* Unwahrheit etikettiert werden, weil Lewy ihre Unwahrheit behauptet. Abweichend von seiner üblichen Methode legt Lewy für seine Anschuldigungen gegen die kirchliche Gruppe und das in Washington beheimatete Indochina Resource Center sogar Beweise vor: »Fred Halstead, ein Mitglied der (trozkistischen) Socialist Workers Party und eine der führenden Personen der Bewegung, enthüllte nach dem Ende [des Vietnamkriegs], es sei ›unsere hauptsächliche Aufgabe gewesen ... die USA größtmöglichem Druck auszusetzen, damit sie sich aus Vietnam zurückzieht, [um so] der vietnamesischen Revolution zu helfen.« Allerdings haben Halstead und die SWP genau dies schon lange vor dem Ende des Kriegs in aller Öffentlichkeit gesagt; und Clergy and Laity, das Indochina Resource Center und andere Verbrecher der »Neuen Linken« werden höchst erstaunt sein zu erfahren, daß Halstead zu ihren Anführern gehörte - oder werden dieses Erstaunen zumindest vortäuschen, um ihre verborgenen Pläne weiter verfolgen zu können.

Und all jene, die »die Sandinisten für demokratische, dem Christentum verpflichtete Sozialisten halten ... vertreten keine legitime politische Position, sondern verbreiten auf manipulative Weise Unwahrheiten«. Folglich muß der Staat, als Agentur des »Konsumentenschutzes«, eingreifen, wenn Conor Cruise O'Brien im *Atlantic Monthly* die Öffentlichkeit täuscht, indem er in der sandinistischen Revolution christliche Motive entdeckt. Subversiv ist natürlich auch, wer »die vom Sowjetblock geleistete Unterstützung für die marxistisch-leninistischen Guerillagruppen in Mittelamerika leugnet oder herunterspielt« (wie etwa der Internationale Gerichtshof oder das ehemalige CIA-Mitglied David MacMichael) und zugleich »die US-amerikanische Hilfe für die demokratischen Regimes [in Mittelamerika] abwertet«. Zu diesen fragwürdigen Elementen gehören die liberale Lobbygruppe Coalition for a New Foreign and Military Policy, die Forschungsorganisation NACLA, Women's Strike for Peace und weitere, die heimlich ihre »verborgenen Pläne« verfolgen. Sie müssen allesamt staatlicherseits in einem »amerikanischen Bericht über extremistische und subversive Tätigkeiten« angeprangert werden, »unabhängig davon, ob sie formelle Verbindungen mit der Sowjetunion oder anderen kommunistischen Regimes unterhalten«.

Für einen Anhänger des Totalitarismus, zitiert Lewy (zustimmend) Jean François Revel, »ist ein Gegner per definitionem subversiv«. Da hat er ausnahmsweise einmal recht und weiß gar nicht, wie sehr.

Übrigens erscheinen Lewys Beiträge in der geachteten, von Daniel Pipes herausgegebenen Zeitschrift des Foreign Policy Research Institute in Philadelphia.

Ich habe nur einen, zugegebenermaßen krassen, Fall Revue passieren lassen. Aber es gibt mächtige Strömungen, die auf solche Behauptungen reagieren, und andere Formen des Angriffs auf die Meinungsfreiheit lassen sich leicht durch Beispiele belegen.

Die Siege, die für die Meinungsfreiheit errungen wurden, sind alles andere als stabil. Aber es hat sie gegeben, und auch in anderen Bereichen lassen sich, wenngleich langsame, Fortschritte bei der Ausweitung der Menschenrechte erkennen. Doch ist der Weg, der vor uns liegt, noch lang, und für das bis jetzt Errungene gibt es, wenn wir nicht wachsam bleiben, keine »Sicherheitsgarantien«.

Anmerkungen

1. Vgl. dazu die Verweise S. 171, Anm. 22 zu Kap. 1.
2. Vgl. die Einleitung, S. 42f. Mona Charen, »A Double Standard on Human Rights«, Boston Globe, 2. Jan. 1989.
3. Zu einer detaillierten Untersuchung mittels der ersten Methode vgl. Manufacturing Consent, Kap. 3; desgl. Jack Spence, op. cit. (s. Anm. 4 des vierten Kapitels).
4. NYT, 27. Dez. 1985.
5. Eine vergleichende Analyse US-amerikanischer und ausländischer Medien in diesem und anderen Fällen bietet eine demnächst erscheinende Untersuchung von Dennis Driscoll von der Rechtsfakultät des University College in Galway (Irland).
6. Jennifer G. Schirmer, »What You See Is What You Get: Comparing Realities of the U. S. and European Press Coverage of the 1982 and 1984 Elections in El Salvador«, ersch. in: Creating Reality: Media Coverage of International Affairs. Der Band beruht auf Vorträgen eines Seminars im Center for International Affairs, Harvard (CFIAPublishers, Cambridge Mass., 1989), das unter Leitung von Dennis Driscoll stattfand.
7. Vgl. For Reasons of State, S. 223-32; Manufacturing Consent, S. 181.
8. Ebd., S. 177, S. 191.
9. Bill Keller, NYT, 21. Jan. 1988; Paul Quinn-Judge, Christian Science Monitor, 21. Juli 1987; der Brief von Sacharow in: Extra! (FAIR), Dez. 1987. Zu Dantschew vgl. die Auszüge aus »Manufacture of Consent« in: The Chomsky Reader, S. 223 f.
10. NYT, 30. April 1987.
11. Das Buch Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media von Edward S. Herman und Noam Chomsky erschien zuerst 1988 bei Pantheon Books. Von 1990 bis 1993 haben die Kanadier Mark Achbar und Peter Wintonick einen dreistündigen Dokumentarfilm mit und über Chomsky gedreht, der (unter diesem Titel) auch in europäischen Kinos großen Anklang fand. (d. Ü.)
12. The New Republic, Leserbriefe, 6. März 1989. Romero wurde am 24. März 1980 ermordet, Popieluszko am 20. Oktober 1984 entführt und danach getötet. Man kann also den Index der New York Times für die Berichterstattung über El Salvador im Jahre 1980 und für Polen von August 1984 bis Juli 1985 vergleichen, wobei man die Berichte und Kommentare über die Ereignisse selbst unberücksichtigt läßt. Nach diesem Maßstab ist die Berichterstattung über El Salvador geringfügig umfangreicher.
13. Einige Fälle, die geschildert werden, sind oftmals ganz absurd, aber es lassen sich auch reale Vorkommnisse finden. Vgl. Chomsky, Fateful Triangle, Kap. 6 [dt.: Offene Wunde Nahost, Europa Verlag, Hamburg; Kap. 3] über Gemetzel, die verschwiegen wurden, während sich die Medien kurzzeitig auf das Massaker von Sabra und Schatila konzentrierten, um schließlich die Ergebnisse der amtlichen israelischen Kahan-Untersuchungskommission zu übernehmen. Der Bericht dieser Kommission war eine schändliche Mohrenwäsche. Zu diesem Ergebnis gelangt auch Schimon Lehrer in seinem Aufsatz Ha'ikar Hehaser »Der fehlende Dreh- und Angelpunkt«, Amit, Jerusalem, 1983). Lehrer zeigt, daß die Folgerungen der Kahan-Kommission unhaltbar sind und der Verteidigungsminister sowie der Stabschef laut geltendem israelischem Recht wegen vorsätzlichen Mords zu zwanzig Jahren Zuchthaus hätten verurteilt werden müssen. Während die Kommission in Israel scharf kritisiert wurde, stellten die US-Medien ihre Ergebnisse ohne weitere Analyse als beeindruckend oder gar erhaben dar.
14. Es wäre auch interessant, die Berichterstattung über die Wahlen in Israel mit der über die gleichzeitig stattfindenden kanadischen Wahlen zu vergleichen, bei denen es um die »Freihandels«-Abkommen ging, ein für die US-amerikanischen Geschäftsinteressen bedeutsames Thema.
15. Einige weitere in Manufacturing Consent, Kap. 1.
16. Tatsächlich wurde das Erscheinen einer früheren Fassung dieser Untersuchung 1974 vom Konzern, dem der Verlag gehört, verhindert; man ging sogar so weit, den Verleger von seinen Aufgaben zu entbinden, um die Auslieferung zu stoppen (vgl. die Vorbemerkung zu der 1979 veröffentlichten Version von Political Economy of Human Rights). Wir

versuchten, die Aufmerksamkeit einiger bekannter Bürgerrechtler auf die Sache zu lenken, aber sie interessierten sich nicht dafür, vermutlich, weil es nicht um staatliche, sondern um privatwirtschaftliche Zensur ging, die für so legitim gehalten wird wie die Machtverteilung in dieser Gesellschaft.

17. Es ist daran zu erinnern, daß das Buch kurz nach der vietnamesischen Invasion, die Pol Pot stürzte, veröffentlichte wurde, noch bevor eine ganze Flut von Flüchtlingen Zeugnis über die Geschehnisse ablegen konnte. Als wir das Buch schrieben, stammten die verfügbaren Informationen im wesentlichen aus den Jahren 1975-77, als über die Massaker im Osten Kambodschas, die, der Fachliteratur zufolge, zu den umfangreichsten der Ära Pol Pot gehörten, noch fast nichts bekannt war. Vgl. dazu Michael Vickery, *Cambodia (South End, 1983)*, die detaillierteste Quelle, die in Großbritannien von Indochina-Spezialisten und -Journalisten umfassend und vorteilhaft rezensiert wurde, während sie in den USA praktisch unbeachtet blieb. Zu anderen Untersuchungen vgl. meine Rezensionen in: *Inside Asia*, wiederabgedruckt in: *The Chomsky Reader*, S. 289f. Wie Vickery bemerkt, haben die zahlreichen Informationen, die nach und nach auftauchten, zwar das Verständnis für die Epoche erweitert, erzwingen aber keine Revision der Auffassungen, die wir 1979 veröffentlichten. Obwohl die Parallelen zwischen Ost-Timor und Kambodscha und die von Hilfsorganisationen und Spezialisten gegebenen Einschätzungen zu Beginn der achtziger Jahre allgemein anerkannt waren, werden diese Tatsachen wohl kaum die ideologische Geschichtsschreibung der Zukunft überleben.
18. Lacouture hatte ursprünglich behauptet, die Roten Khmer hätten 1976 damit geprahlt, zwei Millionen Menschen umgebracht zu haben, korrigierte sich aber einige Wochen später mit der Aussage, es hätten auch nur einige Tausend Tote gewesen sein können, ohne daß die Differenz von Bedeutung wäre. Tatsächlich war dies nur eine von mehreren falschen Behauptungen. Lacoutures Artikel gab sich als Rezension von François Ponchauds *Cambodge année zéro* aus, doch war kaum ein Verweis auf das Buch korrekt. Dennoch wurden Lacoutures Behauptungen noch lange nach ihrer Revision als Wahrheiten letzter Instanz durch die Medien weitergereicht. Zu Einzelheiten vgl. *Political Economy of Human Rights*.
19. Vgl. *Manufacturing Consent*, Kap. 6.
20. Tatsächlich haben wir uns zweimal mit dem Thema beschäftigt: ausführlich in: *Political Economy of Human Rights*, Bd. II, sowie in einem Rezensionsartikel in der *Nation* (1977).
21. Vgl. Vickery, *Cambodia*, S. 308, S. 310.
22. Zu Beispielen absurder und lügenhafter Behauptungen vgl. *Political Economy of Human Rights*, Bd. II, Kap. 6, sowie *Manufacturing Consent*, Kap. 6, Abschn. 6.2.8. Beispielhaft für ein Gewirr von Lügen und Falschheiten, das von manchen als »gelehrte Auseinandersetzung« betrachtet wird, ist der Artikel von Leo Labedz, »Chomsky revisited« (*Encounter*, Juli 1980), der auch eine bemerkenswerte Apologetik der Greuelthaten in Ost-Timor enthält. Daß in dem Artikel bewußt gelogen wurde, erhellt sich auch aus der Tatsache, daß die Zeitschrift den Abdruck einer die Verfälschungen Punkt für Punkt widerlegenden Gegendarstellung verweigerte, so daß der Artikel widerspruchlos zitiert werden kann. Üblicherweise wird Dissidenten nicht zugestanden, auf persönliche Angriffe zu reagieren, so daß vermutet werden muß, die Zeitschrift fürchte die Enthüllung ihrer Fabrikationen.
23. *NYT Book Review*, 27. Dez. 1970.
24. Einige Beispiele in Bertrand Russells *War Crimes in Vietnam* (*Monthly Review*, 1967); Barry Feinberg und Ronald Kasrils, *Bertrand Russell's America: 1945 - 1970* (South End, 1983). Die Bücher enthalten auch Material über die Hysterie, die Russell mit seiner Offenlegung unbequemer Wahrheiten auslöste.
25. Außerdem gibt es noch jene, die erklären, warum die Medien bei ihrer Ablehnung von Autorität sich im Irrtum befinden und die damit erforderliche Prämisse durch stillschweigende Anerkennung verstärken.
26. Landrum R. Bolling (Hg.), *Reporters under Fire: U. S. Media Coverage of Conflicts in Lebanon and Central America* (Westview, 1985).
27. Es handelt sich dabei zumeist um Exzerpte.
28. Zu diesen Themen vgl. *Manufacturing Consent*, Kap. 5 und 6.
29. Einige haben sich dadurch täuschen lassen, daß die *New York Review of Books* für abweichende Meinungen offen war, als die Massenproteste ihren Höhepunkt erreichten. Diese Tür schloß sich jedoch zu Beginn der siebziger Jahre und öffnete sich danach nur noch selten.
30. Einige Beispiele für das Vorgehen der hasbara finden sich bei Robert I. Friedman, »Selling Israel to America: the Hasbara Project Targets the U. S. Media«, *Mother Jones*, Feb./März 1987.
31. Vgl. *Fateful Triangle*, S. 184 f. und die dort angegebenen Quellen.
32. Naomi Joy Weinberger, *Syrian Intervention in Lebanon* (Oxford, 1986, S. 179); Dov Jermija, *My War Diary* (South End, 1983, S. 62) (Übersetzung aus dem hebräischen Original); Walter Laqueur, *The Age of Terrorism* (Little, Brown and Co., 1987, S. 218); Silver, *Manchester Guardian Weekly*, 3. Okt. 1982; Schiff und Ya'ari, *Israel's Lebanon War* (Simon and Schuster, 1984, S. 87).
33. *Fateful Triangle*, S. 188f.

34. Ebd., S. 243f, Beispiele, z.T. aus der libanesischen Presse. Andere sind mir nicht bekannt.
35. Zu Verweisen auf einige Beispiele aus der Los Angeles Times, dem Christian Science Monitor und der Washington Post vgl. die wiederabgedruckten Kommentare von Robert McCloskey, dem Ombudsmann der Post. Desgl. David Shipler, TVrr, 25. Juli 1982.
36. Mansur, Haaretz, 27. Juli 1982. Vgl. auch Benny Morris und David Bernstein, Jerusalem Post, 23. Juli 1982. Vgl. Shipler, NYT, 25. Juli 1982, der einen Bericht ganz anderer Art lieferte und sich vorwiegend auf die Unterdrückungsmaßnahmen der PLO bezog.
37. Die Informationen stammen von der Datenbank der New York Times.
38. NYT, 29. März 1983.
39. Council on Hemispheric Affairs, Washington Report on the Hemisphere, 23. Nov. 1988; den Hintergrund bildet Washingtons Weigerung, Nicaragua nach dem Hurrikan vom Oktober 1988 zu helfen.
40. Center for Cuban Studies, New York, 28. Okt., 1983.
41. Knight-Ridder Service, Boston Globe, 27. Okt.; Washington Post, 27. Okt.; NYT, Boston Globe, 20. Nov. Desgl. Latin America Regional Reports Caribbean, 4. Nov. 1983; Michael Massing, Atlantic Monthly, Feb. 1984, zwei Sätze im Innenteil.
42. Thomas, NYT, 1. Nov.; NYT, Editorial, 10. Nov. 1983.
43. John Lewis Gaddis, Strategies of Containment (New York, 1982, Anm. zu 5. VIII; Hervorhebung von Gaddis); The LongPeace, S. 43.
44. Wm. Roger Lewis, Imperialism at Bay: the United States and the Decolonization of the British Empire, 1941-1945 (Oxford, 1978, S. 481). Zu Planungen bezüglich der Grand Area vgl. Shoup und Minter, Imperial Brain Trust. Bemerkungen zu diesem und konkurrierenden Modellen und der Umsetzung im Fernen Osten vgl. Bruce Cumings (Hg.), Child of Conflict (Washington, 1983; Einleitung).
45. Lewis, Imperialism at Bay, S. 550; Christopher Thome, The Issue of War (Oxford, 1985, 5.225,5.211).
46. Gaddis, The LongPeace, S. 10f, S. 21; Eine Übersicht über neuerdings freigegebene Materialien aus britischen Staatsarchiven in: Andy Thomas, Effects of Chemical Warfare (SIPRI, Taylor & Francis, 1985, S. 33 f.).
47. Gaddis, The Long Peace, S. 37, S. 11.
48. In früheren Jahren waren Militärausgaben der Hauptfaktor zur Überwindung der »Dollarkluft« zwischen den USA und ihren Verbündeten, um deren Verbleib im US-beherrschten Weltsystem zu garantieren, nachdem Wirtschaftshilfsprogramme ihr Ziel nicht erreicht hatten. Vgl. Borden, Pacific Alliance, wo diese Themen ausführlich erörtert werden, die ihre erste zusammenfassende Analyse von Joyce und Gabriel Kolko in: The Limits of Power (Harper & Row, 1972) erhalten hatten.
49. Eine nähere Untersuchung zeigt, daß die Zahlen so gewählt wurden, um den Eindruck umfangreichster sowjetischer Militärausgaben und der Schwäche des Westens zu erwecken.
50. Kennedy, »Tremors that should be felt in Washington«, Christian Science Monitor, 28. Dez. 1988.
51. Gaddis, Strategies of Containment, S. 356f, Hervorhebung von ihm.
52. Vgl. Murray B. Levin, Political Hysteria in America (Basic Books, 1972); Richard G. Powers, Secrecy and Power (Free Press, 1987); Aronson, The Press and the Cold War.
53. David Brion Davis (Hg.), The Fear of Conspiracy (Cornell University Press, (1971). Ein fünfter Anarchist beging Selbstmord, bevor das Todesurteil vollstreckt werden konnte. Drei andere wurden ebenfalls zum Tod durch den Strang verurteilt, aber nicht hingerichtet. Es gab keine Beweise dafür, daß auch nur einer der acht am Bombenattentat beteiligt gewesen war. Zur »moralischen Verantwortlichkeit« vgl. den Auszug aus Michael J. Schaack, Anarchy and Anarchists (Chicago, 1889) in Davis' Sammlung. Schaack, ein Polizeihauptmann aus Chicago, »galt allgemein als derjenige, der die anarchistische Verschwörung aufgedeckt hatte« (Davis).
54. Vgl. Auszüge in Davis, Fear of Conspiracy. Zur Rolle der Presse vgl. Levin, Political Hysteria.
55. Powers, Aronson, op. cit.
56. Davis, Powers, op. cit.
57. Robert J. Goldstein, Political Repression in Modern America (Schenkman, 1978).
58. Levin, Political Hysteria.

59. Foster Rhea Dulles, *The Road to Teheran* (Princeton, 1945), zit. n. Levin, *Political Hysteria*; Gaddis, *The Long Peace*, S. 37.
60. Zur fortgesetzten Subversions- und Repressionspolitik des FBI, die immer wieder angeblich eingestellt worden sein soll, vgl. Ward Churchill und James Vander Wall, *Agents of Repression* (South End, 1988) sowie *Cointelpro Papers* (South End, 1989).
61. Die Bombardierung von Kambodscha kam zwar zur Sprache, doch stand nicht die Ermordung von Zehntausenden Kambodschanern und die Zerstörung weiter Landgebiete im Vordergrund, sondern der Fehler, den Kongreß nicht davon in Kenntnis gesetzt zu haben. Auch hier waren die Vorrechte der Mächtigen das Kriterium.
62. Ohne die Sache weiter zu verfolgen, möchte ich hier zumindest anmerken, daß die Situation in anderen industriellen Demokratien oft noch schlimmer ist.
63. Rudolf Rocker, »Anarchism and Anarcho-Syndicalism«, in Paul Eltzbacher (Hg.), *Anarchism* (Freedom Press, 1960). Das Zitat ist ein Auszug aus Rockers 1938 zuerst erschienenem Buch *Anarcho-Syndicalism* (Pluto Press, London, 1989).
64. Hughes in: *Near vs. Minnesota*, zit. n. Jerome Barron, »Access to the Press«.
65. Kairys, »Freedom of Speech« in ders. (Hg.), *The Politics of Law* (Pantheon, 1982).
66. Jamie Kalven, Einleitung des Hg. zu Harry Kalven, *A Worthy Tradition: Freedom of Speech in America* (Harper & Row, 1988); Brennans Meinung wird auf S. 66 wiedergegeben. Im übrigen trägt Kalvens Buch den falschen Titel; die von ihm untersuchte Tradition ist alles andere als »wertvoll«.
67. Kalven, *A Worthy Tradition*, S. 63.
68. »Espionage Act of 1917«, abgedr. in Harold L. Nelson (Hg.), *Freedom of the Press from Hamilton to the Warren Court* (Bobbs-Merrill, 1967, S. 247f).
69. Zit. nach Kairys, *Politics of Law*.
70. Burleson, zit. n. der Einleitung zu Nelson, *Freedom of the Press*; William Hard, *New Republic*, 10. Mai 1919, abgedr. in Nelson, op. cit.
71. Der Bericht des National Civil Liberties Bureau (das ein Jahr später zur ACLU wurde) von 1919 listet Hunderte von Fällen auf, die sich zwischen April 1917 und Juni 1918 zugetragen hatten; abgedr. in Nelson, op. cit., S. 307f.
72. Robert J. Goldstein, *Political Repression in Modern America* (Cambridge: Schenkman, 1978). Vgl. auch den vorhergehenden Abschnitt des Anhangs.
73. Chafee, *Free Speech in the United States* (Harvard, 1941), zit. n. Kairys, *Politics of Law*.
74. ACLU, *Review of the Year* (bis Juni 1943), abgedr. in Nelson, op. cit., S. 264.
75. Ein »umfassendes Bundesgesetz gegen den Aufruhr«, bemerkt Harry Kalven, das denjenigen zum Verbrecher macht, der »wissentlich oder willentlich die Pflicht, Notwendigkeit, Wünschbarkeit oder Angemessenheit, eine Regierung der Vereinigten Staaten durch Gewalt zu stürzen oder zu zerstören, befürwortet, unterstützt, anrät oder lehrt«, oder der eine Gruppe organisiert oder fördert, die solche Doktrinen lehrt, befürwortet oder bestärkt, oder der »in einer solchen Gesellschaft, Gruppe oder Versammlung von Personen, deren diesbezügliche Bestrebungen ihm bekannt sind, Mitglied ist oder wird oder sich ihr auf andere Weise anschließt«. Die Mitgliedschafts-Klausel des Smith-Gesetzes wurde 1961 vom Obersten Gerichtshof der USA in der Sache *Scales vs. United States* aufrechterhalten. Vgl. Kalven, *A Worthy Tradition*.
76. Goldstein, *Political Repression*.
77. Ebd., Zitate aus *New Republic*, *New Leader*, *Nation*; Niebuhr zit. nach Fox, Reinhold Niebuhr, S. 293.
78. Vgl. die Rezension seines Buchs *America in Vietnam*, abgedr. in: *Towards a New Cold War*.
79. Lewy, »Does America Need a Verfassungsschutzbericht?«, *Orbis*, Herbst 1987.
80. Zu den dramatischen Enthüllungen dieser Organisationen gehört die Tatsache, daß Marcus Raskin (vom Institute of Policy Studies) und ich »terroristische Befehlshaber« sind, die in Zusammenarbeit mit CIA, KGB und anderen Kohorten das internationale Terrornetzwerk kontrollieren, das den Abwurf von Atombomben auf amerikanische Städte plant, um die Zweihundertjahrfeiern zu stören usw., während unsere Kollegen, darunter die englische Königin, im Verein mit dem weltweiten Zionismus und anderen verwerflichen Elementen den internationalen Drogenhandel lenken und leiten. Das sind natürlich alles »verborgene Pläne«, die der geübte Nachforscher jedoch ans Licht befördern kann.
81. Hervorhebung von mir.

Editorische Nachbemerkung

Die deutsche Ausgabe von Noam Chomskys Reflexionen über die Funktion der Medien in der Marktdemokratie besteht aus zwei verschiedenen Publikationen des Autors zu diesem Thema: Die Einleitung folgt dem Band *Media Control* (New York, 2. Aufl. 2002), Hauptteil und Anhang sind dem Buch *Necessary Illusions* (Toronto, 4. Aufl. 1998) entnommen. Die fünf Kapitel des Hauptteils sind im Original überarbeitete Versionen von fünf Vorlesungen, den »Massey Lectures«, die Chomsky im November 1988 gehalten hat und die vom Radiosender der Canadian Broadcasting Corporation ausgestrahlt wurden. Für die Buchausgabe hat Chomsky jedes dieser Kapitel mit z.T. sehr umfangreichen Anhängen versehen, von denen in die deutsche Edition nur ca. ein Drittel übernommen wurde, mit dem Ziel, die methodologische Vorgehensweise und den geschichtlichen Hintergrund von Chomskys Argumentation so klar wie möglich herauszuarbeiten. In den Kapiteln des Hauptteils wurden vorsichtige Kürzungen vorgenommen, um Redundanzen und die Wiedergabe allzu detaillierter, nur Insidern verständlichen Auseinandersetzungen mit der Berichterstattung der US-Medien zu vermeiden.

Angesichts der in Europa geführten Diskussionen um Macht und Ohnmacht der Medien dürfte Chomskys These von den Medien als Propaganda-Agenten der Regierung geradezu provozierend einfach klingen. Allerdings entwickelt er seine Analysen am Beispiel einer Demokratie, in der die enge Verflechtung von wirtschaftlicher und politischer Macht nicht nur die Regel ist, sondern auch die Politik bestimmt. Sorgt die Regierung in Washington für günstige Handelsbedingungen und Absatzmärkte, kann sie auf den Patriotismus der Konzerne auch in Kriegs- und anderen Krisenfällen zählen; entscheidend ist dabei, ob ein bewaffneter Konflikt »sich rechnet«, dem dann die Medien ihre -propagandistische - Unterstützung gewähren. Dieser Nexus zwischen Wirtschaft, Politik und Medien (den auf andere Weise Silvio Berlusconi in Italien repräsentiert) ist für Chomsky der Garant für die Voraussagen des von ihm und Edward Herman entworfenen Propaganda-Modells: Historisch vergleichbare Handlungen und Ereignisse werden der Freund/Feind-Logik unterworfen; die im Mainstream betriebene Medienanalyse und -kritik läßt nur ein begrenztes Spektrum konfligierender Auffassungen zu; das Propaganda-Modell selbst bleibt in diesen Diskussionen unberücksichtigt. Daß hier keine - Chomsky immer wieder gern vorgeworfene - Verschwörungstheorie im Spiel ist, sondern die Mechanismen des Zusammenspiels von Institutionen und Machtinteressen bloßgelegt werden, dürfte aus Chomskys Analysen besonders klar hervorgehen. Viele Beispiele für seine Thesen bezieht Chomsky dabei, bedingt durch die Entstehungszeit der Vorlesungen, aus der Mittelamerika-Politik der Regierung Reagan, die mittlerweile weitgehend ins *memory hole* der Geschichte gewandert sein dürfte.

Ferner nutzt Chomsky das Modell, um mit ein paar liebgewordenen Medien-Mythen aufzuräumen: Nicht die angeblich kritische Berichterstattung in Presse und Fernsehen half den Vietnam-Krieg beenden, sondern die Intervention der Wirtschaft und die pazifistischen Bewegungen, und Nixon stürzte wegen einer vergleichsweise Lappalie, deren Aufdeckung den Zeitungen (noch gefördert durch den Watergate-Film) eine journalistische Tapferkeitsmedaille bescherte, während sie zehn Jahre später Reagans alles andere als zimperliche Mittelamerika-Politik unterstützten, zumindest aber diskret beschwiegen. Chomsky interessiert dabei nicht der Pulitzerpreis, den die *Washington Post* für ihre investigativen Reportagen erhielt, sondern die Frage, was im offiziellen politischen Diskurs der Vereinigten Staaten als »Verbrechen« gilt und was nicht. Daß hier, je nach Opportunität und Großwetterlage, mit zweier - wo nicht gar dreierlei Maß gemessen wird, ist das Thema aller seiner Bücher zur US-amerikanischen Politik, und daß man die Opfer kriegerischer und terroristischer Konflikte nicht gemäß der Freund/Feind-Logik, sondern gar nicht gewichten sollte, auch und gerade in

der medialen Berichterstattung, ist sein moralpolitischer Grundsatz. Bis zu dessen Verwirklichung dürfte es ein sehr weiter Weg sein; eher noch ist zu befürchten, daß der so eifrig vorbereitete Krieg gegen den Irak neues Anschauungsmaterial für die Gültigkeit des Propaganda-Modells der Medien liefern wird.

Michael Haupt
Januar 2003